

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich. Einzelnummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Verordnungen und Bekanntmachungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (teilgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellengeld und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. Dezember 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Reaktion mit einem Tropfen Oel.

Der dritte Tag der Staatsdebatte brachte die Enthüllung des Blockprogramms. Aber als der Reichszankler mit selbstbewußter Pose und graziosen Lächeln den Vorhang von diesem verschleierte Bild von Sais zur Seite zog, da stierte uns das närrische blöde, leblose Puppenantlitz an, das schon zwischen den Zeilen des Silvesterbriefes hervorglänzte.

Herr Wiemer fiel die sonst Herrn Wassermann vorbehaltene Ehre zu, dem Reichszankler für seine Blockrede das Stichwort zu geben. Dieser Wortführer der freisinnigen Volkspartei schweigt selbstgefällig in der möglichst ausgiebigen Ausnutzung seines fröhlichen Organs. In jedes, auch das gleichgültigste Wort, in den inhaltslosesten Satz quetscht er mit Stentorstimme einen erkünstelten Brüllton der Ueberzeugung hinein, wodurch das ganze Gewimmer falsch im Ton wird. Insofern ist er der geeignetste Vertreter der liberalen Blockpolitik, deren unlösbarer Widerspruch zwischen der ererbten liberalen Ideologie und deren praktischen Verlängerung in der Wiemerischen Rhetorik gewissermaßen als Unterton mitschwingt.

Herr Wiemer meinte gegenüber Bebel, der Bahlausfall sei ein Beweis für die Wichtigkeit der Politik, die der Freisinn eingeschlagen habe, und proklamierte als Richtlinie seiner Partei für die Steuerreform: Reform der Patrimonialbeiträge nach der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten; Reform der Branntweinsteuern unter Beseitigung der Liebesgaben; Ausbau der direkten Steuern. Hinsichtlich der Kolonialpolitik äußerte er allerhand Sparfantschaften, ganz so staatsmännisch wie zur Zeit ihrer Regierungsfähigkeit die Zentrumspartei, die auch erst in der dritten Lesung patriotischen Herzens umzufallen pflegte. Keinerlei Bedenken hemmen aber auch jetzt schon den Flotteneifer dieses freisinnigen Volkstribunen. Er hat das Maß seiner Marinewärmerei auf Tirpitz eingestellt. Das kennzeichnet satzfam den Wandel der Zeiten und Menschen von Richter auf Wiemer innerhalb der freisinnigen Volkspartei. Mit lodernem Mannesmut verkündete Herr Wiemer seine Flotten- und Waffenbewilligungslust, selbst auf die Gefahr hin, von Herrn Bebel der Unzurechnungsfähigkeit geziehen zu werden. Ja, Herr Wiemer hatte in Bebel's Hinweis auf die englische Flottenvermehrung ein neues Argument entbeckt für die Vermehrung auch der deutschen Flotte, ohne zu merken, daß er damit im Kielwasser des Flottenvereins einhergeglitt, der genau mit dem nämlichen Argument die Theorie des unbegrenzten Betrübens verfißt. Innerhalb des Blocks wollen Herr Wiemer und seine Freunde für die Hervorbringung liberaler Grundzüge wirken. Zum Beweis dafür schwang sich der Redner sogar zur Forderung des Reichstagswahlrechts auch für Preußen auf.

Im Anschluß an diese Rede des Blockpatrioten von der freisinnigen Oberbank erhob sich der Rährvater des Blocks Fürst Bülow zu seiner Rede über die innere Politik und die parlamentarische Lage. Der Block stehe im Mittelpunkt unserer Politik. Die Gegner suchen ihn zu spalten. Dagegen müssen die Blockparteien sich wappnen. Bei allen praktischen Maßregeln müssen die Blockparteien sich zu einigen suchen auf einer mittleren Linie. Eine der Gefahren, mit denen der Block bedroht sei, wäre es, wenn es dem Zentrum gelänge, dem Vereinigtes eine solche Fassung zu geben, daß die Konservativen nicht dafür stimmen könnten. Bezeichnend für die Wertschätzung, die Fürst Bülow der Festigkeit der liberalen Grundzüge bei den freisinnigen Blockbrüdern angedeihen läßt, war es, daß er von ihnen eine für die Konservativen unannehmbare Umgestaltung des Vereinigtes überhaupt nicht erwartete.

Dafür polemisierte er dann indirekt, ohne es zu nennen, gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Solche Fragen müßten zurückgedrängt werden. Deshalb brauchten die Freisinnigen ihre Prinzipien ebensowenig aufzugeben wie die Konservativen. Das heißt, sie können darüber reden, so viel sie wollen. Handeln müssen sie aber patriotisch: Flotten-, Heeres- und Kolonialforderungen sind zu bewilligen. An der bisherigen agrarischen Wirtschaftspolitik muß festgehalten werden. Dafür soll die Sozialpolitik im bisherigen Geleise durch eine Anzahl Gesetze weiter gesteuert werden. Den liberalen Bedürfnissen denkt Bülow genug zu tun durch das Vereinigtes, das bekanntlich durch die Ausnahmegesetzungen gegen anderssprachige Reichsangehörige nicht nur für uns, sondern eigentlich auch für jeden liberalen Mann unannehmbar gemacht sein sollte; ferner durch das Börsengesetz. Es ist das tatsächlich ja auch das einzige ernsthafte Zugeständnis an die freisinnige Partei, sehr bezeichnenderweise nicht an deren liberale Ideologie, sondern an die realen Interessen des von ihnen vertretenen Handelskapitals.

Zur Erörterung der Steuerfrage übergehend — das Bedürfnis nach neuen Steuern seite er als gegeben für den Block voraus — warnte Bülow dringend vor Doktrinen. Indirekte Steuern oder direkte Steuern, das sei doch eigentlich gleich. Man könne sie ja kaum auseinanderhalten. Da sei die Erbschaftsteuer; bald werde sie von den einen eine direkte, bald von den anderen eine indirekte Steuer genannt. Also was sei nun eigentlich richtig. Diese tiefgründige Bülow'sche Steuerphilosophie erinnert lebhaft an die naturwissenschaftliche Betrachtung des berühmten polnischen Schul-

knaben Papiduba: „Bald ist der Kätz ein Kätz, bald ist er ein Kater“.

Also nur tapfer bewilligen, was die Regierung fordert, die Theorie zu den bewilligten Steuern könnt Ihr Euch nachher nach Belieben zurechtfinden! Das war der gute Rat, den Bülow mit väterlichem Wohlwollen den Blockbrüdern zur Rechten, wie zur Linken erteilte.

Es folgten einige ganz vernünftige Betrachtungen über zu harte Strafen für Delikte, die aus Not begangen wurden, und zu milde Strafen für Rohheitsdelikte. Bülow vergaß aber leider doch dabei die schlimmsten dieser mißbestraften Rohheitsdelikte, die Soldatenmißhandlungen, unter seinen Beispielen aufzuführen und machte obendrein den guten Eindruck seiner humanen Anwendung wieder wett durch die Forderung härterer Bestrafung für Verleumdungen. Erfahrungsgemäß würde daraus die amtierende und jubelnde Bureaokratie nur eine neue Waffe zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift machen.

Zum Schluß beschwor Bülow noch in allgemein gehaltenen Mahnungen die Blockgenossen zur Einigkeit. Die Liberalen suchte er durch das Beispiel der österreichischen Liberalen, der „Herbstzeitlosen“, wie Bismarck sie genannt hat, zu erschrecken, die an ihrem Mangel an praktischem Sinn zugrunde gegangen seien. Diese Weisheitslehre entlockte, wie andere vorher, dem verzückt dreinschauenden Abgeordneten für Lauenburg, Herrn Decker aus Hamburg mehrere bewunderungsgewisse „Sehr richtig!“, als ob Drucksprüche vom Dreifuß der Pythia in den Schalltrichter seiner Ohren gedrungen wären. Dieser naive Jüngling weiß also nicht einmal, daß die Herbstzeitlosen zugrunde gegangen sind, weil sie, zur Nacht gekommen, ihre liberalen Grundzüge in den Wind schlugen, genau so wie heute Decker und Konforten.

Aber nicht alle Liberalen sind ja auf dem nämlichen staatsmännischen Niveau angelangt, wie die Decker, Mugdan, Bachmide und Wiemer. Es gibt auch eine Sorte Liberalismus, der — hier hielt Bülow nasenrührend den Atem an, als ob ihm ein widriger Geruch in die Rüstern steige — der in der Sonne sozialdemokratischer Gunst gedeiht. Kein schlichter Laut des Protestes wurde laut aus den Reihen der Blockliberalen. Herr Rammann schaute unbefangen drein. Ihn trifft das nicht mehr, seitdem er sich lässlich unterworfen hat. Aber der Wind wird seine Wirkung tun; demnächst wird wohl der luftverpefende Herr Richard Barth ausgestoßen werden aus den Reihen des modernen Putschfreiheits.

Auch für die Konservativen hatte der gerechte Kanzler eine Mahnung: Agrarisch dürften sie zwar bleiben, müßten sie bleiben. Aber auch „modern“ müßten sie sein. Als ob diese Mahnung nicht völlig überflüssig wäre! Die Agrarier betreiben die Volksausplünderung längst nicht mehr nach feudalen Methoden; sie sind modern wie irgend ein Airdorf oder Stinnes. Es wäre eine Preisaufgabe, festzustellen, wer am modernsten arbeitet, die Herren vom Kohlenring oder vom Bund der Landwirte.

Nach dieser Darlegung seines Blockprogramms beschwor Bülow in den tiefen Herzenshöhlen verhaltener Nahrung das Bild von Bismarck's Sterbezimmer heraus: schlichte Wände, als alleiniger Schmuck das Wälbis Uplands. So soll nämlich der Bülowblock symbolisiert werden: Bismarck's Politik mit Uplands Tropfen demokratischen Oels gesalbt! Das war rührend, das war hinreichend schön. Man denke, was die Liberalen alles bewilligt erhalten! Sie dürfen Flotten-, Heer-, und Kolonialbudget erhöhen um Hunderte von Millionen; sie dürfen Steuern bewilligen um noch einige Millionen mehr und können sie direkte nennen oder indirekte, ganz nach freiem Ermessen; sie dürfen Polen und Dänen unter Ausnahmegesetze bringen. Vom Reichstagswahlrecht für Preußen gar keine Spur, aber sie bekommen für ihre kapitalträchtigste Kerntruppe das Börsengesetz und sie dürfen sich salben mit einem Tropfen demokratischen Oels! Man staune: mit einem ganzen Tropfen!

Und damit sollen die Tropfen nicht zufrieden sein?!

## Die Verschleppung der Wahlreform.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt heute die Mitteilung, daß der freisinnige Wahlrechtsantrag aller Voraussicht nach nun doch nicht mehr vor Weihnachten zur Verhandlung kommen soll. Wir sehen in diese Mitteilung vorerst noch einigen Zweifel. Es wäre geradezu unerhört, wenn der Freisinn auch diesmal der Regierung zu Hilfe käme und damit die Verantwortung für die geplante Verzögerung übernehme. Im preussischen Landtag stehen überhaupt keine wichtigen Gegenstände gegenwärtig zur Beratung. Die Zeit soll also absichtlich verdröckelt werden, damit vom Recht des Volkes nicht gesprochen werden muß! Ebenso wie in der früheren Session der Freisinn seine Hand dazu geboten hat, daß die Wahlrechtsanträge von der Tagesordnung wieder abgesetzt wurden, ebenso soll dieses frivole Spiel jetzt wieder aufgeführt werden.

Doch wir verstehen den feinen Plan. Der Wahlrechtsantrag soll solange verschoben werden, bis der Schluß des Landtages heranrückt. Dann wird der Freisinn natürlich mit konservativer Erlaubnis mehr oder weniger flammende Wahlrechtsreden halten, um sich bei der bevorstehenden Landtagswahl vor dem wachsenden Unwillen seiner Wähler verteidigen

zu können und vielleicht gar sozialdemokratische Stichwahlhülfe in Anspruch zu nehmen. Diesen Schmierensomödianten ist selbst die miserabelste Posse zuzutrauen. Aber die Herren befinden sich im Irrtum. Es ist das dringendste Interesse der Wahlrechtsbewegung, daß endlich die Massen über die Stellungnahme ihres Segners, der preussischen Regierung, Klarheit gewinnen. Dies ist umso nötiger, als von liberaler Seite immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, daß die Liberalen sich zu einem Eintritt in die Blockpolitik nur unter der Bedingung verstanden hätten, daß die Regierung eine Wahlrechtsänderung in Preußen durchführe: Eine Behauptung, die allerdings von den Konservativen stets wieder in Abrede gestellt wird. Es ist ein unerträgliches Skandal, daß den entrechteten Massen nicht einmal gesagt wird, wie die verantwortlichen Kreise ihrer Entredung endlich ein Ende machen werden. Und ebenso skandalös sind die Gründe, die das „Berliner Tageblatt“ dafür anführt, daß die Regierungserklärung wieder verschoben werden soll. Danach hätte Herr v. Nolcke, der Nachfolger Bethmann-Hollwegs, noch immer nicht die Zeit gefunden, sich ausreichend zu informieren. Wäre dies war, so müßten wir es geradezu für eine Lächerlichkeit erklären, daß man einen Mann zum Minister macht, der über das wichtigste und dringendste politische Problem sich keine Meinung zu bilden vermag. Wir sind allerdings nicht so leichtgläubig, möchten aber den Herren raten, sich etwas weniger provozierende Ausreden zu suchen.

Interessanter ist der andere Grund: die Abwesenheit des Kaisers. Es ist vielleicht sehr gut, daß hier ausdrücklich mitgeteilt wird, daß die Erklärung der preussischen Regierung vorher dem deutschen Kaiser vorgelegen hat. Es wird sehr interessant sein, zu sehen, ob diese Erklärung von demselben hohen Maß politischer Einsicht diktiert sein wird, wie die Erklärungen, die die Regierung der Habsburger oder die Regierung der Wittelsbacher ausgegeben hat. Prinz Ludwig von Bayern hat ja seinerzeit eine Rede für das gleiche Recht gehalten, die vom preussischen Ministerium sehr wirkungsvoll als Konzept benutzt werden konnte.

Wir wiederholen jedoch, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, daß diese Regierungserklärung möglichst rasch provoziert werde. Und dafür sind uns in erster Linie die freisinnigen Parteien des Abgeordnetenhauses verantwortlich. Wir wollen aber auch zugleich auf die merkwürdige Tatsache hinweisen, daß das Zentrum noch immer nicht seinen Wahlrechtsantrag aus der vorigen Session erneuert hat. Das Zentrum verhält sich überhaupt in der Wahlrechtsfrage, in der es leicht eine entscheidende Rolle spielen könnte, als teilnahmsloser Zuschauer. Aber das Zentrum irrt durchaus, wenn es meint, daß die Arbeiter ruhig zusehen werden, wenn die „Partei für Wahrheit und Recht“ das wichtigste Recht des Volkes zum Schacherobjekt mit der Regierung zu machen beabsichtigt.

Zimmer mehr stellt es sich heraus, daß im Privilegienparlament die entrechteten Massen nicht einen einzigen Anwalt ihrer Interessen finden. Um so energischer und lauter müssen dann die Massen außerhalb des Parlaments ihr Recht fordern.

## Die „liegende“ Frankfurter Zeitung.

Das Urteil wider den Genossen Jander von der Frankfurter „Vollstimme“, den das Schöffengericht zu Frankfurt a. M. wegen angeblicher Beleidigung der „Frankfurter Zeitung“ zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt (wir haben den Spruch in der Donnerstag-Nummer unter Parteinachrichten gemeldet) hat einen Prozeß von mehr als durchschnittlicher Bedeutung zur Vorgeschichte. Und das Schlimme für die „liegende“ „Frankfurter Zeitung“ ist, daß die Ergebnisse dieses Prozesses mit dem Urteil in krassem Widerspruch stehen. Mit vollem Recht sagt unser Frankfurter Parteiorgan, die „Vollstimme“, zu der Verurteilung:

„Verhandlungs- bezw. Beweisergebnis einerseits und Urteil andererseits stehen in schreiendem Gegensatz zueinander. Das Urteil übersteht einfach alles, was der „Frankfurter Zeitung“ gestern nachgewiesen worden ist. Unser Verteidiger Heine bereitete auf eine solche Urteilsfällung mehrfach durch seine Hinweise darauf vor, daß der Vorsitzende des Gerichts eine Verhandlung offenbar gar nicht für nötig halte, da er mit seinem Urteil schon vorher fertig sei...“

Es handelte sich bekanntlich um die Verurteilung der „Frankfurter Zeitung“ über die Vorgänge in der Währischen Wobens-Kreditanstalt zu Währburg und um ihre ganz Haltung zu diesem Institut. Die „Vollstimme“ hatte der „Frankfurter Zeitung“ vorgeworfen, daß sie über die Vorgänge falsch berichtet, daß sie ihr bekannte Mißstände vertuscht habe. Was in dieser Hinsicht in der Verhandlung festgestellt ist, das sagt die „Vollstimme“ in ihrer Besprechung des Prozesses wie folgt zusammen:

„Es ist ihr (der „Frankfurter Zeitung“) nachgewiesen, daß sie den für die Bank so nachteiligen Abschluß mit der Grobbank Diskontogesellschaft begünstigte... und der andererseits nach dem geizig unerbittlichen Zeugnis der „Allgemeinen Währburger Zeitung“ so stark an strafbaren Stimmenlauf grenzte... Nachgewiesen ist der „Frankfurter Zeitung“ durch die Verfragung des Zeugen Weigner, daß sie von diesem juristischen Vertreter und späteren Mitglied der Währburger Bankleitung



fortlaufend informiert worden ist, seine Informationen zum Teil ohne Kenntlichmachung der einseitigen Quelle wie eigene Redaktionsarbeiten veröffentlicht hat und daß sie von diesem Herrn, der seine Verbindung mit dem Blatt nur sehr zögernd zugab, in Sache der nichtgedruckten Bismarckstücke direkt falsch informiert worden. . . . Nachgewiesen ist, daß die „Frankfurter Zeitung“ Schriftstücke erhielt und veröffentlichte, die nur aus dem Archiv der so stark bloßgestellten Würzburger Bankleitung stammen können und über deren Herkunft der Kläger behauptet jede Auskunft verweigert. Nachgewiesen ist der „Frankfurter Zeitung“, daß sie eine warnende Aeußerung einer bayerischen Ministerrede über die Würzburger Bankaffäre und ihre Rolle darin ihren Lesern andauernd untergeschlug, obgleich sie diese Aeußerung genau im Wortlaut kannte. Nachgewiesen ist der „Frankfurter Zeitung“, daß sie schon über die Würzburger Generalversammlung von 1906 in beifolgender einseitiger und entstellender Weise berichtete. Nachgewiesen ist dem demokratischen Handels- und Wirtenschaftsblatt, daß sie dieselben Praktiken in verstärktem Maße hinsichtlich der Würzburger Generalversammlung von 1907 übte. Dort hatte die Bankleitung, deren Partei die „Frankfurter Zeitung“ so einseitig gegen die kleinen Bankiers ausübte, die sachlich berechtigten Artikel der Aktienminderheit so bergewaltigt, daß jetzt das bayerische Oberlandesgericht wörtlich entschied, wie gestern durch Verlesung der Urteilsausfertigung festgestellt wurde: es liegt „vorzutage liegende grobe Gefährdung der Rechtsfreiheit“ vor, namentlich kraftvolle Beschränkung der Redefreiheit, der die „Frankf. Ztg.“ durch die oben erwähnte Art ihrer Berichterstattung gründlich nachschalt. Ferner ist dem „führenden Finanzblatt“ Deutschlands durch Vorlage seiner eigenen Artikel nachgewiesen, daß es bis heute weder den kompromittierenden Wortlaut der Beteiligungsbescheide der Würzburger Stadtkommission um Aktienbeteiligung, noch die Nachschrift der Würzburger Direktion seinen Lesern mitgeteilt hat, in welcher diese das Beteiligungsbegehren des Beamten nachdrücklich unterstützt. Endlich ist der „Frankf. Ztg.“ in Sachen des berühmten Konto K nachgewiesen durch das Zeugnis Ansbacher und das Zeugnis ihres Redakteurs Stern, daß sie seit Jahren von jenem Konto gewußt hat, ihm jedoch nicht nachgegangen ist und es sogar noch den zweifelsfreien Enthaltungen unseres Blattes unter Berufung auf gar nicht in Betracht kommende Gesetzesbestimmungen verteidigt hat.

Unser „Frankfurter“ Parteiblatt erklärt sich mit dem Ergebnis der Verhandlung voll und ganz zufrieden. Das seltsame Urteil wird es der Nachprüfung durch die höhere Instanz unterbreiten.

Die „Frankfurter Zeitung“ muß sich also auf einen zweiten Gang gefaßt machen, in dem sie hoffentlich nicht wieder einen Vorsitzenden findet, der seine Meinung über den Fall schon zu Anfang der Verhandlung fertig hat und der sich durch die Ergebnisse der Verhandlung so wenig beeinflussen läßt, wie der Vorsitzende des Schöffengerichts. Dann wird auch im Urteil zum Ausdruck kommen, was jeder denkende Beobachter schon aus der Verhandlung erster Instanz entnimmt, daß die Vorwürfe der „Frankfurter Volksstimme“ gegen die „Frankfurter Zeitung“ nur zu sehr berechtigt waren.

### Der Steinbacher Aufruhrprozeß.

In seiner Betrachtung des zweiten Tages der Verhandlung zu Meiningen sagt das Saalfelder „Volksblatt“, daß sich bei allen Zuhörern die Ueberzeugung immer mehr festigt, daß die ganze Aufruhranklage bereits vollständig zusammengebrochen ist.

Wenn es jemanden gibt, der als Hauptangeklagter zu gelten hätte, so wäre das der Gastwirt und damalige Wirtschaftsleiter Bodenstein. Durch seine eigene Aussage und die der Zeugen, sowie auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde festgestellt, daß Bodenstein am fraglichen Abend, nachdem er den Ortsdiener instruiert hatte, im Orte Peterabend zu bieten, seine eigene Wirtschaft verließ, ohne dort seinen Gästen Feierabend geboten zu haben und seine Wirtschaft zu schließen. Hätte er das getan, die ganze „Steinbacher Affäre“ wäre nicht entstanden! Nun ging Bodenstein nach dem Parteitag, wo er anschließend den Ortsdiener in Peterabend unterfuchte (dort stand ein Karussell), und das verleitete den jetzt als „Mädelsführer“ angeklagten Rehr-Judel, den Bodenstein zu fragen, ob er denn schon in seiner eigenen Wirtschaft Feierabend geboten habe? Auf diese wiederholt an ihn gerichtete Frage antwortete der Herr Wirtschaftsleiter Bodenstein mit einem Faustschlag nach dem Hals des Fragers. Auf diese offensichtliche Roboter hin nahmen eine Anzahl dieser Szene beiwohnende Partei für Rehr-Judel und tadelten Bodenstein. Rehr-Judel aber hatte unterdessen den Schlag zurückgegeben, und da Bodenstein jedenfalls fürchtete, daß ihm auch noch aus der ihn wegen seines Angriffes tadelnden Menge Heiße zuteil würden, lächelte er, rief aber, wie schon gestern erdacht, dem ihm in den Gesichtskreis kommenden Ortsdiener zu: „Richard, zu den Säbeln raus!“ Bodenstein lief rasch nach Hause zu, ging aber nicht in das Haus, sondern in seinen Hof, holte einen Stock und ging nun zum Angriff auf Rehr-Judel über, der ihm mit einem Stoße gefolgt

war. Letzterer kam an der Tür Bodensteins zu Fall, Bodenstein benutzte diesen „günstigen Moment“ und gab mit seinem Stöße dem Rehr-Judel einen tüchtigen Schlag, nach anderen Zeugnisaussagen schlenkigte in der Hand, die er hinter sich abriegelte.

Das ist der nächtliche Hergang der Dinge. Und was hat sich nun weiter zugetragen? Es sammelt sich um den um seine „Medaillen“ betrogenen Rehr-Judel eine größere Menge, der nun in die Erinnerung kommt, daß bei Bodenstein noch „Ueberflüssiger“ sich befinden, darunter der Brandmeister. Bis jetzt unentdeckte Werfer nehmen einige Fenster aufs Korn, drei zerbrochene Scheiben sind der Erfolg. „Man“ soll auch geschossen haben, manche Zeugen glauben einen Schuß gehört zu haben, andere wieder haben davon überhaupt nichts gehört. Man ruft Bodenstein, lacht und schimpft, alles durcheinander! Und nun das Hauptmoment, das wie kein anderes die tatsächliche Verantwortlichkeit dieser „Aufreißer“ feingradet: Sie holen den Feldjäger, damit der die Bodensteinsche Wirtschaft leere und die Ueberflüssiger aufschreibe!

Und dann der Ull des Sturmläutes! Der Angeklagte Hofheid wird als der Sturmbogel angehoben, aber mindestens fünf Zeugen erklären unter ihrem Eide, daß Hofheid es nicht gewesen sein könne, da sie ihn kurz vor dem Sturm läuten gelassen haben und wenige Momente später das Stürmen ertönte.

Natürlich gab es auch eine Reihe Verlesungen, die ob des „Aufreißers“ geizt haben und ängstlich waren, noch mehr Zeugen und auch solche, die von der Staatsanwaltschaft geladen sind, aber betonen, daß kein Mensch daran geglaubt habe, daß irgend jemand in der Bodensteinschen Wirtschaft anwesend gewesen etwas getan worden wäre, wenn dieselben herausgekommen wären.

Am Freitagabend wurde das Urteil gesprochen. Es wurden verurteilt: 1. der Schleifer Rehr-Judel wegen Landfriedensbruchs und Verübung von Gewalttätigkeiten unter Jubelstimmung mildernden Umständen und unter Verneinung der Frage nach Mädelsführerschaft zu 8 1/2 Monaten Gefängnis, 2. der Angeklagte Schleifer Fiedel-Rohmann wegen Landfriedensbruchs zu 3 1/2 Monaten, 3. die Angeklagten Rudolf Rehr-Judel und Hofheid zu je drei Monaten, 4. der Fabrikarbeiter Otto Bodenstein wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Beleidigung zu fünf Monaten, 5. der Fabrikarbeiter Deutsch zu fünf Monaten, 6. der Ländereigene Diamant, der Schleifer Klemm und der Fabrikarbeiter Wilhelm Bodenstein wegen groben Unfugs zu je zwei und einer Woche Haft. Die letzten beiden Angeklagten, Gustav und Christian Wollsch, wurden freigesprochen. Den verurteilten Angeklagten wurden 2 1/2 Monate der Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt, daß allen Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt worden seien, da es sich bei dem Steinbacher Aufruhr in erster Linie um eine Folge übermäßigen Alkoholgenußes gehandelt habe. Den beiden freigesprochenen soll wegen der Frage, ob ihnen ein Ersatz für die unglücklich erlittene Untersuchungshaft zuzubilligen sei, eine besondere Entscheidung zugehen.

Das Urteil ist immer noch hart genug. Wenn Studenten ähnlichen groben Unfug verübt hätten, wie die angetrunkenen, weißt noch jugendlichen Arbeiter von Steinbach, sie würden wohl schwerlich wegen Landfriedensbruch auf die Anklagebank gekommen sein. Und wer weiß, ob das den Steinbachern passiert wäre, wenn nicht die Vorgänge mit den vorhergegangenen politischen Ereignissen in Verbindung gebracht worden wären. Der Präsident des Schwurgerichts hat in anerkennenswerter Weise erklärt, daß beides nicht zusammengehöre, aber an der Anklage änderte das nichts mehr.

Sind die Strafen aber auch noch hoch genug, für einen Landfriedensbruch-Prozeß sind sie verhältnismäßig milde. Allen Angeklagten sind mildernde Umstände zugebilligt worden und die Begründung läßt deutlich erkennen, daß es sich lediglich um einen Alkoholdrauf gehandelt hat. Die Lüge von der sozialdemokratischen Steinbacher Revolution ist elend zusammengebrochen und die Ordnungspresse, die diese Lüge seinerzeit nicht brüchig und eifrig genug verbreiten konnte, ist still geworden. Es war wieder einmal nichts!

### Der afrikanische Krieg.

Paris, 28. November. (Fig. Ver.)

Die Ereignisse an der algerisch-marokkanischen Grenze geben den sozialistischen Bannern recht. Das marokkanische Abenteuer hat die Republik in die Situation gebracht, den eigenen Völkern gegen die kriegerischen Stämme zu verteidigen zu müssen. Die französischen Truppen mühten — auf algerischem Boden — zurückzuweichen und das Gebiet der ihnen unterworfenen Stämme sowie Wohnstätten und Werkstätten von Europäern der Plünderung und Zerstörung freigegeben. Wohl ist es ihnen gelungen, die Eindringlinge wieder zurückzutreiben, aber man weiß, daß bei den Stämmen der Eindruck eines Erfolges, den sie über europäische Truppen erlangt haben, nicht durch folgende Schlappen aufgehoben wird. Wohl braucht man vorläufig an eine Erhebung algerischer Stämme nicht zu denken, aber die Lage ist

auch so für die französische Regierung verdrücklich genug. In jedem Fall wird sie jetzt größere Operationen zur Sicherung der Grenze unternehmen und die Grenzverletzung durch die übliche „Jüchtigung“ vergelten lassen. Das kostet mehr oder weniger Menschenleben und in jedem Fall viel Geld. Wer aber wird dieses ertragen? Etwas Marokko? Ja, welches Marokko — das des Sultans von Fez oder das des aus Marrakesch? Zur Abwechslung scheint wieder einmal „Muley Hafid oben“, die Franzosen aber müssen Abdul Aziz weiter protegieren, schon weil sie das Geld, das sie ihm gepumpt haben, nie zurückbekommen. Die dauernde Besetzung marokkanischen Landes und seine Einverleibung in die algerische Kolonie ist hingegen durch die Abmachungen von Algieras ausgeschlossen, die nur das besondere Vorrecht Frankreichs in bezug auf die Grenzpolizei anerkennen. Die Kolonialpartei, die hinter dem „Temps“ steht, drängt allerdings auf eine Ausdehnung der Polizeizone hin, die von einer Okkupation mit freiem Auge schwerer zu unterscheiden ist. Die Regierung hat sich der vom Gouverneur Algiers geforderten Offensivtaktik bisher nicht günstig geäußert und sie ist dem Forderung des Generals Lyautey so wenig entgegengekommen, daß dieser sich in giftigen Interviews Luft macht. In der Kammer hat der Kriegsminister heute ziemlich zurückhaltende Erklärungen abgegeben. Der Antrag der Sozialisten, eine Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt. Die Mehrheit hat sicher die Lust zu einer „großen“ Expedition nicht mehr. Aber sie hat nicht den Mut, die begangenen Fehler gut zu machen. So scheint die weitere Entwicklung in Afrika auf den Zufall — die Stimmung der Marokkaner — gestellt. —

Die Meldungen über den Fortgang des Krieges zeigen, daß die Marokkaner in Alger eingebrochen sind. Schwächere französische Posten mußten sich zurückziehen, schließlich sind indes die Marokkaner mit Hilfe der französischen Artillerie zurückgeschlagen worden. Die Franzosen haben Verstärkungen herangezogen. Eine Nachricht meldet, daß zwei Stämme algerischer Eingeborener zu den Marokkanern übergegangen seien. Ob das erstere Bedeutung hat, läßt sich nicht beurteilen. Die wichtigsten Nachrichten lauten:

Walla Warrnia, 29. November. Heute früh drangen die Marokkaner in großer Menge gegen Port-Say vor. Gefasste, die auf den Höhenzügen aufgestellt waren, richteten ihr Feuer auf die Angreifer, welche über den Riß zurückgingen und ihre früheren Stellungen wieder einnahmen.

Walla Warrnia, 30. November. Der Angriff der Marokkaner schiederte vollständig. Sie zogen sich unter Mitnahme ihrer Toten zurück. Nur ein Toter und mehrere Verwundete blieben auf dem Schlachtfeld liegen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen.

Paris, 30. November. Ein Telegramm des Generals Lyauté enthält die schon bekannten Ereignisse am Riß und den Rückzug der Marokkaner. Die französischen Verstärkungen konzentrierten sich bei Ou Djenan unter dem Befehl des Obersten Brantlères. Die Vorkut ist bereits in Bab el Fassah eingetroffen. Die Marokkaner scheinen sich bei Agghal konzentrieren zu wollen, wohin sie Lebensmittel und Munition geschafft haben. Die Hafensände sind gesichert. Am Riß sind heute vormittag von einem Dampfer Verstärkungen gelandet und in Draan ist eine Kaserne gebildet worden.

Paris, 28. November. Dem „Journal des Debats“ wird aus Marrakesch vom 22. November gemeldet, daß der Sultan Abdul Aziz sich durch Vermittlung des in Marrakesch eingetroffenen „Times“-Korrespondenten Harris bemühe, eine Ausöhnung mit seinem Bruder Muley Hafid zu erlangen. Die Besitztümer von Marrakesch hält eine solche Ausöhnung für durchaus möglich.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. November 1907.

#### Die Polenvorlage vor dem Abgeordnetenhaus.

Die Polenvorlage ist bereits am Sonnabend einer Kommission überwiesen worden. Die Debatte war noch belangloser als die des ersten Tages. Die Gegner des Entwurfs legten wiederum mit Recht das Hauptgewicht auf die Einigungsfrage, die eine offensichtliche Verletzung der Verfassung bedeutet. Die eigenartige Auslegung des Grundgesetzes, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind, wie sie der oberste Hüter der preussischen Justiz, Herr Beseler, zum besten gab, beweist, wie sehr ein Redner des Zentrums den Nagel auf den Kopf traf, als er die Vorlage als einen Akt der Verzweiflung der Regierung bezeichnete. In der Tat, wie jämmerlich muß es um eine Regierung bestellt sein, die zu solchen Mitteln

Man sah ihm an, daß er nicht die geringsten Gewissensbisse empfand.

„Aber da sind Sie doch sehr glimpflich davon gekommen,“ meinte der Gefreite Kohwer.

„Na, ich danke! Jedenfalls bin ich besser daran, als Anger.“

„Was haben Sie denn gemacht?“ fragte der Sergeant Pleit den anderen Gefangenen.

„Meine Geschichte ist noch harmloser,“ entgegnete Anger mit ausdruckslosem Gesicht. Die Soldaten sahen ihn gespannt an.

„Ja habe mich an einem Posten vergriffen.“

„Donnerwetter!“ entfuhr es dem Gefreiten Stein.

Eine Stille trat ein. Ein Posten und war es nur ein gemeiner Soldat, war Vorgelegter. Anger hatte also einen tätlichen Angriff auf einen Vorgelegten begangen und das in Felde. Der arme Kerl war zu bedauern.

„Und welche Strafe erhielten Sie?“ fragte Sergeant Kühne.

„Zehn Jahre Festungshaft!“

„Zehn Jahre?“

„Ja wohl!“

Dieses Strafmaß schien ihnen allen ein krasser Widerspruch im Verhältnis zu der Strafe, die Rogowski erhielt. Der eine hatte einen Menschen gemordet, ohne Krone darüber zu empfinden, ja, er schien seine Tat als eine selbstverständliche Geschäftigkeit anzusehen, die er dem Regierweib nur erweisen konnte. Und für diese Tat erhielt er drei Jahre Festungshaft, während der andere zehn Jahre Festungshaft zu verbüßen hatte, weil er einen Kameraden schlug, der im Augenblick sein Vorgelegter war. War das Gerechtigkeit? Jetzt verstanden die Soldaten Angers Stills, gebredetes Wesen. Wie mußte der arme Mensch leiden, für eine jahe, vielleicht unbedachte Tat.

„Was war denn die Veranlassung zu Ihrer Tat?“ sagte Sergeant Kühne das Beschränkte fort.

„Ich bin auf Wiederwache unbeabsichtigt über die Postengrenze hinausgegangen. Der Posten rief mich an. Grob, Unamerabigostlich. Wir konnten uns nicht leiden. Ein Wort gab das andere. Schließlich schlug ich ihn mit einer Peitsche. Und da war mein Schicksal besiegelt. Nächsten konnte ich nicht. Wohin? In den Busch, um zu verduften oder um mich der Grausamkeit der Regier anzusehen? Nein! Das wäre Unsinn gewesen. Also blieb mir nichts, als meine Strafe zu erwarten. Ich konnte damit rechnen, erschossen zu werden, denn ein Angriff gegen einen Vorgelegten kann im Felde mit dem Tode bestraft werden. Das war schließlich immer noch besser, als einsam im Busch zu sterben. Nun habe ich zehn Jahre Freiheit für einen Peitschenschlag herzugeben.“

### Der Flüchtling.

An einem sonnigen Frühlingmorgen des Jahres 1905 lehrte der Gefreite Kohwer des X. Regiments in . . . mit sieben Ausleitern vom Schiffslande in die Kaserne zurück und meldete seinem Feldwebel: „Ein Gefreiter, sieben Mann vom Schießen zurück.“

„Gut, daß Sie kommen, Kohwer. Sie müssen mit den Sergeanten Kühne und Pleit und dem Gefreiten Stein zwei Leute der Schutztruppe nach Ehrenbreitstein bringen. Ordromanzanzug, Patronentaschen, Gewehr. 11 1/2 Uhr antreten!“

„Zu Befehl, Herr Feldwebel!“

Kohwer freute sich. Das war eine angenehme Abwechslung in dem ewigen Einerlei des Drilles. Er ging auf seine Stube, wo der Gefreite Stein schon auf ihn wartete.

„Na, soßt Du auch mit?“

„Ja wohl!“

„Was die Kerle wohl aufgefressen haben?“

„Ich habe keine Ahnung.“

„Der eine soll 10 Jahre Festungshaft verbüßen.“

„Na, so schlimm wird es wohl nicht sein.“

„Wann bestimmt?“

Sie unterbrachen ihr Gespräch, als der Feldwebel die Stube betrat und sie zur Eile antrieb. Präzise 11 1/2 Uhr standen die Sergeanten und Gefreiten vor der Feldwebelstube und empfingen je 10 Patronen. Dann schritten sie über den Kasernenhof zum Arresthaus, vor dem schon zwei Wagen hielten und nahmen ihre beiden Gefangenen in Empfang. Der eine war ein großer, breiter Mensch von ungefähr 40 Jahren mit einem gutmütigen, harmlosen Gesicht und grobem, biondem Schmutzhaar. Der andere war klein, brünett, mit schwarzem Schmutzhaar und dunklen, stehenden Augen. Er mochte 26 Jahre alt sein. Sergeant Kühne warnte die Gefangenen ausdrücklich vor einem Fluchtversuch unter besonderem Hinweis darauf, daß man in diesem Falle unverzüglich von den Waffen Gebrauch machen würde. Dann befahl er kurz: „Laden!“ Die vier Soldaten hielten ihre Gewehrmündungen, der Eigentümlichkeit des Ortes Rechnung tragend, zur Rede des Arrestlokals, öffneten die Kammer und brachten jeder fünf Patronen hinein. Mit kurzem, energischem Aus schlossen sie die Kammer und sicherten die Gewehre. Daraufhin nahmen der Sergeant Kühne und der Gefreite Kohwer den kleinen Gefangenen mit Namen Anger in ihre Mitte,



greift, daß sie den Satz aufstellt, die Gesetze müßten zwar gegen alle Preußen gleich angewendet werden, aber es sei erlaubt, gegen einzelne Bevölkerungsklassen Ausnahmegeetze zu erlassen! Weder Herr Bessler's tiefinnige, dem gewöhnlichen Menschenverstand aber nicht faßbare juristischen Darlegungen, noch die Krügervereinstrede seines Kollegen Freiherrn v. Rheinbaben vermochten irgendwie die Gegner der preussischen Politik zu bekehren. Ja selbst die Freunde derselben, abgesehen von den Gruppen, die mit der Regierung durch die und dünn gehen, werden schmerzlich von der Zweckmäßigkeit dieses Ausnahmegesetzes überzeugt worden sein. Damit die Kommission möglichst schnell arbeiten kann, verlangte sich das Haus bis Donnerstag. Auf der Tagesordnung stehen Initiativanträge.

### Das staatsgefährliche Turnen.

Kürzlich teilten wir den Verlauf eines Disziplinerverfahrens mit, in dem ein 44 Jahre alter herzkleidender Polizeibeamter von der Turnverpflichtung, die ihm der Oberbürgermeister zu Warmen auferlegte, durch das Oberverwaltungsgericht befreit ist. Im vollen Gegensatz mit diesem Versuch, herzkleidende Polizisten zur Turnerei zu veranlassen, unterjagt anderwärts in Preußen eine Behörde in klarem Widerspruch mit dem Reichsrecht und der beamtlich beideten preussischen Verfassung die Erteilung von Unterricht solchen Personen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Heute liegen mehrere Bescheide auf Einsprüche gegen solche behördlichen Eingriffe vor. Bekanntlich hatte das Provinzialschulkollegium fünf trefflichen Turnlehrern, die im Verein "Richte" Stählung der Körperkraft und Gewandtheit Turnübungen beibringen, bei 100 M. Strafe verboten, ohne Unterrichtsverlaubnisse ihre nützliche Tätigkeit auszuüben. Die Berliner Schuldeputation, an die fünf so Belegte sich wendeten, lehnte die Erteilung des Erlaubnisses ab, auf Veranlassung des Provinzialschulkollegiums. Ferner ging einem der Turnlehrer die Verfügung zu, nummehr 100 M. Strafe zu zahlen oder 10 Tage zu brummen. Selbstverständlich ist hiergegen der Beschwerdeweg beschritten. Inzwischen tröstet sich der vom "Provinzialschulkollegium" zu unrecht Beschädigte damit, daß dem Turnvater John von reaktionären Behörden noch böser mitgespielt. A. alldieweil Turnen ein staatsgefährliches Unternehmen, so eine Art Vorbereitung zum Hochverrat sei. Der Turnvater "Richte" wird außerdem ein paar Turnwart anstellen, auf Grund des § 33 der Gewerbeordnung nummehr gewerbmäßig Turnunterricht erteilen und lehren werden, wie revolutionäre Rippe, umhüllere Hölle und staatsgefährliches Stahlspringen auszuführen ist. Der Ruhm des Brandenburger Provinzialschulkollegiums hat andere Behörden nicht schlafen lassen. Die Regierung zu Hannover hatte sich mit dem Verbot des hannoverschen Polizeipräsidenten zu beschäftigen, durch welches mehrere Turnvereine die Erteilung von privatem Turnunterricht an jugendliche Personen unter 18 Jahren untersagt war. Der Regierungspräsident von Philippstern hat die Beschwerde zurückgewiesen. In einem langen Schreiben legt er dar, daß der "Geist der Arbeitervereine" ihm nicht zusagt. Besonders hat's ihm das Liedchen "Der freie Turner" angefallen. "Der Inhalt zahlreicher Lieder lasse keinen Zweifel darüber, daß der Herausgeber des Buches, der Arbeiterturnerbund, und mit ihm die zugehörigen Vereine von revolutionärem Geiste erfüllt sind. Es bedarf keiner Aufklärung, daß Angehörigen eines Vereins, in welchem solche Bestimmungen gepflegt werden, die zur Erteilung von Unterricht an jugendliche Personen erforderliche sittliche Fähigkeit nicht zuerkannt werden kann." Fast wörtlich dieselben Bemerkungen, mit denen die preussische Reaktion der Vier und Vier Jahre des vergangenen Jahrhunderts Ernst Moritz Arndt, Zahn und Tugend geistig und moralisch hochstehender Patrioten verfolgte. "Vor dem Gesetz ist jeder Preuze gleich" — nicht vor der Polizei. Eigenartiger Humor der Weltgeschichte, daß die Sozialdemokraten die Geselchlichkeit gegen die Behörden zu verteidigen haben.

### Gerechte Teilung.

In seiner Darlegung des Bloßprogramms tat Bülow am Sonntagabend in den hohen Reichstagskammern einen Ausspruch, der eine sehr treffende Charakterisierung der Bloßpolitik enthält. Er meinte, sie müsse von allen Parteien geführt werden mit Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung. Der Kanzler hat indes diesen sehr richtigen Gedanken nicht ganz zu Ende geführt. Er hat offenbar hinzugehen wollen, daß das Zweckbewußtsein für die Konservativen, die Selbstbeherrschung aber für die Freisinnigen ist: Das ist die geredetprechende Teilung, denn beide Parteien haben längst gezeigt, daß sie für die ihnen zu-

geleiteten Rollen passen, daß sie Nützlicheres zu leisten wissen, die Konservativen in Zweckbewußtsein, die Freisinnigen in der Selbstbeherrschung.

### Erneuerung des Meistbegünstigungsvertrages mit England und seinen Kolonien.

Ein Gesetzentwurf, der England bis zum 31. Dezember 1900 die Vorteile einräumt, die das Reich den meistbegünstigten Ländern gewährt, ist heute dem Reichstag unterbreitet worden. Die Erneuerung des Meistbegünstigungsvertrages ist notwendig, da das Gesetz vom 20. Dezember 1900, das auf der gleichen Grundlage beruht, am 31. Dezember d. J. außer Kraft tritt.

### Wassermann als Totengräber.

Die Nationalliberalen sind über die wegwerfende Art, in der gestern der Finanzminister von Rheinbaben auf die faden staatsmännischen Tiraden des Herrn Wassermann antwortete, höchst erbost, meinte doch der Herr Finanzminister böhnisch, der nationalliberale Führer keine zwar die Absichten der Regierung nicht, aber er mißbillige sie. Die "Nationalzeitung" hat sich über diese Äußerung sogar demmaßen geäußert, daß sie dem Herrn von Rheinbaben einen ganzen Leitartikel widmet, in dem sie ihn beschuldigt, die Verfahretheit im Bloß absichtlich zu verstärken und den "Totengräber" des Bloß zu spielen:

"Herr v. Stengel" schreibt sie, "weil zwar noch nicht, was er will; dafür weiß Herr v. Rheinbaben um so besser, was er nicht will. Als vor Wochen erstmals etwas vom Spiritus-Monopol durchsickerte, da war die Stimmung gar nicht so ungünstig. Hätte die Regierung damals mit einem leidlichen Projekt aufwarten können — wer weiß, auf welchem Wege die Finanzdebatte heute wäre! Aber im Reichsfinanzamt war man hilflos, man fragte ob der großen Not, nur von Mitteln zur Abhilfe ließ man nichts verlanen. Mittlerweile hat mancher, der sich mit dem Monopolgedanken schon halb und halb befreundet hatte, sich wieder in die Liebe, alte, doktrinaire Abneigung dagegen hineingearbeitet. Die Stimmung innerhalb des Bloß ist flau, sehr flau, hauptsächlich deshalb, weil niemand weiß, wo die Regierung eigentlich hinauswill, — und dieser kritische Moment dünkt den preussischen Finanzminister geeignet, den Führer der Nationalliberalen zu verhöhnen, weil er die Absichten der Regierung nicht kennt" und sich doch schon ernste Gedanken über die Finanzreform machte, und dann noch den Trumpf vom sie volo sic jubeo des Bundesrats auszuspielen! Wenn elst in der Regierung — oder auch vom Zentrum — die Preise dafür verteilt werden, wer am meisten zur Entgleisung der Bloßpolitik beigetragen hat, dann wird Herr von Rheinbaben wohl gegründeten Anspruch auf den ersten erheben dürfen. Denn er weiß ja, was er nicht will. Herr von Stengel, der nicht weiß, was er will, dürfte Anspruch auf den zweiten Preis haben."

Wie immer äußert sich die Mut der nationalliberalen Erneuerer in der obersten Weise. Aber so ganz unredlich hat das Blatt mit seiner Aufkündigung nicht. Als guter starrer preussischer Bureauführer war Herr v. Rheinbaben nur ein Freund des Wilhelmschen Soldatentums auf dem bloßpolitischen Seil und schloß sich stets in der politischen Nähe des Zentrumssoldaten weit begünstigter als in jener der Herren Wassermann und Paquide oder gar der Biemer, Kopsch und Hühner.

### Warnung vor kolonialem Optimismus!

Selbst ein entragiertes Kolonialblatt, wie die "Berliner Neuesten Nachrichten", sehen sich veranlaßt, vor allzu großem kolonialem Optimismus zu warnen. Sie schreiben:

Nummehr ist Herr Dernburg in sein Amt zurückgekehrt, und damit beginnt eine neue Epoche in unserer Kolonialpolitik, in der die großen Hoffnungen, die in der Zeit der nationalen Bewegung der Reichstagswahlen von dem Leiter unserer Kolonialverwaltung erweckt wurden, auch verwirklicht werden müssen. Wir zweifeln nicht, daß Herr Dernburg sich der großen Verantwortung bewußt war, die er auf sich nahm, als er unter Einwirkung seiner Person die Vorgesicht für den Erfolg einer Kolonialwirtschaft übernahm, welche neue und vielerlei große Opfer vom Reich erfordert. Das Maß der Verantwortung liegt eben in der so engen Verbindung von national und kolonial, daß ein Fehlschlag auf letzterem Gebiete auch der allgemeinen Politik erheblich die Kreise stören könnte. Wir wissen nicht, ob die Eindrücke, die Herr Dernburg in den letzten Monaten in der ostafrikanischen Kolonie gewonnen hat, seinen Optimismus und seine Bilanz zu einem Schwanken nach oben oder unten gebracht haben; es ist seine berechnete Eigenart, von seinen Gedanken und Plänen vorzeitig so wenig wie möglich verlanen zu lassen. Wenn er aber nun noch Rücksicht in sein Amt die Erfüllung seiner Aufgaben durch Neuschöpfungen in den Kolonien verwirklichen will, ohne daß neue Rückschläge eintreten, wie wir sie so oft zum Schaden der Sache erlebt haben, so glauben wir in voller Ueber-

einstimmung mit wirklichen Kennern des Landes vor einem zu weitgehenden Optimismus und vor jeder Ueberstürzung warnen zu müssen. Unsere Kolonialpolitik vermag heute keine Rückschläge mehr, die aus dem Verlust großer investierter Kapitalien etwa entstehen könnten."

In dieser Auslassung ist auch nicht uninteressant, daß die "Berliner Neuesten Nachrichten" Herrn Dernburg und seinem mitmächtig allzu großen Optimismus die Aufsicht von wirklichen Kennern des Landes gegenüberstellen! Das Blatt ist also nicht allzu sehr davon überzeugt, daß Herr Dernburg sich auf seiner ostafrikanischen Sprigtour eine wirkliche Kenntnis der Verhältnisse angeeignet hat! —

### Ueberspannung der Disziplin.

Man schreibt uns: Wie es um die berühmte preussische Disziplin bestellt ist, hat die letzten im "Vorwärts" erwähnte Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des IV. Armeekorps erwiesen. Festgestellt ist worden, daß es auf den Bernburger Scheibenständen nichts Seltenes war, daß die alte Wache das Wachtlokal eher verließ, bevor die neue Wache zur Stelle war. Die Ablösung, die so peinlich genau vorgeschriebene Uebergabe des zu bewachenden Geländeabschnittes und der Gebäude und Utensilien wurden also auf der Landstraße im Vorbeigehen ausgeführt. Fürwahr ein glänzender Zeugniss für die schädlichen Wirkungen einer übertriebenen Disziplin, eines Jahrhunderts alten Drills und der so hoch gepriesenen "erzieherischen" Eigenschaften unseres Militärs.

Daß der Anlagerevisor "solche Vorkommnisse" als "einfach unglücklich" bezeichnet, beweist weiter nichts, als daß er trotz seines abgeleiteten Dienstjahres nichts vom Sach verstand und demzufolge den Grab der Verfehlungen auch nicht richtig abschätzen kann. Die auf Wachtbergeben angebrochten Strafen sind wahrhaftig schon genug, um 20jährige Menschen zu bewahren, sich aus reinem persönlichen Leichtsinne oder einiger Minuten Zeitgewinn wegen der Vorkaufung aufzusehen. Der Wachtstand wird in der Armee in einer Weise behandelt, welcher einem Feilschaktus gleichkommt. Der Widerspruch zwischen dem vorher veranstandenen Tamtam und der nächsten Wirklichkeit, der Kontrast zwischen den dem Wachtstand begleitenden Unannehmlichkeiten und der Wert- oder Gefährlosigkeit des zu bewachenden Objekts wird dem rückständigsten Soldaten sehr bald klar und löst bei ihm im Augenblick des Unbedachtseins eine ungeahnte Wertschätzung aus. Schreiber dieses kennt z. B. aus seiner Dienstzeit das Postenstehen auf dem Scheibenstand beinahe nicht anders als "Gewehrleinen lang" und die Tabakspfeife im Munde.

Ablösungen wurden sehr häufig auf der Wachtstube vollzogen und bei kalter Witterung wurde während der zwei Stunden Postenzeit auch gelegentlich mal Kaffee getrunken. Scheibenstandposten haben sehr oft auch die dem natürlichen Kältegefühl entsprechende Pflicht, in der nächsten Umgebung Holz zum Zeigen der Wachtstube zu finden und anderes mehr. Ebenso wie in Fortbau Dinge passierten, welche von der vielgepriesenen Offizierslehre nicht erkennen ließen, ebenso sind auf den sehr oft überflüssigen Scheibenstand, Lazarett- und Pulverhauswachen anderer kleiner Garnisonen Tatsachen zu verzeichnen, die mit dem Begriff Disziplin nichts gemein haben. Für einen Militärjuristen, welcher sein Jahr wahrscheinlich in einer Großstadt abgedient hat, ist das dann einfach unglücklich; für den denkenden Unparteiischen ist es selbstverständlich; eine ganz natürliche Folge des Ueberstrebens alles dessen, was man hierzulande unter dem Begriff Disziplin vereinigt.

Die zufällig Gefassten aber müssen als Sündenböden dann die Fehler des Systems büßen!

### Das beleidigte Gottesgnadentum.

Kostock, 30. November.

(Privatdepesche des "Vorwärts".)

Genosse Redakteur Kühn von der "Medlenburgischen Volkszeitung" wurde heute wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Artikel beleidigten das "Gottesgnadentum" anlässlich der Wahl des Herzogs Johann Albrecht von Medlenburg zum braunschweiger Regenten. Der Angeklagte bestritt, daß Beleidigung vorliege, überdies sei er der Meinung, der Herzog sei durch die Wahl in Braunschweig aus dem medlenburgischen Fürstenhause ausgeschieden. Es müsse also auch schon aus § 39 des Strafgesetzbuches Freisprechung erfolgen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß diese Schlußfolgerung jeder Grundlage entbehre. Der Herzog sei überhaupt nicht aus der Mitgliedschaft des medlenburgischen Fürstenhauses ausgeschieden. In letzterer Beziehung hatte Vertreter Dr. Herzfeld Berlin einflussvolle staatsrechtliche Ausführungen gemacht.

### Aus dem sächsischen Landtage.

In den ersten Tagen der Woche verhandelte die zweite Kammer über das neue Wassergesetz, das schon den vorigen Landtag beschäftigt hat und das in einer Zwischenkommission vollständig umgearbeitet worden ist. Die Regierung beabsichtigte durch ihren ersten Entwurf, alle fließenden Gewässer für öffentliches Gut unter staatlicher Aufsicht zu erklären. Damit stieß sie aber auf den heftigsten Widerspruch der Konservativen, die den Regierungsstandpunkt als Wassersozialismus bezeichneten und den bestehenden Anliegern ein Verfügungsrecht am fließenden Wasser gesichert und daraus auch das Benutzungsrecht auf privatrechtlicher Grundlage abgeleitet wissen wollten. Nur mit Mühe und durch ein beinahe unmögliches Kompromiß ist die Vorlage in der Zwischenkommission aus dem Streite darüber, ob die Flußläufe nach öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Grundsätzen beurteilt werden sollten, vor dem wütigen Scheitern bewahrt worden. Man hat auf jedes Prinzip ganz verzichtet und dem Staate lediglich ein Aufsichtsrecht zugesprochen, so daß aus dem Wasserrechtentwurf ein Polizeigesetz geworden ist. In der Verhandlung im Plenum versuchten die konservativen und nationalliberalen Redner die Sonderinteressen der Besitzenden bei der Wasserbenutzung mit großem Eifer zu verteidigen; sie forderten ein Benutzungsrecht, das zum Teil darauf hinausläuft, die Flüsse und Bäche im Interesse des Profits nach Belieben verunreinigen und verschwenden zu können. Genosse Goldstein machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie den öffentlich-rechtlichen Standpunkt verlassen und dadurch die Allgemeinheit schwer benachteiligt habe. Das letzte Wort ist darüber noch nicht gesprochen, doch wird das Kompromißprodukt wohl gesichert werden.

Am Donnerstag stand eine Redererfordelungsvorlage zur Beratung. Danach sollen ständige Lehrer 1300 M. Anfangs- und 2800 M. Endgehalt, letzteres nach Vollendung des 55. Jahres beziehen. Die Lehrer fordern dagegen 1800 M. Anfangsgehalt und 3600 M. Endgehalt. Die Kammer war fast einstimmig der Ansicht, daß die Regierungsvorlage zu wenig biete; die bürgerlichen Parteien erklärten 1600 M. Anfangsgehalt und 3000 M. Endgehalt als das Mindeste, was gewährt werden müsse. Der Vertreter des Kultusministeriums erklärte demgegenüber hilflos, er könnte da nicht viel sagen, weil das mehr koste und über den Kostenpunkt der Finanzminister zu bestimmen habe.

Am 4. Dezember kommt die Wahlrechtsfrage zur Vorberatung, wie heute im Landtage angekündigt wurde. Es sind mehrere Tage dafür in Aussicht genommen.

Witter lang es von seinen Lippen. Die anderen schwiegen. Es schien ihnen allen nahe zu gehen. Jeder dachte, daß ihn ein gleicher Schicksalsschlag treffen könnte. Anger blinnte gedankenverloren aus dem Compositenfenster hinaus in die sonnige Heide. Alles sollte er zehn Jahre entbehren. Wie sollte er auch nur eine Viertelstunde allein gehen dürfen. Wenn er schlafen könnte? Er würde das Gefährlichste wagen für seine Freiheit. Aber wie schlafen, wie? Der Jag sollte manuskript weiter, dem Ziel entgegen. Sein monotoner Mariata Klang wie eine melancolische Melodie. Die sechs im Coupé blinnten still vor sich hin, jeder mit seinen Gedanken beschäftigt. So kamen sie in A. . . . . an.

"A. . . . .! Vier Minuten Aufenthalt!" schrien die Schaffner. "Gehalten Herr Sergeant, daß ich anstehle," wandte sich Anger an den Sergeanten Kühne. Er sagte es ruhig. Keine Bewegung in seinem düsteren Gesicht verriet seinen plötzlichen Entschluß.

"Jawohl! Rohwer gehen Sie mit." "Gefreiter Rohwer nahm sein Gewehr und ging mit Anger zum Abort. "Ich warte hier," sagte Rohwer.

"Gut." Anger ging hinein, Rohwer blieb vor dem Eingange stehen. Es währte zwei Minuten, Anger kam nicht. Im Augenblicke mußte der Zug fahren.

"Anger!" rief Rohwer. Keine Antwort.

"Anger!" Alles still. Ahnungsvoll ging Rohwer in den Abort, mit einem Blick übersehend, daß der Afrikaner durch das Fenster, das oben in der Rückwand des Abortes eingebaut war, seinen Weg ins Freie gefunden hatte. Im Augenblicke war Rohwer wieder draußen, rannte um den Abort und sah ungefähr 200 Meter vor sich Anger über die Heide laufen. Der Gefreite rannte so schnell er vermochte, hinter dem Flüchtling her, der gerade mit großer Gewandtheit über ein reichlich einundeinhalb Meter hohes Staket setzte. Die Entfernung vergrößerte sich augenblicklich, denn Rohwer konnte trotz des besten Willens mit seinem Gewehr nicht so schnell laufen wie der Afrikaner. In langen Sätzen kam Rohwer an das Staket, das vor wenigen Augenblicken sein Flüchtling überflogen hatte. Kurz entschlossen blieb er stehen und legte den Gewehrlauf auf das Staket, entscherte das Gewehr und schrie:

"Halt! . . . Halt! . . . Anger lief unbeirrt weiter.

"Halt! Oder ich schieße!" Anger kümmerte sich auch um diesen letzten Anruf nicht. In nächsten Augenblicke trachte der Schuß. Rohwer sah, daß der Afrikaner nach seiner linken Schulter griff, aber weiterlief. "Ein Fehlschuß", sagte Rohwer für sich, sprang über das Staket und nahm seine Verfolgung wieder auf. Er hoffte, den

Flüchtling würde die Verwundung zwingen, sich zu stellen. Er irrte. Der Afrikaner lief trotz der Verletzung wie gehabt weiter. Rohwer blinnte zurück und sah, daß sein Sergeant und einige Leute auch die Verfolgung aufgenommen hatten. Das aber kümmerte ihn ein, ehe deren Eingreifen wirksam würde, hatte der Flüchtling längst den nur noch fünfshundert Meter entfernten Wald erreicht und dann hatte der Afrikaner seine Freiheit zurück.

"Und ich komme statt seiner auf die Festung," dachte der Gefreite. Unwillkürlich fielen ihm die Konsequenzen ein, die aus dieser Flucht für ihn entstehen konnten. Noch sechzig Tage hatte er zu dienen. Dann begann für ihn wieder ein neues Leben. Dann war er freier Mann. Entkam ihm aber der Gefangene, war es für lange Zeit vorbei mit der Freiheit. Es mußte nichts, er mußte wieder stehen. Er blieb stehen und stierte erneut:

"Halt! . . . Halt!" Der Afrikaner lief genau wie vorher weiter.

"Halt! Oder ich schieße!" . . . . . Umsonst, Anger ließ sich nicht beirren. Rohwer holte tief Atem, legte an, zielte sorgfältig mit genau gestrichenem Korn, so, wie man es ihn als Rekrut gelehrt hatte, nahm Druckpunkt und schmeute langsam aber stetig den Zeigefinger an Abzug, bis scharf der Schuß knallte. Rohwer sah wie der Afrikaner schreiend nach rechts taumelte, dann ein paar Schritte geradwegs lief und plötzlich in sich zusammenbrach.

"Der fikt", sagte Rohwer tief aufatmend für sich und lief zu dem Angeschossenen, um diesem Hilfe zu leisten. Der Afrikaner lag mit blutleeren Lippen und todtblauen Gesicht in dem Heidekraut, sich mühsam mit dem rechten, unterwundenen Arm aufstützend. Rohwer trat hinzu, um ihm zu helfen, aber Anger schüttelte abweisend den Kopf und murmelte:

"Geh weg, Du Hund, Du hast mir das Leben und die Freiheit geraubt. Deshalb schosst Du nicht vorbei?"

"Sei ruhig, armer Kerl. Ich konnte doch nicht," sagte Rohwer mit tränenden Augen, "es ist vielleicht auch besser so für Dich. Glaube mir, einer von uns beiden hätte doch seine Freiheit opfern müssen."

Der Sterbende schüttelte traurig den Kopf. Das Gesicht hatte ihn im Rücken getroffen und wor an der rechten Brustseite herausgetreten. Anger mußte im Augenblicke verschwinden. Ehe denn auch Sergeant Kühne und die übrigen Verfolger herangekommen waren, hatte der Flüchtling, den Kopf an den neben ihm liegenden Gefreiten gelehnt, ausgeblutet.



### Stadtverordnetenwahlen in der sächsischen Hauptstadt.

Am Mittwoch und Donnerstag fanden die Stadtverordnetenwahlen in Dresden statt. Zum dritten Mal unter dem im Jahre 1906 durchgeführten Abteilungs- und Alterswahlssystem. Die Angst vor der Sozialdemokratie hat Parteigänger bei diesem Produkt bürokratischer Wahlrechtsfäulnis. Alle Bürger werden zunächst in 5 Abteilungen geschieden: Rentner, Arbeiter, Beamte, Handwerker und Industrielle. Jede Abteilung ist wiederum in zwei Bürgerklassen geteilt: solche, die noch nicht 10 Jahre dieses Recht haben, bilden die zweite, solche, die schon 10 Jahre Bürger sind, die erste Abteilung. Dadurch glaubte man noch ganz besonders der Ueberflutung des Stadtverordnetenkollegiums durch die so gefährlichen Notizen zu können, woran natürlich unter einer derartigen „Verschönerung“ eines Wahlrechts soviel nicht zu denken war. In jeder Abteilung werden Anführer und Unanführer zusammen auf einem Zettel gewählt. Außerdem ist die Wahl von Ersatzleuten vorgegeben, damit ja nicht einmal durch Tod oder sonst einen Zufall ein Sozialdemokrat in einer anderen als der den Arbeitern zugewiesenen Abteilung ins Kollegium hineinkomme. Nach den sächsischen einschlägigen Gesetzen muß mindestens die Hälfte der Gewählten Hausbesitzer sein. Vorher hatte ein Listenwahlrecht Geltung gehabt und die Sozialdemokraten waren, besonders auch begünstigt durch die Einverleibung arbeiterreicher Vororte, den bürgerlichen Parteien nahe auf die Fersen gerückt.

Bei der erstmaligen Wahl unter dem neuen Wahlrecht im Jahre 1906 wurden aber nicht nur die Kandidaten der Sozialdemokratie in den beiden Altersklassen der Arbeiterabteilung gewählt, sondern auch in einer Altersabteilung der für die Mittelständler reservierten Handwerkerabteilung wurden zwei Arbeiter gewählt, so daß im ganzen sechs Vertreter der Sozialdemokratie ins Kollegium gelangten. Im vorigen Jahre gelangten nur die vier Kandidaten der Arbeiterabteilung zum Siege und in diesem Jahre wiederum vier, so daß die Fraktion jetzt aus 14 Sozialdemokraten besteht gegenüber 70 Vertretern des Bürgertums. Dabei hat die Sozialdemokratie ebensoviel Stimmen wie das gesamte Bürgertum. Die ganze traurige Ungerechtigkeit eines solchen Wahlsystems leuchtet daraus hervor.

Früher hatten die Antisemiten die unumschränkte Herrschaft in kommunalen Dingen und sie haben sich auch verzweifelt gekraut gegen dieses Wahlrecht, das ihren Einfluß mit mathematischer Genauigkeit zerstören mußte. Jetzt dürfte ihre Herrschaft gebrochen sein. Die Nationalliberalen haben eine Anzahl Sitze gewonnen. Die Konservativen haben ihren Besitzstand gewahrt.

Diesmal haben sich auch die nationalen Arbeiter versucht, ein Gemischel von gelben, christlichen und Christ-Dunderschen Außenseitern. Ingesamt vereinigten sie circa 500 Stimmen auf ihre in der Arbeiterabteilung aufgestellten Kandidaten gegen circa 10 000 der Sozialdemokratie in dieser Klasse. Also ein schmählicher Scheinfall!

### Holland.

Ein Streik um politische Rechte ist in Berwers Kirnh- und Metallindustrie zu Krommenie ausgebrochen. Der „liberale“ Direktor des Hüttenunternehmens, Herr Berwers, wollte es nicht dulden, daß einer seiner Arbeiter, unser Parteigenosse Binnendijk, der in der benachbarten Gemeinde Wormerveer als Gemeindevorsteher gewählt ist, an den Sitzungen des Gemeinderates teilnahm, und da unser Genosse sich durch Drohungen nicht zwingen ließ, sein Mandat niederzulegen, wurde er ohne weiteres entlassen! Der Gemeinderat hält seine Sitzungen regelmäßig abends ab, so daß die Berufstätigkeit unseres Genossen durch seine Amtspflicht nicht beeinträchtigt wurde.

Die brutale Willkür des Unternehmers, der noch bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen „alle, die die Freiheit lieb haben“, anrief, für den liberalen Block zu stimmen, hat — abgesehen von den sozialdemokratischen Arbeitern — sogar den katholischen Metallarbeiterverband veranlaßt, den Streik gutzuheißen.

### Rußland.

#### Die Sozialdemokratie in der Duma.

Peterburg, 30. November.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die sozialdemokratische Fraktion ließ heute in der Duma eine Erklärung verlesen, die in der Hauptsache sagt, daß das heutige Regime keine Reformen zuwege bringt. Freiheit und Sozialreformen seien allein möglich durchzuführen durch eine wirklich im Besitze aller Gewalt befindliche Volksvertretung. Die dritte Duma des Staatsstreiks bezweckt die Konterrevolution. Die sozialdemokratische Fraktion wird jede Konstellation in der Duma ausnützen im Interesse des Proletariats und versuchen, durch ihre Handlungen ganz Rußland zum planmäßigen Kampf gegen die Unterdrückung aufzurufen. Die sozialdemokratische Fraktion übernimmt die ehrenvolle Verantwortung als Erbe der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma, die die Reaktion auf die Anklagebank setzte. Die russische Sozialdemokratie ist ein Teil der großen internationalen sozialistischen Proletariatsarmee, die die Aufgabe hat, die Zeit dem Sozialismus zu erobern.

### Australien.

In Queensland ist das Parlament aufgelöst worden, da es Philipps, dem Nachfolger des Premieres Aldison, nicht gelang, eine Majorität im Parlament zu gewinnen. Die Neuwahlen finden in der ersten Woche des Februar statt. Die Arbeiterpartei hat ein Manifest an die Wähler erlassen, worin sie erklärt, daß sie vollständig unabhängig vorgehen werde und auf Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung rechne. Differenzen in bezug auf Arbeiterschutzgesetze waren mitbestimmend für die Zuspitzung der politischen Situation im Staate und führten zum Fall des Ministeriums Aldison.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

##### Kriegsvorbereitungen.

Die Berliner Bauunternehmer sind eifrig am Rüstten, um mit der Eröffnung des Baujahres 1908 über die Arbeiterschaft herzufallen und sie aus der im vergangenen Sommer erzwungenen Position wieder zu verjagen. Zunächst suchen sie sich Arbeitswillige zu sichern und haben zu diesem Zwecke ein eigenes Bureau errichtet, über dessen Organisation und Absichten uns der nachstehende Vertrag unterrichtet, dessen Unterschrift einem Stellensuchenden zugemutet wurde:

Mit dem heutigen Tage trete ich als Suchhalter in das Arbeitsnachweisdureau für arbeitswillige des Bauunternehmers Otto Genöle, Berlin, Cindenerstr. 39, ein und zwar für das Zweigbureau. Ich bin bestrebt, alle an mich gestellten Anforderungen mit bestem Fleiß und Pünktlichkeit auszuführen und meine Beschäftigungszustände so anzulegen, daß ich alle Ansprüche des Herrn Genöle erfülle, soweit es meine Fähigkeit gestattet. Sämtliche im Bureau erwerbenden Maurer, Arbeiter und Zimmerer habe ich mit der größten Höflichkeit zu behandeln. Ferner muß ich jeden Arbeiter aufmerksam machen, daß sämtliche Arbeiten, welche von Herrn Genöle ausgehen werden, Streifarbeiten sind, auch muß ich darauf achten, daß nur unorganisierte Maurer bzw. Arbeiter oder Zimmerer eingestellt werden. Von jedem Einschreibenden bezug. Arbeitswilligen

habe ich sofort nach dem Einschreiben 20 Pfennige zu fordern, eventuell mir das von meinem Gehalt in Abzug gebracht werden kann. Ich erhalte für jeden aus meinem Zweigbureau abreisenden Arbeitswilligen 0,25 Mark, außerdem zahlt an mich Herr Genöle auf einer Arbeitswilligenreise pro Tag 3 Mark Reisekosten, auch habe ich freie Fahrt.

In jedem Bureau befindet sich ein Bureauleiter, welchem ich unbedingt Folge zu leisten habe. Der Bureauleiter ist verpflichtet, Herrn Genöle jeden Tag aus seinem Zweigbureau Bericht zu erstatten. Sollte nichts angekommen sein, so einfach die Worte: Nichts angekommen. Diese Briefe alle nach Nieder-Schreiberhau im Riesengebirge.

Der Bureauleiter ist ferner verpflichtet, das Geld, welches er für das Zweigbureau erhält, auf einer Bank im Orte sicher anzulegen, aber so, daß es jeden Tag abgehoben werden kann.

Ich erhalte ein Monatsgehalt von 130 M., welches in wöchentlichen Raten von 30 M. gezahlt werden kann, Kündigungsfrist ist von beiden Seiten eine achtwöchentliche.

Als Kaution hinterlege ich bei Abschluß des Vertrages den Betrag von 600 M. in bar.

Die Arbeitszeit beträgt im Zweigbureau acht Stunden von 8—12 und 2—6 Uhr. Für Fahrten auf der Reise und Rückfahrten habe ich nicht mehr zu verlangen als 3 M., auch kann ich in der Freizeit zu jeder Zeit für Transporte herangezogen werden.

Geschäftsgeheimnisse dürfen nicht veräußert werden und sollte Herr Genöle durch mich geschädigt werden, so ist er berechtigt, von meiner Kaution den Verlust ohne gerichtliche Anerkennung abzugeben. Für die Sicherheit der Kaution gibt mir Herr Genöle einen Scheck und einen Scheckwechsel, welcher dann fällig ist, wenn der Vertrag von beiden Seiten gelöst wird.

Berlin, den ...

Außer in Nieder-Schreiberhau sollen noch Zillalen in Ostrowo, Preußisch-Stargard, Leer, Wesel, Hagenau im Elsaß und anderen Orten eingerichtet werden.

Um die Pläne der Unternehmer zu verstehen, muß man wissen, daß sie schon im vorigen Jahre, während beim Ablauf des Tarifvertrages in Berlin noch Verhandlungen schwebten, die Mitglieder der katholischen Fachabteilungen namentlich in Schlesien zum Einmarsch in Berlin organisiert hatten. Damals wurden den Verbandsleitern völlig unberechtigte Vorwürfe daraus gemacht, daß sie auf immer neue Verhandlungen mit den Unternehmern eingingen. Heute kann es gesagt werden, daß es gelang, während dieser Verhandlungen die schlesischen Streikbrecherbände wieder zu zerstreuen. Als es endlich zum Kampfe kam, hatte mittlerweile die Bauperiode auch in der Provinz ihren Anfang genommen und die kolonnenweise organisierten Fachverbände waren anderwärts in Arbeit getreten, so daß die geplante Invasion Berlins unterblieb.

Herr Genöle arbeitet also durchaus nicht nach neuem Rezept.

Interessant ist aber die von den Unternehmern geplante Aktion nach zwei Richtungen hin.

Einmal bereitet sie, daß es mit der als Streikbrechertätigkeit vielgelobten Akkordarbeit im Berliner Baugewerbe doch nicht so leicht, daß die Unternehmer im Baugewerbe sie als genügende Stütze für ihre Pläne erachten könnten. Sie bedürfen der Streikbrecher noch in hoher Zahl.

Sodann zeigt der Plan der Scharfmacher, wo die Arbeiter mit Abwehrmaßnahmen einzusetzen haben. Es gilt, den Winter zur intensivsten Aufklärungsarbeit in den in Frage kommenden Bezirken zu benutzen. Bei den Bauarbeitern, auf deren Hilfe als Streikbrecher die Unternehmer rechnen, handelt es sich fast durchweg um Leute, die den Winter auf eigener kleiner Landstube verbringen. Diese gilt es von den nächstgelegenen Städten aus durch persönliche Agitation, durch Flugblätter, durch Einkerzung von Versammlungen über die wahre Sachlage und die ihnen zugemutete traurige Rolle zu unterrichten.

Für die Berliner Bauarbeiter aber muß dieses Vorgehen der Unternehmer erneut eine Warnung sein zum engsten Zusammenschluß. Der geeinte Gegner muß im Kampfbahre 1908 in Berlin auf eine geschlossene Phalanx der Bauarbeiter aller Branchen stoßen!

Der Druckschleier-Robold hat in unserem Artikel vom Freitag „Die Berliner Kasseleiner am Streiken“ sich den Scherz gemacht, das Café Frau in der Potsdamerstraße zum Café Bauer zu erheben. Wir merken das erst, nachdem wir durch eine Verichtigung des Justizrats Wolff als Vertreter der Firma Bauer auf diesen Streich aufmerksam gemacht werden. Der Verichtigung entnehmen wir, daß im Café Bauer kein Streik ausgebrochen ist (das Gegenteil behauptet ja auch nur unser Druckschleier-Feufel), und daß die Kellner des Café Bauer inkl. Kostgeld pro Monat 100 M. Gehalt bekommen, was allerdings 100 M. mehr ist als in anderen Cafés, in Anbetracht der teuren Zeiten immerhin nicht zu viel.

Achtung, Steinarbeiter! Nicht um des lieben Friedens willen, sondern mit Rücksicht auf die begonnene Krise unterliegen wir es, den am 1. März 1908 ablaufenden Tarif zu kündigen, trotzdem die in den letzten Jahren auf gutlichem Wege erzielten Lohn- und Gehaltserhöhungen bei weitem durch die steigenden Lebensmittelpreise usw. ausgeglichen wurden, und so zu weitergehenden Forderungen ohne weiteres berechtigt. Es waren also rein wirtschaftliche Erwägungen, welche uns veranlaßten, das bestehende Tarifverhältnis mit der hiesigen Steinmetzinnung auf zwei Jahre zu verlängern. — Doch wer da glaubte, daß unsere biederen Innungsmeister so mir nichts dir nichts von ihrer lieben Gewohnheit abließen, alljährlich mit unserem Gesellenausfluß eine kleine Aufbesserung des Tarifes vorzunehmen, der irte sich gewaltig. Am 28. November lief prompt die Kündigung des Tarifes ein und so werden wir ja wohl auch im nächsten Jahre die gewohnte Lohnzulage erhalten, sowie die endliche Bewilligung unserer noch ausstehenden Forderungen.

Die Ortsverwaltung Berlin I des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

#### Ausland.

##### Nationaler Kongreß der belgischen Bergarbeiter.

Sonntag und Montag tagte im „Volkshaus“ in La Louvière (Gennegau) der 19. nationale Kongreß der belgischen Bergarbeiter. Den Kongreß beschäftigten eine Reihe wichtiger und aktueller Fragen der belgischen Bergarbeiterschaft, darunter die Abänderung des Gesetzes über die Unfallversicherung, die Alterspensionen der Bergarbeiter und die Frage des Achttages. Die Vertretung war eine sehr zahlreiche. Das Gebiet von Charleroi war mit 41 Delegierten, Lüttich mit 19, Vasse-Sambre mit 13, der Provinz mit 21 und das Centre mit 67 Delegierten vertreten. Zum Vorsitzenden wurde Cavrot gewählt.

Nach dem Bericht des Sekretärs der Bergarbeiterföderation, des Genossen Marolle, eröffnete Lombard die Debatte über die Lage der belgischen Kohlenindustrie und die Lohnfrage der Bergarbeiterschaft. Er konstatiert für das Vassin Charleroi für die verschiedenen Kategorien eine Lohnherabsetzung von 2 bis 10 Proz. seit dem Vorjahre. Die Gewinne der Unternehmer sind von 7 auf 17 Millionen gestiegen, haben sich also mehr als verdoppelt. — Auch aus den übrigen Berichten über die Lage der Kohlenindustrie geht die kolossale Vermehrung des Profits der Bergwerkgesellschaften hervor, der gegenüber der Erhöhung der Löhne in einem lächerlichen Mißverhältnis steht, wie z. B. im Lütticher Gebiet, wo die Gewinne der Unternehmer eine dreifach-

prozentige Erhöhung aufweisen, während die der Arbeiter 10 Proz. beträgt. Der Lütticher Berichterstatter vermerkte auch, daß an der Lohnherabsetzung vor allem die organisierten Bergarbeiter partizipierten. Der Sekretär besagte es auch, daß viele Bergarbeiter durch die Ueberstundenarbeit den Weg zum Achtstundentag erschweren, abgesehen davon, daß sie damit die Ueberproduktion fördern. Im Laufe der Debatte ergriff auch Hector Denis, der um die Sache der Bergarbeiter so hoch verdiente sozialistische Gelehrte, das Wort, um über die Befreiung der Alterspension und des Achttages einige Ausführungen zu geben. Cavrot überreichte dann nach einer stürmisch affluirten Rede, in der er Denis Verdienste würdigte, dem alten Kämpfer eine Bronze, einen Bergarbeiter darstellend.

Dejardin verwies auf die sich überall kundmachende Krise, die auch bei den Bergarbeitern eine Verminderung der Löhne herbeiführen könnte. Die Syndikate müßten alles daran setzen, dieser Tendenz zu begegnen und auch eine Kampagne gegen die Ueberstunden führen. Eine Verminderung der Löhne müsse auch schon mit Rücksicht auf die enorme Erhöhung der Lebensmittelpreise bekämpft werden. Das Hauptmittel zur Bekämpfung des die Arbeiter bedrohenden Unheils liege in der Rolle der Syndikate, die Produktion zu beschränken.

Zu der zu diesem Punkte angenommenen Entschließung erhebt der Kongreß energischen Protest gegen eventuelle Versuche, die Löhne herabzusetzen.

Zur Frage des Achttages ist zu bemerken, daß seinerzeit der Kongreß von Anvelais eine Tagesordnung annahm des Inhalts, daß falls die Kammer die Diskussion und Votierung des Gesetzes Debré über den Achttagesentwurf verweigern sollte, ein alle der nationalen Föderation angehörenden Bergarbeiter umfassendes Referendum über einen eventuell zu inszenierenden Generalstreik stattfinden hätte. — Nach kurzer Debatte nahm der Kongreß eine Tagesordnung an, in der darauf verwiesen wird, daß die parlamentarische Zentralkommission fast einstimmig dem Gesetzesprojekt zustimmte und der parlamentarische Berichterstatter aller Voransicht nach, sobald der Bericht der Enquete-Kommission vorliegt, das Gesetz in der Kammer vorlegen wird. Bei diesem günstigen Stand der Dinge ist im Einklang mit der Beschließung des Kongresses von Anvelais eine zuwartende Haltung geboten, bis die Regierung und die Majorität ihre Stellung kundgegeben haben.

Zur Frage der Alterspension der Bergarbeiter berichtete der Sekretär Abgeordneter Marolle, daß die Frage der Bergarbeiterpensionen deshalb nicht in der Kammer in Fluß käme, weil verschiedene Projekte vorlägen, die auf die Altersversicherung aller Arbeiter zielen. Diese Projekte sind einer Spezialkommission zugewiesen. Ein Mitglied dieser Kommission, der jetzige Minister Heleputte, habe sich für eine Pension vom 55. Lebensjahre im Betrage von mindestens 1 Frank pro Tag ausgesprochen. — Der Kongreß nahm die Tagesordnung Quinon an, in der empfohlen wird, für alle Kohlenbassins eine Propaganda für die Alterspensionen in Angriff zu nehmen und eine Massenpetition vorzubereiten, um die Regierung an ihre Pflicht zu mahnen.

Bei der Besprechung über das Sachblatt der Bergarbeiter („Ouvrier mineur“), das in steigender Auflage begriffen ist, wählten einige Delegierte eine Ausgabe für die belgische Bergarbeiterbevölkerung. Das Nationalkomitee wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Ueber die Revision des Gesetzes über die Unfallversicherung berichtet Lebblanc, der u. a. die gegenwärtige Karenzfrist von acht Tagen auf zwei Tage reduziert wünscht, ferner ärztliche Hilfe und freie Medikamente nicht bloß für sechs Monate, sondern bis zum Tag der Heilung, sowie freie Arztwahl.

Der Bericht des Genossen Falony streift die schreckenerregende Zahl der Unfälle in den belgischen Bergwerkbetrieben. In Charleroi wurden in einem Jahre an der Gemeindefabrik 11 152 Unfälle, bei der Unfallversicherungskommission in der Zeit vom 1. Juli 1906 bis zum 12. November dieses Jahres 18 292 Unfälle, also mehr als 1000 Getötete und Verwundete pro Monat verzeichnet. Im Centre waren in demselben Zeitraum 5604, in Borinage mehr als 8300 Getötete und Verwundete zu verzeichnen. In der ganzen Provinz Hennegau kam auf eine Bergarbeiterbevölkerung von 100 499 Arbeitern eine Summe von rund 25 000 Verletzten und Getöteten. In der Entschließung zu diesem Punkte werden die Bergarbeiterdeputierten aufgefordert, in kurzem die Revision des Gesetzes anzubahnen.

Zum Schluß forderte Genosse Bergmans, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, die Vertreter der Gruppen auf, den in der Föderation der Bergarbeiter herrschenden „Sozialismus“ aufzugeben und der Gewerkschaftskommission beizutreten. Er verwies dabei auf den Zentralismus der belgischen Metallarbeiter und ihre Erfolge. — Der Kongreß wurde dann mit einer aufmunternden Ansprache von Cavrot geschlossen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Sechte im Karpfenteich.

Hagen i. Westf., 30. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl zur Stadtverordnetenversammlung in Hagen gelang es unseren Genossen, zwei sozialdemokratischen Kandidaten mit 813 und 757 Stimmen zum Siege zu verhelfen. Die Kandidaten der Zentrums- und der Hager Partei vereinigten auf sich 635 und 650 Stimmen. Durch diesen Sieg ziehen die ersten Sozialdemokraten in das Hager Stadtparlament ein.

#### Erschossene Grube.

Großsch bei Lorna, 30. November. (B. L. B.) Auf dem neuen Schachte der Grube „Sagonia“ in Großschichtstaden sind, wie das „Vornach Tageblatt“ meldet, unerwartet große Wassermassen eingebrochen, durch die der Betrieb in beträchtlicher Weise gestört wurde. 60 Mann der Bergschicht mußten entlassen werden.

#### Die Duma der Schwarzen Hundert.

Peterburg, 30. November. (B. L. B.) Reichsduma. Die Sitzung begann um 2 Uhr nachmittags, wurde aber bald unterbrochen durch die ungeheure Aufregung, welche die Ankerungen von Roditschew (Rodetti) hervorriefen. Dieser hatte die Regierung bei der Besprechung der gestrigen Erklärung äußerst leidenschaftlich angegriffen, die Bedingungen kritisiert und dabei geäußert, in Zukunft würde man sprichwörtlich eine Gasenkanne ein Stolypinsches Galdusch nennen. Diese Worte riefen laute Proteste und lobendes Geschrei seitens der Rechten hervor, welche aufsprang, den Redner lässig anzugreifen drachte und zur Tribüne stürzte. Die Glode des Präsidenten wurde von dem Lärm überstürzt, die Rinde stürzte ebenfalls zur Tribüne und führte Roditschew nach seinem Plaz. Während der Lärm fortbauerte, verließen die Präsidenten und Minister mit Stolypin den Saal. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schlägt der Präsident vor, den Abgeordneten Roditschew für 15 Sitzungen von der Rednertribüne auszuschließen. Roditschew befreit die Rednertribüne, entschuldigt sich bei der Versammlung und betont, daß er sich bei dem Ministerpräsidenten persönlich entschuldigt habe. Der Antrag des Präsidenten auf Ausschließung Roditschews wird mit allen gegen 96 Stimmen der Linken angenommen. Die Duma erhebt sich und bringt dem amtierenden Ministerpräsidenten Stolypin stürmische Ovationen dar. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

#### Die Kämpfe in Marokko.

Dran, 30. November. (B. L. B.) Bei dem Marabu von Sidi Aissa, 2 Kilometer von Gabel Aissa, sich gestern eine französische Abteilung von Fremdenlegionären, Zulus, Spahis und Artillerie auf etwa 3500 marokkanische Reiter und sahlg diese zurück. Die Franzosen hatten bei der Fremdenlegion zwei tote und sechs Verwundete.



Reichstag.

62. Sitzung. Sonnabend, den 30. November, 11 Uhr vorm.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg, v. Schoen, Dernburg, v. Siengel.

Eingegangen ist das Handelsprovisorium mit England.

Der Vertrag zwischen Deutschland und den Niederlanden über Unfallversicherung wird in dritter Lesung debattiert und einstimmig angenommen. Es folgt die

Fortsetzung der ersten Lesung des Etats.

Abg. Dr. Wiemer (sp. Vp.): Ich freue mich, daß der Herr Reichsminister in so entschiedener Weise den Versuchen der Herren Spahn und Bebel entgegengetreten ist, über die Ursachen der Reichstagsauflösung Legenden zu verbreiten. (Lebhafte Zustimmung beim Bloß. Widerpruch beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die Auflösung ist erfolgt, weil es in einer Frage Front zu machen galt gegen Schwarz und Rot, wo das Ansehen des Reiches auf dem Spiele stand. (Lärmende Zustimmung beim Bloß. Lebhafter Widerpruch beim Zentrum.) Nicht wegen der paar Millionen ist der Reichstag aufgelöst worden, sondern weil die Mehrheit in einer bedeutsamen Frage eine Abstimmung erzwingen wollte, die den Anschauungen des Volkes nicht entsprach und weil es sich darum handelte, ob unsere Soldaten, die in Südwestafrika dem Feinde gegenüberstanden, vom Reichstag im Stich gelassen werden sollten. (Lärmender Beifall im Bloß. Lebhafter Widerpruch im Zentrum.) Herr Bebel beruft sich doch sonst gern auf das Volkurteil und die Mehrheit des Volkes, aber jetzt heißt es, die Mehrheit, ach, das sind die Dummen. Wer eben nicht nach der sozialdemokratischen Pfeife tonzt, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verräter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel hat wieder einmal prophezeit, daß der Bloß binnen kurzem in Trümmer gehen würde, aber auf seine Prophezeiungen gebe ich nicht, er hat sich schon zu oft geirrt. (Weiterkeit beim Bloß.) Er meinte, eigentlich hätten Zentrum und Konservative besser zusammen, aber bei den letzten Wahlen haben wir die Erfahrung gemacht, daß gerade Zentrum und Sozialdemokratie sehr gut zueinander paßten, besonders bei den Stichwahlen. (Bravo! beim Bloß.)

Der Reichsfinanzsekretär hat unsere Finanzlage sehr trübe gemalt; aber man darf nicht zu schwarz malen. Der Staatssekretär sprach von einem chronischen Defizit. Veranlaßt ist dies durch ein Zurückbleiben der Einnahmen; vor allem hat die Fahrkartensteuer Fiasco gemacht, sie hat den Einzelstaaten durch Verringerung des Verkehrs weit mehr entzogen, als sie dem Reiche an Einnahmen geschaffen hat. Mit einer verlangenden Geste hat der Staatssekretär gegenüber der Forderung ihrer Abschaffung gesagt: Ersah! Nun, der Ersah muß geschaffen werden, damit diese Steuer in die gesetzgebende Kammer geworfen wird. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Vor allen Dingen beruht das Defizit auf dem Steigen der Ausgaben um 148 Millionen Mark. Dieses Steigen ist in erster Linie eine Folge der Zoll- und Wirtschaftspolitik; die Kosten für die Naturalverpflegung in Meer und Marine sind dadurch gestiegen. Auch die Erhöhung der Beamtenbesoldungen ist mit der Verteuerung der Lebensmittel begründet. Erst verteuert das Reich die Lebensmittel und dann muß es Millionen ausgeben, um die Beamten vor den Folgen dieser Verteuerung zu schützen! (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Herr Bebel sprach Zweifel daran aus, daß wir unsere Stellung zur Wirtschaftspolitik beibehalten werden. Ich erkläre: wir haben gar keine Veranlassung und keinen Willen, unsere bisherige Haltung zur agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik auch nur in einem Punkte zu korrigieren. Wir werden gern mitarbeiten an der Befundung der Finanzlage des Reiches. Aber bestimmte neue Steuerentwürfe zu machen ist nicht Sache des Reichstages, es fällt ihm hierzu ja auch die Kenntnis der steuertechnischen Unterlagen. Wohl aber werden wir alle Vorschläge der verbündeten Regierungen gewissenhaft prüfen. Dabei werden wir ein Branntweinmonopol ablehnen, wohl aber sind wir für eine Reform der Branntweinsteuer mit Befreiung der Liebesgaben zu haben. Den Tabak will Herr v. Richter nur besteuern, wenn weder der Tabakbau, noch die Industrie, noch die Arbeiter geschädigt werden. (Weiterkeit.) Das wird schwer halten. (Zuruf rechts: Nur die teuren Zigarren sollen besteuert werden!) Dann hat die Steuer keinen finanziellen Ertrag. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Wir wünschen direkte Steuern für das Reich. Die Finanzminister der Einzelstaaten wehren sich begrifflich dagegen, aber der Verfassung widersprechen direkte Reichsteuern nicht; denn bei der Beratung der Reichsverfassung wurde der Antrag, die Einnahmen des Reiches nur aus indirekten Steuern zu basieren, ausdrücklich abgelehnt. Ein Politiker soll niemals „niemals“ sagen. Ein halbes Jahr, nachdem Herr v. Rheinbaben und die Rechte erklärt hatten, „nie“ in eine direkte Reichsteuer zu willigen, kam die Reichsverschaffungssteuer, die man jetzt vergebens als „indirekte“ Steuer hinzustellen sucht. Der Finanzminister hat gegen eine Reichs Einkommensteuer, gegen eine Reichsvermögenssteuer außer den verfassungsmäßlichen auch noch finanztechnische Bedenken vorgebracht, die mindestens bei der Reichsvermögenssteuer völlig vorbeiraten. Wenn man denn gar nichts von direkten Reichsteuern wissen will, so müßte man doch wenigstens die Erbschaftsteuer — sie ist ja nach den Herren eine indirekte Steuer (Weiterkeit) — ausbauen und auf Gatten und Descendenten ausdehnen. (Sehr richtig! links.) — Ich fasse unsere Stellung zu den Steuerfragen dahin zusammen: wir wollen Reform der Materialeinkommensteuer, Reform der Branntweinsteuer und Erweiterung des Systems der direkten Reichsteuern. Mit der heutigen Sozialpolitik betreibt man, wie Bebels gestrige Rede beweist, die Geschäfte der Sozialdemokratie. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Wir wünschen Aufbesserung der Beamten.

Der Staatssekretär der Kolonien hat eine recht interessante Reise nach Ostafrika gemacht. Es hieß sonst: „Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen!“ Jetzt können wir sagen: Wenn der Staatssekretär eine Reise tut, dann müssen wir's bezahlen. (Lache: Au!) Man soll den Tag nicht vor dem Abend und den Staatssekretär nicht vor dem Nachtragsetat loben. (Erneute Au-Lache.) Wir werden aber alle kolonialen Forderungen wohlwollend prüfen. Die Mehrforderungen für die Flotte werden wir ebenfalls wohlwollend prüfen und, so weit sie uns, besonders in schiffsbautechnischer Hinsicht, berechtigt erscheinen, bewilligen. (Der Reichsminister Fürst Bülow erscheint im Saale.) Herr v. Tirpitz forderte uns auf, das Flottengesetz, um das uns andere Nationen beneiden, auf der Höhe zu halten. Ich teile diese Meinung über unser Flottengesetz nicht; es ist falsch, durch Gesetz die technische Entwicklung der Marine festlegen zu wollen. Dabei geschähe den Wünschen des Flottenvereins noch nicht genug. Die Treibereien dieses Vereins sind geradezu gefährlich. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Großes Aufsehen hat in der Marine die Verabschiedung des Vizeadmirals v. Ahlefeldt erregt, weil er sich wegen einer Kappelle nicht ducken wollte. Dafür hat er nicht Tadel, sondern Lob verdient. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) In anderen Fällen sind die Ehrengerichte nicht so schnell bei der Hand; bei den sexuellen Verfehlungen in der Armee haben sie verlagert. Wir danken dem Kriegsminister für seine gestrigen Erklärungen, aber in bezug auf das Vorgehen gegen die Grafen Hohenau und Lhonor haben sie uns nicht befriedigt.

Auf den Harden-Prozess will ich nicht eingehen; aber betonen will ich doch, daß das Privatleben einzelner nicht in öffentlicher Gerichtsverhandlung erörtert werden sollte. Der Gerichtshof soll keine Folterkammer sein. (Zustimmung.) Im Reichsamt des

Innern ist ein Wechsel eingetreten. Wir bewahren dem Grafen Koschowsky eine ehrende Wertschätzung. (Bravo!) Wir erwarten von seinem Nachfolger die Regelung der Versicherung der Privatangehörigen, der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Das vorgelegte Vereinsgesetz bringt ja Fortschritte, enthält aber auch sehr bedenkliche Bestimmungen. Wir müssen uns unsere Stellungnahme noch vorbehalten. In bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten bin ich derselben Meinung wie Herr Spahn: daß der Reichstag sich mehr darum kümmern muß. Rüge uns der neue Staatssekretär des Auswärtigen die Auskunft über solche Dinge nicht in so homöopathischen Dosen geben wie sein vorläufiger Vorgänger. (Sehr gut!) Die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenz dürfen nicht unterschätzt und auch nicht überschätzt werden. (Lebhaftes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Bloß muß ohne Chauvinismus, aber unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler für die Wehrfähigkeit und Schlagfertigkeit des Reiches eintreten. Er muß aber auch eintreten für den inneren Ausbau des Reiches. Eines der wichtigsten Gebiete ist das des preussischen Wahlrechtes. Wir legen das größte Gewicht darauf, daß in Preußen endlich einmal Ernst gemacht wird mit dieser Reform. Wir halten fest an der Meinung, daß auch für Preußen das Reichstagswahlrecht am besten ist. Der Bloß kann eine Stärkung des Reiches zur Folge haben, und er wird es, wenn er die treibende Kraft ist, die den Staatswagen vorwärts bringt. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Reichsminister Fürst Bülow:

Von dem Vortredner ist eine Reihe von Fragen der inneren Politik angeregt worden. Sie werden deshalb erwarten, daß auch ich mich über die innere und über die parlamentarische Lage ausspreche. Im Mittelpunkt unserer inneren Politik steht der Bloß. Wenn mehr oder minder kritische Ironie, wenn Sarkasmen genügt, um den Bloß zu zertrümmern, so ständen wir längst vor dem Schutthaufen, in den ihn seine Feinde verwandeln möchten; denn alle diese Waffen sind vom ersten Tage seines Bestehens an gegen ihn geschwungen worden. In der „Kölnischen Volkszeitung“ habe ich erst kürzlich ein Spottgedicht gegen den Bloß gefunden, zu singen nach der Melodie: „König Wilhelm sah ganz heiter“. (Große Weiterkeit.) Die Taktik der Zentrumspresse ist klar: Sie möchte einen Keil zwischen den rechten und den linken Flügel des Bloßes treiben. Diese Taktik wird ihr dadurch erleichtert, daß in der Zentrumspartei konservative und liberale Elemente enthalten sind, daß sie also liberalen wie konservativen Anschauungen Rechnung tragen kann. Sie kann z. B. die Reform des bürgerlichen Gesetzbuches zu verhindern suchen, indem sie die Rechte graulich macht und ihr gegen jede weitergehende Revision ihre Unterstützung anbietet. Sie könnte auch versuchen, dem Vereinsgesetz im Verein mit dem linken Ritter in dem bekannten bürgerlichen Gedicht. Trotz seiner konservativen und liberalen Elemente bleibt das Zentrum zusammen, weil in nachahmender Weise die Gegenkräfte in ihm durch Selbstbeherrschung und Abhalten zum Wohle des Ganzen ausgeglichen werden. Die Bloßparteien können, wie ich glaube, lange nebeneinander marschieren, wenn sie das selbe tun. Ich verleihe meine Augen nicht gegen die Schwierigkeiten und Gefahren, die dem Bloß drohen. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem darin, daß es Parteien nie leicht fällt, neue Straßen einzuschlagen, alte Wege zu verlassen, alte Traditionen aufzugeben, namentlich Traditionen des Streites und Janes, die uns Deutschen nun einmal teuer sind. Uns Deutschen fällt es auch nicht leicht, die Dinge losgelöst vom Standpunkt des Parteinteresses zu betrachten. Wir müssen uns klar werden, was nötig und möglich ist, was die Bloßpolitik soll und was sie nicht soll. Es kann natürlich nicht die Rede davon sein, daß über Nacht die Konservativen liberal oder die Liberalen konservativ werden sollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sind sie ja schon! Weiterkeit.) (Zuruf bei den Liberalen: Nein!) Die konservative und die liberale Weltanschauung dürfen nicht willkürlich durcheinandergemischt und -geschüttelt werden. Es müssen also solche Fragen zurückgestellt werden (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten), bei denen eine Verständigung nicht möglich erscheint. Es muß überhaupt vorsichtig operiert werden. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Bloßpolitik läßt sich nicht ohne weiteres und ohne starken Dogmatismus vom Reich auf Preußen übertragen. (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es läßt sich in Preußen aber sehr wohl so regieren, daß der Bloß im Reiche nicht gesprengt wird, und im Reiche so, daß in Preußen nicht unüberbrückbare Gegensätze entstehen. (Zuruf links: Wahr! wahr!) Die Bloßparteien können zusammenhalten, wenn sie sich ihrer Verantwortung dem Lande gegenüber bewußt bleiben, wenn sie sich klar machen, wie sehr ihr Auseinandergehen sie selbst und das Land schädigen würde. Sie können in den großen Fragen zusammenhalten, von denen das Wohl und Wehe des Landes abhängt. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wahr! wahr!) und sie können doch in grundsätzlichen Fragen ihren eigenen Weg gehen. (Wiederholte Zurufe: Wahr! wahr!) Der Bloß kann nicht so gemeint sein, daß die Parteien auch in untergeordneten Fragen zusammengehen müssen. Sie können z. B. bei der Vorlage einer Wahrung der Pastpflicht der Tierhalter auseinandergehen. (Stürmische Weiterkeit.) Die Bloßparteien sollten ihren Gegnern auch nicht das Vergnügen machen, sofort über Sprengung und Verschalen des Bloßes zu sprechen, sobald einmal Gegensätze im Bloß zutage treten. Es kommt auf die großen Entscheidungen an, und namentlich darauf, daß im Bloß nicht Gegensätze entstehen, die sein weiteres Zusammengehen unmöglich machen würden.

Ich habe im vorigen Jahre erklärt, daß die Regierung die „Bewährte Wirtschaftspolitik“ unbedingt festhalten wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe ebenfalls bereits damals das unbedingte Festhalten an der Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter und des Mittelstandes versichert. Ich erkläre aber weiter, daß ich Fortschritte auf verschiedenen Gebieten in der Richtung der Wünsche der bürgerlichen Linken für unbedingt geboten erachte. In dieser Richtung bewegen sich die beiden Reformgesetze, betr. das Reichsvereinsgesetz und die Börse.

Das Reichsvereinsgesetz

bringt eine Vereinfachung und die Fortbildung des bestehenden Rechts, es beseitigt veraltet gewordene, unmoderne Bestimmungen. Es erfüllt damit alle liberale Forderungen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz hält aber die Schranken aufrecht, die das Staatsinteresse, die Sicherheit des Staates erfordern. So wird denn, hoffe ich, auch die Rechte dem Entwurf zustimmen können.

Das neue Börsengesetz bezweckt, die deutsche Börse von Bestimmungen zu befreien, die ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den ausländischen Börsen beeinträchtigen und zu bedenklichen Erscheinungen im Wirtschaftsleben geführt haben, ohne aber die Schranken niederzuziehen, welche im Interesse anderer Erwerbsstände der Spekulation gezogen werden müssen.

Es folgt in nächster Zeit eine Vorlage über Aufbesserung der Beamtengehälter dem Reichstage zugehen. Dem Bloß stehen aber noch weitere Aufgaben bevor. Alle Bloßparteien und darüber hinaus, wie ich hoffe, alle bürgerlichen Parteien werden sich zusammensuchen, um die Wehrkraft zu stärken. Das selbe erhalte ich bei der Dedung des Defizits. Ich verhehle Ihnen gar nicht, daß es sich hier um nicht leichte Fragen handelt. Der Zustand der Finanzen bedeutet eine schwere Sorge für die Zukunft des Reiches, zumal da bei der Finanzreform von 1906 nicht alles, was die Regierungen forderten, erfüllt wurde. Nirgendes klammern sich die Parteien so fest an ihre alten Prinzipien als gerade auf dem Steuergebiete. Sie sollten aber bedenken, daß es heißt: Primum vivere, deinde philosophari (zuerst leben und dann philosophieren)

und daß mit Steuern der Finanznot nicht abzuhelfen ist. So hoffe ich, daß auch die Befreiung des Reichsdefizits dem Zusammenarbeiten der bürgerlichen Parteien gelingen wird.

Reformen auf dem Gebiete des Strafrechts und des Strafprozesses halte ich für unbedingt geboten. (Zustimmung auf vieler Seiten.) Ich habe es als Jurist zwar nur bis zum Referendar gebracht (Weiterkeit), ich glaube mich aber mit der Mehrheit gerade unseres gebildeten Bürgertums in Einklang zu befinden, wenn ich diese Bestimmungen des Strafrechts wie des Strafprozesses für veraltet erkläre. (Zustimmung.) Ich lese eifrig die Gerichtsberichte und finde viele Urteile, die mir zu hart, viele, die mir zu milde erscheinen. Zu hart bestraft erscheinen mir vielfach Eigentumsvergehen, die aus Rot erfolgen (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten); viel zu milde Urteile lese ich bei Mindermisshandlungen (vielfaches Sehr wahr!), bei Mißhandlungen abhängiger Personen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), bei Tierquälereien (Sehr richtig!), bei Beleidigungen und Verleumdungen. (Zustimmung rechts.) Im Einklang mit dem Volksempfinden beklage ich es, daß vielfach das Privatleben vor Gericht durchstöbert wird. Der napoleonische Grundsatz: „Das Privatleben muß mit einer Mauer umgeben werden“ ist wichtiger als selbst der Wahrheitsbeweis. Die Leberpannung des an sich wohlthätigen und segensreichen Prinzips der Offenheit hat uns viele Mißstände gebracht. (Sehr wahr! rechts.) Die Furcht vor Exzessen und vor einer Standalpresse, wie sie in Großstädten aufgeschossen ist, hat Unglück über zahllose Familien gebracht und viele Menschenleben vernichtet. Die gesamte Presse — ich schreibe ganz ausdrücklich die sozialdemokratische ein — (Lebhaftes Lachen, hört! bei den Sozialdemokraten) aller politischen Parteien ist dem skandalösen Treiben dieser Revolverpresse entgegengetreten, ohne daß es bisher gelungen wäre, dies Gewächs auszuröten. Verschärfung der Bestrafung der Verleumdungen erscheint durchaus geboten. Gerade die Duellgegner, wie Herr Dr. Wiemer, sollten hier mitwirken. In England sind die Strafen für Verleumdungen viel höher. (Hört, hört! rechts.) Ich hoffe, daß der 500 Paragraphen enthaltende Entwurf der Reform der Strafprozedur in diesem Jahre im Reichsjustizamt fertiggestellt werden wird. (Beifall.)

Erlauben Sie mir eine Reminiszenz: Als ich im Sterbezimmer des Fürsten Bismarck stand, sah ich an der schmucklosen Wand nur ein Bild: das Bild Ludwig Uhlands. Das Bild des schwäbischen Sängers, der in der Paulskirche auf der Linken gesessen, der das Wort geprägt von dem „Tropfen demokratischen Oels“, schaute auf das Sterbebett des großen Einigers Deutschlands herab. Auf der Verbindung des gesunden konservativen Staatsgedankens mit dem Idealismus liberaler Gesinnung beruht die Zukunft Deutschlands. (Lebhafter Beifall beim Bloß.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz

kommt auf den vom Abg. Dr. Wiemer angezogenen Fall des Admirals v. Ahlefeldt zurück: Herr v. Ahlefeldt ist zur Disposition gestellt worden, nicht wegen Duellverweigerung, sondern weil an einem Ausbruch seiner Beschwerdeschrift über einen Marinebaumeister Anstoß genommen wurde und dieser Anstoß ihn bewog, seine Stellung zu beantragen. Das Gesuch wurde dem hochverehrten Stellvertreter zur Disposition zu beantragen. Das Gesuch wurde dem hochverehrten Offizier mit Behauern bewilligt.

Abg. Liebermann v. Sonnberg (Wirtsch. Vg.): Karofflo gönnen wir den Franzosen; wir freuen uns, daß wir nicht dein steden. Aber Entschädigungen für die Verluste, welche Deutsche in Casablanca erlitten haben, müssen selbstverständlich gefordert werden. Freundlichkeiten vom Ausland anzunehmen ist leicht; der herzliche Empfang unseres Kaiserpaars in England ist nur als eine schuldige Genugtuung zu empfinden für all das Böse, was die englische Presse uns angetan hat.

Herr Bebel sprach gestern von der revolutionären Stimmung in Berlin; er verwechselte sie wohl mit der Stimmung auf der Reibkassette des „Vorwärts“, die der Treffpunkt ist für russische Anführer, Nihilisten, Waffenschmuggler und Falschmünzer. (Zustimmung rechts bleibt aus, da nur wenige Abgeordnete im Saale sind und auch diese nicht zu hören.) Die Ausgaben für Meer und Marine werden wir prüfen, aber bewilligen müssen. Doch brauchen wir nicht marinierter zu sein als der Marineminister. Gegen den Bloß lege ich mir Reserve auf, weil ich ihn dochläufig noch durch jeden Windhauch gefährdet sehe. Die Finanzreform ist sehr schlecht, das Trauerspiel des Reichsfinanzsekretärs entspricht den Tatsachen. Die Konservativen sollten ihren Widerstand gegen direkte Reichsteuern aufgeben. Unbegreiflich ist mir, daß der Finanzminister v. Rheinbaben sich auch gegen die populäre Wehrsteuer ausgesprochen hat. Die Wege der Reichsfinanzpolitik sind noch dunkel. Lieber das Branntweinmonopol wird sich sprechen lassen. Die großen Mittel, die für Arbeiterwohlthat jährlich ausgegeben werden, verpflichten die Arbeiter zur Dankbarkeit, und deshalb muß auch eine Zigarrenbanderolensteuer möglich sein. Wir stimmen auch einer Vermögenssteuer zu und wir wünschen im Anschluß an die Lantiensteuer auch eine Dividendensteuer. Auch das Gebiet der Umfassener ist noch unerforscht und unerforschbar. Die Börse darf man nicht als eine Verklärung für die Mobilisierung ansehen; ist erst Krieg, so ernährt er sich selbst. Nach den ersten Siegen kommt die Börse und bietet Geld an, und nach Niederlagen muß man sich eben auch durchhängen. — Für den Mittelstand hat die Regierung in der letzten Zeit mehr getan als früher; hoffentlich wird sie auf diesem Gebiete in Zukunft noch entschiedener vorgehen. In diesem Zusammenhange muß auch eine grundsätzliche Reform der Reichsbank an Haupt und Gliedern verlangt werden, besonders am Haupt. — Die Forderungen der arbeitsnationalen Arbeiter sind in den Beschläüssen ihres Kongresses enthalten; Wasserhahn hat ihnen Sympathie entgegengebracht. Ich wünschte, seine Worte würden in allen Fabriken seiner Parteifreunde angehängt, und darunter nach gelesen werden: „Nicht Euch nach Wasserhanns Worten, nicht nach Wasserhanns Taten!“

Sehr getreut habe ich mich über die Worte des Kriegsministers, der mit fernen Worten gestern das Gewebe der furchtbaren Nacht der Lüge gerührt und dem schadenfrohen Ausland zugerufen hat: Sei uns wird nichts veruscht! Bebel tabelte mit Ernst und Nachdruck die vorgekommenen Verfehlungen. Dann begriffe ich nicht, warum er für Abschaffung des § 175 ist. Ich bin dafür nur, wenn ein anderer Paragraph dafür geschaffen wird, nach welchem Leute mit solchen Verfehlungen auf eine ferne Insel in der Südsee verbannt werden. Warum sprechen wir übrigens immer vom Harden-Prozess und nicht vom Wittkowsky-Prozess? Warum soll man denn Juden in Deutschland nicht bei ihrem richtigen Namen nennen?

Abg. v. Starzynski (Polen): Den Polen ist bei der Einberufung von Rosen und Ostpreußen in das Königreich Preußen ausdrücklich die Erhaltung ihrer Nationalität garantiert worden. In Rußland und Oesterreich sind dieselben Versprechungen gegeben. Der Kaiser Franz Joseph hat die Versprechungen seiner Vorfahren eingehalten; in Preußen ist das aber nicht der Fall. Die preussische Polenpolitik hat uns 6 Mandate, also 20 Proz. unserer Mandate, aus Schlesien gebracht, das in den Wiener Traktat nicht aufgenommen ist als polnischer Landesteil.

Die schiefe Ebene der preussischen Polenpolitik

ist jetzt bei dem § 7 des vorgelegten Reichsvereinsgesetzes angelangt. Unser legales und natürliches Bestreben ist auf Erhaltung unserer Nationalität gerichtet. Das unser Streben auf eine Lockerung von Preußen gerichtet ist und eine politische Gesehe bildet, ist eine heuchlerische Unterwürigkeit und aus der Luft gegriffene Verleumdung. Die Leidensgeschichte der letzten 40 Jahre hat uns gebracht: 1. Den Kulturkampf. 2. Die Ausweisung von 40 000 Polen. 3. Das Anschließungsgefecht. 4. Eine Schule, welche weder polnisch noch deutsch ordentlich zu lehren imstande ist, und welche es unternimmt, die Religion einem Kinde in fremder Sprache zu lehren. 5. Die Anschließung von Rentenstellen, die den polnischen Bauern ver-



Händel, auf seinem Grund und Boden ein Wohnhaus zu bauen, und ihn zwingt, in einem Wagen zu wohnen. 6. Endlich — als „Kronung“ dieses schönen kulturellen Wirkens — die Enteignungsvorläge in Preußen und § 7 des Verfassungsgesetzes!

Beständig spricht man von der polnischen Gefahr! Was wollen denn die Polen in Oesterreich, Rußland, Deutschland? Wollen sie etwa konspirieren? So dumm sind sie doch nicht; die Zeit der Konspiration ist doch für immer vorbei. Die Polen wollen ihre Nationalität hochhalten und die Erinnerung an ihre 100jährige Vergangenheit. (Sehr richtig! bei den Polen.) In Oesterreich ist ihnen die Möglichkeit der Wahrung ihrer Nationalität gegeben, und dort bilden die Polen feste Stützen des Staates. In Rußland haben sie auch nicht an eine Loslösung gedacht; sie fordern dort eine Autonomie nach der Art Finnlands. Das polnische Volk ist tief religiös, es ist ein Volk von Handwerkern, Bauern und Arbeitern, ohne Großindustrie und ohne Proletariat, und das soll eine Gefahr für Preußen und das Deutsche Reich bilden?! — Und wie verhält es sich mit der Polengefahr in bezug auf die auswärtige Politik? Fürst Bülow und die Anhänger seiner Politik (schönen anzunehmen, daß es unermesslich zu einem Zusammenstoß zwischen slavischer und germanischer Rasse kommen, zu einer Auseinandersetzung, die sich also zwischen Rußland und Deutschland vollziehen muß. Wäre es so und endete dieser Kampf mit einem entscheidenden Siege des Germanentums, so könnte Deutschland doch seine Eroberungen in slawischen Gebieten nur halten, wenn es sich durch wohlwollende Behandlung die Sympathien des verständigen Teiles der Slaven erworben hätte. Würde aber das Slawentum siegen, so würde es über germanisierte Ostmarken nicht stolpern, das glauben Sie doch selbst nicht. Am allerwenigsten würde eine Ostmark, die durch die preussische Polenpolitik germanisiert werden soll, ein Hindernis des vordringenden Slawentums sein, diese Polenpolitik würde im Gegenteil Rache und Vergeltung seitens des Slawentums hervorrufen. Würde aber keine der Rassen endgültig siegen, sondern müßte nach dem Kampfe ein modus vivendi gefunden werden, so wird auch das durch die gegenwärtige Polenpolitik erschwert. Andere Möglichkeiten liegen nicht vor. Die polnische Gefahr ist also nur eine Seifenblase, und deswegen wollen Sie eine solche Unterdrückungspolitik üben? Wir appellieren dagegen an das deutsche Volk; es möge und gleiches Recht als Staatsbürger gewähren, es möge seinen Schild reinhalten von Ausnahmeseiten, es möge den Rassenkampf nicht mitmachen. (Vehementes Bravo! bei den Polen.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung.  
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.  
Schluß 3 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom Sonnabend, 30. November, 11 Uhr vorm.

Am Ministertische: Fehr. v. Rheinbaben, v. Koltze, Dr. Bessler.

Ein Antrag des Abg. v. Pappenheim (L.) auf Einstellung eines Privatfliegerfahrers gegen den Abg. Dohmer (L.) wird angenommen.

Sodann wird die erste Beratung über den Gesetzentwurf betr. Maßnahmen zur Stärkung des Deutschiums in den Provinzen Preußen und Polen fortgesetzt.

Abg. Wolff-Bissa (fr. B.): In gewisser Hinsicht kann ich der Anstaltungskommission die Anerkennung nicht versagen, daß sie gegenwärtig gewirkt hat, namentlich in bodenkultureller Beziehung. Trotzdem haben wir gegen die Vorlage ernste Bedenken. Der Ton, den der Abg. v. Oldenburg gestern hier anschlug, als er den Polen vae victis (Wehe den Besiegten!) zurück, gehörte nicht ins preussische Parlament. (Sehr richtig! links.) Die Polen sollen sich als preussische Staatsbürger fühlen, aber sie müssen auch als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Die Vorlage widerspricht aber der Verfassung, die das Grundgesetz des Staates bildet, und an dieser sollte das Abgeordnetenhaus nicht rütteln. Eine Enteignung des Grund und Bodens erfolgt sonst nur aus wirtschaftlichen Gründen, hier aber will man sie aus politischen Gründen einführen. Wir bekämpfen die Sozialdemokratie und können daher nicht einem Gesetze zustimmen, das der Sozialdemokratie in gewisser Beziehung recht gibt. Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz, wie das Gesetz von 1886 ein Ausnahmengesetz war, und es hat zur Folge gehabt, daß der deutsche Besitz an Grund und Boden zurückgegangen ist. Wenn das Gesetz nach dem Wunsche des Fehr. v. Jellity nicht aus gegen Deutsche Anwendung finden soll, so kann der Entwurf überhaupt nicht Gesetz werden. Sollen die Grundstückspreise infolge des Gesetzes heruntergehen, so werden davon gleichmäßig Deutsche und Polen getroffen. Wir müssen die Vorlage ablehnen, und wir meinen, damit im Sinne des wahren Patriotismus zu handeln. (Beifall links.)

Abg. Lusendy (noll.): Die Anstaltungskommission muß die Möglichkeit erhalten, schneller zu arbeiten. Dazu bedarf es aber vor allem einer Verringerung ihrer Organisation. Es ist jedoch anzuerkennen, daß diese Kommission auch mit ihrer jetzigen Organisation Gutes geleistet hat. Das Anstaltungswort hat eine hohe kolonialisatorische Bedeutung, und wir dürfen es nicht aufgeben. Wer glaubt, daß wir mit den Polen in Frieden leben können, der wird aus der polnischen Presse, namentlich aus ihrer Haltung in der letzten Zeit, eines Besseren belehrt werden. Auf die Verfassungsfrage gehe ich nicht ein, da die Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit der Vorlage bereits vom Abg. Dr. Friedberg zurückgewiesen worden sind.

Abg. Dr. v. Dziembowski (Pole): In der bisherigen Debatte hat sich fast bei allen Parteien eine gedrückte Stimmung gezeigt. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Die Begründung dieser Vorlage ist ganz unzulänglich. Die Regierung scheint sich über die Ostmarkenpolitik nur bei Beamten zu informieren, die Mitglieder des Ostmarkenvereins sind. Auch wenn die Minister einmal selbst nach den polnischen Provinzen kommen, lernen sie die wirkliche Stimmung im Bürgerium nicht kennen. Das Bürgerium will keine Enteignungsvorläge, es will mit den polnischen Bürgern in Frieden leben. Früher begründete man die scharfen Maßnahmen gegen die Polen mit ihrer starken Vermehrung, jetzt wird festgestellt, daß die Deutschen in den polnischen Provinzen mehr zunehmen als die Polen — ergo: noch scharfere Maßnahmen gegen die Polen, ja die Enteignung! (Sehr gut! bei den Polen.)

Der Herr Minister v. Arnim sprach von den „Annehmlichkeiten“, die den Polen geboten werden. Ich glaube nicht, daß die Polen das Bewußtsein, zu Weihnachten eventuell von Haus und Hof gejagt zu werden, als besondere Annehmlichkeit empfinden werden. Und wenn man jetzt immer von der polnischen Gefahr spricht, so verweise ich auf die Reue der Kaiserin Wilhelms. Die Polen haben ihre Treue gegen den König auf den Schlachtfeldern bewiesen und sie mit der ihrer Nationalität eigenen Tapferkeit bewiesen. (Hört! hört! bei den Polen.) Die „Frankfurter Zeitung“ hat kürzlich gemeint: Ob den Polen Recht oder Unrecht geschehe, sei nebensächlich! Ja, gewiß ist das nebensächlich. Ich will die Gegenstände nicht berühren und mit der Bemerkung schließen, daß die Vorlage § 7 atmet gegen alles, was polnischen Namen hat. (Beifall bei den Polen.)

Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben: Ich brauche die Staatsregierung und die Mitglieder der Budgetkommission, die die Reise in die Ostmarken gemacht haben, nicht gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, daß die ganze Reise eine Parade gewesen sei. Wir stehen mit unserer Polenpolitik auf dem Boden Bismarcks, und wenn wir uns zu der jetzigen Vorlage entschließen haben, so haben wir es getan, weil uns kein anderer Weg übrig geblieben ist, wenn wir nicht die heiligsten Interessen der Nation im Stich lassen wollen. Wenn die Deutschen mit den Polen nicht in Frieden leben können, so liegt das lediglich an den Polen. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Polen.) Die Staatsregierung empfindet keinen Haß gegen die Polen, sie

muß sich aber gegen die Bestrebungen wehren, die uns in der polnischen Presse entgegenetzen.

Der Abg. v. Jagdzewski meinte gestern, die Polen wollten nicht die Rechte der Deutschen anerkennen, sie verlangten nur, daß ihre eigenen Rechte respektiert würden. Nun, den Rechten stehen auch Pflichten gegenüber, und ich habe leider in den Ausführungen des Herrn v. Jagdzewski das rückhaltlose Bekenntnis vermisst, daß er dem preussischen Staate zugehöre. Herr v. Jagdzewski hat kürzlich bei der Vereidigung eines polnischen Geistlichen, der altin an dem polnischen Aufstand teilgenommen hatte, in einer Rede geäußert, daß der polnische Geistliche die Pflicht habe, seine Parochianen auf die nationale Vergangenheit Polens hinzuweisen. Tatsächlich soll der Priester aber doch den Parochianen nur die Heilsgüter der Kirche übermitteln. Die Konfessionierung aller Kreise durch die Polen, die mit den Deutschen verkehren, führt geradezu zu einer Vereidigung des Verhältnisses zwischen beiden Nationalitäten. Die Polen, die sich an der Illumination aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars beteiligt haben, wurden in der polnischen Presse mit Rennung ihrer Namen gebannt. Wir dürfen nicht zusehen, wie sich ein Fremdkörper in unserem Staatskörper festsetzt. Lassen Sie uns einzig sein eingedenk des Satzes: Salus publica suprema lex! (Das öffentliche Wohl ist höchstes Gesetz.) (Beifall rechts.)

Abg. v. Dewis (L.): Die Bildung großer Güterkomplexe darf nach unserer Auffassung nur so weit gehen, daß der Einfluß der Deutschen in politischer und kommunalpolitischer Beziehung gesichert wird. Auf die Enteignung werden wir kaum eingehen, wenn nicht ein Parzellierungsverbot erlassen wird. Gerade die polnische Parzellierungstätigkeit führt zur Steigerung der Güterpreise. Die Enteignung allein würde diese Tätigkeit nicht einschränken. Mehr als bisher muß geschehen, um Arbeiter in den Ostmarken festhaft zu machen. Das Parzellierungsverbot müßte auch auf andere Bezirke, insbesondere auf Oberschlesien, ausgedehnt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Rohlsch (B.): Die Vorlage hat im Hause bei keiner Fraktion Begeisterung hervorgerufen oder unbedingte Zustimmung gefunden. Sie muß als ein Akt der Verzweiflung aufgefaßt werden. (Zustimmung im Zentrum.) So hohe Summen, wie sie hier gefordert werden, werden nicht durch nationale Nebengewinnungen aus dem Boden gezogen, sondern sie müssen von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Das Enteignungsrecht hat alle Parteien mit größtem Unbehagen erfüllt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bismarck hat 1886 den Gedanken an das Enteignungsrecht als einen ungeheuerlichen bezeichnet. Bevor die Vorlage verabschiedet wird, ist eine Berührung der Verfassung notwendig. Der Justizminister sollte nicht die Bedeutung der hier in Frage kommenden Verfassungsbestimmung herabwürdigen. (Zustimmung im Zentrum.) Fürst Bismarck hat in einem anderen Falle den von ihm beschrifteten Weg wieder verlassen, als er ihn als unrichtig erkannte. Ich hoffe, auch Fürst Bülow wird einst den mit dieser Gesetzgebung betretenen Weg wieder verlassen. (Beifall im Zentrum.)

Justizminister Dr. Bessler: Ich habe gestern nicht gesagt, daß Art. 4 der Verfassung nur die Bedeutung der Befestigung der Standesvorrechte habe, sondern ich habe hinzugefügt, daß er auch die Bedeutung habe, daß, sobald ein Gesetz gegen einen Preußen angewendet werde, dies ohne Ansehen der Person zu geschehen habe. Das Recht der Niederlassung an bestimmten Orten bedeutet doch aber auch nicht, daß der Staat unter keinen Umständen ein Wort dagegen zu sagen hat. Ich habe auch nicht gesagt, man könne die Verfassung auslegen wie man wolle. Dieser Vorwurf ist so absurd, daß ich nichts dagegen sagen kann. Nach Artikel 9 der Verfassung ist das Eigentum geschützt. Der Staat hat aber das Recht, im Interesse des öffentlichen Wohls den Privatbesitz zu enteignen, und Gründe des öffentlichen Wohls kommen auch in Frage, wenn es sich um das Staatsinteresse handelt. (Beifall rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit den Stimmen der Konserverliberalen, Freikonserverliberalen und Nationalliberalen angenommen.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr vorm. (Kleine Vorlagen, Quellenstudien, Antrag Bachmann (noll.) wegen Festsetzung der Haftpflicht der Beamten, Antrag Hammer (L.) auf Abänderung des Warenhausfeuergesetzes.)

Schluß: 3 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Aussichten, daß der freisinnige Antrag auf Abänderung des Landtagswahlrechts noch vor der Weihnachtspause zur Verhandlung kommt, sind sehr gering. Die Schuld an der weiteren Hinanzögerung der Angelegenheit liegt an der Regierung. Die Staatsregierung will, wie verlautet, zu dem freisinnigen Wahlrechtsantrage in einer bestimmt formulierten Erklärung Stellung nehmen. Ueber den Inhalt dieser Erklärung ist man sich aber noch nicht völlig einig. In Betracht kommt dabei auch der Ministerwechsel, der sich im Ministerium des Innern vollzogen hat. Auch dem Kaiser muß in der Sache Vortrag gehalten werden, dieser ist ja aber gegenwärtig nicht in Berlin! Außerdem entschuldigen sich die Herren Ressortchefs mit der Unabkömmlichkeit wegen der parlamentarischen Arbeiten im Reichstage.

### Polizeikostengesetz.

Durch das dem Abgeordnetenhaus zugegangene Polizeikostengesetz wird das jetzt gültige Gesetz hauptsächlich in zwei Punkten geändert: Einmal sollen in Zukunft die Gemeinden zwei Fünftel, bisher ein Drittel, der Kosten tragen, während der Staat, auf den bisher zwei Drittel entfallen waren, nur noch mit drei Fünftel beteiligt sein soll. Zweitens sollen die Kostenanteile der Gemeinden abhänlich festgesetzt werden. Bisher erfolgte die Festsetzung nur alle fünf Jahre nach der Volkszählung. Das Gesetz, das bereits am 1. April 1908 in Kraft treten soll, bedeutet also eine erhebliche Mehrbelastung der Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung.

## Haus der Partei.

Das Pres-Bureau der Partei geht nun seiner Konstituierung entgegen, nachdem am Freitag die Parteileitung in einer gemeinschaftlichen Sitzung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission den Beirat durch Wahl seiner 5 Mitglieder geschaffen hat. Es sind dies die Parteigenossen Ad. Müller-Rohlsch, Stolten-Damburg, Ströbel-Vertin, Gradnauer-Deoden und Geyher-Ebersfeld. Ueber die Leitung des Pres-Bureaus ist noch kein Beschluß gefaßt.

### Ein neuer Reichsverbands-Schwundel.

Von der gesamten bürgerlichen Presse wird gegenwärtig der „Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ folgende Notiz nachgedruckt:

Ein Alt größter Kofelst wurde in Schafensleben bei Magdeburg am Sonntag, den 10. November verfaßt. Ein mehrfach vorbestrafter Sozialdemokrat war dort zum Verkauf anwesend. Zufällig traf er auf der Straße einen ihm bekannten Arbeiter, der dem reichstreuen Arbeiterverein beigetreten war. Deshalb war dem Reichstreuen Sozialdemokrat spinneneindlich gesinnt. Nach kurzem Wortwechsel zog der rote Kofelst das Messer und verlegte den nichtsozialdemokratischen Arbeiter mit sieben Stichen in den Kopf, so daß der Schwerverletzte ärztlicher Hilfe übergeben werden mußte.

Die ganze Geschichte ist natürlich wieder ein erskaffiger Reichsverbandschwundel. Es handelt sich bei dem Vorfall um eine ganz gewöhnliche Prügelei zwischen dem reichstreuen Schweizer Kofelst

und dem Fabrikarbeiter Friedrich Appel, der im Fabrikarbeiterverband organisiert ist, aber keiner sozialdemokratischen Organisation angehört. Appel war mit seinem Bruder, der überhaupt nicht organisiert ist, am Sonntag den 10. November bei Magdeburg, wo sie beide arbeiten, nach Schafensleben gefahren. Dort trafen sie auf der Straße den ihnen von früher her bekannten Kofelst, der dem kürzlich in Schafensleben gegründeten Verein reichstreuer Arbeiter angehört, was aber den Gebrüder Appel unbekannt war. Sie fragten Kofelst, ob — er Schweine zu verkaufen habe. Dieser bejahte und nahm die beiden mit auf seinen Hof, um ihnen die Vorstettere zu zeigen. Hier kamen sie durch das Dastwischenretzen der Frau Kofelst, die dem Fabrikarbeiter Appel nicht wohlgesinnt ist, in Streit miteinander, wobei Kofelst eine Faustschläge ergriff. Er rief den Friedrich Appel damit unter das Kinn und schlug auf ihn ein. Appel wehrte sich und verlegte Kofelst ein paar Schläge mit seinem, geschlossenen Messer auf den Kopf. Dann trennten sich die Streitenden Kofelst, der durch die Schläge einige Dantabschürfungen davongetragen hatte, lief zum Barbier, um sich verbinden zu lassen. Da er wußte, durch Messerschläge sündtlich zugerichtet worden zu sein. Der Barbier stellte aber sofort fest, daß dem Kofelst keine Messerschläge beigebracht worden waren und daß die Verletzungen nur unerheblicher Natur waren. Kofelst, der übrigens in Schafensleben als unverträglicher Mensch bekannt ist, hat denn auch nicht noch einen Arzt aufgesucht; er ist nicht einen einzigen Tag arbeitsunfähig gewesen, sondern am Tage darauf seiner Beschäftigung wie gewöhnlich „angegangen“.

Mit diesen Tatsachen vergleiche man die Angaben der Reichsverbandskorrespondenz und man erhält wieder einmal ein typisches Bild von der Art des Schwundels, die dem Reichverband eigen ist. Und diese Gesellschaft will das deutsche Volk von der Sozialdemokratie erlösen! —

### Gemeindevahlen.

An den Stadtratswahlen zu Ralheim a. d. Ruhr beteiligten sich in diesem Jahre unsere Genossen zum erstenmal selbstständig und erzielten 455 bis 471 Stimmen in der dritten Abteilung. Der bürgerliche Wilmach schlegte mit 713 Stimmen Mehrheit, 26% Prozent der Wähler hatten nur von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Im Wahlbezirk Ralheim-Sigum siegten die Kandidaten der christlichen Gesellschaften, auf die unfrigen entfielen 90 Stimmen.

Die Stadtratsordneten-Stichwahl in Barmen endigte am Freitagmittag mit der Wahl der bürgerlichen Kandidaten. Unsere Genossen erhielten 6985—7111 Stimmen gegen 6355 bis 6506 Stimmen bei der Hauptwahl. Die bürgerlichen Kandidaten brachten es in der Stichwahl auf 7819—7942 Stimmen. In der Hauptwahl fehlten unseren Genossen nur 200 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Die Stichwahl brachte einen so heillosen erbitterten Kampf, daß dagegen selbst der letzte Reichstagswahlkampf zurückstehen mußte. Die vereinigten evangelischen und katholischen Reaktionskräfte wählten an Terrorismus noch den berückeligen Reichsverband zu übertrumpfen. Der Umstand, daß 5 Tage lang gewählt wurde und die Wahl allein im Rathaus getätigt wurde, erleichterte ihnen ihre Manipulationen. Gewählt haben in der Stichwahl über 72 Proz. der Wahlberechtigten, eine Beteiligung, die bei Kommunalwahlen mit öffentlicher Abstimmung bisher wohl nirgends erreicht sein dürfte.

Wieder ein sozialdemokratischer Gemeindepräsident in der Schweiz. In Reconville (Kanton Bern) ist unser Genosse Alind Löhle von der Gemeindeversammlung zum Gemeindepräsidenten gewählt worden.

### Die Sozialdemokratische Föderation und das Wahlrecht.

London, 28. November. (Hj. Ver.) Der Vorstand der Sozialdemokratischen Föderation veröffentlichte gestern eine Erklärung über das Wahlrecht, in der gesagt wird, daß es im Verfolg der auf dem Internationalen Sozialkongresse in Stuttgart angenommenen Resolution zeitgemäß sei, die demokratischen Grundgedanken des Wahlrechts dem Publikum in Erinnerung zu bringen. „Allgemeines Wahlrecht ist eine der unmittelbaren Reformen, die von der Sozialdemokratie verlangt wird, da sie es für das Recht jeder erwachsenen männlichen und weiblichen Person halten, eine Stimme in der Regierung und Verwaltung des Landes zu haben, da die männlichen und weiblichen Lohnarbeiter unter der Ausbeutung und Unterdrückung durch das herrschende Wirtschaftssystem leiden. Der Kampf um dieses Recht ist nicht ein Kampf der Geschlechter gegen einander; er hat vielmehr den Zweck, die Arbeiter zu befähigen, die konstitutionellen Klassen zu erhalten und zu gebrauchen, die zur Zertrümmerung des kapitalistischen Systems und zum Aufbau eines genossenschaftlichen Gemeinwesens nötig sind. ... Die in diesem Sinne geführte Wahlrechtsagitation ist im gegenwärtigen Augenblicke umso nötiger, als die Agitation der Frauenrechtlerinnen, die sich nicht auf demokratische und revolutionäre Gründe stützt, sondern einen Eigentumszensus verlangt, Verwirrung anrichtet und viele Sozialisten und Sozialistinnen zu Opfern veranlaßt, die nur der Reaktion zugute kommen und die Ketten der politischen, ökonomischen und sozialen Knechtschaft nur befestigen können.“

### Eine neue Parteizeitschrift in Holland.

Seit dem 19. Oktober d. J. erscheint in Amsterdam unter dem Titel „De Tribune“ ein sozialdemokratisches Wochenblatt, das sich zur Aufgabe macht, die holländische Arbeiterklasse in die Grundgedanken der Partei, in die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus einzuführen. Die Herausgeber des Blattes sind die Genossen J. C. Caton, W. v. Ravenstein jr. und D. J. Wynkoop, und eine Anzahl Mitarbeiter aus der marxistischen Gruppe der Partei sieht ihnen zur Seite. Die erste Nummer brachte einen Artikel „Zur Einleitung“, worin gesagt wird:

Die Absicht unserer Redaktion ist keine andere, als für unsere Klassen Genossen ein Wochenblatt zu haben, das nicht örtlich, sondern allgemein sein und danach handeln soll, ihre Auffassung von der Sozialdemokratie zu klären, zu verbessern und zu vertiefen.

Wir wollen unseren auf politischem Gebiet noch zu sehr von anarchischen und anderen verwirrenden Ideen beeinflussten Arbeitern die Bedeutung des Sozialismus klarmachen. Wir werden aus der Praxis ihrer Brüder in den großkapitalistischen Ländern und aus den Handlungen der Kapitalisten überhaupt ihnen mehr als es bisher möglich war die Notwendigkeit der Sozialdemokratie vor Augen führen.

Im Laufe der letzten Jahre und in dem Streit, der unterdessen in unserer Partei geführt wurde, ist es allzu deutlich hervorgetreten, daß es vielen Parteigenossen bei der Beurteilung der in unserer und anderen Parteien vorliegenden Fragen an der nötigen Einsicht mangelt, als daß nicht unser Wochenblatt auch in dieser Hinsicht eine behelfende Aufgabe zu erfüllen hätte.

Unsere Absicht ist nicht, die theoretischen Streitpunkte in jener wissenschaftlichen Form zu behandeln, wie es z. B. in „De Nieuwe Tijd“ („Die neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der holländischen Sozialdemokratie) geschehen kann — noch ein Organ zu sein, das als eine Tribune für jedermann zu betrachten wäre, der irgendwelche Beschwerden gegen die Organe unserer Partei äußern möchte. Nicht Polemik gegen Parteigänger, sondern Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis und Kampf gegen den Kapitalismus in all seinen Erscheinungsformen ist unser Zweck.

„De Tribune“ hat denn auch in den bis jetzt erschienenen sechs Nummern eine Fülle von Artikeln und Notizen gebracht, die zur Klärung über einheimische und ausländische Fragen und Ereignisse der Politik wie der Arbeiterbewegung dienen, darunter auch „Berliner Briefe“, in denen zunächst die Ursachen der starken Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, dann der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Militarismus gezeichnet werden.

### Ein Heim der norwegischen Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterchaft von Kristiania strebt bereits seit Anfang der achtziger Jahre danach, sich ein eigenes Heim, ein Volkshaus zu schaffen. Damals mißlang der Plan; das Haus, das man gekauft



hatte, mußte wieder verkauft werden. Erst 1905 gelang es, ein neues Grundstück, jedoch ein viel kleineres, in der Mitte der Stadt gelegen, zu erwerben, und nun ist das neue „Vollst. Haus“ endlich fertig geworden. Am 8. Dezember findet die Einweihungsfeier statt. Das Gebäude, das in der Jungensgasse am Rintor (Rennmarkt) liegt, wird das Heim bilden für die Arbeiterpartei, für das Parteiorgan „Sozialdemokraten“, für die Arbeiterbruderschaft, wie für die Landesorganisation der nordwestlichen Gewerkschaften und die einzelnen großen Verbände. Es enthält einen großen Versammlungsraum, der 1400 Personen Sitzplätze bietet, einen kleineren Saal für 400 Personen, 45 Bureauräume, sowie Druckereiräume und Restaurationslokale. Das Haus hat 400 000 Kronen gekostet, und man rechnet auf eine jährliche Einnahme von 35 000 Kronen.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Straffsaks der Parteipresse.** Am Freitag wurde der Genosse Stellung vom Lübecker „Vollst. Haus“ wegen Verleumdung des Verwalters Gafan auf Hof Niendorf im Lübeckischen vom Schöffengericht in Lübeck zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In Nr. 221 des „Vollst.“ war eine Notiz enthalten, in der es u. a. hieß: „Gafan scheint es zu lieben, die ihm unterstellten Arbeiter ohne Grund und Ursache zu schlagen, zu stoßen usw. Einem Arbeiter, der nach seiner Meinung nicht schnell genug gearbeitet hatte, stieß er in den Graben und bedrohte ihn mit Knüttelschlägen“. Vor Gericht wurde festgestellt, daß der angeblich Verleumdete tatsächlich einen auf dem Hofe beschäftigten Arbeiter in den Graben gestoßen und mit Stockschlägen bedroht hatte. Trotzdem kam das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten, da der Wahrheitsbeweis nicht in allen Teilen erbracht sei. Auf die hohe Strafe von 200 M. wurde in Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten erkannt. Dem Verwalter, der einen Arbeiter bedroht und in den Graben stößt, passiert natürlich nichts Gerichtliches!

## Soziales.

### Die Betriebskrankenkassen im Marsch.

Am 20. Juni teilten wir mit, daß der Verband der rheinisch-westfälischen Betriebskrankenkassen, der gegen 360 Krankenkassen mit nahezu 600 000 Versicherten umfaßt, durch ein vertrauliches Zirkular eine Reihe Vertreter größerer Werke aus verschiedenen Teilen Deutschlands zu einer Besprechung zum 29. Juni nach Eisenach in das Hotel „Der Rautenfranz“ eingeladen hatte. Auf der Konferenz wurde eine Zentralisierung der Betriebskrankenkassen durch Ansiedelungen provinzieller Verbände und ferner beschlossen, gegen eine gesetzliche Einführung der unbeschränkten freien Arztwahl einzutreten. Die Besprechungen des Unternehmertums mit den jetzigen Ministern und Reichsämtern zur Vinderung einer Sozialpolitik und Entrodtung der Arbeiter durch Aufhebung der Selbstverwaltung in den Krankenkassen hat die antisozialen Bestrebungen des Unternehmertums besonders belebt. Man sucht aller Orten im verstärkten Maße Betriebskrankenkassen einzuführen. So hat sich auch kürzlich ein Verband thüringischer Betriebskrankenkassen gebildet. Von zuverlässiger Seite erfahren wir, daß auch die Firma Karl Zeiß, dessen ja früh verschiedener Begründer Abbé wegen seines sozialen Wirkens sich allgemeiner Beliebtheit bei den Arbeitern erfreute, diesem Verband beizutreten beabsichtigt, um so auch den bei der Firma Zeiß beschäftigten Arbeitern die Selbstverwaltung nehmen zu können. Diese Tatsache der Zentralisierung der Betriebskrankenkassen sollte den Arbeitern aller Orten die Notwendigkeit klar machen, auf Zentralisierung der Ortskrankenkassen nach Möglichkeit zu dringen.

### Das Zillalisten-Kaufmannsgericht in der Konfektbranche

Wohl trotz vielfacher Warnungen in der Presse nicht abnehmen, hat sich das Berliner Kaufmannsgericht mit Fällen zu befassen, in denen unerfahrene, schulentlassene Mädchen von Unternehmern als „Zillalisterinnen“ mit einem minimalen Gehalt engagiert werden, wobei die Aussicht auf „Selbständigkeit“ und auf Umfahrgeld auf die jungen Mädchen verlockend wirkt. Schon nach kurzer Zeit, wenn die Zillalisten sehen, daß die Provision pro Monat nur ein paar Mark ausmacht, tritt die Enttäuschung ein, und sie kündigen die Stellung. Ein Vergleich der Abgangsmittel der Antrittsaufnahme des Lagerbestandes ergibt nun mit unwürdiger Regelmäßigkeit ein Konto, das entweder in Höhe der Kaution ist oder diese noch übersteigt. Auf diese Weise hat die Zillalistin ein bis drei Monate umsonst gearbeitet. — Ein für diese bedauerlichen Zustände zwischen Fall beschäftigte getreue die vierte Kammer des Kaufmannsgerichts. Die Verkäuferin Frieda S. war von dem Konfektfabrikanten S. Käufer als Zillalisterin mit 50 M. Monatsgehalt und 3 Proz. Umfahrgeld engagiert worden; wogegen sie eine Kaution von 50 M. zu stellen hatte. Die Schlussinventur ergab ein Konto von 71 M. Wegen der Berechnung des Kontos auf die Kaution erhob die Zillalisterin Klage. Die Inventur wurde am 16. Juni um 10 Uhr begonnen und um 14 Uhr morgens beendet. Am vorhergehenden Tage war die Klägerin von 8 Uhr früh bis 9 Uhr abends ununterbrochen und 1/2 bis die kleinste Mittagspause tätig gewesen. Der Vertreter der Klägerin machte geltend, daß das Konto durch kleine, aber regelmäßige Gewichtsverluste der Waren, durch das bei der Kundschaft so beliebte „Kochen“, durch Bruch und endlich auch durch Rechenfehler in der Inventuraufnahme seine Erklärung finde. — Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der einbehaltenen 50 M. Für die Richtigkeit der Inventur fehle es an jedem Anhalt. Der Anstellungsvertrag entspreche nicht der Billigkeit und den guten Sitten. Von einer Verkäuferin mit 50 M. Gehalt könne man nicht eine Garantie in der hier in Frage stehenden Höhe verlangen, zumal nicht in der Konfektbranche, wo mit Gewichtseinbußen, Entroden und Bruch zu rechnen ist. Bei der vorweggenannten Arbeitslast konnte auch die Klägerin der Lageraufnahme nicht mehr in richtiger Weise folgen.

### Sterbefällen und Reichsgericht über Privatversicherung.

Das preussische Oberverwaltungsgericht hatte sich dieser Tage zum erstenmal mit einem Falle der Anwendung des Reichsgesetzes über die Privatversicherung zu beschäftigen und kam zur Feststellung einer unrichtigen Anwendung. — Unter den Abschnitten III dieses Gesetzes vom 12. Mai 1901: „Versicherungsvereine auf Gemeinnützigkeit“ fällt der sogenannte „**Wittwen-Sterbefällenverein für Schönebeck a. O. und Umgegend**“, der seit 1730, also jetzt 177 Jahre besteht und 2400 Mitglieder hat. Im Sterbefälle zählt er 175 M. Die Beiträge werden im Umlageverfahren erhoben. Zurzeit hat jedes Mitglied 10 Pf. zu entrichten, wenn ein Mitglied stirbt. Bei Verminderung der Mitgliederzahl können diese Beiträge statutenmäßig erhöht werden, im Notfall bis auf 50 Pf. Der Reservefonds umfaßt jetzt 18 000 M. Der Regierungspräsident zu Magdeburg verfuhr nun nach Inkrafttreten des genannten Gesetzes durch wiederholte Verhandlungen auf die Vorlieber des Vereins und damit auf diesen selbst einzuwirken, das Umlageverfahren abzuschaffen und feste wöchentliche oder monatliche Beiträge einzuführen. Bei dem Vorgehen stützte sich die Regierung auf den § 69 des Gesetzes, der u. a. bestimmt: „Ergibt sich bei der Prüfung der Geschäftsführung und der Vermögenslage eines Unternehmens, daß dieses zur Erfüllung seiner Verpflichtungen für die Dauer nicht mehr imstande ist, die Vermeidung des Konkurses aber im Interesse der Versicherten geboten erscheint, so kann die Aufsichtsbehörde die zu diesem Zwecke erforderlichen Anordnungen treffen, sowie auch die Vertreter des Unternehmens auffordern, binnen bestimmter Frist eine Änderung der Geschäftsgrundlagen oder die sonstige Beseitigung der Mängel herbeizuführen.“ Nachdem alle Verhandlungen mit dem Verein bezogen

seinem Oberverwalter sich fruchtlos zogen, erließ der Regierungspräsident an den Oberverwalter eine Verfügung, eine versicherungstechnische Prüfung der Vereinslage nach dem Stande vom 1. Januar 1906 herbeizuführen und das Resultat einzurichten. Auch wurde für den Fall der Zuwiderhandlung eine Zwangsstrafe angedroht. Der Oberverwalter klagte darauf gegen den Regierungspräsidenten im Verwaltungsverfahren und machte geltend, daß der Verein so, wie bisher, ganz gut auskomme. Der Vertreter des Regierungspräsidenten, ein Versicherungsrevisor, bewies auf einen Ministerialerlass von 1902 und betonte, daß bei Sterbefällen das Umlageverfahren geradezu ein Grundübel sei. Mit dem preussischen Minister siehe das kaiserliche Aufsichtsamt auf demselben Standpunkt.

Das Oberverwaltungsgericht setzte nach vierstündiger Verhandlung und Beratung die Verfügung des Regierungspräsidenten außer Kraft. Es wurde ausgeführt: „An sich sei gemäß § 24 des Gesetzes das Umlageverfahren auch für Sterbefällen zulässig. Doch brauche hier nicht entschieden werden, ob auf Grund des § 69 hier feste Beiträge anzuordnen wären. Denn die Verfügung des Regierungspräsidenten ordne das ja nicht an, sondern sie verlange von dem Verein die Herbeiführung eines Gutachtens, als einer vorbereitenden Handlung für eine demnächst erst zu treffende Entscheidung. Das Gesetz gebe aber der Aufsichtsbehörde kein Recht, von einem bestehenden Versicherungsunternehmen auf dessen Kosten ein derartiges Gutachten zu verlangen. Deshalb müsse die Verfügung außer Kraft gesetzt werden. Anders wäre es bei Firmen, die erst zugelassen werden wollten, die als Versicherungsunternehmen im Sinne des Gesetzes noch nicht bestehen. Von diesen könne jegliche Unterlage gefordert werden.“

### Premien für Raßenbetrüger.

Eine Belohnung für die Unterschlagung von Krankenkassenbeiträgen kann man die Strafe wohl nennen, die die Düsseldorf Strafkammer über den Bauunternehmer W. Bochnig verhängte. Der Genannte hatte 300 M. Beiträge, die er den Arbeitern vom Lohn einbehalten hatte, der Handwerkerkasse in Düsseldorf unterschlagen. Die Strafkammer verurteilte den Unternehmer zu 30 M. Geldstrafe. Danach ist die Unterschlagung von Kassenbeiträgen recht lohnend, zumal solche Fälle nicht selten sind.

### Das Frankfurter Kaufmannsgericht über die Pensionkassen.

In den letzten Monaten haben mehrere Gewerbevereine zu der Frage Stellung genommen, ob die Abzüge vom Lohn für Beiträge zu Pensionkassen, sogenannten **Wohlfahrtsvereinen**, zulässig sind. Die von uns mitgeteilte Entscheidung des Gewerbevereins zu Freimersheim gegen die Pensionkasse der Firma Krupp geht dahin, daß die Vereinbarung über den Beitritt zur Pensionkasse wider die guten Sitten verstößt und die vom Lohn abgezogenen Beiträge dem Arbeiter von der Firma Krupp herausgezahlt werden müssen.

Kürzlich hat das Kaufmannsgericht zu Frankfurt a. M. sich mit einer Klage eines Angestellten gegen die Frankfurter Versicherungsgesellschaft „**Providentia**“ zu befassen gehabt. Es wurden die Beiträge zurückgefordert, die der Angestellte während seiner Beschäftigung bei der „Providentia“ zu der Witwen- und Waisenkasse der Gesellschaft geleistet hatte. Der Kläger hatte nach Beginn seiner Tätigkeit eine Beitrittserklärung für die Witwen- und Waisenkasse unterschrieben. Der Beitritt zu dieser Kasse wird von jedem Angestellten, auch von den Junggeheilen und Witwen, verlangt. Die Beiträge sind auf 3 Proz. des Gehalts bemessen. Die Kasse wird von der Gesellschaft verwaltet, irgend ein Recht zur Mitverwaltung steht den Angestellten nicht zu. Die Witwenpension beträgt ein Viertel des zuletzt bezogenen Gehalts. Die Diktion kann jedoch, wenn der Stand der Kasse dies erfordert, die Leistungen herabsetzen. Jedes Klage- und Beschwerdeverfahren gegen die Entscheidung der Direktion ist ausgeschlossen. Wer bei der „Providentia“ austritt, verliert jeden Anspruch; wenn gekündigt wird, dann kann ein Viertel der Beiträge erstattet werden.

Man sieht, die Angestellten haben nach dem Statut nicht nur gar kein Recht auf Selbstverwaltung der Kasse, sondern sie sind auch absolut nicht dagegen geschützt, von der Direktion nach langer Beitragsleistung entlassen zu werden. Es kommt für die rechtliche Beurteilung gar nicht darauf an, ob Entlassungen bei der Gesellschaft häufig sind oder nicht, sondern nur darauf, daß die Möglichkeit der Entlassung und seiner **Widerruf** jederzeit besteht. Trotzdem hat das Kaufmannsgericht in Frankfurt a. M. dieses Statut, das den Beschäftigten keine Rechte einräumt, sondern die Verantwortlichkeit ihrer Rechte ganz von dem Erlieben der Direktion der „Providentia“ abhängig macht, für rechtsgültig erklärt. Diese Entscheidung steht in einem auffallenden Widerspruch zu dem eingangs erwähnten Gewerbegerichtsentscheid und es ist zu wünschen, daß sie keine Nachfolge finden möge. Das Frankfurter Kaufmannsgericht erklärte aber das Statut nicht nur für rechtsgültig, sondern auch Einrichtungen wie diese Witwen- und Waisenkasse für „**legendeiche Einrichtungen**“. Soziales Verständnis spricht aus diesem Urteil nicht.

### Die Beschädigung eines Eisenbahnwagens durch ein während der Fahrt an dem Gepäckwagen fallendes Paket gilt als Betriebsunfall.

Die Klägerin dieses Rechtsstreites, eine Frau W., fuhr am 9. Juni 1906 von Oberfeld nach Schwinkel. Während der Fahrt fiel ihr eine Pappschachtel von ungefähr vier Pfund Schwere auf den Kopf. Dadurch will die Klägerin neurotisch-leidend geworden sein und verlangt von dem Eisenbahnstatistik nach § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes (Betriebsunfall) als Schadenersatz eine jährliche Rente von 3000 M., sowie Erloß der Heilung und Pflegekosten. Die Klägerin stützte sich auch noch auf den Beförderungsvertrag.

Das Landgericht Eisenfeld erkannte den Anspruch der Klägerin dem Grunde nach als gerechtfertigt an, indem es einen Betriebsunfall als vorliegend ansieht. Der belangte Eisenbahnstatistik berief sich darauf, daß die betreffende Schachtel nicht einmal von der Eigentümerin selbst über den Sitz der Klägerin gelegt worden war, sondern, wie festgestellt, von einer fremden dritten Person, und daß solche Unfälle unter den Bereich der „höheren Gewalt“ fallen müßten, welche die Haftpflicht aus Betriebsunfall ausschließen. Im weiteren machte der Beklagte nach eigenem Verschulden der Klägerin geltend. Das Oberlandesgericht **erkannte auf Zurückweisung der Berufung**, da die Voraussetzungen des § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes erfüllt seien und eine Entschuldigend des Beklagten nicht vorliege. Eine große Gefahr besteht es schon, daß die Gepäckstücke über den Köpfen der Reisenden angebracht seien und daß die Gepäckstücke der einzelnen Reisenden in der Hand des Ein- und Aussteigens gar nicht kontrolliert und auf ihre Größe und Schwere geprüft werden könnten. Höhere Gewalt liegt nur vor, wenn etwas menschlich unmöglich abzuwenden sei, in diesem Falle hätte aber der Statist anderen Raum zum Unterbringen der Gepäckstücke geschaffen oder das Röhren der Gepäckstücke in die Coupees verbieten können. Alle diese Umstände sowie das Mitteln der Eisenbahnwagen während der Fahrt, wodurch die Gepäckstücke aus der ursprünglichen Lage gebracht würden, weisen auf die eigentümliche Gefahr des Eisenbahnbetriebs hin und müsse deshalb ein Betriebsunfall als erwiesen angesehen werden. Eigenes Verschulden der Klägerin könne schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil selbst die ihr gegenüberstehenden Personen vor dem Decretumfällen der Schachtel nichts von einem Verschulden derselben gemerkt hätten.

Die vom Eisenbahnstatistik gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision blieb erfolglos und wurde vom 6. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

## Aus Industrie und Handel.

### Küchgang des Fleischkonsums.

Das Reichsarbeitsblatt gibt eine Berechnung über Fleischkonsum. Danach stellt sich der Konsum, der sich ergibt aus gewerblichen Schlachtungen, Hauschlachtungen und Ausfuhrüberschuß auf 51,72

Kilogramm im Jahre 1904/05 pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1905/06 fiel die Menge pro Kopf auf 49,82 Kilogramm und stieg im Jahre 1906/07 auf 50,45 Kilogramm.

Hieraus erhellt, daß im Jahre 1906/07, von Juli zu Juli gerechnet, gegenüber dem Jahre 1905/06 der Verbrauch um rund 1 Kilogramm zugenommen hat; dennoch bleibt er hinter dem des Jahres 1901/02 um immer noch 1,27 Kilogramm zurück. Diese Differenz können natürlich auf absolute Richtigkeit keinen Anspruch machen, da für das Schlachtgewicht und die Höhe der Hauschlachtungen feste Sätze eingeführt werden mußten, die mehr oder weniger von der Wirklichkeit abweichen.

Es wird dann weiter der Verbrauch der verschiedenen Fleischsorten untersucht und führt das Blatt dazu aus:

„Der Küchgang des Gesamtfleischkonsums pro Kopf beträgt vom Jahre 1904/05 zum Jahre 1905/06, wie oben berechnet, 2,40 Kilogramm. Der Konsum an Schweinefleisch ist in dieser Zeit pro Kopf um 2,71 Kilogramm gestiegen. Danach entfällt der Küchgang des Konsums vornehmlich auf Schweinefleisch. Wenn man noch in Erwägung zieht, daß diese Minderung wohl in der Hauptsache bei den weniger bemittelten Volksschichten eingetreten ist, so wird mit Recht angenommen werden können, daß in dieser Klasse der Kopfflag noch niedriger gewesen ist als der hier berechnete. Die billigeren Schweinefleischpreise im vierten Vierteljahr 1906 brachten auch wieder eine Steigerung des Konsums, die bis zum ersten Vierteljahr 1907 anhält, um in den beiden folgenden Vierteljahren wieder zurückzugehen. Vom Jahre 1905/06 zum Jahre 1906/07 stieg der Schweinefleischkonsum von 28,14 Kilogramm auf 30,88 Kilogramm pro Kopf und überstieg damit um ein Geringes das Jahr 1904/05. Betont muß hier noch werden, daß die Berechnung pro Kopf der Bevölkerung an sich wenig geeignet ist, ein klares Bild der Wirkung auf den Einzelhaushalt zu schaffen. Berücksichtigt man, daß Kinder unter acht Jahren und alte Leute über 70 Jahre für den Konsum von Fleisch beinahe auscheiden, berücksichtigt man ferner, daß je nach den verschiedenen Einkommensklassen der Konsum mit dem Preise des Fleisches ganz verschieden abnimmt, so ist ein Rückgang von 2 Kilogramm pro Kopf schon von nicht unerheblicher Bedeutung.“

### Das europäische Flaschenyndikat.

Die Flaschenfabrikation steht zurzeit vor einer vollständigen Umwälzung, richtiger, diese Umwälzung ist bereits bedrückt und besiegelt durch die am 15. November in Düsseldorf erfolgte Gründung eines europäischen Flaschenyndikats. Der neugegründete Verband umfaßt eine jährliche Produktion von 1 428 000 000 Flaschen, welche einen Gesamtwert von über 140 Millionen Mark repräsentiert. Deutschland ist an dieser Produktion mit 650 Millionen Flaschen beteiligt, England mit 205, Frankreich mit 295 und Oesterreich mit 160 Millionen. Auf Holland entfallen von diesem Produktionsbeitrag 70, auf Schweden und Norwegen 32, Dänemark 24 und auf Belgien 12 1/2 Millionen.

Schon vor einigen Jahren wurde in der Flaschenindustrie eine Erfindung gemacht, die für diese Industrie eine Umwälzung bedeutet, wie sie sich in anderen Industriearten wohl selten durch eine technische Neuerung so schnell und sprunghaft zu vollziehen vermochte. Es ist das nach seinem Erfinder benannte Owen-Patent, eine Maschine, die zu ihrer Bedienung nur eines einzigen Arbeiters bedarf, aber die Arbeit von 30 Glasbläsern leistet. In Amerika, woselbst die Flaschenindustrie schon längst trübselig entwickelt ist, hat man bereits einige derartige Maschinen in Betrieb und die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz zeitigte das europäische Syndikat, das mit einem Aufwand von 12 Millionen die Patente für die gesamte Erde mit Ausnahme von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, Kanada und Mexiko erwarb. Das Syndikat ist auf Betreiben der drei größten Glasflaschenwerke Deutschlands, der Geraer Glasfabrik, der Siemens und der Firma S. Hebe zustande gekommen. Diese drei Werke beschäftigten zunächst, die Patente allein zu erwerben, jedoch machte die hohe Forderung des Patentverwertungs-Konkordats zur Beschaffung der Mittel den weitgehenden Zusammenschluß notwendig. Eine Verständigung mit sämtlichen Glasflaschenfabriken Europas wurde angebahnt, die zum engen Zusammenschluß durch das Syndikat führte. Der Verband der Glasflaschenfabriken hat sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem vorläufigen Kapital von 6 Millionen Mark konstituiert und eine Zufuhrpflicht von 10 1/2 Millionen Mark festgesetzt, so daß das Kapital zur Bezahlung der Owen-Patente, und um auf alle Fälle gesichert zu sein, auf 18 1/2 Millionen erhöht werden kann. Zudem hofft man durch den Verkauf von Lizenzen an diejenigen Länder, welche dem Syndikat nicht angehören, bedeutende Einnahmen zu erzielen. Der Verkauf der Flaschen bleibt den einzelnen Fabrikanten vorläufig noch wie bisher überlassen, jedoch werden die Preise durch das Syndikat festgesetzt. Mit dem amerikanischen Flaschenyndikat schloßen bereits Verhandlungen über eine Kartellvereinbarung, die wohl kaum resultatlos bleiben werden, und so hat man es denn mit einer Gründung zu tun, die wohl bald die ganze Welt mit ihrem Monopol beherrscht. Die Bezahlung der Patente soll in der Weise erfolgen, daß am 1. März 1908 drei Millionen fällig sind und der Rest in jährlichen Raten von 1 Million Mark bis zum Jahre 1918 entrichtet werden muß. Die an und für sich hohe Kaufsumme bedeutet jedoch für die Mitglieder des Verbandes keine außergewöhnliche Belastung, da bei der großen Produktion von der zu zahlenden Million nur etwa 10 Pfennig auf 100 produzierte Flaschen entfallen.

Nichts kann mehr die Ungerechtigkeit und Widersinnigkeit unseres heutigen Wirtschaftssystems beleuchten als die Entwicklungslosigkeit des europäischen Flaschenyndikats. Eine großartige Erfindung des sinnenden Menschengesistes, ganz dazu angelegt, tausenden Arbeitern eine Erleichterung ihrer Fron zu bringen, wird in den Händen einiger Kapitalisten für den Arbeiter zum Verhängnis, das ihn in Not und Elend stößt. Ein Kulturwerk muß die Antikultur vergrößern, nur weil die Inhaber der Produktionsmittel nicht ihre Beherrscher, sondern ihre Sklaven sind!

### Die Krisis.

Die größten Eisenwerke in Rußland — die Putilovschen — stellen die Produktion des Eisens ein; wie die Verwaltung angibt wegen Ueberproduktion. Hunderte Arbeiter sind aufs Pflaster geworfen; binnen 3 Wochen müssen sie die Wohnungen räumen, da diese der Fabrik gehören.

In der Alexandrovskischen Maschinenfabrik, in der Geschäftsfabrik wurde ein Teil der Arbeiter entlassen. In der Fabrik Jenig wird an 2 Tagen in der Woche nicht gearbeitet. Im Januar werden aus Kangel an Bestellungen 200 Arbeiter des „Neuen Arsenal“ entlassen.

Der **Bauernpreis im Ruhrrevier** soll, wenn es nach dem Willen der Bauernvereine gehen würde, abermals um ein beträchtliches erhöht werden. Nachdem die rheinischen Apatier im vorjährigen Frühjahr Steiger geblieben sind und den Preis dieses wichtigsten Nahrungsmittels von 18 auf 20 Pfennig pro Liter steigern konnten, gelüftet ihnen jetzt nach noch größeren Profiten und sie stellen in acht agrarischer Unverfrorenheit an die Milchbändler das Verlangen, in Zukunft ein Liter Milch nicht unter 25 Pfennig zu verkaufen! Glücklicherweise finden die Volksanpländerer diesmal bei den Bändlern anscheinend mehr Widerstand. Eine gutbesuchte Händlerversammlung in Weidertich nahm gegen eine weitere Erhöhung der Milchpreise Stellung und beschloß die Gründung einer Genossenschaft, um die Milch in großen Quantitäten von auswärtig zu beziehen.



# A. WERTHEIM

In dieser Woche besonders preiswerte Festgeschenke

## Grosse Posten SEIDENSTOFFE

soweit  
der Vorrat  
reicht:

Gestreifte Seidenstoffe u. Seidenfoulards	Mtr. 1.15	regul. Preis 1.75 bis 2.25
Gestreifte u. karierte Taffete	Mtr. 1.75	regul. Preis 2.40 bis 2.75
Hellfarbige Chinés, gestreifte u. karierte Taffet-Chiffons	Mtr. 2.20	regul. Preis 2.85 bis 3.30
Façonierte Seidenstoffe und Chinés	Mtr. 2.70	regul. Preis 3.50 bis 4 Mk.

## Grosse Posten KLEIDERSTOFFE

soweit  
der Vorrat  
reicht:

Einfarbige Satins, Cheviots, Mohairs, gemusterte Herbst- und Frühjahrs-Kleiderstoffe	Serie I	Serie II	Serie III
	1.25	1.55	1.95
	reg. Pr. bis 1.75	2.40	3.25
Engl. gemusterte schwere Kostümstoffe	Mtr. 1.65, 2.10		
ca. 130 cm breit	regulärer Preis bis 2.40		3.50

## DAMEN-WÄSCHE

Taghemden	Vorderschluss mit Spitze	1.70
Taghemden	mit festem Langetten-Besatz	1.90
Taghemden	Vorderschluss mit Handlangetten	2.65
Taghemden	mit Stickerei-Fasse	1.65, 2.25
Taghemden	Achselchluss mit Spitze	1.65, 1.85
Taghemden	Achselchluss mit festem Langetten-Besatz	2 Mk.
Taghemden	Achselchluss mit Stickerei	1.90, 2.10, 2.85
Taghemden	glatte Form mit Spitze	2 Mk.
Taghemden	mit Stickerei	2 Mk., 2.75
Taghemden	mit Langetten	2.40
Taghemden	2.25, 2.35, 2.40, 2.80	
Taghemden	mit Stickerei-Ein- und Ansatz	2.85, 2.90

Taghemden	mit handgestickten Madeira-Passen	2.05, 2.40, 2.90 Mk.
Garnituren	mit Stickerei garniert	4.25, 5.50
	Beinkleider	4.25, 5.25
	Nachhemden	6.50, 7 Mk.
Ein Posten Morgenjacken	aus farbigen Velours-Stoffen	4.25 Mk.

Beinkleider	Barchant mit Spitze oder festem Besatz	1.60
Beinkleider	Barchant mit Stickerei	1.75, 2.25
Beinkleider	Randart mit Stöckel	1.50, 1.65, 2.05
Beinkleider	kurze runde Form, Barchant mit Stickerei	1.80, 2.10, 2.45
Weisse Röcke	mit Spitzen-Ein- und Ansatz	7 Mk., 8.25, 8.75
Weisse Röcke	mit Spitzen-Ein- und Ansatz	4.50, 7.25, 9.25
Weisse Röcke	mit Spitzen-Ein- und Ansatz u. Motiven	12.75
Weisse Röcke	Barchant mit Langetten	1.55, 1.85, 2.45
Weisse Röcke	Barchant mit Stickerei	2.60, 2.70
Weisse Röcke	Barchant u. Stickerei-Ein- und Ansatz	5.75
Weisse Röcke	Barchant mit Volant und Handlangetten	3.35

Beinkleider	dazu passend	3 Mk., 2.70
Taghemden	mit Spitzen-Ein- und Ansatz	2.75
Beinkleider	dazu passend	3.30
Nachtjacken	Barchant mit Besatz	1.70, 2.15
Nachtjacken	Barchant mit Stickerei	2.45, 2.85
Nachtjacken	Randart mit Stickerei	2.25, 2.80
Nachtjacken	Randart mit Stickerei, halbfrei	3 Mk.
Nachthemden	mit buntem Stickerei oder buntem Borden	3.90
Nachthemden	mit Stickerei-Volant	4.40
Nachthemden	mit Stickerei, halbfrei	3.65, 5 Mk.
Nachthemden	Geishaform, mit buntem Kragen	4.75
Nachthemden	mit handgestickten Madeira-Passen	7 Mk.

### HERREN-WÄSCHE

Weisse Hemden	Handnusch mit Falten	2.35 Mk.
Herren-Nachthemden	m. buntem Besatz, 120 cm lang	3.25 Mk.
Oberhemden	farbig Perkal mit Manchetten	2.75 Mk.
Oberhemden	farbig Perkal mit 1 Paar Extra-Manchetten	4.25 Mk.
Oberhemden	weiss mit Leineneinsatz	3.75 Mk.
Oberhemden	weiss, mit reichem Plüsch-Einsatz	4.75 Mk.
Oberhemden	mit glattem Leinen-Einsatz und Manchetten	4.75 Mk.

### KINDER-WÄSCHE

Mädchenhemden	Achselchluss mit Spitze, 11 Grössen von	70 Pf. bis 1.90 Mk.
Mädchenhemden	Achselchluss mit festem Besatz, 11 Grössen von	70 Pf. bis 1.80 Mk.
Mädchen-Beinkleider	geschl. Form, Barchant m. Stickerei, 10 Gr. von	1.20 bis 2.05 Mk.
Mädchen-Nachthemden	m. buntem Stickerei, 6 Grössen von	2.45 bis 3.40 Mk.
Knabenhemden	Hemdensch mit Falten, mit halb. Ärmeln, 7 Grössen von	80 Pf. bis 1.45 Mk.
Knabenhemden	Hemdensch mit Falten, mit lang. Ärmeln, 5 Grössen von	1.50 bis 2.00 Mk.
Knaben-Nachthemden	mit farb. Besatz, 5 Grössen von	1.80 bis 2.70 Mk.

### BETT-WÄSCHE

Deckbettbezüge	Louisiana-tuch	3.25, 3.90, 4.25 Mk.
Kissen-Bezüge	dazu passend	1 Mk., 1.20 Mk.
Deckbettbezüge	gestreift, Damit	4.35, 5.25 Mk.
Kissen-Bezüge	gestreift, Dimti	1.25, 1.50 Mk.
Damast-Garnituren	für 1 Deckbett und 2 Kissen	7.75 Mk.
Bettlaken	Dauke, Grösse 4 150/200 150/225 160/225	2.05 2.25 2.60 2.85

## TISCHZEUGE U. HANDTÜCHER

Tischtücher	halbleinen Jacquard, gestickt	
	Grösse ca. 115x125 cm	1.50
	Grösse ca. 130x130 cm	1.80
	Grösse ca. 150x160 cm	2.25
	Grösse ca. 150x200 cm	2.75
Servietten	dazu passend, gestickt	4.80
	Grösse ca. 65x60 cm Dtz.	
Tischtücher	reinleinen Jacquard, gebleicht, gestickt	
	Grösse ca. 130x135 cm	3.50
	Grösse ca. 150x170 cm	4.40
	Grösse ca. 150x170 cm	5.40
	Grösse ca. 150x225 cm	7.25
	Grösse ca. 150x275 cm	9 Mk.
	Grösse ca. 150x325 cm	10.50
Servietten	dazu passend, gestickt	9 Mk.
	Grösse ca. 65x65 cm Dtz.	

Tischtücher	Reinleinen, halbleinwand, gestickt	
	Grösse ca. 130x150 cm	2.30
	Grösse ca. 130x160 cm	2.90
Damast-Tischtücher	Reinleinen, geklärt	
	Grösse ca. 130x130 cm	3.80
	Grösse ca. 130x170 cm	4.80
Damast-Servietten	mit Durchbruch	
	Grösse ca. 34x36 cm Dtz.	7 Mk.
Tischgedecke	halbleinen Jacquard, mit 6 Servietten, gestickt	
	Grösse ca. 130x160 cm	4.65
Tischgedecke	reinleinen Jacquard, m. 6 Servietten, gebleicht, gestickt	
	Grösse ca. 125x160 cm	8.25

Damast-Tafelgedecke	Reinleinen, gebt.	
	Grösse ca. 160x160 cm, mit 6 Servietten	13.50
	Grösse ca. 160x225 cm, mit 8 Servietten	18.50
	Grösse ca. 160x320 cm, mit 12 Servietten	27 Mk.
Teegedecke	mit 6 Servietten mit Fransen	2.50, 3.25
Teegedecke	mit 6 Servietten, gestickt	3.60
Kaffeedecken	gestickt, bunt	1.25
Kaffeedecken	farbig	
	Grösse ca. 150x130 cm	3 Mk.
	Grösse ca. 130x160 cm	4 Mk.
Kaffeedecken	bunt, mit Fransen	1.30, 1.85
Tischläufer	Reinleinen, mit Fransen	75 Pf.

Stubenhandtücher	halbleinen Drill	
	Grösse ca. 40x100 cm Dtz.	4.80
	Grösse ca. 48x110 cm Dtz.	5.80
Stubenhandtücher	Jacquard, gestickt und gebändert	
	Grösse ca. 48x110 cm Dtz.	6.80
Stubenhandtücher	reinleinen Drill gestickt u. gebändert	
	Grösse ca. 47x115 cm Dtz.	8.60
Küchenhandtücher	Gerstenkorn	
	Grösse ca. 48x100 cm Dtz.	3.90
Küchenhandtücher	Reinleinen, gestickt und gebändert	
	Grösse ca. 40x100 cm Dtz.	5.30
	Grösse ca. 48x110 cm Dtz.	6.90
Wirtschaftstücher	Reinleinen Dtz.	3.50

Die neue Preisliste der Lebensmittel-Abteilung wird auf Wunsch zugesandt.



### Ausgleichsnöte.

Wien, 29. November 1907. (Fig. Ber.)

Ende dieses Jahres erlöschten die Verträge zwischen Oesterreich und Ungarn, und die gesetzgeberische Aufgabe, die man „Ausgleich“ nennt, muß demnach mit Jahreschluss zutwege gebracht werden. Aber der Ausgleich, der am 18. Oktober eingebracht wurde, ist in beiden Parlamenten noch weit vom Abschluss. So unklar sind die parlamentarischen Verhältnisse in beiden Staaten, daß die Regierungen zur Durchberatung der Ausgleichsvorlagen außerordentliche Vorkehrungen treffen müssen. Die österreichische Regierung braucht allerdings nur eine Vorkehrung, die den Einbruch der Obstruktion abhalten soll. Das österreichische Abgeordnetenhaus besitzt bekanntlich die Einrichtung der sogenannten Dringlichkeitsanträge, die sich aus einem für besondere Ausnahmefälle gedachten Hilfsmittel allmählich zu der normalen Form des gesamten Verhandlung des Abgeordnetenhauses entwickelt haben. So sind die Dringlichkeitsanträge — an sich eine unerlässliche Ergänzung des Initiativrechtes der Abgeordneten — zu einer wahrhaften Anomalie geworden; denn zur Stellung eines Dringlichkeitsantrages sind genau so viele Unterschriften, nämlich Zwanzig, notwendig, als die Geschäftsordnung für „gewöhnliche“ Initiativanträge heischt. Das einzige Erfordernis der Dringlichkeitsanträge besteht darin, daß sich die Antragsteller auf den § 42 der Geschäftsordnung berufen müssen. Diese Verfügung reicht aus, um dem Antrag die Priorität vor der gesamten Tagesordnung zu sichern. Dringlichkeitsanträge müssen eben „sogleich“ in Verhandlung genommen werden, gehen also der Tagesordnung voraus. Das sollte eine Ausnahmestimmung für unvorzählige Notwendigkeiten sein, ist aber heute, was sie für die regelmäßige Form geworden, in der die Parteien das, was sie für nötig erachten, zur Verhandlung bringen. Die Dringlichkeitsanträge nehmen also die Stelle ein, die im deutschen Reichstag den Interpellationen zukommt, nur daß sie sich jetzt ganz regelmäßig und sehr zahlreich einstellen. Soweit sie von wirklichen Parteien stammen, geht es noch an, eine wahre Landtagslage aber sind die Dringlichkeitsanträge, für welche die zwanzig Unterschriften bei den vielen Eigenbröttern und Sträppchen des Hauses, an denen beiden es in dem Parlament mit 215 Abgeordneten nicht fehlt, im Wege einer Art Unterschriften-Tauschverkehrs zusammengelassen werden. So kommt es, daß das österreichische Abgeordnetenhaus wochenlang nicht zur Tagesordnung kommt (siehe zum Beispiel seit dem 6. November), sondern sich unausgesetzt mit „Dringlichkeitsanträgen“ zu beschäftigen hat, die zumeist nur Debatten über Dinge sind, die in einem anderen Parlamente in der Redebehalte abgehandelt werden.

Die Vorkehrung, die die österreichische Regierung für die Verhandlung des Ausgleichs trifft, besteht nun darin, daß der Kommissions- (Ausgleichs-) Bericht dem Hause als Dringlichkeitsantrag vorgelegt wird. So kann seine Verhandlung durch nachfolgende „Dringlichkeitsanträge“ nicht gestört werden. Die geschäftsordnungsmäßige Formel lautet, daß der Gegenstand, „ohne daß er auf der Tagesordnung war“, in Verhandlung genommen werde. — Damit also ein Gegenstand im österreichischen Abgeordnetenhaus in Verhandlung genommen werden kann, darf er, so endet diese paradoxe Geschäftsordnung, nicht auf die Tagesordnung gestellt werden! . . .

Komplizierter ist die Sachlage in Budapest. Trotzdem die Regierung Oesterreich dort über eine Mehrheit verfügt, die mehr als drei Viertel des Hauses umfaßt, mußte sie darauf verzichten, die Ausgleichsvorlagen auf dem normalen, zuerst vorgesehenen Wege zur Erledigung zu bringen. Grund? Obstruktion! Und zwar eine Obstruktion, wie sie das ungarische Abgeordnetenhause, in dem eigentlich nur obstruiert wird, bisher nicht erlebt hat, nämlich eine Obstruktion der Kroaten. Das „Königreich“ Kroatien-Slavonien steht bekanntlich zu dem eigentlichen Ungarn in einem staatsrechtlichen Verhältnis, das ihm für einen großen Teil der staatlichen Aufgaben völlige Autonomie sichert; nur bestimmte Angelegenheiten sind beiden Ländern oder Staaten gemeinsam. Kroatien hat einen eigenen Landtag, seine eigene Landesregierung, die in dem Banus verkörpert ist, und seine Abgeordneten zum ungarischen Reichstag werden nicht direkt von Wählern gewählt, sondern vom Ugramer Landtage aus der Mitte der Landtagsabgeordneten bestimmt.

Die kroatischen Abgeordneten, die im Reichstag nur bei den gemeinsamen Angelegenheiten Ungarns und Kroatiens mitzusprechen und mitzustimmen haben — wogegen sie von den innerungarischen Angehörigen sind —, waren vierzig Jahre lang die getreuesten Stützen jeder ungarischen Regierung. Der politische Umschwung in Ungarn führte nun einen ähnlichen auch in Kroatien herbei. Die ungarfreundliche sogenannte unionistische Partei verfiel von der Wildschilde und ihre Stelle nahm die frühere Opposition ein, die sich fast naturgemäß mit der ehemaligen Opposition in Ungarn, der seither zur Herrschaft gekommenen Unabhängigkeitspartei, verbündete. Der in diesem geschlossenen Paktbund (daher der Name: Paktbündler-Resolutionisten) war aber von kurzer Dauer. In sein Ausnahmemaß gegen die Eisenbahner hatte Kroatien nämlich auch eine Bestimmung aufgenommen, nach der die Dienstsprache der ungarischen Staatsbahnen ausnahmslos die magyarische Sprache ist, eine Bestimmung, die von den Kroaten als eine Verletzung ihrer autonomen sprachlichen Rechte erklärt und leidenschaftlich bekämpft wurde. Die kroatischen Abgeordneten eröffneten gegen die Vorlage eine regelrechte Obstruktion (sie brachten es auch so weit, daß die Regierung auf eine Beschränkung der Vorlage verzichten mußte, und sich mit einer Ermächtigung aushalf, das Gesetz in Kraft treten zu lassen), und da sich seither der Konflikt noch verschärft und verdichtet hat, so obstruieren sie nun alles, was im ungarischen Abgeordnetenhause verhandelt wird, also jetzt auch den Ausgleich. Im ungarischen Abgeordnetenhause, das den Schluss der Debatte nicht kennt, wo man also über jede Sache eigentlich ewig reden kann, ist das Obstruieren nicht schwer; den kroatischen Abgeordneten ist es um so leichter, als sie (sie allein — den Deutschen, Rumänen und Slowaken steht dieses Recht nicht zu) in ihrer Muttersprache reden dürfen.

Um dieser Obstruktion zu begegnen, hat die Regierung Oesterreich die Beschließung des Ausgleichs darauf reduziert, daß sie vom Reichstag nur die Genehmigung der abgeschlossenen Verträge fordert, so daß die Prüfung und Feststellung des Inhalts dieser Verträge ausgeschrieben bleibt. Aus dem ganzen Ausgleich ist also nun ein einparagraphe Gesetz geworden, und dieses glaubt die Regierung, allen Lotredensabsichten der Kroaten (die übrigens an den aus der Unabhängigkeitspartei wegen des Ausgleichs Ausgetretenen eine gewisse Unterstützung gewinnen), zum Trotz binnen einem Monat durchzusetzen. Das scheint nicht schwierig zu sein; wäre aber die kroatische Obstruktion entfallen, alle letzten Möglichkeiten der Bewältigung zu erschöpfen, so würde der Regierung auch jener Rotaweg nicht viel helfen.

Aber da der Ausgleich, als eine absolute Notwendigkeit, in beiden Parlamenten einer großen Mehrheit sicher ist, so werden ihn taktische

Kleinigkeiten natürlich nicht aufhalten vermögen. Wegen die Ausgleichsvereinbarungen läßt sich sicherlich vieles einwenden, vom Standpunkte Oesterreichs und vom Standpunkte Ungarns, aber alles, was man einwenden darf, trifft nur Detail- und Nebenbestimmungen. Entscheidend ist, daß die stärksten Interessen beider Staaten den wirtschaftlichen Zusammenschluß gebieten, und daß der Ausgleich, der aus Oesterreich und Ungarn ein Wirtschaftsgebiet macht, die Schäden der Schanzpolitik nach beiden Seiten mildert, ihren Druck abschwächt. Der Ausgleich steht in Räten, aber ans Ziel wird er gelangen.

### Ein Peters-Prozeß.

Kürnberg, 30. November 1907.

Vor dem hiesigen Schöffengericht begann heute vormittag die Verhandlung in der Beleidigungssache des früheren Reichskommissars Dr. Karl Peters gegen den Redakteur der „Frankfurter Tagespost“, Dr. Georg Weill. Der Vorsitz in der Verhandlung führt Amtsrichter Vierlein, Vertreter des Privatklägers ist Rechtsanwalt Dr. Rosenthal-München, als Verteidiger des Beklagten fungiert der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Sühheim-Kürnberg. Dr. Peters ist von dem persönlichen Erscheinen entbunden, der Beklagte Dr. Weill ist persönlich anwesend. Eine gültige Erledigung der Sache scheitert, weil der Privatkläger jeden Vergleich ablehnt. Es wird darauf in die Verhandlung eingetreten. Der Vorsitzende verliest darauf die beiden zur Anklage stehenden Artikel der „Frankfurter Tagespost“ vom 26. und 27. Juni 1907, die über die Verhandlungen des Münchener Peters-Prozesses berichten. Dr. Peters fühlt sich beleidigt durch die in dem Artikel gebrauchten Ausdrücke: „Bursche“, „Kumpen“, „Nörder“ usw., der die ihm überlassene unbeschränkte Nachvollkommenheit benutze, um aus geschlechtlichen Motiven zwei arme unschuldige Menschen zu martern und zu morden. Der Beklagte Dr. Weill erklärt, daß er die prägnante Verantwortung übernehme und daß er alles aufrechterhalte, was in den Artikeln gesagt ist. Die Gründe, die ihn zur Aufnahme der Artikel bestimmten, zwingen ihn noch heute, sie zu vertreten. Diese Gründe seien rein sachlicher Natur. Er habe keinen Haß gegen die Person des Privatklägers, den er nicht kenne und der ihm gleichgültig sei. Aber die Notwendigkeit, eine gefährliche politische Persönlichkeit zu charakterisieren, ergab sich aus der drohenden Möglichkeit, Dr. Peters könnte in ein Reichsamt eintreten. Zur Charakterisierung der Handlungsweise des Privatklägers bot ihm die deutsche Sprache keine anderen Ausdrücke. Auf Grund der Disziplinarurteile und der Verhandlung in dem Münchener Prozeß habe er die Uebersetzung gewonnen, daß der Kläger an dem Dienerehabilit und seiner früheren Geliebten Jagodja einen bewußten Mord begangen habe, nachdem Romodie des Kriegesgerichts, die er inszenierte, habe der Privatkläger den eigentlich berechtigten, aber unbewussten Leutnant Bronsart v. Schellendorff ferngehalten. Seine Untaten habe er in dem Bericht an die vorgelegte Behörde verheimlicht. Er kenne keine literarische Möglichkeit zu einer anderen Kennzeichnung dieser Handlungsweise. Die „Frankfurter Tagespost“ habe in ihren Artikeln das wiederholt, was die Disziplinarurteile ausgesprochen, und außerdem in der „Kölnischen Zeitung“, vielen anderen bürgerlichen Blättern und von angesehenen Politikern ausgesprochen wurde. Er habe die Artikel unter dem unmittelbaren Eindruck des Münchener Prozesses aufgenommen, der das frühere Urteil über den Privatkläger, daß er einen bewußten Mord begangen habe, verstärken konnte, und angeht die Gefahr, daß Dr. Peters wieder in ein Reichsamt berufen werden könnte. Jeder Staatsbürger habe das berechtigete Interesse, schon zu seinem persönlichen Schutze zu verhüten, daß ein so skrupelloser Mann zur Regierung komme.

Rechtsanwalt Dr. Sühheim stellt den Antrag auf Aufhebung der Verhandlung, um den eventuell noch fehlenden Beweis für die Grausamkeiten des Dr. Peters zu vervollständigen, und zwar bitte er, die Verhandlung solange auszuschieben, bis Leutnant Bronsart v. Schellendorff in Romadissa in Afrika vernommen sei. — Rechtsanwalt Dr. Rosenthal tritt diesem Antrag entgegen. Es handle sich heute um weiter nichts, als festzustellen, ob die Angriffe, die der Beklagte gegen den Kläger gerichtet hat, in einer solchen Weise gestaltet sind, selbst wenn Dr. Peters das alles getan hätte, was ihm nachgesagt wird. — Es wird hierauf in die Verlesung des schriftlichen Urteils des Schöffengerichts München gegen den Redakteur Gruber von der „Münchener Post“ eingetreten. Ferner werden verlesen die beiden Urteile der Disziplinarcommission und des Disziplinarhofes gegen Dr. Peters sowie einige weitere Artikel der „Frankfurter Tagespost“, in welchen die Klageerhebung des Dr. Peters gegen diese Zeitung und Dr. Peters im allgemeinen kritisiert wird.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird zwischen den beiden Verteidigern und dem Beschuldigten diskutiert über die von der beklagten Partei beantragte Aufhebung der Prozeßverhandlung, bis Leutnant Bronsart v. Schellendorff auf Anordnung des Münchener Landgerichts in Romadissa kommissarisch als Zeuge vernommen sei. — Rechtsanwalt Rosenthal, der Vertreter Dr. Peters, tritt dem Aufhebungsantrag mit der Bemerkung entgegen, er gebe für heute ohne weiteres zu, daß das, was Bronsart v. Schellendorff nach den Aufzeichnungen des Disziplinarurteils Befehles gegen Dr. Peters gesagt habe, richtig sei. — Der Vertreter des Privatbeteiligten bleibt bei seinem Antrag bestehen. Er teile den Standpunkt des Münchener Landgerichts, daß Bronsart v. Schellendorff zur Charakterisierung der von Peters gefällten Todesurteile zweifellos noch wichtige Bemerkungen machen würde. Der Privatbeteiligte Dr. Weill schließt sich diesem Standpunkte an, zumal da das Münchener Schöffengericht in seiner Urteilsbegründung in dem Petersprozeß gesagt habe, es sei nicht in der Lage, festzustellen, ob das Todesurteil gegen Bronsart v. Schellendorff berechtigt war. Diese Feststellung werde aber nur dadurch ermöglicht, daß der Aufenthalt des wichtigsten Zeugen v. Schellendorff ermittelt werde und seine Vernehmung in Afrika stattfinden. Dann werde sich auch herausstellen, ob das Todesurteil gegen Bronsart v. Schellendorff auch subjektiv berechtigt war. — Das Gericht beschließt, die Verhandlung nicht aufzuheben, mit der Begründung, daß die Aussage des Zeugen Bronsart v. Schellendorff zur Urteilsbildung für den heute vorliegenden Fall nicht notwendig sei. — Der Vertreter des Privatbeteiligten Dr. Sühheim führte in seinem Plaidoyer aus, ein deutsches Schmutzgericht würde vielleicht bei einer Anklage wegen Mordes gegen Dr. Peters das Moment der Ueberlegung verneinen und nur Totschlag annehmen, vor dem Richterstuhl der Moral aber würde Dr. Peters zweifellos als Mörder verurteilt werden. Auch neuerdings lauge Dr. Peters wieder in der Politik auf, die nationalliberale Partei habe ihn aber als Kandidaten zum Reichstag bereits abgeschüttelt. Der Verteidiger gibt zu, daß die dem Privatbeteiligten gegenüber gebrauchten Ausdrücke wohl unter § 185 St. G. B. fallen, aber angesichts der ganzen Sachlage könne der Gerichtshof unmöglich zu einer hohen Strafe gelangen. — Der Privatbeteiligte Dr. Weill erklärte in seinem Schlussatz, er habe nach wie vor die innere Ueberzeugung, daß Dr. Peters ein feiger Mörder sei.

Nach 1½stündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Amtsrichter Vierlein, folgendes

#### Urteil:

Der Privatbeteiligte Dr. Weill wird wegen Beleidigung aus § 185 St. G. B. zu vierhundert Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: Ein Re-

bakteur habe zweifellos das Recht, dafür einzutreten, daß der deutsche Name in den Kolonien durch Beamte nicht herabgewürdigt werde. Dem Privatbeteiligten wäre auch zweifellos § 183 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt worden, wenn nicht aus der Form der gebrauchten Ausdrücke sich ergeben hätte, daß Dr. Peters in der öffentlichen Meinung herabgesetzt werden sollte.

Was hat der Peters nun durch dieses Urteil erreicht? Hat er von den von ihm verübten, durch das Münchener Urteil erneut festgestellten Schandthaten auch nur ein Teilchen abstreiten können? Im Gegenteil: sein Rechtsanwalt mußte sogar zugeben, daß er auch die früheren Aussagen Bronsart v. Schellendorffs, den im Münchener Prozeß die Peters-Claque als unglaubwürdig hinzustellen suchte, nicht bestreiten wolle!

Peters bleibt also das, als was ihn die Urteile kennzeichnen, nur darf man ihn nicht so nennen, wie es die Sprache erheischt, weil man sich sonst einer formalen Beleidigung schuldig macht! —

### Die Spandauer Eisenbahnkatastrophe vor Gericht.

Jenes entsetzliche Eisenbahnunglück, welches am 1. Mai d. J. an der Chaussee zwischen Westend und Spandau durch die Unachtsamkeit des jugendlichen Schrankenwärters Bermum entstanden sein soll, bildete gestern den Gegenstand eines umfangreichen Strafprozesses vor der dritten Strafkammer des Landgerichts III. Auf der Anklagebank mußten der jugendliche am 19. Dezember 1889 zu Lychen geborene Arbeitshilfe Max Bermum und der Direktor der Spandauer Straßenbahngesellschaft, John Eduard Weiel, der im 55. Lebensjahre steht, Platz nehmen. Die

#### Anklage

gegen die Angeklagten lautete auf Vergehen gegen den § 310 des Strafgesetzbuchs. Beide Angeklagte werden beschuldigt, am 1. Mai d. J. zu Kehlheim durch Aufrechterhaltung der erforderlichen Aufmerksamkeitspflicht, zu welcher sie infolge ihres Berufes besonders verpflichtet gewesen waren, den Transport auf einer Eisenbahn gefährdet und durch dieselbe Handlung den Tod zweier Menschen herbeigeführt zu haben.

#### Wie erfolgte der Unfall?

Am 1. Mai stieß ein Wagen der Spandauer Straßenbahngesellschaft mit einem Güterzuge zusammen. Die Spandauer Straßenbahngesellschaft, die im Jahre 1900 von der Stadt übernommen wird, befindet sich zurzeit in der Regie der Berliner Elektrizitätswerke. Die Linie, auf welcher sich jener Unglücksfall ereignete, führt von dem Spandauer Rod an der Militärhochschule und den Schichtbahnen vorbei nach dem Bahnhof in Spandau. Die Gleise der Straßenbahn kreuzen in einiger Entfernung vom Spandauer Rod die Gleise der Eisenbahn. Ein Schienenstrang dieser Bahn, der fast ausschließlich dem Güterverkehr dient, kreuzt in schräger Linie die Chaussee. Auf beiden Seiten der Schienen befinden sich Schranken, die von einem Wärter, der von der Spandauer Straßenbahngesellschaft beschäftigt wurde, bedient werden mußten. Sobald der ebenfalls an dieser Bahnkreuzung beschäftigte Wärter der Staatsbahn seine Schranken bei Veranlassung eines Zuges herunterläßt, hatte der Straßenbahnwärter daselbst zu tun. Sobald der Zug passiert war, zog er dann die Schranken hoch, um dem wartenden Straßenbahnwagen die Durchfahrt zu ermöglichen. Am Tage des Unglücks war das Amt des Schrankenwärters dem erst 17jährigen

gehigen Angeklagten Max Bermum übertragen worden, obwohl dieser erst an demselben Tage in den Dienst der Straßenbahngesellschaft getreten war und keinerlei Ausbildung erhalten hatte.

Kurz vor 1/2 6 Uhr nachmittags fuhren die Schranken vor einem wartenden Straßenbahnwagen nieder, nachdem ein von Spandau nach Berlin fahrender Güterzug die Kreuzung passiert hatte. Naum war der Zug vorüber, als Bermum schon die Schranken hochgehen ließ und dadurch dem Wagenführer das Zeichen zur Weiterfahrt gab. Er hatte unglücklicherweise nicht bemerkt, daß von der entgegengekehrten Seite auf dem zweiten Gleise ein anderer Güterzug heranbraute. Der Straßenbahnwagen fuhr, da auch der Fahrer Richard nicht den Güterzug bemerkt hatte, auf die Gleise. Im nächsten Augenblick fuhr der Straßenbahnwagen mit voller Kraft in den ebenfalls schnell fahrenden Güterzug, der von der am Jügendende befindlichen Lokomotive vorwärtsgedrückt wurde, hinein und war in einen Haufen Trümmer verwandelt, der aus zerbrochenen Metallstangen und Wellen bestand. Der Unterteil des Wagens wurde mit den Fahrgästen über 20 Meter von dem Güterzug mitgeschleift. Während dieser entsetzlichen Fahrt fielen die zumeist schwerverletzten Fahrgäste auf den Bahndamm heraus. Es waren im ganzen

#### 11 Personen schwer verletzt

und

#### zwei Personen getötet:

der 40 Jahre alte Lehrer Pöhl aus Spandau und die 14jährige Tochter des Oberpostinspektors Gars, die Schülerin E. Der Tod erfolgte bei beiden infolge Schädelbruchs und schwerer innerer Verletzungen.

#### Wer trägt die Schuld?

Die Staatsanwaltschaft III erachtet als die Schuldigen den Direktor der Straßenbahngesellschaft, Weiel, und den jugendlichen Schrankenwärter Bermum. Die Hauptfrage ist des letzteren soll darin bestehen, daß er, ohne sich vorher zu überzeugen, ob die Strecke frei sei, die Schranken geöffnet habe, während dem Direktor der Straßenbahngesellschaft zum Vorwurf gemacht wird, daß er einen so jugendlichen Menschen, wie den erst 17jährigen Bermum, ohne ihn über seine Obliegenheiten genügend zu instruieren, auf einen so verantwortungsvollen Posten gesetzt habe. Außerdem dürfte Bermum nach der Bau- und Betriebsvorschrift vom 20. September 1906 überhaupt nicht bei der Gesellschaft beschäftigt werden, da alle im früheren Betriebsdienste beschäftigten Angestellten die Mindestaltergrenze von 21 Jahren erreicht haben müssen. Diese Verordnung schreibt ferner vor, daß die für den Dienst erforderliche Befähigung und Zuverlässigkeit des betreffenden Angestellten durch eine förmliche Prüfungargetan sein müsse. Dies war bei der Anstellung des Bermum ebenfalls nicht geschehen.

#### Vernehmung der Angeklagten.

In seiner Vernehmung vor Gericht machte Bermum folgende Angaben: Er sei, nachdem er die Gemeindeschule verlassen habe, als Laufbursche bei der Firma Siemens u. Schindler eingetreten. Später habe er Russier lernen wollen, habe diesen Beruf aber infolge körperlicher Schwäche wieder aufgeben müssen. Zuletzt war er in einer Tischlerei als Laufbursche beschäftigt. Durch einen Bruder, der bei der Spandauer Straßenbahngesellschaft angestellt ist, wurde er auf den Gedanken gebracht, sich ebenfalls um Arbeit bei dieser Gesellschaft zu bewerben. Am 30. April sei ihm durch eine Karte mitgeteilt worden, er solle sich bei der Gesellschaft melden, nachdem vorher seine Dienste abgelehnt worden waren. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß Bermum für den Dienst bei der Straßenbahn noch zu jugendlich sei. Am Morgen des 1. Mai habe er sich gemeldet. Ein Angestellter namens Vollbrecht habe ihm gesagt: „Du sollst heute nach Kehlheim rausgehen und die Schranken schließen.“ Er habe sich dann auf den nächsten Wagen gesetzt und sei nach Kehlheim gefahren, wo bisher ein älterer Schrankenwärter die Schranken bedient hatte. Da er bisher



nicht recht gewohnt habe, was eine Schranke sei, habe er den Wärter erst danach fragen müssen. Es sei ihm dann die mechanische Vorrichtung der Schranken, durch welche das Auf- und Niederfahren bewirkt wird, gezeigt. Dann aber ein Zug der Leichter Bahn die Kreuzung passieren würde, sei ihm nicht mitgeteilt worden. Es sei ihm gesagt worden, daß er sich nur nach dem an der gleichen Stelle beschaffigen Schrankenwärter der Staatsbahn richten sollte und wie dieser die Schranken nieder- und hochgehen lassen sollte. Da ihm an dem Tage das Unglück nicht gesagt worden war, daß sich die Züge an der Chaussee kreuzten, so habe er, da der Staatsbahnwärter nach Passieren des ersten Wägenzuges die Schranken nicht wieder hochgezogen, angenommen, dieser habe es nur vergessen. Einer solchen Vergeßlichkeit habe er sich am ersten Tage seines Dienstes nicht schuldig machen wollen. Er habe die Schranke deshalb unglücklichweise hochgezogen und so den Zusammenstoß herbeigeführt. — Der Zweitangeklagte

Behel bestritt ebenfalls, daß ihm der Vorwurf einer Fahrlässigkeit gemacht werden könne. Er müsse es strikte ablehnen, daß ihm der Vorwurf einer Pflichtverletzung gemacht werden könne. Er habe als Direktor der Straßenbahngesellschaft die Erfahrung gemacht, daß sich vielfach für einen verantwortungsvollen Posten — jüngere Kräfte besser eignen und zuverlässiger sind als ältere Leute, die zumeist Gelegenheitsarbeiter wären. Bei der Tätigkeit an den Schranken handele es sich gar nicht um eine selbständige Arbeit, denn der betreffende Angestellte habe sich ja nur nach dem Wärter der Staatsbahn richten brauchen und genau wie dieser die Schranken öffnen und schließen müssen. Es sei dies also eine rein mechanische Tätigkeit, zu der sehr gut ein junger Mensch verwendet werden könnte. Als zum Tage vor dem Unglück sei überdies das Öffnen beziehungsweise Schließen der Schranken dem Staatsbahnwärter auf Grund eines besonderen Vertrages mit der Eisenbahndirektion übertragen gewesen. Nur durch einen vorübergehenden Defekt des hierbei verwendeten elektrischen Apparates sei es erforderlich geworden, einen zweiten Wärter anzustellen. Dieser habe sich, wie ihm ausdrücklich befohlen sei, nur nach dem Wärter der Staatsbahn zu richten gehabt. Wenn Verumm dies nicht getan habe, so könne man ihm (Behel) keine Schuld zuschieben. — Staatsanwalt Dr. Schweigler ersucht festzustellen, daß der Angeklagte Behel denselben jungen Menschen, den er zuerst wegen seiner Jugendlichkeit nicht für den Straßenbahndienst tauglich erachtete, später, als gerade ein Mangel an Arbeitern herrschte, angestellt habe.

#### Es wurden als erster Punkt in der Beweisaufnahme

fodann mehrere Zeugen über die näheren Umstände vernommen, unter denen eine Anstellung des V. von der Straßenbahngesellschaft stattgefunden hatte.

#### Der Direktor will nur gefasert haben.

Der Oberingenieur Hahn belundete, daß der Direktor Behel eines Tages an ihn herangetreten sei und ihm das Anstellungsverlangen des Verumm gezeigt und um seinen Rat gefragt habe. Der Direktor habe hierbei gesagt: „Wenn es ein anständiger Herr, schreiben Sie ihm, daß er angestellt wird.“ Auf seine (des Zeugen) Einwendung, daß Verumm doch wohl ein wenig zu jung für einen Posten als Schrankenwärter sei, habe B. gesagt:

„Wenn er nur groß genug ist, dann merkt man eben nicht, daß er noch so jung ist!“

Diese Äußerung, die auch von einem anderen Zeugen bestätigt wird, bestreitet der Angeklagte und behauptet, er habe etwas Ähnliches vielleicht gesagt, aber „nur im Scherz“. Ueber die näheren Anstellungsverhältnisse wurden noch mehrere andere Personen vernommen, die sämtlich bestätigen, daß Verumm von dem Direktor Behel persönlich angestellt worden sei.

#### Wie der junge Mann instruiert wurde.

Der Arbeiter Strauß belundete, er sei als Schrankenwärter von dem jungen Verumm am Unglückstage abgelöst worden und habe diesem fast drei Stunden hindurch die Obliegenheiten des Dienstes gezeigt. Dieser sei ihm, dem bejahrten Zeugen, genau instruiert worden, daß er sich in bezug auf das Öffnen der Schranken immer nach dem Wärter der Staatsbahnstraße zu richten habe. Er hat dem Angeklagten ans Herz gelegt, recht vorsichtig zu sein, denn er wußte, daß es ein schwerer Posten war und daß ihm selbst seinerzeit von dem Direktor Hahn gesagt worden sei: er müsse außerordentlich aufmerksam sein, denn wenn was passiert, gäbe es Ruchthaus.

Wahrwörter Koelle, der Schrankenwärter der Staatsbahn, nach welchem sich Verumm richten sollte, hat diesem gleichfalls gesagt, daß er auf einem gefährlichen Posten stehe und sehr aufmerksam sein müsse. Er hat ihm auch einmal, als zwei Züge die kritische Stelle zu passieren hatten, zugerufen, daß zwei Züge kommen. Der Zeuge weiß nicht, ob dieser Zuruf jedesmal erfolgt ist, erklärt aber, daß der Angeklagte, solange er mit ihm zusammen hantierte, seine Sache durchaus ordnungsmäßig gemacht habe. Es seien in dieser Zeit etwa 20 Züge durchgekommen.

Amtsvorsteher Brähler bestätigt, daß die Gefährlichkeit jener Stelle in Spandau allgemein bekannt gewesen sei und noch einige Tage vor dem Unglück sein eigener Sohn die Befürchtung ausgesprochen habe, daß da mal etwas passieren könnte.

#### Der Staatsbahnwärter.

Wärter Peisch an hat an dem Unglückstage den Wärter Koelle um 6 Uhr als Schrankenwärter der Staatsbahn abgelöst, war also gerade zur Zeit des Unglücks im Dienst. Er bestreitet die Behauptung des Angeklagten, daß er der eigentliche Schuldige sei, da er verbummelt habe, das verabredete Zeichen zu geben. Er habe im Gegenteil dem Angeklagten zugerufen, daß noch ein zweiter Zug komme. Dieser Zeuge hat übrigens, wie festgestellt wurde, auch erst seit 14 Tagen den Schrankendienst an der kritischen Stelle versehen. Er hat, nach seiner Aussage, den Arbeitszug noch im letzten Augenblick wahrgenommen, dem Verumm zugerufen: „Da kommt noch ein anderer Zug“ und ist schließlich nach der Wägenbude zurückgelaufen, um diesen zweiten Zug telephonisch der nächsten Station zu signalisieren. Ob der Angeklagte bei dem Geräusch der fahrenden Eisenbahnwagen den Zuruf gehört hat, weiß der Zeuge nicht.

#### War der Fiskus schuldlos?

Der Lokomotivführer Schorisch, der den Arbeitszug führte, hat, als er zu seinem Entsetzen den Straßenbahnwagen auf dem Gleise sah, noch alles mögliche getan, um den Zug zum Stehen zu bringen, das Unglück war aber nicht mehr zu vermeiden. — Rechtsanwältin Löwe II behauptete, daß die Staatsbahnbahnverwaltung anerkannt habe, daß die von ihr bisher innegehaltene Signaleinrichtung gang und gäulich war. Sie habe wohl eingesehen, daß ein großer Teil der Schuld an dem Unglück auf ihr Konto zu sehen sei und deshalb jetzt Änderungen in bezug auf die ganze Signaleinrichtung stattfinden lassen. — Der Staatsanwalt bestritt entschieden, daß die Staatsbahnbahnverwaltung irgendeine Schuld ihrerseits anerkannt habe; im Gegenteil habe die Staatsbahnbahn Schadenerschaftsansprüche gegen die Straßenbahn geltend gemacht. — Zeuge Schorisch bestätigte auf Verlangen, daß die Signale jetzt beseitigt sind. — Auf eine Frage des R. A. Löwe bestätigt der Lokomotivführer Schorisch, daß, wenn die Lokomotive des Arbeitszuges nicht hinten, sondern vorn gewesen wäre, er natürlich das Terrain besser übersehen hätte und es vielleicht möglich gewesen wäre, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. — Ein früherer Arbeitgeber des Angeklagten Verumm gibt diesem das Zeugnis eines pflichterfüllten und zuverlässigen Arbeiters.

#### Plaidoyer des Staatsanwalts.

Staatsanwalt Dr. Schweigler führte folgendes aus: Ein überaus trauriger Fall der leider so zahlreichen Eisenbahnkatastrophen liege dem Gericht zur Prüfung vor. Die Aufgabe, die Schuldigen an diesem schrecklichen Unglücksfall zu ermitteln und zur Verantwortung zu bringen, sei nunmehr die Aufgabe des Gerichts. Das Unglück sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß man den Angeklagten Verumm, der noch ein halbes Kind ist, auf

diesen gefährlichen Posten gestellt hat. Von einem so jungen Menschen könne man eine derartige Umsicht nicht verlangen, wie man es vielmehr von einem älteren erfahrenen Beamten verlangen kann. Die eigentliche Schuld, und zwar die Hauptschuld an dem Vorfall, trage derjenige, der dieses halbe Kind mit einem derartig gefährlichen Posten betraut habe. Dies sei der Mitangeklagte Behel. Ihm müsse die schwere Schuld aufgebürdet werden, daß er durch eine mangelnde Umsicht bei Auswahl seiner Beamten ein entsetzliches Unglück herbeigeführt habe, bei dem zwei blühende Menschenleben vernichtet und sich elf andere noch jetzt von einem Sanatorium in das andere schleppen müssen, da ihre Nerven völlig erkrankt sind durch den erlittenen Nervenschlag. Der Angeklagte Behel habe als Direktor der Straßenbahngesellschaft unglücklich leichtfertig gehandelt und ihm müsse deshalb die schwere Strafe treffen. Bei Abmessung des Strafmaßes sei deshalb zu erwägen, daß es sich bei Verumm, der durch das vorzeitige Öffnen der Schranken eigentlich das Unheil herbeigeführt habe, um einen ziemlich jungen und unersahrenen Menschen handele, der zwar die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungsweise erforderliche Einsicht trotz seiner Jugend besessen habe, immerhin aber doch erheblich geringer zu bestrafen sei. Die volle Strafe des Gesetzes müsse jedoch den Angeklagten Behel treffen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den jungen Verumm eine — Gefängnisstrafe von 2 Monaten, gegen den Direktor Behel eine Gefängnisstrafe von einem Jahre.

#### Nach den Verteidigungsreden erging das Urteil

in später Abendstunde dahin:

Der Gerichtshof hat lediglich den Tatbestand, wie ihn die Beweisaufnahme ergeben hat, zu prüfen gehabt und ist zu einer Verurteilung beider Angeklagter gekommen. Verumm habe die ihm gegebene Instruktion, sich genau nach dem anderen Bahnwärter zu richten, nicht befolgt, und lediglich hierdurch sei das Unglück entstanden. Wenn die Aufsicht durch irgendwelche Umstände verhindert gewesen sei, so hätte sich B. eben durch ein paar Schritte nach vorwärts von dem Herannahen des zweiten Zuges überzeugen können. Er habe auch dies unterlassen, und somit fahrlässig gehandelt. Eine weit größere Fahrlässigkeit treffe jedoch den Mitangeklagten Behel. Dieser habe als Direktor der Straßenbahngesellschaft die Gefährlichkeit der Nebenkreuzung genau gekannt und hätte an diesem Posten nur einen Mann beschäftigt dürfen, der ihm auch gewachsen war. Wenn er einen 17jährigen Jungen mit einem derartig verantwortungsvollen Dienst betraute, so liege darin sogar eine ganz besonders leichtfertige Pflichtverletzung. Bei der Frage der Höhe der Strafe habe das Gericht die so überaus traurigen Folgen berücksichtigt, die durch das Verschulden der Angeklagten entstanden seien. Das Gericht erkannte deshalb wegen fahrlässiger Transportgefährdung und fahrlässiger Tötung gegen Verumm auf die gesetzlich zulässige niedrigste Strafe von einem Monat Gefängnis, gegen Behel auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Das Urteil ist, soweit es den 17jährigen Wärter betrifft, nicht gerecht, sondern widerspricht aufs entschiedenste dem Rechtsbewußtsein. Dies erwartete eine glatte Preisprechung des jungen Mannes. Ein 17jähriger Mensch kann einen solchen Dienst nicht versehen. Nicht ihm, sondern allein dem Direktor, der ihm einen so gefährlichen Posten übergab, trifft die Schuld. Rahm aber das Gericht an, auch den Jugendlichen treffe eine strafbare Fahrlässigkeit, so war das niedrigste Strafmaß nicht Gefängnis, sondern Verweis. § 57 Str.-G.-B. läßt Angeklagten gegenüber, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, zu, wenn die Straftat ein Vergehen oder eine Übertretung darstellte, in besonders leichten Fällen auf Verweis zu erkennen. Und solch besonders leichter Fall lag, soweit eine Fahrlässigkeit des halben Kindes in Betracht kam, vor. Im Gegensatz zu der enorm hohen Strafe, mit dem der junge Mann das Vergehen büßen soll, redliche Arbeit gesucht und die Privatität des Arbeitgebers nicht erkannt zu haben, steht die überaus milde Strafe des Direktors, der in leichtsinnigster Weise den Tod mehrerer Menschen und die schwere Gesundheitsgefährdung vieler herbeigeführt hat. Und — ist der Fiskus, der nach dem Unglück die Signale anders anordnete, etwa ungeschuldiger als das arme Kind, das in voller Unerfahrenheit, des lieben Brotes willen, einen so gefährlichen Posten übernahm, den auszufüllen seine Unkenntnis und Jugend unmöglich machten?

## Verfammlungen.

### Protokollversammlung der Handlungsgehülfen.

Nach § 63 des Handelsgesetzbuches ist den Handlungsangestellten im Falle der Erkrankung das Gehalt bis zur Dauer von sechs Wochen weiter zu zahlen. Ferner bestimmt derselbe Paragraph, daß Bezüge, welche der Angestellte aus Kranken- oder Unfallkassen erhält, nicht vom Gehalt abgezogen werden dürfen und daß dem entgegenstehende Vereinbarungen nicht zulässig sind. — Ein unglücklicher Zustand ist dadurch geschaffen worden, daß die Rechtsprechung diesem Paragraphen eine dem gesunden Menschenverstande widersprechende Auslegung gegeben hat. Nach dieser Auslegung soll sich das Verbot entgegenstehender Vereinbarungen nur auf den Abzug von Krankengeld u. dgl. vom Gehalt beziehen, aber nicht auf den ersten und wichtigsten Teil des § 63, welcher die Gehaltszahlung während der Krankheit bis zu sechs Wochen festsetzt. Der Standpunkt der Juristen ist also der: Es ist den Handelsherren unbenommen, mit ihren Angestellten zu vereinbaren, daß sie für die Zeit der Krankheit kein Gehalt bekommen. Wenn ihnen aber das Gehalt auch für die Zeit der Krankheit gezahlt wird, dann darf das Krankengeld nicht abgezogen werden. — Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ist von allen Seiten anerkannt worden. Die Regierung beantragt deshalb beim Reichstage eine entsprechende Aenderung des § 63. Das vernünftige wäre ja nun, zu bestimmen, daß der ganze § 63 als zwingendes Recht zu gelten hat. Aber dazu kann sich die Regierung nicht aufschwingen. Sie beantragt vielmehr, daß zwar die Gehaltszahlung in Krankheitsfällen bis zu sechs Wochen nicht durch Vereinbarung ausgeschlossen werden darf, daß aber das Krankengeld vom Gehalt abgezogen werden darf.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich eine zahlreiche besuchte Versammlung, welche der Zentralverband der Handlungsgehülfen am Donnerstag nach den Arminshäusern in der Kommandantenstraße berufen hatte. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Koch, hielt einen sachkundigen Vortrag über die geplante Aenderung des § 63 und führte aus, es sei ein ungerechtfertigtes Verlangen, daß den Kranken das zum größten Teil durch ihre Beiträge aufgebrachte Krankengeld abgezogen werden soll. Die Forderung der Handlungsgehülfen, die gegenwärtige Fassung des § 63 für zwingendes Recht zu erklären, sei durchaus berechtigt. Eine kleine aber einflussreiche Clique von Schwarzmachern trete dieser Forderung entgegen. Die Beratung des Regierungsentwurfs könne schon in nächster Zeit erfolgen. Es sei deshalb angebracht, daß die Handlungsgehülfen alles versuchen, was in ihren Kräften steht, um ihre Forderung an maßgebender Stelle geltend zu machen.

Folgende Resolution, die dem Reichstage übersandt werden soll, fand einstimmig Annahme:

Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante Veränderung des § 63 des Handelsgesetzbuches, durch die bestimmt werden soll, daß den Handlungsgehülfen die Krankenunterstützung vom Gehalt in Abzug gebracht werden soll. Die Versammlung ist der Ansicht, daß durchaus keine Veranlassung zu dieser Verschlechterung vorliegt, da für die vielen schlecht gestellten Handlungsgehülfen und -gehülfinnen ein höheres Einkommen während der Krankheit notwendig ist, um ihre Gesundheit möglichst schnell wieder

herzustellen. Uebrigens stellen die Prinzipale bei Erkrankung von Angestellten in den meisten Fällen keine Ersatzkräfte ein, sondern verlangen, daß die Arbeit der fehlenden Angestellten durch die übrigen Gehülfen mit erledigt wird. — Die Versammlung betrachtet die geplante Aenderung des § 63 auch deshalb als ungerecht, weil die Angestellten den größten Teil des Versicherungsbeitrages entrichten müssen und die Arbeitgeber durch die Aenderung des Gesetzes bei Erkrankung von Angestellten einen finanziellen Vorteil haben würden. — Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Gehalt in Fällen der durch unverschuldetes Unglück verursachten Arbeitsbehinderung für die Dauer von sechs Wochen ungekürzt bezahlt werden muß. Die Versammlung erwartet von dem hohen Reichstage, daß der bestehende § 63 des Handelsgesetzbuches in beiden Teilen als zwingendes Recht erklärt wird.

### „Unsere Aufgaben im Kampf gegen den Alkohol“

lautele die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Kontinentenbundes, die am Dienstag im „Englischen Hof“ in der Neuen Köststraße tagte. Referenten waren die Genossen Dr. Jabel und Simon Kagenstein. Der erste Redner führte u. a. aus, daß von den drei großen Volksleiden: Tuberkulose, Syphilis und Alkoholismus der Alkoholismus diejenige Seuche sei, gegen die sich der einzelne am leichtesten schützen könne. Der ausgeklärte Mensch wisse ja, was für ein trügerischer Freund der Alkohol ist. Nun habe man wohl bemerkt, daß in den letzten Jahren bei den Arbeitern, die zum Arzt kommen, die Zeichen von Alkoholismus weniger hervortreten als dies früher der Fall war. Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung habe dadurch, daß sie die Arbeitsverhältnisse verbessere, den Arbeiter zunächst einmal aufzubringen, und dann empfindlich für höhere Kulturbedürfnisse mache, dem Alkoholismus ein gut Teil seines Gebietes entzissen. Aber zufrieden kann man mit den Erfolgen noch nicht sein. Die Arbeiterauschüsse in den Fabriken mühten sich mehr dafür, daß das Bedürfnis nach Alkohol vermindert wird, durch größere Reinlichkeit, Verminderung des Staubes usw., sowie auch durch Beschaffung guter alkoholfreier Getränke, vor allem frischen, gleichmäßig kühlen Wassers. Der Redner machte dann einige besondere Vorschläge zum Kampf gegen den Alkoholismus und bemerkte u. a., daß es vor allem gelte, die Frauen zu gewinnen. Sie sollten hauptsächlich auch dafür sorgen, daß den Kindern kein Alkohol gegeben wird. Um die dem Alkohol unterliegenden, dem Säuglingsstadium verfallenen Personen zu retten, müsse man Verbindung mit den Leitungen der Irren-, der Krankenhäuser und Krankentafeln suchen, eventuell eine Zentralstelle gründen und so jenen Leuten Beistand leisten, damit sie dem Leiden nicht wieder verfallen. Der Redner rühmte in der Rettung Trunksüchtiger die Leistungen der Heilsarmee und meinte, daß er gar nichts dagegen habe, wenn Frauen und Männer aus der Arbeiterklasse in die Heilsarmee einträten, um zu lernen, wie man das macht.

Genosse Kagenstein, als Korreferent, führte aus, daß zur Gründung einer Zentralstelle die Mittel und Hilfsquellen des Bundes nicht ausreichen. Vor allem mühten die Partei, die Gewerkschaften und die Krankentafeln den Kampf gegen den Alkoholismus unterstützen. Manche Frau sei gegen das Vereins- und Versammlungswesen, weil sie wisse, daß hierbei Geld für Alkohol ausgegeben werde, und darum liege es im Interesse der Arbeiterbewegung selbst, den Alkoholgenuß zu bekämpfen. Vor allem gelte es, die jugendlichen Menschen zu gewinnen und vor dem Alkoholismus zu bewahren, sie zu höheren Lebensgenüssen zu erziehen. Die Jugendorganisation habe sich ja auch dafür erklärt und wirke in diesem Sinne. Für alkoholfreie Versammlungsräume müsse gesorgt werden. Wohl könne man später mit Hilfe der Konsumvereine, wenn sie erst mehr erstarkt seien, zu einer Art Gasthausreform kommen. Gewiß seien mit den Vorschlägen des Genossen Jabel Erfolge zu erzielen, aber sie durchzuführen, fehle es noch an der nötigen Kraft. Die Hauptsache sei die Propaganda, sie müsse immer mehr ausgedehnt werden.

In der Diskussion, die sich bis nach Mitternacht hinzog, äußerten verschiedene Redner sich über die Verbreitung des Alkoholismus in der Arbeiterschaft und über die Mittel zu seiner Bekämpfung. Ein Genosse sprach sich namentlich dafür aus, daß auf den Kaufstellen für alkoholfreie Kantinen geachtet werden müsse. Ein anderer Redner bezeichnete es als einen Uebelstand, daß man mit den Zahlhabenden der Partei überall auf Gastwirte angewiesen sei, die natürlich ein Interesse an Alkoholkonsum hätten. Auch wurde behauptet, daß der „Vorwärts“ mehr zur Bekämpfung des Alkoholismus tun müsse.

### Die Brauereiarbeiter besprachen in einer öffentlichen Versammlung am Freitag im Gewerkschaftshause eine Reihe von Differenzen mit der Organisation der Brauer (Sektion I des Verbandes). Obgleich ein Vortragabend angekündigt war, füllte die Diskussion, die sehr lebhaft geführt wurde, allein den Abend aus, und der Vortrag mußte zurückgestellt werden. Die Brauer wünschen, daß alle in Brauereien Arbeitenden sich dem Verbandsverband der Sektion I und II (Brauereiarbeiter und Brauereihilfsarbeiter) anschließen. Die Handwerker sind damit nicht einverstanden, sie gehören ihren resp. Organisationen an oder bilden eine Sektion wie die Maschinisten und Heizer der Brauereien. In der Vertretung ihrer Interessen den Brauereien gegenüber fühlen sie sich nun aber sehr benachteiligt und geben vielfach den Brauern (Sektion I) die Schuld. Die Versammlung nahm einen Antrag an, nach welchem die Agitationskommission beauftragt wird, Schritte einzuleiten, um den Brauereiarbeitern eine Vertretung im Arbeitsnachweis, im Kuratorium und im Einigungsamt zu sichern und dazu die Gewerkschaftskommission als Vermittler anzurufen.

### Zentralverband der Töpfer.

In der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Filiale Berlin erstattete der Vorsitzende S e g a w den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er besprach die allgemeine Situation der letzten vier Monate sowie die Hauptmomente der Lohnbewegung, welche in diese Zeit fiel. Ferner führte der Redner die Zahlen der Arbeitslosenkontrolle in den Monaten Juli, August und September an. Anfang Juli waren 97 Arbeitslose eingeschrieben. Ende Juli waren es 127 (im Vorjahre 105), Ende August 542 (i. V. 425), Ende September 519 (i. V. 214). Die Arbeitslosigkeit ist also erheblich größer als in den gleichen Monaten des Vorjahres. — Der Rassenbericht für das dritte Quartal zeigt eine Einnahme von 38 708,88 M., eine Ausgabe von 28 325,54 M. und einen Bestand von 6883,29 M. An Unterstützungen wurden ausgegeben: an Reisende 276 M., an Ungehörige 210 M., an Kranke 3112 M., Sterbende 660 M., für Sperrten 1312 M., Rechtschutz 195 M. — Am Generalstreik der Töpfer waren 1983 Kollegen mit 2231 Kindern beteiligt. Der Streik erforderte eine Gesamtausgabe von 119 876 M. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer Decharge und beschäftigte sich dann mit Verbandsangelegenheiten.

## Eingegangene Druckschriften.

Die Beteiligung der Riefelder von Groß-Berlin. Von Rade, 50 Pf. — In die Vororte. Wink, Ratsschlag, 50 Pf. Verlag Baedeker und Koeller, Berlin W. 30.

Geschäftsbericht für das 3. Geschäftsjahr des Konsumvereins Bremerhaven und Umgegend. 36 Seiten. Selbstverlag.

Das Leben Jesu. Von Dr. Otoman Joz.-Mühlst. Da Riff. 1,50 M. Verlag R. Venz in Leipzig.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 6. Jahrgang 1907 in zwei Bänden. 9 M. Verlag F. Kaufmann, Hamburg 1, Brunsbüttelhof 52.

Geschäftsbericht der Altien-Brauerei-Gesellschaft Treuenbühl, vorm. Bahnhöfer für die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis 30. September 1907. Verlag A. Haumann, Berlin.



Die Opfer des Automobil, 3000 Tote und Verwundete während eines Jahres im Deutschen Reich von A. Ruhn. 75 Pf. Verlag „Kato“, Berlin, Jagowstr. 19.

Die Union der Techniker. Ein Vorschlag zur Organisation von G. Lutz. 66 Seiten. Verlag S. Braumüller in Wien und Leipzig.

§ 175. Die Homosexualität in Sittlichkeit und Recht. Von Hermann Reichardt. Herausgegeben von Dr. Magnus Hirschfeld. Verlag Deutscher, Berlin N., Invalidenstr. 131. 2 Bde.

Reclam-Universum. Heft 9. Preis 30 Pf. Verlag H. Reclam jun. in Leipzig.

Die freie Turnerin Nr. 3. Organ für die Interessen des Frauenturnens. Monatlich 1 Heft. 10 Pf. Arbeiter-Turnverein Leipzig, Lange-Str. 31.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am Jahrestag des wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und eine Zahl als Vertretung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen ergehen man in der Sprechstunde vor.

H. W. 21. 1. Arbeiterinnen dürfen in Fabriken nicht in der Nachtzeit von 9 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden für Sonn- und Festtage von zehn Stunden nicht überschreiten. Zwischen den Arbeitsstunden muß den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden. Beträgt die Mittagspause nicht mindestens 1 1/2 Stunden, so muß auf Antrag der Arbeiterinnen, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, eine Entlassung dieser eine halbe Stunde vor der Mittagspause erfolgen. 2. Sowohl in derselben Fabrik können für verschiedene Abteilungen oder auch für verschiedene Arbeiterinnen verschiedene Arbeitszeiten und Pausen eingebracht werden, jedoch müssen die unter dieser 1 mitgeteilten Bestimmungen eingehalten werden.

H. W. 74. Eine Strafbefehl liegt nicht vor. Th. J. Der Betrieb eines Geschäftes seitens einer Frau ist ohne Einfluß auf die ihnen zustehende Unfall- oder Invalidenrente. Ebenso liegt es mit einem Geschäft, das sie selbst beginnen würden. 2. Kein; erst in einem Jahre. H. G. 600. Nur der Vater, nicht dem angeerblichen Vater steht ein Recht auf das Kind zu. Krankenkasse 32. Werden Sie sich an die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzengr. 66 bei Hinz. H. M. 28. Welche Renten sind wohl höher. — 80. 2. 6. 1. Werden Sie sich an einen Arzt. 2. Dagegen gibt es kein Mittel. — E. S. 63. Schmeien ist richtig. — Inverhals M. W. 1. fünf Jahre rückwärts. 2. Eine im Grundbuch eingetragene Last verjährt nicht. — E. 2. H. Ja. — H. G. 25. Sie sind nicht verpflichtet, die Steuern zu zahlen, die Ihre Frau als ledige Schuldiß gebildet ist. — Wranzel 100. 1. Dagegen gibt es kein Mittel, Sie können aber im Namen Ihres Kindes aus der Kirche austreten. 2. Deutsche Bank. 3. Ja, falls Sie nicht ausdrücklich auf der Last seitens des Vermieters erlassen sind. — R. 3. 99. 1. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. 2. In 10 Jahren. — C. M. 2. N. 184. Jedem Mann kann es passieren, daß er von dem wegen Aliments in Anspruch genommenen als Zeuge für einen angeklagten Verführer, den er gehabt habe, genannt wird. Eine verständige Ehefrau vermag sich darüber nicht zu enträsten. Sie könnten aber unter Vorlegung des für Sie wichtigen Grundes beim Gericht beantragen, daß Sie früher als Zeuge vernommen werden. — E. 2. 115. 1. Diese Annahme ist irrig. Vergleichen Sie § 8. den Preis für den Lokal-Anzeiger. Naturgemäß kann ein Blatt, das rückständig die Interessen der Arbeiterklassen und der Allgemeinheit zu verfolgen hat, nicht die Einmachten aus Interests haben wie bürgerliche oder unparteiliche Blätter. 2. Auf jedem Parteitag und in dem Vorstandsbericht zum Parteitag wird öffentlich abgerechnet. — R. N. 52. Nach der preussischen Gesetzgebung ist das Dienstmädchen zum Erlaß der Gegenstände verpflichtet, die durch ihre Schuld zerbrochen sind. Für die Entscheidung, ob eine Schuld vorliegt, ist das richtige Ermessen maßgebend. Für die Ansprüche des Dienstmädchens ist nicht das Bürgerrecht, sondern das Amtsgesetz maßgebend. — W. 10. Falls nicht etwa Ihr Vertrag Gegenständlich besagt, sind Sie zum Erlaß nicht verpflichtet, sondern lediglich der Fuhrmann. — W. 300. Eine Umkleitung hat nicht stattgefunden. — H. G. 100. Wien VI. Pariahäuser. 89. — H. G. 100. Reineswegs; die Kasse hätte weiter zu zahlen. — H. 3. 102. Kein. — H. 3. 3. 1. Kein. 2. Sie leben ohne weiteres außerhalb Witten-

gemeinschaft. Zweckmäßig ist es aber, vor, während in der Ehe einen Vertrag zu schließen, durch den das Verwaltungs- und Verfügungsrecht des Mannes ausgeschlossen und das Vermögen der Ehefrau anerkannt wird. Ein solcher Vertrag muß notariell oder gerichtlich geschlossen und in das Güterrechtsregister eingetragen werden. Ein Beispiel finden Sie auf Seite 23 Nummer 22 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“ (München, Fährer durch das Bürgerliche Gesetzbuch).

— W. 2. 2. Leider würden Sie mit einer Klage nicht durchkommen können. Denn erstens ist der Anspruch auf Unfallentschädigung verjährt — die Verjährungsfrist beträgt 3 Jahre. Ferner gehörte aber Ihre Beschäftigung nicht zu einem unfallversicherungsrechtlichen Betriebe. Wäre der Betrieb unfallversicherungsrechtlich, so hätten Sie einen Anspruch gegen die Versicherungsgesellschaft, gleichviel ob der Betrieb gemeldet war oder nicht. Einen persönlichen Anspruch können Sie nicht geltend machen, da der Hausbesitzer an dem Unfall unfähig war und auch dieser Anspruch längst verjährt wäre. — W. 3. Wenn Sie ausdrücklich einen Honorarvertrag unterschrieben haben, so dürfte der Anspruch des Anwalts vom Gericht anerkannt werden, sonst nicht. Sie hätten sonst vielmehr einen Anspruch auf Rückzahlung von etwa 50 Mk. — R. 9. 1. Die Stelle des Testaments bedeutet, daß die Kinder oder Enkel der Geschwister an deren Stelle treten, falls die Geschwister verstorben sein sollten und daß ferner, wenn ein Bruder oder eine Schwester kinderlos vor dem Erbfall verstorben, sein Teil an die übrigen Geschwister oder deren Nachkommen fällt. 2. Zur Scheidung wegen Geisteszerrücktheit ist ein Urteil notwendig, aus dem sich ergibt, daß die Geisteszerrücktheit mindestens seit drei Jahren besteht und unheilbar ist. — W. 3. 31. Sie werden wahrscheinlich noch eine Anklage erhalten, es wird Verurteilung und Einziehung der Rente erfolgen, falls Sie nicht beweisen, daß der Grundbesitzer und der Jagdberechtigte Ihnen Erlaubnis zum Jagen erteilt hat. — H. G. 1898. Ja. — Nixdorf 220. 1. und 2. Nein. 3. Ist kein Vertrag geschlossen, so ist der Mann Eigentümer und lediglich in Verwaltungsgemeinschaft. Was der Mann erbt, wird nicht Eigentum der Frau, ebensowenig das Eigentum der Frau. Indessen steht dem Mann ein Verwaltungsverbot zu; für die Schulden des Mannes haftet nicht die Frau, ebensowenig für die Schulden der Frau (abgesehen von einigen Ausnahmen) der Mann. 4. Sie können vor oder in der Ehe notariell festlegen, was Eigentum der Ehefrau ist und daß der Mann auf seine Verwaltungsverbot und seine Rechte des Nießbrauchs verzichtet. — E. 2. 20. 1. 2. und 4. Nein. 3. Sehen Sie einer etwaigen Anklage ruhig entgegen. Ein Anspruch auf Teilung der 72 Mk. steht den Kolonnenmitarbeitern zu. Der Anspruch würde beim Gewerbeamt geltend zu machen sein. — Helton Engd. 1. und 2. Ja. 3. Geldstrafe, aber auch Arrest- oder Gefängnisstrafe ist möglich. Sühnen Sie nachträglich den Raub mit dem Unterge, Ihnen Urlaub nachträglich für das Ausland zu erteilen, dem Bezirkskommando ein. — St. 7. Ihre Schwester sollte den Unfall anmelden und Hinterbliebenenrente beantragen. Mit absoluter Bestimmtheit läßt sich jedoch bei der Eigenartlichkeit des Falles nicht voraussagen, ob sie gewonnen wird. — H. 2. 43. Ja. Spielen mehrere ein Lotterielos zusammen und ist nicht ausdrücklich vereinbart worden, für den Fall nicht pünktlicher Zahlung hört die Gemeinschaft auf, so hat auch der lückige Zahler einen Anspruch auf den Gewinn, nur kann der auf ihn entfallende Teil des Lotterieloses abgezogen werden. — H. 35. Das ist nicht anzunehmen, eventuell würden Sie bei einer Klage vor Gericht gewinnen. — C. 2. 63. 1. Kein. 2. Ja. 3. In drei Jahren. 4. Ja; ein Vergleich über Aliments ausgereicher Kinder ist nur gültig, wenn der Vorstand und das Vormundschaftsgericht demselben zugestimmt haben. 5. Auf Anfrage. 6. Die Art der Erbschaften ist von Fall zu Fall verschieden. 7. Eine Pfändung ist auch auf der Strafe zulässig. Das Unrechtmäßige muß dem zu Pfändenden gelassen werden. Was unrechtmäßig ist, ist im Gesetz nicht vorgeschrieben, sondern wird von Fall zu Fall zunächst durch den Gerichtsvollzieher, auf Beschwerde durch das Amtsgericht entschieden. Es ist unzulässig, eine unentgeltliche wertvolle Uhr zu pfänden und statt derselben eine andere dem Schuldner zu geben. — H. 27. Ja. — W. 3. 1000. Ja. — E. 3. 66. Die Unfallrente wird an jedem Ort gezahlt. Sie müssen nur die Besetzung des Wohnortes mitteilen. — H. 3. 103 u. H. 3. 333. Grundsätzlich lehnen wir es ab, bestimmte Geschäfte, Unfälle, Verträge usw.

zu empfehlen. — H. W. 56. Das Eingehen zur Übung besetzt nicht ohne weiteres von der Steuerpflicht. In der Regel tritt aber auf Antrag eine Befreiung auf zwei Monate ein. — R. Nixdorf 10. Der Betreffende kann als Zeuge bezeugt werden. — R. 3. 55. Leider würde Ihnen ein Anspruch nicht zustehen, da die Invaliden-Versicherung nur geltend gemacht werden kann, wenn volle 23 Wochen hindurch Erwerbsunfähigkeit vorliegt; die 23 Wochen dürfen nicht unterbrochen sein. — R. 102. Da es, soweit ersichtlich, in Ihrem Falle sich um eine freiwillige Krankenversicherung, also um keine Kasse handelt, der der Beschäftigte kraft Gesetzes ohne weiteres angehört, so würde Ihnen ein Anspruch um Rückzahlung nicht zustehen. — H. 77. 1. Ohne jede Rücksicht auf die Lohnhöhe, also auch dann, wenn der Lohn 2000 Mark übersteigt, sind in Invalidenversicherungspflichtig; alle Dienstboten, Arbeiter, Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge, die gegen Gehalt oder Lohn in einem Gewerbe, in der Landwirtschaft, in der Hauswirtschaft, im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst, für kirchliche oder Schulzwecke usw. beschäftigt werden. Nur folgende Personen sind nicht versicherungspflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst nicht 2000 Mark übersteigt: Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Schiffsführer, Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge, Lehrer, Lehrrentner, Erzähler, Erzählerinnen und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Haushalt bildet, 2. B. Kreissekretäre, Hausverwalter, nicht pensionierte Beamte. Krankenversicherungspflichtig sind ebenfalls ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe alle im Handelsgewerbe, im Handwerk, in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben, in Bergwerken, Fabriken, beim Eisenbahnbau usw. beschäftigten Personen. Bei der Krankenversicherungspflicht ist nur für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und im Geschäftsbetrieb von Anwälten, Notaren, Gerichts- und Polizeibeamten, Krankenpflegern, Versicherungsbeamten und Versicherungsanstalten Beschäftigten die Höhe des Arbeitsverdienstes maßgebend. Beträgt der Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt der zuletzt aufgeführten Kategorie mehr als 600, Mark für den Arbeitslohn oder mehr als 2000 Mark jährlich, so ist diese Arbeitskategorie nicht versicherungspflichtig. 2. Eine Vereinbarung, die die Kündigungspflicht für gewerbliche Beschäftigte ausschließt, ist gültig. — H. 3. 10. Darüber, welches topographische System das verbreitetste oder beste ist, besteht lebhafter Streit, in dem wir uns nicht einmischen. Bisher zum Selbstunterricht nach dem System Stolze oder Stolze-Schred erhalten Sie durch die Buchhandlung. — C. 6. 1. Bis 3. Bekanntheit Sie gegen die falsche Veranlagung. Wir haben eine Reihe von Fällen bereits mitgeteilt, in denen die evangelische Stadtkirche von Katholiken, Juden oder Dissidenten zu Unrecht Kirchensteuern fordern und haben wiederholt darauf hingewiesen, daß in jedem Fall Reklamationen erhoben werden muß. — W. C. Nixdorfstraße. Sie müssen bezahlen. 20. 6. Es könnte vielleicht in der von Ihnen geschickten Lat eine Sachbeschädigung vorliegen, die auf einen Art der Staatsanwaltschaft zu richten den Antrag hin strafbar wäre. — H. W. 100. Sie könnten eine Ergründung des Begriffs dahin, daß auch die anderen von Ihnen angeführten Arbeiten ausgeführt werden, von der Witwe verlangen. Eine Klage auf Schadenersatz hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Sie beweisen könnten, daß durch die Weigerung, solches Ergebnis anzustreben, Ihnen wirklich Schaden zugefügt ist. Der Beweis ist kaum zu führen. — H. 3. 14. Die Abreise finden Sie im Werkständer. — R. 15. Nixdorf. Kein. — H. 3. 22. Sie sind zur Erhaltung der Kosten nicht verpflichtet. — H. 3. 210. Nach der herrschenden Rechtsprechung ist die Sache zweifelhaft, die meisten Gerichte entscheiden in einem für Sie ungünstigen Sinne. — W. 81. Die Mutter kann sich direkt an den Regimentskommandeur wenden. — W. 3. 100. Nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Arztes. — W. 3. 1000. Der schlechte Gesundheitszustand eines Nieters gibt diesem keineswegs ein Recht den Mietvertrag aufzulösen oder von der Miete etwas abzuziehen. Der Mietvertrag sowie das Einbehaltungsrecht des Mieters bleibt in Geltung. Ein früheres Aufheben ist nur durch gültige Vereinbarung mit dem Mieter zu erreichen. — Rummelburg 100. Sie könnten lediglich nochmals bei dem Gemeindevorstand anfragen. In der Regel dauert aber die Erledigung mehrere Monate. — Baumkühnenweg. Eine gesetzlich vorgeschriebene Lage besteht für Gebirgsbau nicht. Für den Bestand bei der Einbindung wird eine Gebühr von 6-20 Mk. für jeden Betrag 1-3 Mk. von Gerichten für an gemessen erachtet. — Stuttgart. 1. Sie richten den Antrag an das Polizeipräsidium und legen Ihren Staatsangehörigkeitsausweis bei. 2. Sind nicht erforderlich. 3. Nein. — H. W. 100. Die Pflicht zur Herausgabe der Sachen ist keineswegs bei Wert. Einbehaltene Sachen bleiben Eigentum dessen, dem die Sachen einbehalten sind. — H. 2. 99. Eine junge Frau erhält nur dann die Hälfte der Vermögensgegenstände aus der Invalidenversicherung, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres nach der Heirat gestellt wird und mindestens für 200 Wochen vor der Heirat gestellt ist. Wie mir häufig betont haben, ist es indessen in der Regel bei weitem zweckmäßiger, sich weiter zu versichern. Die Weiterversicherung geschieht dadurch, daß mindestens je 40 Marken innerhalb je zwei Jahren geleistet werden.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler **Otto Randzio** am 28. November verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Nixdorf'schen Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 98/16 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Heinrich Krüger** am 28. November 1907 am Brustleiden gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dankes-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 160/20 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverbands-Sittlicher n. Hilfsarbeiter Deutschl.**  
(Filiale Berlin.) **Todes-Anzeige.** Am 27. November starb nach langem Leiden an der Broletarierkrankheit unser Mitglied **Ernst Behm** im Alter von 40 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Charité-Friedhofes in der Müllerstraße und Eestrasen-Ecke aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Ein Triumph der deutschen Zigaretten-Fabrikation!**  
**Selowsky's Caruso-Zigaretten**  
trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit  
**nur 3 Pf. per Stück!**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Adolf Ullrich** an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weissenker Gemeindefriedhofes in der Köllnische Straße aus statt. Rege Beteiligung erwartet 160/18 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau **Marie Schüttky** am 29. November im Alter von 50 Jahren an Gehirnlähmung gestorben ist. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Fins-Kirchhofes in Bismarckberg aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten 76/17 Die Verwaltung 2.

**Todes-Anzeige.** Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Emma Henning** am 29. November verstorben ist. Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nimmelsburger Friedhofes aus statt. **Otto Henning, Tischler** nebst Kindern.

**Sandow's Buch Frei!**  
Soeben erschienen. Dieses neue Buch zeigt, wie Eugen Sandow, der weltberühmte Gründer des Sandow Körpererziehungsinstituts, zu Kraft und Ruhm gelangte, ist herrlich illustriert und zeigt jedermann, wie man durch körperliche Übung Gesundheit und Kraft erlangen kann. Spezialangebot: Jeder Leser, der sofort an nachstehende Adresse schreibt, erhält ein Exemplar dieses Buches kostenlos und portofrei zugesandt. **Sandow Company, Abt. 16. Berlin W. 9, Potsdamerstr. 127-129.**

**Zur Potsdamer Stange**  
**Albert Zabel**  
33 Neuenburgerstraße 33  
Ecke Alte Jakobstraße  
Vereinigt mit Pianoforte.  
Jeden Sonntag: 9 1/2  
Musikalische Abendunterhaltung.

**Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin u. Umgegend. **Bezirk Rixdorf.** **Todes-Anzeige.** Am Mittwoch, den 27. November, verstarb an der Broletarierkrankheit das Mitglied **Andreas Malinowski** im Alter von 39 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nixdorf-Kirchhofes aus statt. 48/12 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser geliebter Sohn **Willi Hannemann** im 16. Lebensjahre nach kurzem, schwerem Leiden am Donnerstag, den 28. November, sanft entschlafen ist. 16828 Dies zeigt liebtetradt an **Familie Hannemann** Warschauerstr. 22 Die Beerdigung findet am Montag, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gasfitters [16836] **Karl Bublitz** sage ich Freunden, Bekannten und allen, welche dem Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben, meinen innigsten Dank. **Berta Bublitz.** **Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, wie für die Kranzpenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen 9602 **Julius Darge** sagen wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren innigsten Dank. **Die trauernden Hinterbliebenen.** **Zahn-Klinik.** beliebige Zahn-zahlung. Invalidenstraße 145. \* **Olga Jacobson,**

**Großen Vorteil für Berlin und Vorort**  
bietet das neu eröffnete **Versandhaus Berliner Herren-Moden** Stralauerstraße 28, hochparterre (am Molkenmarkt). Es liefert an jedermann selbsthergestellte, gedieg, seltsche Herrenbekleidung, fertig und nach Maß gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an. Auf Wunsch besucht Sie unser Stadtsender mit reichhaltigen Stoffmustern. **Kein Waren-Kredit, daher sehr billige Preise.** Regle Bedienung. Auch Sonntags geöffnet.

**W. Hermann Müller, Magazinstr. 14.** **Java-Sumatradecken** mit schönen, hellbraunen Farben und tadellosem Gewebe. Rr. 5066 à 2.50 i pro Pfund Rr. 5067 à 2.50 i verjollt.

**Sichere Existenz!**  
Meine seit 10 Jahren bestehende Postfachbesorgung mit ganz feiner Kundschaf sofort für 5000 Mk. gegen bar zu verkaufen. Offerten unter U. 4 Expedition des „Vorwärts“. 1674b

**Billige Rohabake.** Max Jacoby, Strelitzerstr. 62

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Brunnenstr. 185. **Decke** 2 Bg. 2,10 Pf. 1 1/2 Pf. Decke, hell, lichte, Dr.

**Bettfedern**  
a Bld. . . . . 0.70 bis 6.50 Mk.  
Damen a Bld. . . . . 2.45 bis 9.50 Mk.  
Saut man am billigsten bei **L. Riesenfeld,** **Schöneberg, Hauptstr. 140** Dampf-Bettfedern-Reinigung.

Zurückgekehrt. **Dr. Badt** Neue Königstraße 33.

**Kassenhändler** jeder Art. Augustin-Bad, Adenauerstraße 60.

**Hygienische Bedarfsartikel.** Gummiswaren, 10000 Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empfl. bill. Apoth. S. Schweitzer's Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.



Wer bei  
Jandorf  
kauft  
spart  
Geld!

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kolbuser Damm

## Weihnachts-Angebot

Zusendung uns. neuen  
Lebensmittel-Kataloges  
auf Wunsch portofrei.

Heute Sonntag  
geöffnet von 12-2 Uhr

Eine Zusammenstellung besonders  
geeigneter Geschenk-Artikel.

Diese  
Woche

### Roben und Blusen

im Karton

- 6 Meter Hauskleiderstoff doppeltbreit, gemustert Robe 1,95, 2,95
- 6 Meter Damenluch in vielen Farben doppeltbreit Robe 3,35, 4,50
- 6 Meter Kostüm-Stoff englischer Geschmack Robe 4,95, 5,90
- 6 Meter reinwollen. Cheviot schwarz oder farbig Robe 5,75, 8,75
- 6 Meter reinwooll. Satinluch in modernen Farben Robe 7,90, 9,75
- 6 Meter Gingham doppeltbreit in schönen Mustern Robe 2,85, 3,95
- 7 Meter Velour in bester Qualität, moderne Muster Robe 3,75, 4,95
- 7 Meter Satin Augusta für Serviettkleider Robe 3,95, 4,95
- 2 1/2 Meter Blusenstoff gewebt in neuen Mustern Bluse 1,45, 1,95
- 4 Meter gemusterter Sammet in aparten Dessins Bluse 3,75, 7,75

### Weisswaren

- Modernes Mozart-Jabot aus plissiertem Batist, reich mit Valenciennes- Spitzen garniert, im Karton 95, 1,35
- Orig. Brüsseler Spitzen-Passe schönes Muster 95 Pf.
- Elegante Tändelschürze aus Spitzenstoff mit Spitzenvolant u. farb. Bandgarnitur, im Karton 1,75, 2,50
- Ballshawl mit Franzen, in schönen Farbensamensetzungen 95 Pf.
- Apartes Balltuch Fichuform a. Pungé- seide, reich mit Spitzeninsätzen garniert u. mit Spitzenvolant in elfenbein, hellblau oder rosa 1,85
- Sehr elegantes Spachtel-Bolero-Jäckchen mit modernen Aermeln 8,75
- Marabut-Boa imitiert, in guten Qualität, braun oder naturfarbig, 4reihig, ca. 20 cm lang 5,45, 7,50
- Damen-Tasche moderne Ballonform, mit Bügel und Kette aus farbigem Velour 95 Pf.
- Damen-Gürtel aus weiss-goldgestreift. Gummiband, Metall Schloß 48 Pf.

### Parfümerien

- Präsentkistchen enthaltend 3 Fl. Eau de Cologne „Alt Berlin“ 1,75
- Karton enthaltend 3 Flaschen Blumen-Eau de Cologne 1,25
- Grosse eleg. Flasche Flieder- oder Maiglöckchen-Eau de Cologne 95 Pf.
- Weihnachtsseifen 1 hübsch. Karton 40, 48, 95 Pf.
- Reizende Kartonnagen mit Seife und Parfüm in grosser Auswahl von 48 Pf. bis 10,00
- Nagel-Necessaires 48 Pf. 1,25, 1,75, 2,25 bis 12,00

### Damenwäsche

- Damen-Hemden aus Hemdentuch, Herzfass m. Trimmingbesatz 1,35
- Damen-Hemden aus Hemdentuch, Herz-fass mit Langspitzen 1,65
- Damen-Hemden aus Hemdentuch, Herz-fass mit Stickerei 1,95
- Damen-Hemden aus Hemdentuch, m. handgest. Fassen 1,45, 1,95
- Damen-Hemden aus gutem Renforcé mit handgest. Madetrappsen 2,10
- Damen-Hemden aus gutem Hemdentuch mit Stickerei-Einsätzen 1,95
- Damen-Fasson-Hemden aus Renforcé mit breitem elegantem Stickerei-Einsatz 2,10
- Damen-Fasson-Hemden aus Hemdentuch mit Stickerei-Volant 1,75
- Damen-Fasson-Hemden aus Renforcé m. elegantem Stickerei-Einsatz u. Volant 2,35
- Damen-Nachtjacken aus Körper-Barchend mit Languetten 1,35, 1,75
- Damen-Nachtjacken aus Körper-Barchend mit Stickerei-Volant 1,95, 2,15
- Damen-Nachtjacken aus Prima Körper-Barchend mit Umlegekrag u. Hohlraum-Languettenbesatz 2,15
- Damen-Beinkleider aus Körper-Barchend mit Stickerei-Volant, auf-od. lange Form 1,45, 1,75
- Damen-Beinkleider aus Hemdentuch, Knieform mit Stickerei-Volant 1,45, 1,85

### Schürzen

- Tändelschürzen mode Körper od. weiss mit Stickerei-Volant 45 Pf.
- Tändelschürzen mode Satin, mit Besatz, ringsherum Spitze 95 Pf.
- Tändelschürzen schwarze Satin, mit Besatz 90 Pf.
- Reformschürzen ringsherum Volant mit Tascho 1,25, 1,75
- Reform-Hängeschürzen mit Gar-nitur, niedrig 1,25, 1,85
- Hauschürzen mit Volant und Tascho 90, 1,25
- Trägerschürzen weiss m. Stickerei-Volant 1,25, 1,75
- Tändelschürzen im eleganten Karton weiss Batist, ringsherum Stickerei-Volant 1,60
- Tändelschürzen Organdy mit Spitzen-Volant und Einsätzen 1,75
- Tändelschürzen mode-Satin mit reicher Spitzen-Garnitur und bunt besticktem Besatz 1,75

### Schreibwaren

- Karton Briefpapier in eleg. Ausstattung 98 Pf.
- Postkarten-Album Stoffeinband, elegante Deckelprägung, für 100 Karten 2,95
- Tischläufer ca. 3 Meter lang u. 80 dazu passende Servietten i. Karton 95 Pf.
- 2 Lichtschirmchen mit Perlbehang inkl. Metallständer 2,95
- Klassiker-Bibliothek Schiller, Goethe, Heine oder Shakespears 4 Bände 4,60
- Füllfederhalter mit 14 Karat. Goldfeder im Leder-Stul 2,75

Kaffeesevice ff. vernickelt, 3 Teile, und Tablett 4,95, 6,95, 9,75

### Neuheit! Damen-Hemden mit gestickten Buchstaben

- Damen-Fasson-Hemden aus Renforcé mit breitem Stickerei-Ansatz u. eingestickt. Buchstab. Stück 2,10 3 Stück 6,15
- Damen-Fasson-Hemden aus Renforcé m. br. Stick. Bortengarnir. u. eingestickt. Buchstaben Stück 2,95 3 Stück 8,70
- Damen-Fasson-Hemden aus Renforcé m. Stickerei-Ansatz, reicher Hohlraumgarnitur und eingestickt. Buchstaben Stück 3,65 3 Stück 10,65

Die Hemden sind mit sämtl. Buchstaben vorrätig.

- Damen-Hemden aus gut. Wäsche-tuch, übereinan-dergehendes Herz-fassoc 2,45
- Damen-Hemden aus gut. Wäsche-tuch m. eleganter gemusterter Hohlraum-passe 2,45
- Damen-Hemden aus gut. Wäsche-tuch mit gerader Pass, vorzüglicher Sitz 2,65
- Damen-Beinkleider aus prima Körper-Barchend mit rundem Fassongürt 1,95
- Damen-Nachtjacken aus prima Körper-Barchend mit Umlegekragen 2,35
- Damen-Röcke aus prima Körper-Barchend m. Volant mit gleichmässigen Besatz. Als Präsent-Garnitur besond. geeignet. 2,35

### Tischzeuge

- Jaquard-Tischtücher halbleinen, kraft. Qualität ca. 115x135 130x130 130x160 130x200 1,45 1,65 2,25 3,45
- Jaquard-Servietten ca. 60x60 Dutz. 4,65
- Stubenhandtücher Dreif. oder Jaquard gestickt u. gebündelt 1/2 Dutz. 2,95, 3,75, 4,25
- Küchenhandtücher Gerstenkorn, gestickt u. gebündelt, 1/2 Dutzend 1,95, 2,95
- Kaffeegedeck mit 6 Servietten, weiss m. farb. Bord. u. Franz. 1,95 2,95
- Kaffeegedeck mit 6 Servietten und bunter Bordüre, im Karton 3,75
- Kaffeedecken weiss mit Bordüre od. farbig gemalt. 90, 1,35, 1,75
- Hemdentuch-Kupon 5 10 20 Meter 1,85 3,65 7,20
- Louisianatuch-Kupon 5 10 20 Meter 2,15 4,25 8,40
- Piqué- oder Croisé-Barchend-Kupon schwere Ware 5 Meter 2,95 3,95

### Nickel- und Stahlwaren

- Tafelaufsatz vernickelt, mit Glasschale und Vase 1,95
- Brotkörbe vernickelt, mit Majolikaeinlage 85 Pf.
- Butterdosen mit Deckel und Teller 95 Pf.
- Teebecher mit Glas 48, 95 Pf.
- Tisch-Bestecke Paar 45, 65, 85 Pf.
- Taschenmesser 48, 95, 1,75

### Taschentücher

- Taschentücher weiss Linon gestümt 1/2 Dutzend 75, 95 Pf. 1,10
- Taschentücher für Damen „Reis Leinen“ 1/2 Dutzend 1,90, 2,25
- Taschentücher für Herren „Reis Leinen“ 1/2 Dutzend 2,45, 2,75
- Taschentücher m. Buchstab. Stück 18, 20, 30 Pf.
- Taschentücher für Kinder, im Karton 1/2 Dutzend 48, 68 Pf.
- Taschentücher für Herren, bunt Stück 22, 28, 38 Pf.

### Wollwaren

- Golfblusen für Damen, hell od. dunkel-farb. 2,95, 4,25, 6,75
- Zuaven-Jacken für Damen 98, 1,50, 1,95
- Herren-Westen strickt 2,85, 3,50 bis 12,50
- Tailien-Tücher schott. gem. 1,95, 2,65, 3,25
- Kopftücher farbig unterlegt, weiss oder schwarzgrundig 95, 1,25 1,65

### Korsetten

- Gürtel-Fasson auf Fischbein 75 Pf.
- Empire-Korset gestämter Stoff 1,25
- Frack-Korset einfarbig od. gestämmt. Stoff 2,75
- Korset mit Anschnitt halbhoh. Form m. Strumpfhalter 2,95

### Herrenartikel

- 3 Schleifen aus aparten Seidenstoffen, für Stiehkragen im Karton 1,25
- 3 Regattes für Stiehkragen, im Karton 1,60
- Spazierstöcke für Herren, m. gebog. Griff 95 Pf.
- Spazierstöcke für Herren, mit aparter Nickel-einlage 1,40
- Hosenträger für Herren, bes. haltbare Qual. 95, 1,45, 1,95
- Hosenträger für Knaben 48, 75 Pf.
- Krimmer-Garnitur für Knaben, Mütze und Kragen grau oder schwarz Garnitur 2,65
- Plüschgarnitur für Knaben, Mütze und Krag, nutria-farb. Garn. Gloria, m. Factice-ral u. eleganten im Karton 4,50, 6,50

### Schlittschuhe

- Schraubenschlittschuhe mit Elemen Paar 48 Pf.
- Merkur grau, für Herren u. Damen, Paar 1,50
- Merkur ff. vernickelt, für Herren und Damen Paar 2,95
- Merkur ff. vernickelt, mit neukonischem Lauf Paar 4,75
- Sportschlittschuhe ff. vernickelt, Paar 4,75
- Sportschlittschuhe ff. vernickelt, mit neukonischem Lauf 7,50

## Galanterie-, Leder-, Holzwaren

- Cigaretten-Etuis a. Metall, m. Buchstab. 95 Pf.
- Feuerzeug aus Metall, mit Buchstaben 48 Pf.
- Likör-Service mit elegant. Metallständer 2,90
- Brotkorb Bohrgesicht, m. dopp. Metallrand 95 Pf.
- Kalender 1908 zum Aufstellen 95 Pf.
- Eleganter Aufsatz mit Vase 2,90
- Standuhren 2,90, 4,50, 7,50 bis 25,00
- Kakes-Dosen versilbert 6,75, 7,50, 9,75

- Zuckerboxen versilbert 6,25, 7,50
- Brotkörbe versilbert 3,50, 4,75, 5,75
- Figuren a. Metall auf Holzsockel 2,95, 6,75, bis 20,00
- Photographie-Album Pitsch 2,25, 2,90, 3,50, 4,50 bis 15,00
- Photographie-Album Leder 2,90, 3,50, 4,25, 5,25 bis 25,00
- Album-Ständer 95, 1,50, 2,35, 2,90, 4,00
- Cigarren-Taschen Leder 95, 1,45 bis 15,00

- Brieftaschen 95, 1,45, 1,85 bis 15,00
- Moderne Handtaschen Ballon-Form, Leder 95, 1,85, 2,90, bis 20,00
- Portemonnaie für Damen Leder 95, 1,45, 1,95, 2,90 bis 8,00
- Portemonnaie für Herren Leder 95, 1,25, 1,65, 2,90 bis 9,00
- Cigarrenschränke 2,90, 4,50, 6,50 bis 25,00

- Rauchfische 2,90, 4,50, 6,50 bis 30,00
- Nähfische 12,75, 17,50, 28,50
- Etageren 6,50, 8,50, 10,50 bis 30,00
- Schaukelstühle 20,50, 25,50, 33,00
- Schreibtischstühle 8,00 14,50, 16,75
- Klaviersessel 10,50, 13,75
- Serviertische 9,75, 11,25, 20,50, 28,00 bis 35,00

## Puppen, Spielwaren, Baumschmuck, Pfefferkuchen

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Straßenbahn



Verfammlungen.

Die Ruhegehaltsklasse der Berliner Elektricitätswerte hat in ihrem Statut eine Reihe von Bestimmungen, die durchaus nicht im Interesse der Arbeiter liegen, welche vier Prozent ihres Lohnes als Beitrag zu dieser Klasse zahlen müssen und sich der Hoffnung hingeben, einft in den Genuss eines Ruhegehaltes zu kommen. Aus den Reihen der Mitglieder der Klasse ist eine auf Verbesserung des Statutes gerichtete Bewegung entstanden, die der Verband der Maschinen- und Geiger durch Abhaltung von Versammlungen der interessierten Arbeiter untersttzt. Die erste derartige Versammlung fand am 18. d. M., die zweite am Sonntag, den 24., statt. Das Referat hielt Genosse Ritter. Er kritisierte insbesondere diejenigen Bestimmungen des Klassenstatutes, welche geeignet sind, die bezugsberechtigten Mitglieder zu benachteiligen. Da ist beispielsweise eine Bestimmung, welche besagt, das die Verwaltungskommission bei Entzgen auf Bewilligung nicht an die rztlichen Gutachten allein gebunden ist, sondern das sie auch aus eigener Kenntnis der Verhltnisse, sowie auf Grund angestellter Erhebungen urteilen darf. Der Rechtsweg gegen Entscheldungen der Klasseninstanzen ist durch Statut ausgeschlossen. Eine fr die Mitglieder sehr ungnstige Bestimmung ist die, wonach das Ruhegehalt nach dem Einkommen berechnet wird, welches der Antragsteller in den letzten zwlf Monaten seiner Beschftigung hatte. Die Vorauslegung der Gewhrung von Ruhegehalt ist die Erwerbsunfhigkeit oder die Ueberschreitung des 65. Lebensjahres. In dem vorhergegangenen Jahre hand der Arbeiter naturgemh schon hart an

der Grenze der Arbeitsunfhigkeit und hat deswegen in dieser Zeit ein erheblich niedrigeres Einkommen gehabt als in frheren Jahren, und nach diesem niedrigen Einkommen soll also das Ruhegehalt bemessen werden. Ferner wird noch bestimmt, das, wenn ein Ruhegehaltsempfnger aus einer reichsgehehlichen Versicherungrente bezieht, sein Ruhegehalt so weit gekrzt wird, das ihm insgesamt nicht mehr als ein Bezug von 415 M verbleibt. Die fr die Bezugsberechtigung festgelegte Karenzzeit von zehn Jahren erscheint den Arbeitern zu lang. Auerdem werden noch verschiedene Vnderungen hinsichtlich der Verwaltung gewnscht. Es soll bei der Verwaltungskommission der Ruhegehaltsklasse seitens der Mitglieder die Enderkung einer Generalversammlung beantragt werden, welche sich mit der Verbesserung des Statutes zu beschftigen hat. Fr die hierzu ntigen Vorarbeiten wurde eine aus sechs Mitgliedern der Ruhegehaltsklasse bestehende Kommission eingesetzt.

Holzarbeiterverband. In der am Mittwoch abgehaltenen Vertrauensmannerversammlung, die in Kellers Saal stattfand, erstattete Leopold den Bericht der Kommission, welche sich aus Anla des frher gestellter Entzge mit der Frage beschftigte, ob die Untersttzungsstze erhht werden sollen. Die Kommission hat mit den Vertretern der Jahrgesellen Vereins und der Sororte gemeinsam beraten, damit etwaige Vnderungen im Untersttzungswesen von allen Jahrgesellen gleichmhig eingefhrt wurden. Die Kommission hat — wie der Referent ausfhrt, die gegenwrtige Situation eingehend geprft, besonders hat sie die Wirkungen der hereinbrechenden Krise und die in letzter Zeit gestiegene Arbeitslosigkeit bercksichtigt. Da infolge des ungewhnlich grohen Umfangs der Arbeitslosigkeit die Klasse mehr als sonst durch Untersttzungen belastet ist und sich

augenblicklich noch nicht absehen lt, ob die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen oder auf dem gegenwrtigen Stand beharren wird, so empfiehlt die Kommission, die Beschltigung ber die auf Erhhung der Untersttzungsstze gerichteten Entzge solange auszulassen, bis sich bersehen lt, wie sich die Verhltnisse in Zukunft gestalten werden. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage der Kommission einstimmig zu.

Kaiser-Stuttgart, Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, der auf der Durchreise hier weilte, benutzte die Gelegenheit zu einer Empfehlung weiterer Verbreitung des „Vorwrtts fr Holzarbeiter“, eines vom Verbande herausgegebenen Blattes, welches der beruflichen Fortbildung der Holzarbeiter dient.

Ueber Streiks und Differenzen berichtete Leopold. Bewegungen von groher Bedeutung sind seit der vorigen Berichtserstattung nicht vorgekommen. Die Holzmacher streifen in verschiedenen Werkstellen der Ruhrgegend, weil ihnen infolge eines Beschlusses der Arbeitgeber Lohnabhge von 20 Proz. gemacht worden sind. — In verschiedenen Tischlerwerkstellen lagen Differenzen vor von geringerer Bedeutung. In Werkstellen, die dem Vertrage nicht unterliegen, muhte stter verhandelt werden, weil die Arbeitgeber versuchten, die Lohnabhge zu drcken. Auch in Vertragswerkstellen ist hier und da versucht worden, den bisherigen Lohn zu drcken. Die Schlichtungskommission hat solche Arbeitgeber aber stets verurteilt, den bisherigen Lohn weiterzugeben. Der Referent richtete an die Vertrauensmanner die Mahnung, dahin zu wirken, das die Kollegen hinsichtlich etwaiger Lohnabhgen ein wachsames Auge haben. Die Krise bietet keinen Grund zur Mutlosigkeit, der Vertrag muhte unter allen Umstnden erfllt werden.



R. M. MAARSEN



Deutschlands grstes Spezial-Haus fr Damen-, Mhden-, Pelz- und Sport-Konfektion.

Mein Weihnachts-Verkauf beginnt

Montag, den 2. Dezember.

Auch in diesem Jahre habe ich, um den geehrten Damen etwas ganz Besonderes zu bieten, wieder grbere Posten aus allen Abteilungen meines Geschftshauses abgezweigt und in den gesamten Parterre-Rumen zum Extra-Raumungs-Verkauf gestellt. Die Artikel sind z. Teil im Preise ermhigt.

25-50%

Nachstehend einige ganz besonders preiswerte Artikel:

- Ein Posten Tuch-Abend-Mntel regulr Wert bis M. 34 jetz v. 22.- M.
Ein Posten Astrachan-Boleros regulr Wert M. 12-27 jetz v. 8,50 M.
Ein Posten Plsch-Lit-Boy-Jacketta regulr Wert M. 39 jetz 25.- M.
Ein Posten Kimono-Mntel regulr Wert bis M. 50 jetz v. 25.- M.
Ein Posten Sommer-Kostme regulr Wert M. 45-90 jetz v. 24.- M.

- Ein Posten Fuhrlose Kostmrcke regulr Wert bis M. 20 jetz v. 8,50 M.
Ein Posten Reinseidene Blusen regulr Wert bis M. 25 jetz 10.- M.
Ein Posten Reinwollene Blusen regulr Wert bis M. 19 jetz 6,50 M.
Ein Posten Morgenrcke regulr Wert bis M. 15 jetz v. 4,50 M.
Ein Posten Mhden- u. Backfisch-Konfektion auerordentlich preiswert.

Pelz-Konfektion
1 Posten Echte Pelz-Jacken | bedeutend unter
1 Posten Echte Pelz-Stolas | regulrem Wert

Zirka 4200 Mtr. Stoffreste und Coupons
von der Fabrikation im Laufe des Jahres angesammelt
Regulr Wert per Mtr. 1,50 Mk. 2,00 Mk. 3,00 Mk.
Raumungspreis per Mtr. 0,75 Mk. 1,00 Mk. 2,00 Mk.



Lotte\*\* raussidene Messaline-Sluse, Handtasche, reiches Stmchen-garn, Wert 16,50 M. ... Jetz 9,75

Carmen\*\* raussidene Taftschwe, ganz gefllt, reich m. Slumel, u. Falten garn, Wert 16.- M., Jetz 9,50

Jupon „Gloffie“ aus prima Mohra mit breitem Volant u. Samschies-garniert, Wert 8 M. ... Jetz 3,75
Jupon „Kora“ aus Velour mit breitem Treppen-Volant und Zwischenstzen 4,75 regulr Wert 8 M. ... Jetz 4,-

Betty\*\* Seiden-Battal-Bluse mit TGU-Aureole und Valenciennes-Spitzen garniert, Wert 8 M. ... Jetz 4,75

Ermy\*\* englisches Flausslmd mit Handtasche in verschiedena Mustern, Wert 8 M. ... Jetz 3,75











## Total-Ausverkauf

In letzter Zeit sind wiederum Gerüchte verbreitet, welche darauf abzielen, die Auflösung unserer Firma als eine scheinbare hinzusetzen und wird die Weiterführung des Geschäfts nach dem Ausverkauf auf das Bestimmteste vorausgesagt. Demgegenüber erklären wir ausdrücklich, dass die Mietverträge vollständig gelöst, die Verkaufelokale im Frühjahr 1908 freigegeben werden

! Das Riesenlager muss bis dahin vollständig ausverkauft werden, und um dieses zu beschleunigen, verkaufen wir, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Wert, alle Waren im **Weihnachts-Ausverkauf** spottbillig zu wirklich einzig dastehenden Preisen

Wir beweisen dieses durch unsere heutigen Angebote

**Winter-Paletot** aus engl. Stoffen, modernste Machart  
statt 36.00 jetzt 19.75  
statt 28.00 jetzt 14.85  
statt 21.00 jetzt 12.75 und **8.35**

**Kostüme** Jackett-, Bolero- u. Liftboy-Fassons aus reinwoll. Tuch und engl. Stoffen  
statt 75.00 jetzt 36.00  
statt 48.00 jetzt 19.50  
statt 36.00 jetzt 14.50 und **9.50**

**Plüsch- u. Astrachan-Saccos u. Liftboys** zum Teil auf Seide od. mit Fuchsplüsch gefüllt, mit reichen Trassen und Passementieren  
statt 75.00 jetzt 36.00  
statt 48.00 jetzt 19.50  
statt 30.00 jetzt 16.85 u. **11.75**

**Tuch-Theater-Paletots** mit Salinabfütterung, elegant garniert in 14 Farben  
wert bis 120.00, jetzt 60.00  
wert bis 80.00, jetzt 39.50  
wert bis 48.00, jetzt 29.50 u. **19.85**

**Strassen- und Gesellschafts-Kleider** bis zu den feinsten Modellen und Modell-Kopien  
Wert bis 75.00, jetzt 48.00  
Wert bis 60.00, jetzt 36.00  
Wert bis 48.00, jetzt 24.50 u. **18.00**

**Kostümröcke** aus einfarbigen und engl. Stoffen in allen erdenklichen Macharten  
statt 18.00 jetzt 9.50  
statt 12.00 jetzt 7.50  
statt 9.00 jetzt 4.95 und **3.65**

**Morgenröcke** aus einfarbigem Tuch, aus einfarbig u. bedrucktem Musseline, Velour und Sametfaneln in schönster Konfektion  
Fantasie-statt 24.00 jetzt 19.50  
Fantasie-statt 20.00 jetzt 14.50  
Fantasie-statt 24.00 jetzt 9.85 und **7.85**

**Samt u. Eskimo-Liftboys** zum Teil auf Seide oder Steppfutter gearbeitet  
statt 36.00 jetzt 19.50  
statt 20.00 jetzt 15.50 und **9.85**

**Eleg. Tuch-Unterrock** mit ganz hohem Sammet-Volant, neuem Treppenbesatz ..... statt 11.50 **6.85**  
**Eleg. Sammet-Bluse** entzückende Chiné- und Fantasie- Dessins, schön gearbeitet ..... statt 14.50 **7.50**

**Ein Restbestand Spitzen-Blusen** schönster Machart **10.50**

**Kinderkleid** aus kariertem Wollstoff, Falten-Rock mit rotem Ledergürt, ganz gefüttert, für das Alter von ..... 5-8 Jahren **8.75** 9-13 Jahren **11.75**

**Kinderkleid** aus grün kariertem Wollstoff mit Spitzenkragen und Ärmel, vollständig gefüttert, für das Alter von ..... 8-8 Jahren **7.50** 9-13 Jahren **9.50**

**Matrosenkleid** aus reinwoll. Cheviot, mit extra Ueberkragen und Armstickerel, für das Alter von ..... 3-6 Jahren **9.50** 7-9 Jahren **11.50** 10-13 Jahren **13.50**

**Knaben-Kittel** dunkelblau und kariert, ganz gefüttert, für das Alter von 1-3 Jahren ..... **4.50**

**Knaben-Pyjack** dunkelblau, mit Kieler Abzeichen, ganz gefüttert, für das Alter von 3-9 Jahren ..... **8.25**

**Ein Restbestand Knaben-Anzüge** für das Alter von 3-5 Jahren, ganz gefüttert ..... **4.50** Räumungspreis

**Zwei wundervolle Posten Knaben-Anzüge** aus reinwoll, einfarbigen u. melierten Stoffen und aus gestreiftem Sammet, ganz gefüttert, für d. Alter von 5-8 Jahren, statt 12.00 Einheitspreis zum Ausziehen **7.50**

Zu staunend billigen Preisen kommen zum Verkauf am Kleiderstoff-Lager: **Einige hundert eleg. Tuchroben** reine Wolle mit hob. Seidenglanz, statt Meter 5.00, kompl. Robe 5 Meter, 140 cm breit **14.50**

### Roben und Blusenstoffe im Karton

6 Meter Fantasie-Stoff 5.70, 4.80, 2.95	4 Met. Blusen-Sammet 3.80
6 Meter Cheviot reine Wolle 110cm breit 7.50	4 Meter Velour-Gaufré 5.80
6 Meter Satintuch 110 cm breit in vielen Farben ..... 9.90	4 Met. Velour-Jacquard 7.00
6 Met. Block-Karostoffe 7.50	4 Met. Louise-Schott reine Seide ..... 6.00
9 Meter Organdy ..... 2.95	4 Met. Taffet-Mussel. kariert oder gestreift ..... 7.80
8 Meter Kleiderleinen 2.95	12 Met. Fantas.-Robenseide 19.80
6 Meter Zephir ..... 2.95	12 Met. eleg. Robenseide moderne Streifen oder Karos ..... 23.40

**Kolossale Restbestände** besserer Fantasie-Kleiderstoffe Wert bis 1.75 ..... Meter **95 Pf.**  
**Kolossale Restbestände** Fantasie-Seide jeder Art, Wert bis 3.60 ..... Meter **1.65**

### Pelzwaren

Mufflon-Stolas 8.35, 6.85	Polarfuchs-Stolas wolle imitiert 15.85
Nutria-Stolas 14.50, 9.50	Walaby-Stolas ..... 9.85
Tibet-Stolas wolle 14.50, 9.75	Echte Skunks-Stolas volle, schöne Exemplare 64.50, 45.00, 29.50
Tibet-Stolas schw. 14.50, 10.85	Entzückende Pelz-Jackettes schönster Konfektion 2 Reihen ..... 67.50, 38.50
Kanin-Stolas 10.85, 7.85	
Kid-Astrachan-Stolas 12.50, 9.85	

### Putz-Abteilung

Moderne Glockenformen  
Moderne Capelineformen  
Moderne Frauenformen } **Gesamte Restbestände statt 4.50 1.95**

**Garnierte Damenhüte** corlische u. Wiener Genre jeder Geschmacksrichtung  
Serie I jetzt 1.95 Serie II jetzt 2.75  
**Eleg. garnierte Damenhüte** in wundervollen französischen Kopfen, Wert bis 24.00 und 40.00  
jetzt 12.50, 10.50 und 8.50

**Grosse Salon-, Wohn- u. Speisezimmer-Teppiche** in schwerstem Velour, anerkannt erste Fabrikate, in neuen Stilzeichnungen, mindestens 40% billiger

**Ein Restbestand Moquet-Diwandecken** feinsten Qualität ..... statt 28.00 jetzt **18.00**  
**Ein Restbestand Moquet-Tischdecken** schönste Muster ..... statt 19.50 jetzt **10.50**

Spottbillige Restbestände in englischen Tüll-Gardinen und Teppichen mit kaum bemerkbaren Webfehlern

**Ein Restbestand Applikationsstoffe** in Seiden-Chiffon, für elegante Blusen, wolle u. crème, statt 5.00-8.00 jetzt **2.40**

Während des Weihnachts-Verkaufes sind die Verkaufsräume auch während der Gischzeit ununterbrochen geöffnet



Die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des schweizerischen Bundesparlaments.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Als sich vor zwei Jahren die bürgerlichen Parteien von der Äußersten Rechten bis zur sogenannten demokratischen Linken zusammenfanden, um das Bundesparlament von dem kleinen Fähnlein der linken sozialdemokratischen Vertreter zu säubern, da wühlte man kaum genug Worte zu finden, um die Arbeiterchaft der Duld und Freundlichkeit der bürgerlichen Parlamentarier zu versichern. Die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren wurde in bengalische Beleuchtung gesetzt und wer sich vom Glanze solcher Manöver noch blenden ließ, weil er sich nicht bewußt war, was dahinter steckt, der mochte glauben, daß nun die Aera einer neuen fruchtbaren Sozialpolitik auf eidgenössischem Gebiete gekommen sei.

Freilich die Arbeiterchaft, wenigstens soweit sie politisch und gewerkschaftlich organisiert ist, ließ sich nicht betören, sie stand fest zur Fahne der Sozialdemokratie. Sie hat es längst verlernt, Hoffnungen auf die bürgerliche Gesetzgebende Vertretung des Bundes zu setzen. Und es kam, wie vorauszusehen war. Die schönen Versprechungen waren nicht nur bald, sondern allsogleich vergessen. Statt der Arbeiterfreundlichkeit wurde nicht nur einmal, sondern wiederholt die erbitterteste Arbeiterfeindlichkeit herausgeholt, und auf dem Gebiete der Sozialpolitik bot das Parlament das Bild absoluter Unfruchtbarkeit.

In der letzten außerordentlichen Herbstsession der eidgenössischen Räte scheint man ganz besonders das Bedürfnis gehabt zu haben, sich für die Stimmen verblendeter Arbeiter „dankebar“ zu erweisen und das sozialpolitische Unvermögen an den Tag zu legen. Drei Verhandlungsgegenstände boten nämlich hierzu günstige Gelegenheiten. Da stand zunächst auf der Tagesordnung das Gesetz über die Organisation der Telegraphenverwaltung. Der Verband des Personals der eidgenössischen Telegraphenverwaltung postuliert hierzu, daß auch die Angestellten dieser Verwaltung — wie bei der Postverwaltung und den Bundesbahnen — auf Amtsdauer gewählt werden, daß Angestellte mit ständiger Beschäftigung nach einjähriger Dienstzeit in die feste Anstellung vorrücken und daß die Linienarbeiter unter die Angestellten eingereiht werden. Es sollte damit vor allem der unhaltbare Zustand, daß Leute, die seit 20 und 30 Jahren im Dienste der Telegraphenverwaltung stehen, immer noch als Tagelöhner behandelt werden, ein Ende haben. Die Eingabe des Personals fand keine Gnade. Ebenso wenig ein Vermittlungsantrag des Genossen Dr. Brüstlein, nach welchem die Probezeit auf ein Jahr und an Stelle des Fakultativums das Obligatorium der definitiven Anstellung festgesetzt worden wäre.

Der Nationalrat hielt an der Fassung fest, daß Arbeiter, die während 3 Jahren ununterbrochen im Dienste der Bundes-

verwaltung gestanden haben, in die Klasse der Angestellten eingereiht werden können! Der Vertreter des Bundesrates warnte vor den finanziellen Konsequenzen eines Entgegenkommens. Die Bundesfinanzen müßten eben für die neue Militärorganisation möglichst referiert werden!

Der Ständerat hatte sich mit einer Petition des Personals schweizerischer Transportanstalten zu befassen, welche eine Besserung der Gehaltsverhältnisse des Wärterpersonals der großen Bahnhöfe verlangt. Der Berichterstatter der ständerätlichen Kommission mußte zugeben, daß ein Teil dieser Wärter unter den Privatbahnen besser gestellt war, aber gleichwohl beantragte er Abweisung der Petition, und der Rat beschloß gemäß diesem Antrage! „Mangel Kompetenz“, so lautete die „Motivierung“, hinter der sich natürlich Mangel an gutem Willen verbirgt. Wer soll denn zur Revision eines eidgenössischen Besoldungsreglements kompetent sein, wenn nicht die eidgenössischen Räte? —

Rum dritten bezugten die Räte ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ bei Behandlung der Bundessubvention an den Kanton Bern für die doppelspurige Anlage des Berner Alpendurchstichs (Rötschberg). Es kam eine Subvention von 6 Millionen in Frage, an deren Gewährung verschiedene Bedingungen technischer Natur geknüpft wurden. In der sozialdemokratischen Presse war nun im Hinblick auf die ungeheuerlichen Mißstände beim Bau des Simplon- und des Nidertunnels, welche bekanntlich zu Streiks und in deren Gefolge zu militärischen Truppenaufgeboten geführt haben, verlangt worden, daß die Gewährung und Bezahlung der Subvention auch von der Erfüllung gewisser Forderungen, die die Arbeitsverhältnisse, die Entlohnung, die Arbeitszeit, Kranken- und Unfallversicherung und die sanitärischen Einrichtungen zugunsten der Arbeiter betreffen, abhängig gemacht werde. Es fiel aber nun den „Arbeiterfreundlichen“ Herren gar nicht ein, auch nur von diesen Forderungen Notiz zu nehmen, geschweige denn, sie ernsthaft in Betracht zu ziehen. Allerdings tragen an dieser Ignorierung berechtigter Forderungen der Arbeiterchaft die Hauptschuld die beiden sozialdemokratischen Vertreter. Der eine schweigete sich nämlich vollständig aus, und der andere beschränkte sich darauf, die Ostalpenbahn, an der er als Präsident eines Komitees hervorragend interessiert ist, in empfehlende Erinnerung zu bringen. — Wie sehr gerade hier gewisse Vorkehrungen am Platze gewesen wären, beweisen die zahlreichen Klagen über Unbehagen in den Arbeitsverhältnissen der am Tunnelbau beschäftigten Arbeiter, die jetzt schon laut werden. Wenn das große Kulturwerk fertig ist, dann wird man wieder, wie es bei Eröffnung des Betriebes durch den Simplon geschehen ist, großartige Feiern veranstalten, wobei die Arbeiter, die tagelang, tagaus in Schweiß ihres Angesichts Gesundheit und Leben aufs Spiel gesetzt haben, mit einem Glase Wein, einer Wurst und einer Meiballe abgefertigt und mit dem Anblick prästendierender Potentaten und ihrer liebedienenden Schranzen beehrt werden, die mit der ganzen Gesellschaft gerade so viel zu tun haben, wie ein Esel mit der Anlegung eines Gemüsegartens.

Erfreuliche Perspektiven für die Sozialpolitik der Zukunft eröffnete die Behandlung der finanziellen Lage des Bundes. Der Bundesrat hatte über die Finanzlage einen Bericht erstattet, worin er zu dem Schlusse kommt, daß bei vorläufiger Finanzabklärung der Bund auch ohne die Eröffnung neuer Finanzquellen in Stande sein werde, die Kosten der neuen Militärorganisation und die der Kranken- und Unfallversicherung, zusammen etwa 12 Millionen jährlich, auf sein Budget zu nehmen. Die Berechnung des Bundesrates beruht auf der Annahme, daß die Zölle, wie dies in den letzten Jahren der Fall gewesen ist, bis zum Ablauf der neuen Handelsverträge im Jahre 1907 alljährlich um etwa anderthalb Millionen zunehmen werden. Es liegt gewiß schon darin etwas außerordentlich Betrüübendes für das arbeitende und besitzlose Volk, daß ein Staatsbudget, um sich einigermaßen im Gleichgewicht halten zu können, sich auf die eine wesentliche Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel und anderer Gebrauchsgüter bewirkenden Zollschranken stützen muß. Noch tröstlicher aber wird die Sache durch den Umstand, daß der Vertreter des Bundesrats die Erklärung abgab, man müsse in nächster Zeit mit Bezug auf die Ausgaben außerordentlich vorsichtig sein, und daß er direkt vor allzu weit gehenden Wünschen in bezug auf die Kranken- und Unfallversicherung warnte. Es soll also in Zukunft in sozialpolitischer Beziehung noch weniger geschehen als bisher, und was bisher geleistet wurde, das war gewiß wenig genug!

Welch liebevolle Behandlung die Arbeiterchaft von unserem Bundesparlament noch zu erwarten hat, das zeigte sich bei Behandlung der Vorlage betreffend Ergänzung der Bundesverfassung bezüglich des Rechtes der Gesetzgebung über das Gewerbewesen. Nach den Ausführungen des Kommissionsreferenten, eines Mitgliedes der Regierung des Kantons Bern, stellt man sich die Gewerbe-gesetzgebung für die Schweiz vornehmlich als Ausnahme-gesetzgebung gegen die Arbeiterchaft vor, um die Art und Weise, wie in den letzten Jahren unser gewerbliches Leben geschädigt und mißhandelt worden ist durch die oft mutwillig, gewöhnlich von Dritten inspirierte und organisierte Hervortreibung von Arbeitsverweigerungen und Streiks zu beseitigen.

Ein Berner Professor hat vor Jahren die Schweiz als „geistige Provinz Deutschlands“ bezeichnet. Man mag sich zu dieser Wertung der geistigen Verhältnisse der Schweiz so oder anders stellen, das eine steht gewiß außer Frage: in bezug auf eidgenössische Sozialpolitik ist die Schweiz wohl eher eine russische als eine deutsche Provinz.

Eingegangene Druckschriften.

- Sozialistische Monatshefte 12. Heft. Herausgeber Dr. J. Bloch. Preis: 50 H. Selbstverlag Berlin W. 35.
Recht muß Recht bleiben. Zur Volksfrage in Preußen. Von Otto. 40 H. Verlag D. Th. Scholl in München.
Die Zustände in der Provinz Vojen. Von B. Jusch-Bituchow bei Kurland, lat. Oberamtmann. 23 Seiten. Selbstverlag.
Personenverkehr und Schnellbahnprojekte in Berlin. Von A. Petersen. Verlag G. Stiesjen, Berlin.

N. JSRAEL
26-30 Spandauerstr. BERLIN C. Königstrasse 11-14
Wäsche-Ausstattungen Gegründet 1815 Wohnungseinrichtungen
Weihnachts-Verkauf in allen Abteilungen
Wäsche Damenwäsche, Herrenwäsche, Kinderwäsche :: Bettwäsche, Tisch- und Hauswäsche :: Taschentücher :: Stickerellen, Jupons :: Schürzen :: Korsette.
Beste Verarbeitung
Trikotagen Normalwäsche :: Strümpfe, Gestrickte Westen, Wollwaren, Tücher :: Golfblusen :: Handschuhe.
Sehr billige Preise
Kleiderstoffe Cheviots, Damentuche, Flanelle, Tennisstoffe, Halbfert Roben, Seidenstoffe, Sammete, Ballstoffe :: Gürtel :: Schielfen.
Konfektion Damen- u. Herren-Konfektion, Kinder- und Backfisch-Kleider und Mäntel, Pelzwaren, Hüte, Schirme :: Fächer.
Man ver-lange den illustrierten Weihnachts-Katalog

Gern nehmen Kinder Bio-Malz, denn Bio-Malz ist von seinem Wohlgeschmack, nährend, kräftigend, Knochen, Blut und Muskeln bildend.
Bio-Malz ist auch für Nervöse, Geschwächte, Menstruationsgenen, angestrengt geistig oder körperlich tätige Personen, Blutarmer, Bleichsichtige, stehende Mütter (Bio-Malz vermehrt die Muttermilch) von unschätzbarem Wert.
Krusten, Heiserkeit und allen Katarrhen der Atmungsorgane. — Bio-Malz ist völlig alkoholfrei, sparsam im Gebrauch, weil es bis zum letzten Tropfen angedrückt werden kann und billiger als viele andere Stärkungsmittel.
Gebr. Patermann, Chem. Fabrik, Berlin-Friedenau 5.

Teilzahlung monatlich 10 R. Kleider Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).
J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage.
Gegründet 1864.
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger, Neue Königstr. 21. (Ordonnanzhaus.) Kein Laden II. Etage Einzelverkauf wie alljährlich nach beendetem Engros-Saison. Pelz-Stolas, Muffen etc. zu fabelhaft billigen Preisen.
Reparaturen billigst. Sonntags geöffnet.

Arkona-Bad 34, Anklamerstr. 34. gegenüber der Sionskirche. Dampf-, Seltantia-, Sol-, Massage- und Dampfbäder für Herren und Damen zu jeder Tageszeit. Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Paul Töhs, Schneidermeister in anschlüsslicher Stoffe.
Tücher, Hemden, Westen, Anzüge

Versandhaus Germania seit 20 Jahren
Unter den Linden 21 neben der Passage.
Hochvornehme Herrenanzüge „Winterpaletots“ aus feinsten Maßstoffen 25 bis 40 Mark.
hochelegante Beinkleider 9 bis 12 Mark.
Vorjährige Herrengarderoben wesentlich billiger.
Tadelloser Sitz Vornehme Façons



Eine gehaltvolle, aromatische, vollkommen harmonische Mischung feinsten reifer Türkischer Tabake, sorgfältigst gewählt, das ist die Mischung für

# JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Keine anderen Cigaretten zu gleichen Preisen werden aus so sorgfältig zusammengestellten Mischungen hergestellt.

*Josetti*



10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Unstreitig ist

## J. Kurzberg's

Spezial-Geschäft für

### feine Herren-Bekleidung

fertig und nach Mass

die beste und billigste Bezugsquelle gegen Bar und

### Teilzahlung

Wochenrate von Mark 1 an.

Meine Konfektion, in eigener Werkstatte hergestellt, zeichnet sich aus durch

gedeg. Ro:shaar-Verarbeitung

elegant sitzende Form.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Barzahlung 10% Rabatt.

## J. Kurzberg

Rosenthalerstrasse 40-41' An der Jannowitzbrücke 1'

Hackescher Markt.

direkt am Bahnhof.



**Molhhaus H. Graff**  
Berlin NW, Rosenthalerstr. 5.  
**Brillanten,  
Uhren,  
Goldwaren.**  
40-50%, unter Ladenpreis.

**Christbaum-  
Geläute**, meist  
gut gearbeitet.  
Qual. A vernid.  
Engel 1,25 Mark.  
Qual. B vergold.  
Engel 1,50 Mark.  
mit Kametta-Kerzen-  
blumen 25 Pf. mehr.  
Bei 10 Stück  
2 Stück gratis.  
Großartiges  
Sortiment.

**Glaschmuck** für nur 5 Mark.  
nur neue schöne  
Sachen. Weihnachtsgeschenke  
über taus. Gegenf. gratis.

**Mareus & Hammesfahr**  
Wald-Solingen 828  
Stahl- u. Fabrik u. Berlin-Handl.

## Tuche



Auch  
Sonnlag  
von  
8-10  
11-2  
pünktl.  
**Stoff-  
Reste**  
englische Stoffe.

Damen-Kostüm-  
Neueste Weiten-  
Elegante Futter-  
} Stoffe

kolossal billig bei  
**H. & J. Friedlaender**  
Berlin C., Molkenmarkt 12  
Annoncen-Vorleger erhalten Extravergüt.



Grösstes Haus  
am  
Nettelbeckplatz.

**Erlert Dich? Mich nicht!**

Erlert Dich, Max? Mich erlert nicht  
Hör, was Dein Kamerade spricht:

Nettelbeckplatz das grösste Haus,  
Halb Berlin gutt sein es aus!

Halb Berlin zahlt extra bar  
Nicht den Staat — warum nicht gar!

Ratenweis — was keiner spürt —  
Wird die Sache reguliert!

## Auf Kredit

mit geringer Anzahlung  
und kleiner Abzahlung

## Paletots

Abzahlung wöchentlich 1 Mark.

Herren-

## Anzüge

(Hut gratis).

Abzahlung wöchentlich 1 Mark.

## Alle Tage Anders

## Damen-

Jackets, Röcke, Kostüme,  
Blusen, Kleiderstoffe

in allen Farben und Preislagen.

Pelz-Stolas, Colliers, Betten, Teppiche  
mit den kleinsten Anzahlungen!

Kolossale Auswahl. Preise so billig wie nur möglich.

Niedrigste Anzahlung **1 Mk.**  
Wochenrate nur

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das  
zur Verabfolgung der Sparmarken  
des **Rabatt-Spar-Vereins**  
„NORDEN“ berechtigt ist.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus  
**ALLE TAGE ANDERS**

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz

Pank-, Gericht- und  
Reinickendorferstrassen-Ecke.  
Parterre, I., II., III., IV. Etage.



Grösstes Haus am  
Nettelbeckplatz.

## Reste = Confection

Damentuche schwarz und farbig,  
Costumes - Stoffe, neueste  
Muster, Astrachans, Krimmer, Trikotstoffe,  
Seiden-Pilzsch, Sammet, Seide etc.

Paletots, Jackets, Abendmäntel,  
Costumes, Costumes-Röcke  
in größter Auswahl.

**C. Pelz, Kottbuserstr. 5.**

Erprobt und bewährt!

2411\*

## Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwerthung,  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!







# Pfingst'schen Konkursmasse

und andere grosse Gelegenheits-Posten

eignen sich ihrer kolossalen Vorteilhaftigkeit wegen schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachts Fest!

Königstr. 33

Ecke Neue Friedrichstrasse  
direkt am Bahnhof Alexanderplatz und der Zentral-Marxthalle.

Königstr. 33

Wegen vorgerückter Saison

## Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion und Pelzwaren zu fabelhaft billigen Ausverkaufs-Preisen!

- Eng. Paletots Sakkoform und halbgeweift Wert bis 22.- 17,85 11,85 9,85 **7.65**
- Kostüme aus la engl. Stoffen. Bolero, Liftboy- und kurzer anliegender Fason Wert bis 30.- 17,85 14,50 **8.95**
- Jackett-Kostüme lange anliegende Fason, aus la reinwoil. Tuchen und engl. Stoffen. Wert bis 75.- 34,50 29,75 **24.75**
- Kostüm-Röcke neueste Faltenformen, aus covert - coat und neuesten Blockrostoffen Wert bis 16.- 7,85 6,75 5,65 **4.85**
- Tanzstunden-Kleider aus weiss. Batist, sehr reich mit Valenciennes und Entredeux garniert Wert bis 30.- 14,85 **10.65**
- Balkleider aus weissen Woll- oder Seidenbatist, sehr geschmackvoll m. versch. Dec. gearbeitet Wert bis 35.- 38,75 29,50 **19.75**
- Abendmäntel aus extra schweren Stoffen mit kariertem Futter Wert bis 30.- 19,75 16,50 **14.85**
- Tuch-Abendmäntel mit warmen Einlagen, ganz gefüttert, in schönen Lichtfarben Wert bis 60.- 36,50 28,50 **19.75**
- Backfisch-Kostüme aus la Cheviot und Stoffen engl. Charakt. Wert bis 20.- 14,85 **9.75**
- Liftboys- u. Boleros aus Sammet und Astrachan, l. braun und schwarz, mit aparten hellen Werten u. Treseben. Wert bis 40.- 25,50 18,75 **14.85**

- Tuchröcke mit Sammetblenden, neueste Faltenformen, modernes braun. . . . Wert bis 30.00 19.75 **16.50**
- Velour - Matinée solange der Vorrat reicht . . . . . 2 95 **1.65**
- Tuch- u. Lammfell-Matinés in mod. Verarbeitung mit den verschiedensten Besätzen . . . . . 9 75 8.65 **6.45**
- Tuch- u. Lammfell-Morgenröcke mod Kimono-Verarbeit, m. d. versch. türkischen Besätzen, Wert bis 30.- 18.75 14.50 **12.85**
- Velour-Morgenröcke aus extra schweren Stoffen in vielen dunklen Mustern Wert bis 15.00 9.75 6.50 **4.95**
- Servier-Kleider aus la Perkal u. Ginghamstoffen, grosse Muster - Auswahl Wert bis 10.00 6.75 5.85 **2.95**
- Kinder-Kleider für 4-7 Jahr. 8.95 für 8-13 Jahr. 9.85
- Lammfell-Babycapes m. farbig. Kapuze Wert bis 9.00 solange Vorrat 5.75 2.95 **1.95**
- Eisbär-Kindermäntel m. warm Zwischeneinlagen, gefüttert, zum Teil mit farbigen Krügen . . . . . Wert bis 18.00 9.75 8.95 **6.85**
- Kinder-Jacketts für 3-5 Jahr für 6-10 Jahr aus Cheviot u. Stoffen englischen Charakters . . . . 4.75 bis 6.75 6.00 bis 13.50

- Tennis-Oberhemdblusen hell, aparte Streifenmuster . . . . . Wert bis 4.50 2 95 **1.95**
- Wollblusen ganz auf Futter, extra schwere Qual. m. farb. Tuchen u. Knopf-garnierung Wert bis 12.00 7.50 6.50 **5.45**
- Samtblusen in verschiedenen Farben, mod. Kimonofasson, m. Spachtel- u. Spitzeinsätzen Wert bis 15.00 8.95 **7.45**
- ca. 3000 Blusen aus Feide, Spachtel oder Spitzen, in allermod. Verarbeitung, neueste Farben Wert bis 36.00 19 75 14 85 8.45 **7.95**
- ca. 3000 Tuch-Unterröcke, versch. Ansat., Farbensort, m. apart. Treseben u. Sammet-od. Seiden-Bändchengarn. Wert bis 30.00 14.50 8.25 6.75 4.95 **3.85**

### Pelz-Waren.

- Echte Skunks-Stolas ausgezeichnete schöne Felle, mit echten Feeschweifen Wert bis 100.00 59.00 48 00 **24.75**
- Nerz-Stolas (Orenburger-Murmel) herrl. Farben, sp. m. Kopf u. Schwanz garniert Wert bis 60.00 38.50 24.50 **16.95**
- Moufflon-Stolas in vielen Farben, breite und lange Formen, solange Vorrat . . . . Wert bis 15.00 **7.75**
- Pelz-Krawatten aus echt Feo, Orenburger-Nerz-Murmel und Kanin Wert bis 40.00 28.50 19.75 **7.95**
- Sealrasé-Stola aparte Formen, zum Teil mit Kopf- u. Schwanzgarnierung, prima Qualitäten Wert bis 25.00 14.95 11.50 7.85 **5.95**

**Steinmarder-, Nerz-, Fuchs- u. Persianer-Stolas**  
einzelne, sehr elegante Pläcen zu enorm billigen Preisen!

**PELZ-JACKETTS**  
in verschiedenen Pelzarten, Liftboy- und Bolerofassung weit unter Preis!

### Herren-Konfektion

- Herren-Winter Paletots in d. neuesten Mustern . . . . . 27.00 bis **15.00**
- Herren-Winter-Ulster in modernen Glockenformen . . . . . 39.50 bis **30.00**
- Herr.-Jackett-Anzüge in tadelloser Ausführung . . . . . 25.00 bis **13.00**
- Herren-Jackett-Anzüge vorzügliche Stoffqual. Breits für Mass . . . . 39.50 bis **27.50**
- Herr.-Stoff-Beinkleider in all Stoffarten und Grössen vorrätig . . . . 15.50 bis **2.45**
- Herr.-Winter-Joppen schwere Lodenstoffe, Interim- u. Sportfason . . . . 30.00 bis **6.75**
- Herren-Schlatröcke praktisches Weihnachtsgeschenk, entzückende Muster . 27.50 bis **11.25**
- Herr.-Fantasie-Westen letzte Neuheiten, in allen Grössen vorrätig . . . 11.45 bis **1.95**

### Knaben-Konfektion

- Knaben-Blusen-Anzüge in blau Kammg. u. Cheviot, ganz m. Futter, für 3-9 Jahre . . . . . **5.85**
- Knaben-Manchester-Anzüge Blusenfassung, teilweise gefüttert, für 3-9 Jahre . . . . . **5.85**
- Knaben-Winter-Pyjaks warm gefüttert, Aermel mit Abzeichen, für 3-9 Jahre . . 7.25 bis **4.65**
- Knaben-Winter-Paletots m. Samtkragen, für 3-9 Jahre . . . . . **5.85**
- Knaben-Winter-Joppen m. warmem Futter für 3-9 Jahre 2.95 für 10-14 Jahre **3.95**
- Knaben-Blusen in verschiedenen Stoffen, für 3-9 Jahre . . . . . 1.95 bis **95 Pf.**
- Knaben - Leibchen - Hosen für 3 bis 9 Jahre . . . . . **95 Pf.**
- Stoff-Abschnitte u. Reste zu Anzügen, Paletots und Hosen . . . . . **11.45**

### Schuhwaren

- Plüschpantoffeln für Herren **78 Pf.** für Damen **68 Pf.** mit Lederauflage . . . . .
- Damen - Filzsteppschuhe mit Absatzleck . . . . . **95 Pf.**
- Damen-Leder-Hausschuhe m. Filzeinfassung und Absatz, rot und schwarz . . . . . **2.85**
- Kinder - Lederstiefel Dongola, Schnürfassung, Gr. 27/28 . . . . . **2.95**
- Imit. Kameelhaar-Schnallenstiefel mit Filz-, Ledersohle u. Absatzleck, für Damen u. Herren **3.45**
- Damen-Dongolastiefel Schnürfassung, mit Lackkappe . . . . . 6.95 **4.45**
- Herren - Schnürstiefel mit Spiegelbesatz und Chevreuxelinsatz . . . . . **6.45**
- Herren - Schnürstiefel Boaleder, haltbarster Strapazierstiefel . . . . . **7.95**

In der dritten Etage:

**Grosse Puppen- u. Spielwaren-Ausstellung!**



Gerichts-Zeitung.

Bohloft erlaubt, aber strafbar.

Im Breußen ein Polizeistaat oder ein Rechtsstaat? Das war die Streitfrage, um die am Donnerstag vor dem ersten Strafsenat des preussischen Kammergerichts gekämpft wurde.

Die von Starke hiergegen eingelegte Revision vertrat Rechtsanwalt Dr. Herzfeld vor dem Kammergericht. Er verwies u. a. auf die bekannten Urteile des Reichsgerichts und Kammergerichts (2. Senat) über die Zulässigkeit des Bohlofts und des Postenstehens zur Durchführung von Verloften, welche in einem Schadenersatzprozess und einem Strafverfahren wegen groben Unfalls ergangen sind.

Der Verteidiger erwiderte, daß, wenn die Ausführungen des Oberstaatsanwalts Anerkennung fänden, damit auf diesem Gebiet der wesentliche Unterschied des Rechtsstaates von dem Polizeistaate aufgehoben sei.

Der Senat beriet nur einige Minuten. Dann verkündete der Präsident Lindenberg die Revision ist verworfen. Das subjektive Ermessen des Polizeivorgangs sei maßgebend.

§ 20 des Preßgesetzes.

Durch eine Notiz in unserem Düsseldorfser Parteiblatt fühlte sich ein Fabrikbesitzer aus einem dortigen Vororte beleidigt und lief zum Rabi. Die in Betracht kommende Nummer hatte Genosse Pfeiffer, der Geschäftsführer der Druckerei, vertretungsweise gezeichnet, weil ein Redakteur für einige Tageurlaub war.

Sur Unparteilichkeit der Gerichte.

Der Bergmann Götte soll in einer Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes einen dem Verbands nicht angehörigem Bergmann beleidigt haben. Der Beklagte bestritt die Beschuldigung. Beweise wurden nicht erbracht.

Wissenschaftliche Uebersetzung hat dem Polenbah den Vortritt zu lassen.

So etwa läßt sich als Ergebnis eines jetzt von dem Reichsgericht endgültig entschiedenen eigenartigen Verleibungsprozesses gegen den praktischen Arzt Dr. Stanczyk feststellen.

Das Gericht nahm an, eine Ueberschreitung liege nicht vor; auch der Kreisarzt vermochte die schweren Schädigungen, die der Angeklagte in seinen Zeugnissen als vorhanden hingestellt hatte, nicht zu erkennen.

Freispruch durch das Reichsgericht.

Der seltene Fall, daß das Reichsgericht sofort ohne Zurückweisung in die Vorinstanz das beurteilende Erkenntnis aufhob und auf Freisprechung erkannte, ereignete sich am Freitag.

Detektivbureau und § 35 der Gewerbeordnung.

Durch eine Novelle ist die Bestimmung in die Gewerbeordnung hineingekommen, daß bei der Polizei Anzeige zu machen hat, wer die gewerbemäßige Erteilung von Auskünften in persönlichen Angelegenheiten betreibt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 29.11., seit 28.11., am 29.11., seit 28.11. Lists water levels for various locations like Remel, Regel, Wessel, Dber, etc.

+) bedeutet Hoch, -) Fall, -) Unterpegel, -) ganz schwaches Abfließen. - Die Remel hatte gestern bei Schmalenungen Eisgang.



Ulster und Paletots

Neueste Geschmacksrichtungen. Tadellose, ausgeprobte Passformen

Nur eigene Erzeugnisse in vielen Tausenden Exemplaren.

70.- 65.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 36.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.-

15.- Mk.

Neuzeitige, feine Massarbeit

Geh-Pelze 55 Mk. Imit. Güter, schwarzer Eskimo mit echtem Seal-Bisam-Kragen und imitiert. prima Breitschwanzfutter

Baer Sohn

SPEZIAL-HAUS grössten Masstables Chausseestrasse 29-30 Brücken-Strasse 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Hauptkatalog No. 32 (Neuer's Moden 1907-08) auf Wunsch kostenlos u. portofrei. Einen ewigen Wandkalendarer erhalten unsere Kunden gratis.

Achtung! Hausfrauen! Arbeiter! Bürger! Boykottfreie Bäckereien!

In die letzte Liste sind folgende Bäckereien als bewilligt nachzutragen:

- List of bakeries with addresses: Wälfelstr. 37, Weiz, Brunnenstr. 41, Dantke, Eugenbagenstr. 3, Wehls, Buttmanstr. 5, Fr. Hanke, etc.

Die Bewilligung seit der letzten Liste zurückgezogen resp. durchbrochen haben:

- List of bakeries whose permits have been withdrawn: Bernauerstr. 47, Breitländer; neu übernommen und die Bewilligung aus Schrotte abgelehnt, etc.

Hausfrauen! Arbeiter! Unterstützt die um ihre Menschenrechte kämpfenden Bäckergelesen!

Die Vorkommission der Bäcker. Bureau: Auguststr. 36. F.-M. III, 1213.



Nur den Jubeln der Intenat übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber feierliche Verantwortung.

## Theater.

**Sonntag, 1. Dezember.**  
**Freie Volksbühne.** Nachmittags 3 Uhr: 3. Abt. in den Neuen Schauspielhäuser: Judith. 17.18. Abt. in der Berliner Theater: Das Tal des Lebens.  
**Freitag, den 6. Dezember:** 22. (II. Abendabteilung) im Lortzing-Theater: Hans Heiling. (Wüste haben Zutritt.)  
**Neue Freie Volksbühne.** Nachmittags 4 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung in den Kammertheatern: Frühlingserwachen.  
Nachmittags 7 1/2 Uhr: 14. Abt. im Deutschen Theater: Das Wintermärchen.  
Nachmittags 8 Uhr: 18. Abt. im Neuen Theater: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Nachmittags 8 Uhr: 20. Abt. (19701-30000), 21. Abt. (30001-20700) im Schiller-Theater O: Das vierte Gebot.  
Nachmittags 8 Uhr: 3. Abt. (1701-3000), 4. Abt. (3001-3750) im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus: Nathan der Weise.  
Montag abends 8 Uhr: 12. Abt. im Lortzing-Theater: Jar und Zimmermann.  
Sonntag abends 8 1/2 Uhr, in Brauerei Köhligstadt: Winterfest. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Madame Butterfly. Montag: Die Weibfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)  
**Rgl. Schauspielhaus.** Julius Cäsar. Montag: Die Rabensteinerin.  
**Neues Rgl. Opernhaus.** Sigarot Hochzeit.  
**Deutsches.** Was ihr wollt. Montag: Diefelbe Vorstellung. Kammertheater. Frühlingserwachen. (Anfang 8 Uhr.)  
Montag: Marquis von Reich.  
**Neues Schauspielhaus.** Jar Peter. Montag: Judith. (Anfang 8 Uhr.) Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Das Ungeheuer. Montag: Das Ungeheuer. Dienstag: Das Ungeheuer.  
**Seifing.** Som andern Uer. Nachmittags 3 Uhr: Der Bund der Jugend. Montag: Kosmersholm. (Anfang 7 1/2 Uhr.)  
**Berliner.** Wandert. Montag: Diefelbe Vorstellung. Sonntag: O. (Wallner-Ideater.) Relleratlade. Nachmittags 3 Uhr: Das vierte Gebot. Montag: Gebildete Menschen. Schiller-Charlottenburg. Wilhelm Tell. Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Montag: Maria Stuart. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache. Nachmittags 3 Uhr: Nathan der Weise. Montag: Bräderchen. Dienstag u. Mittwoch: Kriemhilds Rache.  
**Lustspielhaus.** Nachm. 3 Uhr: Am Eberlingeneck. Abends 8 Uhr: Husarenfieber.  
**Zentral-Theater.** Gastspiel des Hebbel-Theaters. Nachm. 3 Uhr: Die Geisha. Halbe Preise. — Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.  
**Residenz-Theater.** — Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.** Schwan in 3 Akten von Mars und Deobald. Deutsch v. R. Schöna. Baron des Kubra: Mich. Alexander. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.  
**Luisen-Theater.** Reichensbergerstr. 31. Nachmittags 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Das Heiratsnest. Montag: Das Heiratsnest. Dienstag Operellen-Gespiel: Die Wuppe. Mittwoch: Berlin wie es weint und lacht. Donnerstag: Leiermann u. sein Kind. Freitag zum erstenmal: Ein seltsamer Fall.  
**Theater an der Spree** Köpenickerstraße 68. Nachm. 3 Uhr: Der Attenubdiker mit Josefina Dora. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg. Montag: Der Attenubdiker.  
**BERNHARD ROSE THEATER** Nr. Frankfurterstr. 132. Nachmittags 3 Uhr: Othello. Abends: Ein christlicher Mörder. Sonntagpreis.

**Schiller-Theater.** Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot. Sonntag, abends 8 Uhr: Reiterattacke. Montag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.  
**Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)** Sonntag 8 Uhr: Genriß Jbden-Abend. Montag abends 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Dr. W. Coborn: Von der Großstadt zur Weltstadt. Reimter Vortrag des Jfflus: Alt und Neu-Berlin. Montag abends 9-10 Uhr: Vortrag von Eduard Bernstein: Die großindustrielle Entwicklung und der Gesellschaftsidealismus. Reimter Vortrag des Jfflus: Staats- und Gesellschaftsideal im Laufe der Jahrhunderte.

**Berliner Theater.** Gastsp. des Neuen Opern-Theaters. Sonntag, den 1. Dezember: **Blaubart.** Kom. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach. Anfang 8 Uhr.

**Neues Theater.** Anfang 8 Uhr.  
**Das Ungeheuer.** Montag: Das Ungeheuer. Dienstag: Das Ungeheuer.

**Kleines Theater.** Nachm. 3 Uhr: Nachtsyl. Abends 8 Uhr: Agnes Sorma. Maria Magdalene. Montag zum 229. Male: Ein Ideal-Galle. Dienstag 5. erstmalig: Randragola.

**Theater des Westens.** Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingserwachen. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Anfang 8 Uhr.

**Kriemhilds Rache.** Montag: Bräderchen. Dienstag u. Mittwoch: Kriemhilds Rache.  
**Lustspielhaus.** Nachm. 3 Uhr: Am Eberlingeneck. Abends 8 Uhr: Husarenfieber.

**Zentral-Theater.** Gastspiel des Hebbel-Theaters. Nachm. 3 Uhr: Die Geisha. Halbe Preise. — Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

**Residenz-Theater.** — Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr.  
**Ganz der Papa.** Schwan in 3 Akten von Mars und Deobald. Deutsch v. R. Schöna. Baron des Kubra: Mich. Alexander. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

**Luisen-Theater.** Reichensbergerstr. 31. Nachmittags 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends 8 Uhr: Das Heiratsnest. Montag: Das Heiratsnest. Dienstag Operellen-Gespiel: Die Wuppe. Mittwoch: Berlin wie es weint und lacht. Donnerstag: Leiermann u. sein Kind. Freitag zum erstenmal: Ein seltsamer Fall.

**Theater an der Spree** Köpenickerstraße 68. Nachm. 3 Uhr: Der Attenubdiker mit Josefina Dora. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg. Montag: Der Attenubdiker.

**BERNHARD ROSE THEATER** Nr. Frankfurterstr. 132. Nachmittags 3 Uhr: Othello. Abends: Ein christlicher Mörder. Sonntagpreis.

**Schiller-Theater.** Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot. Sonntag, abends 8 Uhr: Reiterattacke. Montag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

**Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)** Sonntag 8 Uhr: Genriß Jbden-Abend. Montag abends 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Dr. W. Coborn: Von der Großstadt zur Weltstadt. Reimter Vortrag des Jfflus: Alt und Neu-Berlin. Montag abends 9-10 Uhr: Vortrag von Eduard Bernstein: Die großindustrielle Entwicklung und der Gesellschaftsidealismus. Reimter Vortrag des Jfflus: Staats- und Gesellschaftsideal im Laufe der Jahrhunderte.

**Zirkus Schumann** Heute Sonntag, den 1. Dezember, nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr: **2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen. 2** Nachmittags auf allen Wagen ohne Ausnahme ein Kind frei. Jedes weitere Kind unter 10 Jahren halbe Preise (außer Galerie). In beiden Vorstellungen, nachmittags u. abends: **6 liegende Banvards.** In beiden Vorstell., nachm. u. abends: **The three Demons.** In beide. Vorst.: Gleich reichhaltiges abendweises Programm, sämtliche Spezialitäten, Clowns und Auguste (siehe Dir. Alb. Schumanns neueste Originaldramen. Um 9 1/2 Uhr abendlich: Ein **Auf dem Neckar**

**Metropol-Theater** Nachmittags 3 Uhr: **Die Herren von Maxim.** Abends 8 Uhr: **Das muß man seh'n!!** Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. G. Thielscher, F. Massary, B. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi. Anfang präzise 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Apollo Theater** 9 1/2 Uhr: **Sylvester Schäffer jr.** der berühmte Universal-Künstler. Sonntag, 1. Dezemb., nachm. 3 1/2 Uhr: Erste Familien-Vorstellung mit Sylv. Schäffer jr. Gründliche Probe!

**WINTERGARTEN** Heute **Première.** Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwal-Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny-Truppe, Die Tiller Girls, Brunias, La Bérat, Toqué, Tenji-Truppe, Der Biograph etc.

**Parodie-Theater.** Dresdenerstr. 97. Anfang 8 Uhr. **Das Ungeheuer.** Japfenstreich. Monna Banna. Nachmittags 3 1/2 Uhr halbe Preise: **Alt-Heibelders. Japfenstreich.**

**Sanssouci** Kottbuser-Str. 6. Sonntag, Montag, Donnerstag: **Hoffmanns Nord-Sänger und Tanztruppen.** Der Spul in der Mühle. Gasse mit Befang. Beginn Sonntag 8 Uhr, nachmittags 3 Uhr. Morgen Montag: **Elite-Soiree. Tanz.** Dienstag Gastspiel der Berliner Volksbühne. Semat: Am Altar.

**Zirkus Busch** Bahnhof Börsen. Sonntag, den 1. Dezember: **2 große Gala-Vorstellungen 2** Nachmittags 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. — Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise. In beiden Vorstellungen: **Die neungag. Spezialitäten.** Debüts: **Familie Kremo!** Debüts: **Geschwister Viehis!** Ferner: **Neu! Miß Virginia! Les Bastien.** In beiden Vorstellungen: Vorführung und Rollen der besten Schul-, Freiheits- und Springpferde. In beiden Vorstellungen: Auftreten sämtlicher Clowns mit den neuesten Witzen und Späßen. Abends 7 1/2 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Kostümtanz-Pantomime des Zirkus Busch in 4 Bildern. **Die Wunder der Ciessee.** Das Geheimnis der tauchenden Sirenen.

**Rixdorfer Theater** Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Sonntag, 1. Dezember, Abf. 7 1/2 Uhr: 5. Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens) unter Leitung von Arthur Böhm: **Zar und Zimmermann.** Komische Oper in 3 Akten v. Lortzing.

**Theater** Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. **\* Rabbi Meseritsch. \*** Gunter Zeit. **Geteilte Liebe.** Anfang 8 Uhr.

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger. Anfang nachm. 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Billets stets 3 Tage vorher! Reichshallen Restaurant: **Großes Militär-Konzert.**

**Gebr. Herrnfeld-Theater.** 57 Kommandantenstraße Nr. 57. Abf. 8 Uhr. Vorort. 11-6 Uhr. Nachm. 3 Uhr halbe Preise: **Die Meyerhains.** Abends 8 Uhr: **Madame Wig-Wag.** Es lebe das **Nachtleben!** In Vorbereitung: **Papa und Genossen.**

**Lortzing-Theater** Nachmittags 3 Uhr: **Undine.** Abends 8 Uhr: **Die Entführung aus dem Serail.** Montag: Jar und Zimmermann. Dienstag Erstaufführung: Der Freischütz.

**Passage-Theater.** Heute zwei Vorstellungen. Nachm. 3-7 Uhr (ermäß. Preise). Abends 8-11 Uhr.

**Walhalla-Variete-Theater** Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor. Heute: **2 Vorstellungen.** Nachmittags 3 1/2 Uhr: **Kleine Preise.** Jeder Erwachsene ein Kind frei. Abds. 8 Uhr: **Premiere.** Das koloss. Dezember-Programm. **12 Akrobaten Lorch 12** glanzvolle Spiele. Mahlows Mel. Alt. Nanos, Soubr. **8 Colini Clairon 8** „Ein Künstler.“ „Ein Künstler.“ „Ein Künstler.“ **Harry Arndt, Humocist.** Im Tunnel: 4 Musikkapellen. Theaterbesuchern freier Eintritt.

**W. Noacks Theater** Direktion: Rob. Ditt. Oranienstr. 16. **Am Rande des Abgrunds** oder: **Sherlock Holmes in Berlin.** Detektiv- u. Verbrechenrom. a. Berlin N. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Kajino-Theater.** Lohningerstr. 37. Täglich 8 Uhr: **Biederleute.** Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. bunte Programm. Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

**Trianon-Theater.** Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Fräulein Josette — meine Frau.**

**Buddenbragen** Montzplatz im Theatersaal täglich: **Das neue November-Programm.** Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 R., Entree 50 Pf.) Familienbillets a 40 Pf. Unten **Militär-Konzert.** Seder, Bogwardt, Görlsch, Reumann, Offens und Lüttich. Jeden Sonntag: **Zwei Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr. Abends 8 Uhr.

**Alhambra** Wallner-Theaterstraße 15. **Jeden Großer Ball** Sonntag: **Großes Orchester.** Anfang Sonntag 5 Uhr. **A. Zameltat.**

**Castan's Panoptikum** 165 Friedrichstr. 165 **Das brütende Ungeheuer** mit 5 Jungen und 75 Eiern. **Der kleinste Mann der Welt!**

**Haben Sie schon** die **Deutschen Konzerthallen,** An der Spandauerbrücke 3, besucht???

**Urania.** Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: **Erstbesteigungen von Gipfeln im West-Himalaja.** Montag 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.** H 8 u 1 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Arsen. — Antimon. Wismut. Bor. Silicium. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.

**Folies Bergère** W., Jägerstraße 63 a. Abends 8 1/2 Uhr: **Mila Barry** Mad. Hurst **Lola Montez** Mad. Dersy **Udel-Quartett** unter pers. Mitwirkung des Herrn Prof. C. Fr. Udel. Vorverkauf an der Theaterkasse von 11 Uhr an.

**Stadt-Theater Moabit.** Alt-Moabit 48. Sonntag, den 1. Dezember 1907: **Das Forle a. d. Schwarzwald.** Volksstück in 7 Bildern von Charlotte Birch-Pfeiffer. Vorher: **Auf die Prämisse kommt es an.** Nach der Vorstellung: **Ball.** Anf. der Vorstellung 7 Uhr. Kassenöffnung 5 Uhr. Konzert 6 Uhr. Vorverkauf Sonntag v. 10-1 Uhr im Theater-Restaurant. Montag, den 2. Dezember: **Coire der Lustigen Sängers.** Auf vielseitigen Wunsch: **Ein Berliner Musikant.**

**Palast-Theater** Burgstraße 24. Heute 7 1/2 Uhr: **Premiere.** **12 Attraktionen 12** „Am heiligen Abend“ Charakterbild. **Luna-Quartett.** **Lona Revée.** **Tableaux vivants** usw. usw. usw. Entree 50 Pf.

**Brunnen-Theater** Badstr. 68. Direkt.: Bernh. Ross. Sonntag, den 1. Dezember 1907, nachmittags 3 Uhr: **Der Müller und sein Kind.** Drama in 10 Bildern von Ranpach. Abends 7 Uhr: **Der Jesuit und sein Jögling.** Lustspiel in 4 Akten von H. Schröder. Nach der Vorstellung: **Großer Ball.** Vorverkauf vorm. von 10 bis 1 Uhr.

**Neue Welt** Hasenheide 108-114. Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert** unter Mitwirkung namhafter Künstler. Nach dem Konzert: **Familien-Kränzchen.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. In den hinteren Gr. Hall. Abf. v. 4 Uhr an.

**Castan's Panoptikum** 165 Friedrichstr. 165 **Das brütende Ungeheuer** mit 5 Jungen und 75 Eiern. **Der kleinste Mann der Welt!**

**Haben Sie schon** die **Deutschen Konzerthallen,** An der Spandauerbrücke 3, besucht???

**Urania.** Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: **Erstbesteigungen von Gipfeln im West-Himalaja.** Montag 8 Uhr: **Ueber den Brenner nach Venedig.** H 8 u 1 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Arsen. — Antimon. Wismut. Bor. Silicium. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.

**Folies Bergère** W., Jägerstraße 63 a. Abends 8 1/2 Uhr: **Mila Barry** Mad. Hurst **Lola Montez** Mad. Dersy **Udel-Quartett** unter pers. Mitwirkung des Herrn Prof. C. Fr. Udel. Vorverkauf an der Theaterkasse von 11 Uhr an.

**Stadt-Theater Moabit.** Alt-Moabit 48. Sonntag, den 1. Dezember 1907: **Das Forle a. d. Schwarzwald.** Volksstück in 7 Bildern von Charlotte Birch-Pfeiffer. Vorher: **Auf die Prämisse kommt es an.** Nach der Vorstellung: **Ball.** Anf. der Vorstellung 7 Uhr. Kassenöffnung 5 Uhr. Konzert 6 Uhr. Vorverkauf Sonntag v. 10-1 Uhr im Theater-Restaurant. Montag, den 2. Dezember: **Coire der Lustigen Sängers.** Auf vielseitigen Wunsch: **Ein Berliner Musikant.**

**Palast-Theater** Burgstraße 24. Heute 7 1/2 Uhr: **Premiere.** **12 Attraktionen 12** „Am heiligen Abend“ Charakterbild. **Luna-Quartett.** **Lona Revée.** **Tableaux vivants** usw. usw. usw. Entree 50 Pf.

**Brunnen-Theater** Badstr. 68. Direkt.: Bernh. Ross. Sonntag, den 1. Dezember 1907, nachmittags 3 Uhr: **Der Müller und sein Kind.** Drama in 10 Bildern von Ranpach. Abends 7 Uhr: **Der Jesuit und sein Jögling.** Lustspiel in 4 Akten von H. Schröder. Nach der Vorstellung: **Großer Ball.** Vorverkauf vorm. von 10 bis 1 Uhr.

**Neue Welt** Hasenheide 108-114. Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert** unter Mitwirkung namhafter Künstler. Nach dem Konzert: **Familien-Kränzchen.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf. In den hinteren Gr. Hall. Abf. v. 4 Uhr an.

**Castan's Panoptikum** 165 Friedrichstr. 165 **Das brütende Ungeheuer** mit 5 Jungen und 75 Eiern. **Der kleinste Mann der Welt!**

**Haben Sie schon** die **Deutschen Konzerthallen,** An der Spandauerbrücke 3, besucht???



**Heute nachmittag 3 Uhr:**  
**Sondervorstellung für die arbeitende Bevölkerung.**  
**„Der Aktienbudiker“**  
 Heltre Szenen aus dem Volksleben Alt-Berlins  
 mit **Josefine Dora.**  
**Orchester-Fauteuil } jeder Platz 95 Pfennig.**  
**Parkett-Fauteuil }**  
 Dieser ermäßigte Preis wird nur gegen Abgabe dieser  
 Anzeige des „Vorwärts“ an der Theaterkasse eingeräumt.  
**Theater an der Spree, Köpenickerstraße 68.**

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin**  
 Sonntag, den 1. Dezember 1907, abends 7 Uhr:  
 Vortrag des Herrn Dr. **Leo Hirschlaff** über:  
**„Nervosität und Kultur“**  
 im „Königstädtischen Kasino“, Holzmarktstraße 72  
 (Ecke Alexanderstraße).  
 Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensitzen und Tanz.  
 Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.

**Gewerkschaftshaus**  
 (großer Saal).  
 Sonntag, den 1. Dezember 1907, abends 7 Uhr:  
**XVI. volkstümlicher Vortragsabend**  
 von **Maria Holgers.**  
 Neue und alte Märchen mit Lichtbildern.  
 Erwachsene 40 Pf., Kinder die Hälfte. [299/12\*]  
 Karten bei Horsch, Engel-Ufer 15, und abends an der Kasse.

**Schirms Festsäle**  
 Badstraße 19 Inhaber **Joseph Franke** Badstraße 19  
 Telefon: Amt IIIa, 4944.  
 Empfehle meine renovierten Lokalitäten zu Ver-  
 sammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.  
**Zwei Säle mit großer Theaterbühne**  
 100-150 Personen  
**Drei Vereinszimmer mit Piano**  
 50-200 Personen  
 noch einige Tage zu vergeben.  
 Zwei Kegelbahnen für Sommer und Winter.  
 Geneigtem Zuspruch entgegengehend Hochachtend  
 Joseph Franke.

**Schloßbrauerei Schöneberg. E. Metzold.**  
 Heute Sonntag:  
**Große Soiree der berühmten Leipziger Sänger**  
 7 Herren. — Dir. Knappe und Dir. Springer — 2 Damen.  
 Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.  
 Während der Soiree im Nebensaal TANZ.  
 Nach der Vorstellung im **Großen Tanz-Reunion** bei vollbesetztem  
 großen Parkettsaal: **Große Tanz-Reunion** Orchester.\*

**Borussia-Festsäle Ackerstraße 6/7**  
 Inh.: J. Leschkowski.  
 Jeden Sonntag u. Donnerstag: **Großer Ball.** Bier Säfte  
 100 bis 800 Personen für Vereine, Hochzeiten, Versammlungen unter  
 besten Bedingungen.  
**Täglich Musikerbörse** | 3 Vereinszimmer  
 Wilm III, 2674. | einige Tage frei.  
**Mittwoch und Sonntag Tanzstunde.**

**G. Graumanns Festsäle**  
 Naunynstraße 27.  
 Sonnabende sowie Sonntage zu Vereinsfestlichkeiten zu vergeben.  
 Silvester 1907 ist frei gebunden. **Gustav Graumann.**

**Wer Weihnachten**  
 einen guten Tropfen trinken oder ver-  
 schenken will, der bereite sich jetzt  
**Cognac, Rum, Liköre,**  
**Punsextrakte etc.**  
 selbst nur allein mit den berühmten  
**Original-**  
**Reichel-Essenzen**  
 Marke „Lichttherz“.  
**Keine Kunstprodukte!**  
 Natürliche Destillate und Extrakte.

Aus „Original-Reichel-Essenzen“ hergestellte Liköre etc. sind  
 vollkommen echt und bestehen im Vergleich mit den feinsten  
 Likören der Welt jede Probe.  
 Von Kennern als einzigartig erklärt.  
 Nur in Originalflaschen (für ca. 20, 40, 60, 75 Pf.) u. in 6 bis 7 Liter gratis.  
 Kein Mißlingen. — Jeder Versuch ein Meisterstück.  
 Die Ersparnis ist eine ungeahnt große.  
 Man best. **sofort** „Die Destillation im Haushalt“ **kostenfrei!**  
 lange wertv. Rezeptbuch m. Anleitung  
**Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.**  
 Fernsprech-Anschlüsse Amt IV. 4751, 4752, 4753.  
 Lasse sich niemand durch Nachahmungen täuschen!  
 Einzig echt nur mit Marke „Lichttherz“.  
 Niederlagen in den durch meine Schilder kennt-  
 lichen Drogerien etc., wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik  
**Reichel-Spiritus.** Feinster Weingeist 96 Vol.-% Ltr. 1,60 M.  
 garantiert nur in Orig.-Füllungen mit unversehrtm Verschlussstreifen.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins**  
 und Umgegend.

Sonnabend, den 7. Dezember, abends pünktlich 9 Uhr, im Festsale der  
 Brauerei Friedrichshain  
 :: :: :: :: **Feier des 16. Stiftungs-Festes** :: :: :: ::  
**Instrumental- und Vokal-Konzert**  
 ausgeführt von dem **Berliner Sinfonie-Orchester** (unter Leitung des  
 Kapellmeisters Maximilian Fischer) und den Vereinen „Sängerschaft Fichte“,  
 „Sängervereinigung Süd-Ost“, „Liederlust II“.  
 Nach dem Konzert: **BALL.**  
 Programm 20 Pf. gegen Vorzeigung der Bundeskarte. 16/18  
 Zahlreiche Beteiligung der Sangesbrüder erwartet **Der Vorstand.**

**Schwarzer Friedrichsberg**  **Adler**  
 Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).  
 Stadtbahnhof Frankf. Allee. Inh.: **Gebr. Arnhold.** Fernspr. Friedrichsberg No. 2.  
 Jeden Sonntag im Königsale: **Großer Ball**  
 Anfang 4 Uhr. unter Leitung des Herrn O. Bürger. Anfang 4 Uhr.  
 Jeden Montag: 239L\*  
**Soiree der Apollo-Sänger.**  
 Anfang 8 Uhr. 600  
 Nach der Vorstellung: **Tanz-Kränzchen.**  
 Mittwoch, den 11. Dezember: **Großes Militär-Streichkonzert,**  
 ausgeführt vom II. Garde-  
 Dragoner-Regiment.

**Englischer Garten, Alexanderstr. 27 e.**  
 Tel.: Amt VII, Nr. 10028.  
 Säle zu Weihnachten zu vergeben, ebenfalls im Januar, Februar,  
 März zum Rosenball. Sonnabends: Saal mit Einrichtung für Lichtbild-  
 vortrag unter besten Bedingungen. Säle (300-500) täglich zu Ver-  
 sammlungen zu vergeben. 8832\* **Karl Hoffmann.**

Berlin O. 98. **Markgrafensäle** Telefon:  
 Markgrafendamm 34. Inhaber: **Hermann Scholtz.** Amt 7, 4277.  
 Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei freiem Entree.  
 Säle von 100 bis 1000 Personen für Vereine, Hochzeiten usw. unter  
 besten Bedingungen einige Sonnabende noch zu vergeben. Vereins-  
 zimmer bis 100 Personen fassend. 2 Louis. Kegelbahnen u. einige Tage frei.

**Karl Kellers Neue Philharmonie**  
 Köpenickerstr. 96/97.  
 Jeden Sonntag:  
**Militär-Konzert**  
 Anfang 5 Uhr.  
 Jeden Dienstag:  
**Original-Hamburger Sänger**  
 Anfang 6 Uhr. 4:02\*  
 Empfehle meine Säle zu Ver-  
 sammlungen und Festlichkeiten.

**Café Meyer**  
 Dresdenstr. 128/29.  
 Kaffee 10 u. 15, Bier, heiß u. kalt 10 Pf.,  
 ca. 50 Zetteln; 2 Billards 20. 40 Pf.  
 Zahlstelle der Freien Volksbühne.\*

**Germania-Pracht-Säle**  
 Chausseestr. 110. Karl Richter.  
 Jeden Sonntag: **Otto Steidel's**  
**Hamburger**  
**Sänger.**  
 Söckändig  
 neues  
 Programm.  
 Anfang 6 Uhr.  
 Eintritt 50 Pf.  
 mit anschl. Familien-  
 Kränzchen. — Von 5 Uhr ab im  
 weißen Saal: **Großer Ball.**  
 Jeden Mittwoch: **Otto Steidel's**  
 Hamburger Sänger und Freitanz.

**Berliner Uk-Trio.**  
 Felix Scheuer **Uk-Trio** Alexanderstr. 1.  
**Julius Meyer**  
 Restaurant, Oranienstr. 103  
 Jeden Sonntag:  
 Gemütl. Beisammensitzen und Tanz.

**Moepners Blumengarten**  
 Ober-Schönaustraße a. d. Obersee.  
 Inh.: **Alb. Moerner**  
 (Neues Konzerthaus).  
 14622\* Heute:  
**Extra-Reunion**  
 (Vortrag: Langsamer Sachs).  
 für Vereine und Gemert-  
 schaften im Sommer noch Sonn-  
 abende zu vergeben.  
 Bedingungen in bekannter  
 lauter Weise.

**Knecht Ruprecht**  
 bringt  
 für den **Vater**  
 einen modernen Toppleh  
 von M. 8.50, 13, 20, 30, 50 usw.  
 für die **Mutter**  
 hübsche Steppdecken und  
 Gardinen  
 von M. 3.50, 6.50, 8, 10 usw.  
 für den **Sohn**  
 eine schöne Holzdecke  
 von M. 4.75, 6, 7, 8.50 usw.  
 für die **Tochter**  
 eine elegante Tischdecke  
 u. prachtvolles Fell  
 von M. 2.50, 3.75, 5, 6, 7 usw.  
 Ferner sollen die aus einer  
**Konkursmasse**  
 herrührenden Restbestände bis  
 Ende des Monats total geräumt  
 werden.  
 \* Gelegenheitskauf praktischer  
 Weihnachts-Geschenke.

**Damen-Konfektion**  
 direkt aus der Fabrik.  
**Kein Laden!**  
 Nach besonderer Engras-Saison  
**auch Einzelverkauf**  
 enorm  
 billig  
**Paletots**  
 Capes  
 Abendmäntel  
 Kostüme  
 Kostüm-Röcke  
 Mädchen-  
 Paletots  
 Pelz-Stolas  
**Robert Baumgarten**  
 Hausvogel-Platz 11, 1. Etage  
 (an der Jerusalemstraße).  
 Bei Vorzeigung dieses In-  
 serates an der Kasse werden  
 5 Proz. Rabatt vergütet.  
 Auch Sonntags geöffnet!

Am besten kaufen Sie bei uns.  
**Auf Teilzahlung!**  
 Wöchentlich nur 1 Mark.  
 Übrigens jeder viel so-  
 wie Goldbar, Silberne  
 Phonograph, Platten,  
 Sprechmaschinen, Kar-  
 monikas, Mandolinen,  
 Geigen usw. Große Auswahl in  
 Platten, echte Edison-Apparate  
 und Waagen zu Original-Preisen.  
**Jahre & König,**  
 Waisenhausstr. 72, 1. Etage,  
 Reinickendorferstr. 101, 1. Etage

**D. Lechner. Auf Kredit!**  
 1 Mark pro Woche!  
**Garderoben**  
 für Herren und Damen.  
 Sprechmaschinen, Kronen, Betten,  
 Kleiderstoffe, Pelzstolas usw.  
 Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!  
**Brunnenstraße 192, I.** 6. Haus vom  
 Rosenthaler Tor

**Restaurant**  
**Gewerkschafts-**  
**haus.**  
 Engel-Ufer 15.  
**Menu 75 Pf.**  
 Heute Sonntag:  
 Schinkenbraten.  
 Gaffander mit brauner Butter  
 oder Grünsüß mit Gabelkuchen.  
 Kalbskeule mit Sauerkraut oder  
 Röhren Schweinefleisch,  
 Kompott oder Salat.  
 X **Reichhaltige Abendkarte.** X  
 Wochentags: Großer bürgerlicher  
**Mittagstisch Couv. 60 Pf.**  
 Um zahlreichem Besuch bittet alle  
 Genossen. 8532  
**Rich. Augustin.**

**Diese Woche**  
 billig  
 aus feinsten Manufaktur-  
 stoffen auf solide gefertigte,  
 hochvernehme, Herren-  
 Unter, mod. Hoch-, Jackett-  
**Anzüge**  
**Paletots**  
 deren sonstiger Maßpreis  
 40-70 M. ist, jetzt 18-25 M.  
 Gebrochensätze jetzt 3-4 M.  
 Herren-Hosen jetzt 7-13 M.  
 Deutsches Versandhaus,  
 Jägerstr. 63, 1. Treppe.\*

**Pelz-Stolas**  
 Muffen  
 sowie alle sonstigen  
**Pelzwaren**  
 empfiehlt nach be-  
 sonderer Engras-  
 Saison zu außer-  
 gewöhnl. bill. Preis.  
**R. Michaelis,**  
 Kärntnerstr.,  
 Gr. Frankfurter-  
 strasse 99, I u. II,  
 am Strauch-Platz.  
 Reparaturen und Herbeibringen  
 werden angenommen.

**Jede Dame lese!**  
 Nach besonderer Engras-Saison  
 infolge der ungünstigen Witterung  
 Einzelverkauf zu fabelhaft  
 billigen, festen Fabrik-Preisen.  
**Jacketts** kolossale  
 Auswahl  
 a 4<sup>75</sup> bis 29 M.  
**Paletots** schwarz u.  
 engl. Stoffe  
 a 8<sup>75</sup> bis 40 M.  
**Capes** in allen  
 Längen  
 a 6<sup>25</sup> bis 34 M.  
**!lithoys** 8<sup>75</sup> bis 30  
**Sportröcke** a 2<sup>50</sup>  
 bis 18 M.  
 Abendmäntel - Tanzstunden-Capes  
 Riesenauswahl in allen  
 Größen und Preislagen.  
**Fabrik Pelz, 50 Kur- 50**  
 Straßens  
 Sonntags geöffnet. — Vorzeiger  
 dieser Annonce 5 Proz. Rabatt.

**Steppdecken**  
 preiswert, direkt in der  
 Fabrik, nur  
 72, Wallstr. 72.  
 wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet  
 werden. Gerhardt Strömmandel,  
 Berlin S. 14. Jährl. Katalog gratis.  
 Sonntags vor Weihnachten geöffnet

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung liefert  
 elegante Sachen 14020  
**Herren-Garderoben**  
 bring für Week-  
 Anfertigung nach Maass.  
 Tadellos ausführend.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Gr. Frankfurterstr. 37, 11  
 Eingang Staatsbörse-Str.



# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Montag, Dienstag, Mittwoch, soweit Vorrat

## Besonders preiswerte Damen-Konfektion

### Grosse Posten

Kostüm-Röcke	aus modern. Baumwollstoffen	4 <sup>25</sup> 6 <sup>50</sup> 10 <sup>75</sup> 15 <sup>00</sup>
Kostüm-Röcke	schwarz, Satintuch gefüttert	7 <sup>50</sup> 9 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup> 15 <sup>00</sup>
Tailen-Kleider	aus Ia Wollstoff.	29 <sup>50</sup> 42 <sup>50</sup>
Engl. gemust. Paletots		12 <sup>50</sup> 17 <sup>50</sup> 22 <sup>50</sup>
Frauen-Paletots	schwarz u. farbig Ia Eskimostoff	28 <sup>50</sup>

**Blusen** aus modern. Baumwollstoffen . . . . . 2<sup>25</sup> 3<sup>50</sup>

**Blusen** aus Wollstoff, versch. Dessins, chicke Façons 5<sup>25</sup> 8<sup>50</sup>

**Blusen** Messaline-Seide, reich mit Einsätz, garniert, gefüttert 10<sup>75</sup>

**Blusen** aus Spitzenstoffen, hoch-elegant, meist auf Seide . 11<sup>75</sup>

### Grosse Posten

Golf-Capes	aus sehr guten dicken Stoffen	4 <sup>50</sup> 7 <sup>50</sup> 16 <sup>50</sup>
Abend-Capes	mit Pelz besetzt	10 <sup>75</sup> 15 <sup>00</sup>
Abendmäntel	m. angewebt. Futter	15 <sup>00</sup> 23 <sup>50</sup>
Abendmäntel	aus Ia Tuch sehr elegant	25 <sup>00</sup> 37 <sup>50</sup> 45 <sup>00</sup>
mit Breitschwanz-Paletots		22 <sup>50</sup> 29 <sup>50</sup>

1 gross. Posten gediegene

**Jacket-Kostüme**

aus vorzüglichen Stoffen, eleganter Verarbeitung z. T. für die Hälfte des bisherigen Preises

19<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 40<sup>00</sup> 50<sup>00</sup>

Ia. Qual., enorm billig

## Abgepasste Weihnachts-Roben in Kartons

Robe - 6 Meter	Hauskleiderstoff, doppeltbreit	2 <sup>40</sup> 2 <sup>70</sup> bis 3 <sup>50</sup>
Robe - 6 Meter	Damentuch, doppeltbreit	3 <sup>50</sup> 4 <sup>75</sup> bis 5 <sup>70</sup>
Robe - 6 Meter	gemustertes Kleiderstoff	5 <sup>10</sup> 5 <sup>40</sup> 5 <sup>70</sup>
Robe - 6 Meter	melirt Cheviot, schwere Qualität	5 <sup>40</sup> 6 <sup>50</sup>
Robe - 6 Meter	Kleiderstoff in englischem Geschmack	6 <sup>50</sup> 6 <sup>90</sup>

Besond. für Haus- u. Servierkleider geeignet:

Robe - 7 Meter	Satint - Porcel, waschecht	2 <sup>25</sup> 2 <sup>75</sup>
Robe - 6 Meter	Stepp - Gingham, doppeltbreit	3 <sup>25</sup> 4 <sup>20</sup>
Robe - 7 Meter	Satin - Augusta	4 <sup>20</sup>
Robe - 8 Meter	gewebt Barchent, mod. schott. Karos	3 <sup>90</sup> 4 <sup>20</sup>

Robe - 6 Meter	Cheviot schwarz und farbig	4 <sup>00</sup> 6 <sup>00</sup> bis 8 <sup>20</sup>
Robe - 6 Meter	reinwollener Crepe, schwarz u. farbig	5 <sup>00</sup> 9 <sup>50</sup>
Robe - 6 Meter	reinwoll. Satintuch, schwarz u. farbig	7 <sup>50</sup> 10 <sup>00</sup> 11 <sup>40</sup>
Robe - 6 Meter	gestreiftes Satintuch	9 <sup>50</sup>
Robe - 6 Meter	reinwollen Vellu	4 <sup>00</sup>

## 5 Posten Kleiderstoffe

Weit unter Preis

Schwere Blusenstoffe	moderne Streifen früherer Wert bis 1.60	Meter 95 Pf.
Eleg. Blusenstoffe	reine Wolle, aparte Dessins früherer Wert bis 2.50	Meter 1 <sup>60</sup>
Schwere Kostümstoffe	reine Wolle früherer Wert bis 1.75	Meter 95 Pf.
Schwarze Kleiderstoffe	reine Wolle früherer Wert bis 2.10	Meter 1 <sup>45</sup>
Extra schwere Kostümstoffe	ca. 130 cm breit früherer Wert bis 2.50	Meter 1 <sup>75</sup>

## Pelzwaren eigener Konfektion

### Pelzstolas

Seal-Kanin	ca. 200 cm lang	7 <sup>50</sup>
Prima Elektrik	„Neuheit“, mit 4 Knöpfen und Fehschwefen	16 <sup>50</sup> 24 <sup>75</sup>
Schwarze Tibet-Stola	grosse, breite Form	13 <sup>50</sup> 17 <sup>50</sup>
Nutria-Stolas	mit Feh- oder Ziegenschweif, ca. 220 cm lang	16 <sup>50</sup> 24 <sup>75</sup>

## Warenhaus H. Joseph & Co. Rixdorf, Berlinerstr. 54-55.

### Zum Weihnachtsfest

extra billiges Angebot, soweit Vorrat.

Ein Posten Blusen-Stoffe	0.98	Ein Posten Kleider-Stoffe	0.90	Ein Posten Seiden-Stoffe	1.20
Abschnitte ca. 2 1/2 m. — Modernste Muster. Sonstiger Preis bis ca. 1.75 . . . . . jetzt		für Kostüme, Röcke usw. Sonstiger Preis bis ca. 1.65 . . . . . jetzt		Reine Seide für Blusen usw. Sonstiger Preis bis ca. 2.00 . . . . . jetzt	
Ein Posten Blusen-Sammete	0.98	Ein Posten Blusen-Sammete	1.45		
nur neue Muster. — Sonstiger Preis bis ca. 1.75 . . . . . jetzt		nur neue Muster. — Sonstiger Preis bis ca. 2.75 . . . . . jetzt			
<b>Damen-Konfektion:</b>		Ein Posten Blusen	2.95	Ein Posten wollene Blusen	3.95
		mit Passe garniert. Sonstiger Preis bis ca. 5.50 . . . . . jetzt		mit Krawatte und Passe verarbeitet. Sonstiger Preis bis ca. 6.75 . . . . . jetzt	
Ein Posten woll. Blusen	4.95	Ein Posten Paletots	7.05		
Fasson Kimono. — Sonstiger Preis bis ca. 8.75, jetzt		Eleg. Verarbeitung. — Sonstiger Preis bis ca. 12.50, jetzt			

Hervorragendes Sonderangebot in Kostümen, Jupons, Kinder-Konfektion usw.

Christbaum-Schmuck  
Puppen: Christbaum-Lichte

## Spielwaren-Ausstellung

Äpfel: Nüsse  
Pfefferkuchen

Rabatt- und Prämien-Marken. — Doppelte Vorteile.



**Aus der Frauenbewegung.**

**Ernährungsfragen.**

Der Alkohol und die kalte Küche sind schlimme Feinde und Verderber des Arbeiterhaushalts. Um so schlimmer darum, weil sie von vielen als willkommenes Trost- und Helfer angesehen werden. Weil viele in der jetzt hereinbrechenden Zeit der Not nach ihnen Ausschau halten und glauben, daß nur mit ihrer Hilfe der Einnahmerückgang samt den Teuerungspreisen überwunden und ausgeglichen werden könnte.

Ob das Stückchen Bursch oder Schinkenstück für den einzelnen ein bißchen größer oder kleiner ausfällt, das merkt keiner. Und das Stück Brot dazu rückt besser, wenn es mit einem Glas Bier oder einem Gläschen Schnaps angefeuchtet wird. Schließlich kann auch die Mutter eher auf Arbeit gehen, wenn sie sich nicht solange mit der Kocherei abzugeben hat.

Das ist so das landläufige Gerede. Das ist es heute wie vor 10 und 20 Jahren. Damals wurde in der noch von Jastrow herausgegebenen „Sozialen Praxis“ ein Artikel veröffentlicht, der sich betitelt: „Erwerbs- oder Hausarbeit der Arbeiterfrau“. Es ist dort von zwei Arbeiterfamilien die Rede, von denen die eine, in Leipzig wohnhaft, 5 Köpfe zählt (3 Kinder im Alter von 11, 8 und 4 Jahren) und mit einem Wochenlohn von etwa 20 M. (im Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) zu rechnen hat, zu dem der Mann 18 M. und die Frau 7 M. beiträgt. Von diesen 20 M. werden für Nahrungsmittel 10,74 M., für Genussmittel (Tabak, Bier, Schnaps) 2,68 M. aufgewandt. Eine Hauptrolle im Nahrungsbudget spielen Brot, Kartoffeln, Käse, Gurken und Spirituosen. Milch und Hülsenfrüchte fehlen vollständig. Anders bei einer Frankfurter Arbeiterfamilie von 8 Köpfen, die im Jahre 1894 oder 1895 mit einem Wochenlohn von 18 M. zu rechnen hat, das allerdings vom Manne allein verdient wird. Die Mutter ist zu Hause und spart dadurch gleich vorweg das Aufsichtsgeld, das die Leipziger Familie in Höhe von 1 M. bzw. 50 Pf. pro Woche für das jüngste Kind zu zahlen hat. Sie kann auch Hausrat und Kleider besser inskande halten, als dies der auf Arbeit gehende Leipziger Arbeiterfrau möglich ist, und, was die Hauptsache ist, bei einer wöchentlichen Nahrungsausgabe von 7,98 M. ernährt sie ihre Leute besser als dies in Leipzig, bei einer Person weniger, mit 10,74 M. geschieht. Auch beim Verbrauchsposten von Heizung- und Beleuchtungsmitteln stellt sich heraus, daß die Frankfurter Familie rationeller wirtschaftet. Ausgaben für Alkohol finden wir da freilich überhaupt nicht.

Das beweist nun zweierlei. Einmal, daß da, wo mehrere Kinder vorhanden, der von der Mutter zu erlangende Verdienst nur gering und wenn der Verdienst des Vaters nur einigermaßen ausreichend ist, die Mutter besser daran tut, auf die Erwerbsarbeit zu verzichten und ihre Arbeitskraft in den Dienst häuslicher Espagnois, besserer Wirtschaftsführung, Verwendung und Ausnutzung nahrhafter Lebensmittel zu stellen.

Sum anderen beweist unser Beispiel, daß kalte Küche und alkoholische Getränke eine rationelle und ausreichende Ernährung nur vorzuziehen, in Wirklichkeit aber hinfällig sind. Es beweist, daß diese beiden Feinde des Arbeiters eine Ernährung bedingen, die teurer und um vieles schlechter ist, als die allerdings mühevollere Küchenführung, die nahehafte, wenn schon mühsamer zu ersichtende und zubereitende Rohstoffe verwendet, die billiger sind als die fertigen Produkte der kalten Küche und die zugleich die trügerische Verbesserung durch den Alkohol überflüssig machen.

In erster Linie kommen hier in Betracht: Hülsenfrüchte, Gemüse, Weizen, Obst und alle in diesem Zusammenhang möglichen Kombinationen.

**Die Aufhebung der reglementierten Prostitution in Dänemark.**

Im Oktober dieses Jahres war ein Jahr verflossen, seit in Dänemark das Gesetz in Kraft trat, das die reglementierte Prostitution beseitigte. Die Prostitution selbst, die ja ein unvermeidlicher Bestandteil der bestehenden „sittlichen“ Weltordnung ist, wurde damit natürlich nicht abgeschafft.

Sie das neue Gesetz, wie die Aufhebung des Zwanges der Prostituierten zu regelmäßiger ärztlicher Untersuchung auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung gewirkt hat, das läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Dazu ist die Zeit eines Jahres zu kurz, und außerdem konnte ja auch die neue Einrichtung der unentgeltlichen Behandlung Geschlechtskranker noch nicht so zur Geltung kommen, wie das für spätere Zeit zu erwarten ist.

Ueber die Wirkung des Gesetzes auf die Rechtsverhältnisse war man sich auch in mancher Hinsicht im unklaren. Die Polizei- behörden konnten sich schwer an den neuen Zustand gewöhnen und suchten hier und da in altgewohnter Weise ihre Macht gegen die Prostitution geltend zu machen. Urteile der Kriminalgerichte und schließlich des höchsten Gerichts haben nun der Polizei in einigen der wichtigsten Streitfragen ein Nichtstun gegeben. Eine Frau sollte wegen Kuppelei bestraft werden, weil sie Prostituierten Unterkunft gewährte und ihnen Aufwartedienste leistete. Sie wurde freigesprochen, weil sie nachwies, daß sie keine höhere Vergütung genommen hatte, als von anderen Leuten für Logis und Aufwartung verlangt wird. Bekanntlich werden die Prostituierten überall, wo die Reglementierung besteht, von den Vermittlerinnen munterlich ausgebeutet und dadurch gezwungen, um so eifriger ihrem Gewerbe nachzugehen. Nun ist es also in Dänemark durch Gerichtsurteil festgelegt, daß es keineswegs strafbar ist, Prostituierten Unterkunft zu gewähren, falls dafür nicht besonders hohe Preise verlangt werden. Eine Bestimmung des neuen Gesetzes, die der Polizei eine besondere Handhabe gegen die Prostitution bietet, ist die, daß Prostituierte unter Umständen wegen Vagabundage oder als Arbeitsscheue bestraft werden können. Die nun durch Urteil des höchsten Gerichts bestätigt wurde, können sie sich gegen solche Bestrafung jedoch schützen, wenn sie, sei es auch nur nebensächlich, als Arbeiterinnen tätig sind oder sonstwie ein anderes Gewerbe betreiben. Die Polizei wollte eine „Oberdame“, wie man sie jetzt in Dänemark zu nennen pflegt, bestrafen wissen, obwohl sie als Näherin tätig war, weil sie früher sich der Prostitution hingab und damit offenbar mehr verdiente als mit der Näherin. Das Kriminalgericht sprach sie frei und das höchste Gericht hat dieses Urteil bestätigt und dabei ausgeführt, daß, wie das neue Gesetz beschaffen ist, Bestrafung wegen Prostitution nicht möglich ist, wenn die Betreffende nur nachweisen kann, daß sie ansonsten auf andere Weise etwas Geld verdient.

**Veranstaltungen — Veranstaltungen.**

Lichtenberg, Dienstag, 3. Dezember, 8½ Uhr, im Lokal von Kürsch, Frankfurter Chaussee, öffentliche Frauenversammlung. Vortrag der Genossin Wehl: „Die Frau in der Kommune“. Bericht der Vertretungsperson und Neuwahl derselben.

**Eingegangene Druckschriften.**

- Blut. Heft 48. Reichliche Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhard.) Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.
- Volkswirtschaftliche Blätter, 2. Novemberheft. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von Hermann von Söller. Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.
- Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik. Heft 3. Herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Umlauf. H. Carlsons Verlag in Wien. Jahrgang 12. Heft zu 1,15 M.
- Kabital und Gründung. Oktober-November-Heft. Von Otto Wiesner. Einzeln 40 Pf. Verlag Berlin SW. 47.
- Vierteljahrschrift für Körperliche Erziehung. 3. Heft. Herausgegeben von Prof. Dr. L. Dürgerstein und Dr. S. Finzer. Verlag F. Deuticke, Wien I, Schottenauße 6.
- Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 11. Herausgegeben von Dr. A. Bohl. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 5 M. Verlag: A. Deichert Nachf. (S. Böhm) in Leipzig.
- Kulturgeschichte des deutschen Volkes von Otto Henne am Rhein. Lieferung 4, 5 u. 6 a 1 M. Verlag: Baumgärtel, Berlin W. 20.
- „Morgen“. Wochenchrift für deutsche Kultur. Nr. 25. 60 Pf. Verlag: Marquardt u. Co., Berlin W. 30.
- Architektur-Konkurrenzen. Band III, Heft 1. Herausgegeben von H. Scheuermann. Jahrgang 12. Heft 15 M. Verlag C. Wasmuth, Berlin W. 8.
- Geschäftsbericht des Konsumvereins Bismarck und Umgegend über das vierte Geschäftsjahr. 13 Seiten. Verlag: H. Kaufmann, Hamburg 1.
- Willelm Verdrow: „Michas Genscher und Volkshelben“. Verlag H. A. B. Derdow, Nieder-Schönhausen. Preis: brosch. 3,50 M., geb. 4,00 M.
- Apotheken und Krankenkassen. Von Dr. jur. Ruhn. 1,50 M. Verlag G. D. Becker, Offen.
- Zur Frage der Züchtung weisender Zwillinger. Herausgegeben von Verein für Kinder-Vollstättigen. 46 Seiten. Geschäftsstelle: Berlin W. 20.
- Aus Natur und Geisteswelt. — Band 200. Die Mechanik des Geisteslebens. Von Professor Dr. Max Dessoir. Göttingen. — Band 5. Luft, Wasser, Licht und Wärme. Von Prof. Dr. A. Hochmann in Bamberg. — Band 16. Die deutschen Volksstämme und Vandalen. Von Prof. Dr. O. Heltz. — Band 48. Die Jesuiten. Ihre älteste Stütz. Von Prof. H. Boehmer in Bonn. — Band 58. Volkstümliche, Kome, Weltlicher. Von Dr. Gustav Me, a. o. Professor der Physik in Greifswald. — Band 128. Moderne Rechtsprobleme. Von Prof. Dr. Joseph Köhler in Berlin. — Band 132. Kaffee, Tee, Kakao und die übrigen vorstehenden Nahrungsmittel. Von Prof. Dr. A. Weller. — Band 154. Der Säugling, seine Ernährung und seine Pflege. Von Dr. Walter Kauer, Spezialarzt für Kinderkrankheiten in Bonn. — Band 160. Die Tierwelt des Mikroskops (die Uniere). Von Dr. Richard Goldschmidt. — Band 161—162. Jugendsfürsorge. Von Dr. Johannes Peterlen, Direktor des Waisenhauses in Hamburg. I. Die öffentliche Fürsorge für die hilflosbedürftige Jugend. II. Die öffentliche Fürsorge für die sittlich gefährdete und die gewerblich tätige Jugend. — Band 164. Die Städte, geographisch betrachtet. Von Prof. Dr. A. Haffert in Albi. — Band 164. Herbaris Lehren und Leben. Von Viktor O. Fölzel. Mit einem Bildnis Herbars. — Band 183. Das Volkswesen, seine Entwicklung und Bedeutung. Von H. Baum, kaiserl. Volksw. — Band 170. Mathematische Spiele. Von Dr. B. Wrenn. — Band 169. Deutsche Schifffahrt und Schifffahrtspolitik der Gegenwart. Von Karl Thiel, Direktor an der Technischen Hochschule in Danzig. — Band 172. Die Lehre von der Wärme. Von Prof. Dr. R. Oberstein. — Band 177. Sittliche Lebensanschauungen der Gegenwart. Von Prof. Dr. Otto Rinn in Leipzig. — Band 182. Das Buchgewerbe und die Kultur. Deutsches Buchgewerbe, gehalten im Auftrag des Deutschen Buchgewerbetreibers im Jahre 1907 von H. Jode, H. Harnisch, H. Raupach, H. Wasmuth, G. Wilsdorf, H. Suttie. — Band 183. Die Telegraphie in ihrer Entwicklung und Bedeutung. Von Johannes Baum, kaiserl. Volksw. — Band 188. Deutsches Ringen nach Kraft und Schönheit. Von Turninspektor Karl Wölber. — Preis jedes einzelnen Bandes geb. 1 M., in Leinwand geb. 1,25. Verlag D. G. Teubner in Leipzig.

**Verband sozialdemokratischer Wahlvereine  
Berlins und Umgegend.**

**Dienstag, den 3. Dezember, 8½ Uhr abends:**

**Vereins-Versammlungen.**

**I. Kreis**

Dräsel's Festhale, Neue Friedrichstraße 35.

**II. Kreis**

Berliner Buchdruckerei, Tempelhofer Berg.

**III. Kreis**

Franke's Festhale (Inh. Meyer), Sebastianstr. 39.

**IV. Kreis**

Kellers Festhale (Inh. Freyer), Kopenstr. 29.

**V. Kreis**

Musiker-Säle, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

**VI. Kreis**

Germania-Brachthale, Chausseest. 110.

**Rixdorf. Hoppes Festhale, Hermannstr. 49/50.**

**Tages-Ordnung:**

1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vorstände.



# Erster Wahlkreis.

Sonntag, 1. Dezember, abends 6 Uhr, in der „Lebensquelle“,  
Kommandantenstraße 20:

## Große Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Ed. Bernstein über: „Kämpfe in der englischen Revolution.“ 2. Diskussion. 200/16  
Nachdem: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**  
Eintritt inkl. Garderobe und Tanz 20 Pf.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

# Einwohner des Gesundbrunnens.

Mittwoch, den 4. Dezember,  
abends 8 1/2 Uhr:

# Volks-Versammlung

im Saale des Marienbad, Badstraße 35/36.  
Tages-Ordnung:  
**Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit.**

Referent: Reichstags-Abg. Genosse **Dr. Eduard David.**  
Diskussion und Verschiedenes. 212/1+  
**Männer und Frauen!** In Anbetracht der immer weiteren Steigerung der wichtigsten Lebensmittel und der bevorstehenden Krise:  
erscheint in Massen zu dieser Versammlung.  
Der Einberufer.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
**Einsetzer!**  
Dienstag, 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Booker, Weberstr. 17:  
**Branchen-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Rob. Ahrens über: „Die Unfallversicherungsgesetzgebung.“ 2. Bericht über die Verhandlung vor dem Einigungsamt. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 98/15

# Drechsler, Treppengeländer- und Luxurmöbel-Branche!

Montag, den 2. Dezember 1907, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Anton Becker, Weberstr. 17:  
**Versammlung**

aller der in den drei Branchen beschäftigten Tischler, Stellmacher, Drechsler usw.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Eugen Brückner über: „Sozialpolitische Gesetzgebung.“ 2. Diskussion. 3. Die Drechslerkonferenz in Leipzig. 4. Wahl der Delegierten. 5. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
Zahlreiches Besuch der Kollegen erwartet  
Die Kommission.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Gof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Gof III. Amt 3, 1957.

Montag, den 2. Dezember 1907,  
abends 8 1/2 Uhr:

# Versammlung

aller in den **Eisengießereien** beschäftigten  
**Formen- und Berufsgegnossen**  
(Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes)  
im weihen **Germania-Prachtsäle**, Chaussee-  
Saale der

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Branchenleitung. 2. Neuwahl der Branchenkommision. 3. Verbandsangelegenheiten.  
— Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. —

Dienstag, den 3. Dezember 1907, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**

für **Königs-Wusterhausen** und Umgegend  
in Wildau im Lokal von Schumann.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.  
NB. Die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich beim Kollegen **August Pürschel**, Königs-Wusterhausen, Bahnhofsstraße 1.  
160/19  
Die Ortsverwaltung.

# + Bekanntmachung. +

Wir haben die Weberische elektrische und Lichtelektrizität  
**Mariannenstr. 48** (am Mariannen-Platz)  
gekauft. Sprechst. für Kranke jeder Art, speziell für Krankeiden, und jetzt täglich 4-5 nachm. und 8-9 abends.  
**Naturheilverein „Reform“.**  
Kuranstalten: **Hackescher Hof** u. **Kopernikusstr. 29.**  
Leiter: Dr. med. Saland und Otto Grundmann, Kurdirektor.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 3. Dezember 1907, abends 8 Uhr, in der Königsbank,  
Große Frankfurterstr. 117:

# Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Rezitation des Gen. Walkotte über das Drama „Das verlorene Paradies“.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
204/11\*  
Der Vorstand.

# Genossinnen! Genossen!

Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Neuen Klubhause“,  
Kommandantenstr. 72:

# Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Berichterstattung vom preussischen Parteitage.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
9/1\*  
Die Vertrauensperson.

# Achtung! Rixdorf. Achtung!

Montag, den 2. Dezember, 8 1/2 Uhr abends:  
**Oeffentliche Frauenversammlung**

im Lokale von Heißhaus, Karlsgrabenstraße.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Frauenkonferenz und vom preussischen Parteitage. Referentin: Frau **Marie Thiel.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensperson und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.  
Zahlreiches Besuch erwartet  
Die Vertrauensperson. Emma Mohr, Bismarckstr. 10.

# Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Gültig bis Weihnachten 1907.  
Jeder Kunde erhält bei Einkauf von 18 M. an gegen diesen Bon an unserer Kasse sofort bar  
**2.25 Mark.**  
Ausschneiden!  
Bei Einkauf einer Herrnhose erhält jeder Kunde eine  
**Kinderhose gratis.**

Eigene Fabrik mit elektrischem Betrieb!

# Blitz

85 Chausseestr. 85.

Ein Posten Herren-Anzüge, mit kleinen Fehlern, zum Ausschuchen . von **830** an  
Ein Posten Herren-Paletots, seltene Gelegenheit, alle Muster . . . von **975** an

# 137 Gr. Frankfurterstr. 137

Ein Posten Herren-Anzüge, sehr schöne Muster, zum Ausschuchen . . von **975** an  
Ein Posten Herren-Paletots, das muß man sehen . . . . . von **1150** an

# 29-30 Kottbuser Damm 29-30.

Ein Posten Herren-Anzüge, Kavalier, elegant zum Ausschuchen . . . von **1225** an  
Ein Posten Herren-Paletots, 30 verschiedene Muster . . . . . von **1450** an

# 19 Turmstr. 19.

Zirka 1000 Anzüge, in allen Mustern, um zu räumen . . . . . von **1350** an  
Zirka 600 Paletots, nie wiederkehrende Gelegenheit . . . . . von **1850** an

# 10 Hauptstr. 10, Schöneberg.

Ein Posten verpaßter Maß-Anzüge, hochelegante Verarbeitung von **1950** an  
600 verschiedene Paletots, auf Seide gesteppt, zum Ausschuchen von **2050** an

# 9 Rosenthalerstr. 9, Ecke Auguststr.

Augen auf! Herren-Anzüge, das Wunder Berlins Ia . . . . . Stück **2250** M.  
Achtung! Herren-Paletots, Modell 1908 Ia . . . . . Stück **2450** M.

# Maß-Abteilung!

Eigene Werkstatt!  
Wir empfehlen diese Woche unsere  
Serie III Maß-Anzug . . . . . **4750** M. Maß-Paletot . . . . . **4450** M.

# 6 Geschäfte! Blitz 6 Geschäfte!

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

# Orts-Krankenkasse der

Steindrucker u. Lithographen  
Am Montag, den 9. Dezember 1907, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (großer Saal), die zweite

# Ordentliche General-Versammlung

pro 1907 statt. 168/15  
Sämtliche Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassensmitglieder werden hierzu ersucht eingeladen.  
Tages-Ordnung:

1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung.  
2. a) Neuwahl zum Vorstand, sechs Personen, aus der Zahl der Vertreter der Arbeitgeber (§ 38 d. Stat.).  
b) Neuwahl zum Vorstand, 3 Personen, aus der Zahl der Vertreter der Arbeitgeber (§ 38 d. Stat.).  
c) Neuwahl von 3 Vorstandsmitgliedern (auf Grund des § 40 des Stat.).  
3. Antrag des Vorstandes: Abänderung des § 11, betreffend anderweitige Festlegung des durchschnittlichen Tageslohn für die 2. Klasse, Abänderung des § 12 Absatz 1 Ziffer 3b, Abänderung des § 18 Absatz 1b, Abänderung des § 30 Absatz 1 Ziffer 1-6, Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent.  
Berlin, den 30. November 1907.  
Der Vorstand.  
W. Stuhlmann, Vorsitzender.

# Zunungs-Krankenkasse der

Dach-Schiefer- u. Ziegeldecker-Zunung zu Berlin.  
Die Mitglieder — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — werden hiermit zu dem am 27/15

Freitag, den 13. Dezember 1907 stattfindenden

# Wahlversammlungen

nach dem Lokale A. Föld, NO. Weinstraße 11, geladen.  
Tages-Ordnung:  
1. Um 7 1/2 Uhr abends:  
Wahl von 13 Delegierten der Arbeitgeber pro 1908.  
2. Um 8 Uhr abends:  
a) Wahl von 20 Delegierten der Arbeitnehmer pro 1908.  
b) Wahl von 13 Delegierten.  
c) Wahl von 2 Krankenkassentoren, pünktliches Erscheinen ist erforderlich!  
Der Vorstand.  
K. H.: Gustav Hobbort, Vorsitzender.

# Spar- und Produktiv-Genossenschaft Groß-Lichterfelde

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Die ordentl. Generalversammlung findet nicht erst am 6., sondern am **Montag, den 9. Dezember 1907, abends 8 Uhr**, im Lokal **Kaiserhof am Kranoldplatz**.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Vorlage der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat. 4. Vorträge (§ 14 des Statuts).  
Zutritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. 140/20\*

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat.  
Fr. Harring. G. Platz.

# Möbelfabrik Berolina

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. 166/6  
Die zum 9. Dezember einberufene außerordentliche General-Versammlung findet erst am **Montag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr**, im Geschäftslokal, Borchgrevinkstr. 10a, statt. Tages-Ordnung: 1. Der Abschluß des Genossen Reich durch den Aufsichtsrat. 2. Statutenänderung. 3. Verschiedenes  
Der Vorstand.

# Ohne Anzahlung. Brückenstr. 13,

R. Hartmann, Taschenuhren, Trauringe.  
Für Reellität liegt 20jähriges Bestehen der Firma, nicht mit kleinen, minderwert. Geschäften zu verwechseln. Erst Geschäft anheben, es gibt viele Schreier ohne Geschäft, ohne Lager, also nicht reinsaufen. — Bekannt ist meine **Riesen-Auswahl.**

# Größtes Spezialhaus der Uhren- Branche.

Geschäft 20 Jahre. Kein Laden.

# Hochbaugebäude

1 Etage, gefloß. Bauordnung, direkt anschließend an d. Bahnhof

# Seefeld

□ R. von 8 Mark an.  
Auskunft in unserem Kantor bis-a-bis dem Bahnhof-Ausgang Seefeld.

# Schönste Hochwald- u. Landparzellen am Bahnhof Sadowa

□ R. von 10 Mark an.  
Auskunft bei unserem Vertreter Neugebauer in der Kolonie, Stöpendelstr. 36 und im Restaurant Göde, Raulsdorf.

# Nieschalke & Nitsche,

Berlin NO., Neue Söblichstraße 16.











Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die „Johann Georgen-Säle“ in Halensee (Zuh. Herr Scheruch) der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehen, wobei wir bemerken wollen, daß Herr Scheruch noch Inhaber des Lokals „Gasselwerder“ in Nieder-Schöneweide ist. Wir ersuchen deshalb die Parteigenossen, vorstehendes zu beachten.

In Ruhlsdorf bei Teltow steht nur das Lokal von E. Herold nicht mehr zur Verfügung, so daß nunmehr dortselbst sämtliche Lokale gesperrt sind.

Die Lokalkommission.

2. Wahlkreis. Die Krania-Vorstellung: „Ueber den Brenner nach Venedig“ findet am Sonntag, den 8. Dezember, mittags 1 Uhr resp. 2 Uhr, statt. (Um 1 Uhr wird der Puffsaal geöffnet und um 2 Uhr beginnt die Vorstellung.) Die nicht verkauften Billets müssen bis spätestens Dienstag, den 8. Dezember, abends, an die Abteilungs- resp. Bezirksleiter zurückgegeben werden, damit dieselben weiter verkauft werden können. Anschließend an diese Vorstellung findet im Lokale von Julius Meier, Oranienstr. 100, ein gemütliches Beisammensein statt, wozu ganz besonders die Genossen der Friedrichstadt eingeladen sind.

Das Vergnügungskomitee.

4. Wahlkreis. Am Dienstag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der „Königsbahn“, Große Frankfurterstr. 117, eine öffentliche Versammlung statt, in der der Regitator Balkotte über das Drama „Das verlorene Paradies“ referieren wird. Genossen! agitiert für guten Besuch der Versammlung; bringt eure Frauen mit. Der Vorstand.

Am heutigen Sonntag, den 1. Dezember,

finden im Kreise Teltow-Beeskow in folgenden Orten Demonstrationenveranstellungen statt:

- Drewitz, nachmittags 4 Uhr, bei Puhlmann, Potsdamerstr. 21.
Reichendorf, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum schwarzen Adler.
Krausnick, nachmittags 1 Uhr, bei Robert Otto.
Wartgraspietle, nachmittags 2 Uhr, bei Fischer.
Rauen, nachmittags 3 Uhr, bei A. Müller.
Rudow, nachmittags 3 Uhr, bei Palm, Köpenickerstraße.
Schwanenpark, nachmittags 3 Uhr, bei Otto Pätzsch.
Schwargendorf, mittags 12 1/2 Uhr, im Wirtshaus Schwargendorf, Barnimänderstr. 6.
Storow, nachmittags 2 Uhr, im Rathshaushotel.
Tredbin, nachmittags 3 Uhr, im Schützenhaus, Berlinerstr. 44.
Jernsdorf, nachmittags 3 Uhr, bei Anorr.
Jossen, nachmittags 4 Uhr, bei Schinke, Barutherstr. 10.
Eichwalde, Jentzen, Mierdorf und Umgegend, nachmittags 4 Uhr, in Wittes Waldschlößchen in Eichwalde.
Parteilosen! Agitiert für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlungen. Die Einberufer.

Schöneberg. Die Ausstellung der Jugendliteratur findet am heutigen Sonntag sowie am 8., 15. und 22. Dezember, in der Zeit von 4-8 Uhr abends, im Linnel von E. Obst, Weiningerstr. 8, statt. Am Sonnabend, den 14., ist die Besichtigung von 8-10 Uhr abends. Da ein großer Teil Bestellungen bereits eingegangen, ersuchen wir diejenigen, die gewillt sind, für Weihnachten ein gutes Werk zu kaufen, bis spätestens den 10. Dezember ihre Bestellung aufzugeben.

Am Sonnabend, den 7. Dezember, veranstaltet der Wahlverein ein Vereinsvergügen, zu dem nur Mitgliedsbücher legitimieren. Billets werden nicht ausgegeben. Der Vorstand.

Weißensee. Am Mittwoch, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Schloß-Stabiliment“, König-Chaussee 13, eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu sind sämtliche Postoren Weißensees schriftlich eingeladen. Die Genossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Der Vorstand.

Wahlverein Karlsruh. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Mitgliederversammlung am Dienstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn K. Bartels, Prinz Adalbertstraße, Ede Hönowerwiegenweg, stattfindet. 1. Vortrag des Parteisekretärs Gen. F. Ebert; 2. Diskussion; 3. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Wißbegierige Lehrer.

Will die Schule sich Einblick verschaffen in die Lage der Familien ihrer Jüglings, so kann man hiermit im Prinzip nur einverstanden sein. Es ist sogar sehr zu wünschen, daß sie das tut; denn sie wird das manches bemerken, was ihr erst eine zutreffende Beurteilung der Kinder ermöglicht. Wir finden aber, daß die Reizung der Lehrerschaft, sich auch über diese sozialogen persönlichen Verhältnisse der Schulkinder zu informieren, nur zu oft an unrechter Stelle roge wird. Es werden da mancherlei Fragen an die Kinder gerichtet, bei denen man wirklich nicht weiß, ob man sie sich aus bloßer Neugier erklären muß, oder ob man die Absicht einer Schmeichelei dahinter vermuten soll. Was hat z. B. die Schule sich darum zu kümmern, zu welcher politischen Partei ein Vater sich bekennt? Was geht es einen Lehrer an, welche Versammlungen von den Vätern seiner Jüglings besucht werden? Nach Massenversammlungen der Sozialdemokratie Groß-Berlins werden immer wieder Fälle bekannt, in denen Lehrer sich derartige Ungehörigkeiten erlaubt haben. Auch nach den Wahlrechtsdemonstrationen der vergangenen Woche dürfte wieder in manchem Lehrer der Wunsch sich geregt haben zu erfahren, wer von den Vätern und Müttern seiner Jüglings daran teilgenommen hat. In Lichtenberg hat in der Schule an der Scharnweberstraße der Lehrer einer 7. Klasse seine Wißbegier nicht zu zähmen vermocht. Der M. K. von Michaels eingeschulte Knabe eines Parteigenossen hat die Nachricht nach Hause gebracht, dieser Lehrer habe die Kinder gefragt, wessen Vater denn am Abend des Dienstag nicht zu Hause gewesen sei. Als darauf viele Kinder sich meldeten, fragte — so berichtete der Kleine — der Lehrer weiter, ob sie wüßten, wo der Vater gewesen sei. Darauf bekam der Fragende von nahezu allen Kindern die Antwort: „In der Versammlung!“ Wenn etwa diese Antwort ihm wenigstens die Augen darüber geöffnet hat, daß die meisten der Väter seiner Jüglings in der Seite der Sozialdemokratie stehen, dann wird diese an sich ungebührliche Frage doch nicht ohne Nutzen gewesen sein.

Staatsanwalt und Straßenhändler.

Der Staatsanwalt Dr. Lehmann hat anlässlich einer Verhandlung gegen einen Straßenhändler Gelegenheit genommen, sich in recht abfälliger Weise über die Straßenhändler zu äußern. Ein Händler Hr. war von einem Schuhmann sistiert worden, obwohl

er im Besitze einer ausreichenden Legitimation war. Dieser Umstand gab dem Vertreter des Händlers Hr., dem Rechtsanwalt Dr. Liebnacht im Termin Veranlassung, in der schärfsten Weise die Handlungsweise des Schuhmanns zu kritisieren und als einen Eingriff zu bezeichnen. Der Staatsanwalt Dr. Lehmann benutzte aber die Gelegenheit, dem Schuhmann beizuspringen und zu erklären, daß sich unter den Straßenhändlern zahlreiches Gesindel, Zuhälter und dergleichen befände. Diese Worte bei dieser Gelegenheit in dieser Allgemeinheit gesprochen, mußten die realen Straßenhändler empören. Sie nahmen gegen diese Aneuerung des Staatsanwalts Dr. Lehmann in einer Versammlung Stellung und protestierten ganz entschieden gegen diese den Stand herabsetzenden Äußerungen; außerdem beschloßen sie, gegen den Staatsanwalt den Weg der Beschwerde zu gehen. Jetzt ist vom Oberstaatsanwalt folgender Bescheid eingegangen:

„Die vom Vorstande der Freien Vereinigung der Straßenhändler und Händlerinnen Berlins und Umgegend unter dem 10. September 1907 an mich gerichtete Beschwerde über den Staatsanwalt Dr. Lehmann hat mir Veranlassung gegeben, die Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Auch nach dieser erneuten Prüfung bin ich nicht in der Lage, das Auftreten des Staatsanwalts Dr. Lehmann in der Sitzung der Freien-Strassenkammer 5 des Landgerichts I vom 14. August 1907 zu mißbilligen.“

Der Verteidiger des Angeklagten Franke, Rechtsanwalt Dr. Liebnacht, hatte ausgeführt, der den Franke sistierende Schuhmann habe keine Befugnisse überschritten, er habe Franke nicht sistieren dürfen, da dieser ihm keine Papiere angeboten habe. Das Verfahren des Schuhmanns stelle sich als ein Eingriff in die persönliche Freiheit und eine Verletzung der bürgerlichen Verfassung dar und sei eine unrechtmäßige Freiheitsberaubung gewesen. Staatsanwalt Dr. Lehmann hielt sich mit Recht für verpflichtet, diese unbegründeten Angriffe abzuwehren und das Vergehen des Schuhmanns zu rechtfertigen. In diesem Zwecke wies er darauf hin, daß bei der Feststellung von Straßenhändlern besondere Vorsicht am Platze sei, da sich die Straßenhändler zum Teil aus Gelegenheitsarbeitern, Leuten, die keine feste Wohnung hätten, auch aus Zuhälterkreisen und anderen unsicheren Elementen rekrutierten. Daß er hiermit etwas Wahrheitswidriges behauptet hat, muß nach den von mir angestellten Ermittlungen für ausgeschlossen gelten.

Ich weise deshalb Ihre Beschwerde als unbegründet zurück. Dieser Bescheid dient zugleich als Antwort auf die unter dem 4. November 1907 an den Herrn Justizminister gerichtete Eingabe, welche nach erfolgter Prüfung von dem Herrn Minister dem Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Kammergericht und von diesem mir zur weiteren Veranlassung überwiesen ist.

Hendel, Oberstaatsanwalt.

Aus dieser Antwort geht hervor, daß der Oberstaatsanwalt die Beschwerde als unbegründet zurückweist. Der Herr Oberstaatsanwalt meint, der Staatsanwalt Dr. Lehmann habe nichts Wahrheitswidriges in seinen Ausführungen gesagt. Am den Herrn der Sache drückt sich der Oberstaatsanwalt herum. Gewiß, auch die Händler bestreiten nicht, daß sich, wie in anderen Bevölkerungsklassen — es sei nur an den Rolffe-Hardenprozess erinnert — auch unter den Straßenhändlern schlechte Elemente befinden; das war aber kein Anlaß, bei dieser Gelegenheit und in dieser Art von den Händlern so zu reden, wie der Staatsanwalt Dr. Lehmann es für angebracht hielt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit dem Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Hendel empfehlen, die Reden, die jetzt im Reichstage über den Projekt Rolffe-Harden gehalten wurden, zu lesen; das Studium der Rede des Herrn v. Einem dürfte ihm beweisen, daß selbst ein Kriegsminister zugeben muß, daß sich schlechte Elemente unter den Offizieren befunden haben, aber sich entschieden dagegen verwehrt, daß das Offizierskorps damit herabgesetzt wird. Aber hier handelt es sich ja nur um arme Straßenhändler!

Postkarten ohne Adresse. Die Menge der unbestellbaren Postsendungen wächst mit der Zunahme des Postverkehrs von Jahr zu Jahr, zeigt aber bezeichnende Verschiebungen. Immer wird es die Postkarte sein, die der Post besondere Schwierigkeiten macht. Zur Ermittlung des Absenders besteht bei jeder Ober-Postdirektion ein besonderer Ausschuss, der die Berechtigung hat, unbestellbare Postsendungen zu öffnen oder auch sonst den Absender zu ermitteln. Diesen Ausschüssen wurden noch bis zum Ende der neunziger Jahre noch nicht 2 Millionen Sendungen im Jahr übergeben. Im Jahre 1906 betrug deren Zahl 2 808 000, d. h. über 200 000 Stück mehr als im Vorjahre. Hieron blieben endgültig unbestellbar oder unanbringlich 1 661 000 Sendungen, und zwar 1 176 100 Postkarten, 311 900 Briefe, 72 000 Drucksachen usw. und 100 Pakete. Von je 1 Million abgeandter Sendungen blieben unanbringlich je 661 Postkarten, 166 Briefe, 72 Drucksachen usw. und 5 Pakete. Im Vorjahre betrug das Verhältnis der unanbringlichen Postkarten nur 535. Das Verhältnis hat sich also um 20 auf die Million verschlechtert. Bei den Drucksachen usw. ist eine geringe Verschlechterung eingetreten, von 72 auf 73 bei der Million, ebenso bei den Paketen von 4 auf 5. Dagegen ist bei den Briefen eine kleine Verbesserung eingetreten, indem statt 159 noch 158 von der Million unanbringlich blieben. Das Gesamtverhältnis hat sich aber weiter verschlechtert, und zwar von 540 auf 547 von der Million. Bei der Mehrzahl dieser 1 661 000 Postkarten, die ihn nicht erreichten, dürfte die Adresse überhaupt gefehlt haben, also: erst die Adresse und dann die Rückseite beschreiben!

Ueber das händische Projekt der Lindenuntertunnelung verlaute wieder einmal etwas. Der „Lokal-Anzeiger“ will erfahren haben, daß seitens des Ministeriums des Innern an den Magistrat die Entscheidung unterzogen sei über die Stellung der Regerungsbehörden zu dem händischen Unternehmungsplan. Es soll sich hierbei um die Verantwortung einer Beschwerde handeln, die die Stadt Berlin, allerdings schon vor längerer Zeit, beim Ministerium darüber erhoben hatte, daß die Aufsichtsbehörde bezüglich der Lindenuntertunnelung eine Konkurrenz der Großen Berliner mit den Entwürfen der Stadt Berlin zugelassen habe, während Berlin damit zuerst auf dem Plan erschienen und die Große Berliner erst den Spuren der Kommune in dieser Frage gefolgt wäre.

Die Beschwerde selbst liegt ein Jahr zurück; die Verzögerung der Antwort dürfte durch den inzwischen eingetretenen Wechsel in den hohen Reichs- und Staatsämtern verursacht sein. Denn Graf Polakowsky war im Juni d. J. zurückgetreten, und das hatte die Folge, daß Herr v. Bethmann-Hollweg das Ministerium des Innern mit dem Reichsamt des Innern verlässt mußte. Einen weiteren Grund für die Verzögerung, der noch weiter zurückliegt, bildete der Umstand, daß das Hausministerium bezw. die Armeeintendantur auf die Frage keine Antwort zu geben vermochte, wo das neue Opernhaus seinen Platz erhalten solle. Es ist bekannt, daß lange Zeit von keinem anderen Projekte die Rede war als von dem, an die Stelle des jetzigen Opernhauses das neue zu setzen. Die Pläne hierzu wurden indes vom Kaiser verworfen. In der Folge ist der Monarch überhaupt davon abgesehen, das alte Opernhaus zugunsten eines Neubaus zu opfern. Sobald feststand, daß zwischen der königl. Hofkapelle und dem Prinzessinnen-Palais so ziemlich alles beim alten bleiben wird, trat die Stadt mit ihrem Unternehmungsprojekt aufs neue an die Aufsichtsbehörde heran, mußte aber erfahren, daß die Große Berliner Straßenbahn gleiche Entwürfe eingereicht hatte, und daß man sich die Entscheidung nach vorbehalten müsse. Hiergegen remonstrierte die Stadt beim Minister des Innern als dem Vorgesetzten des Polizeipräsidenten. Ueber der Minister zur Befriedigung des Magistrats Stellung hatte nehmen können, verließ er sein Ressort. Jetzt hat sein Nachfolger die Antwort gefunden, auf deren Inhalt man im Rathaus mit Recht gespannt ist.

Zweifelhaft diese Meldung richtig ist und um welchen Entschid es sich handelt, muß abgewartet werden. Angefichts der bisherigen Haltung der staatlichen Behörden zur Stadt Berlin dürfte es gut sein, sich nicht freudigen Erwartungen hinzugeben.

Der Ankauf des Botanischen Gartens.

Der Magistrat von Berlin hat der Stadtverordnetenversammlung eine ausführliche Vorlage über den Ankauf des alten Botanischen Gartens übersandt. Danach übernimmt die Stadt Berlin rund 57 000 Quadratmeter des Gartens, über dessen spätere Verwendung sich der Magistrat weitere Beschlüsse vorbehalten. Der Erwerb ist indes an den Vorbehalt geknüpft, daß der Oberpräsident seine Zustimmung zu der Entnahme von zwei Millionen Mark aus dem Reservefonds der städtischen Sparkasse gibt, die der Pflanz als Kaufpreis erhalten soll. Ferner ist zur Voraussetzung des Erwerbs gemacht, daß die Gemeinde Schöneberg gemeinsam mit der Stadt Berlin neue Verkaufslinien für die Grunewaldstraße festsetzt zur Verbreiterung derselben auf mindestens 26,4 Meter.

Erziehung zur Höflichkeit. Aus Mosabit berichteten wir vor etlichen Wochen über Herrn Lieberenz, den Leiter der dortigen 31. Gemeindefschule. Wir schilderten diesen Mann in seiner dreifachen Tätigkeit eines Gemeindefschulleiters, eines Armenkommissionsvorsitzers und eines Hausgartenerführers. Ueber Herrn Lieberenz als Gemeindefschulleiter teilten wir mit, in seinen Unterrichtsstunden gebrauche er gegen seine Schüler Schimpfwörter der schlimmsten Art. Wir fügten hinzu, vor denselben Schülern weitere er gegen die Sozialdemokratie und Klage, daß sozialdemokratische Zeitungsschreiber dafür bezahlt würden, lächtig zu schimpfen.

Inzwischen hat nun dieser Herr Lieberenz eine Probe davon geliefert, wie er sich die Erziehung zur Höflichkeit denkt. Wenn so ein Rektor durch die Straßen seines Schulbezirks schreitet, wird er selbstverständlich von überall her begrüßt, wenigstens von Kindern. Kürzlich passierte es ihm aber, daß zwei Jungen, an denen er vorüberging, nur einer ihn grüßte. Dieser eine, der ihm als Schüler der 31. Schule bekannt war, zog pflichtschuldig die Mühe, der andere aber rührte sich nicht. Der andere ist nämlich Schüler einer anderen Schule in Mosabit und kannte Herrn L. gar nicht. Nun hätte freilich die Artigkeit erfordert, daß auch der andere vor dem ihm unbekanntem Mann die Mühe zog, um sich zu beteiligen an der Ehrung desjenigen, der seinem Freunde eine Heftschreiberperson war. Das sagte sich wohl auch Herr Lieberenz. In seinem Verger über die Borenhaltung des Grubes blieb er stehen und fragte den Höflichen, wer denn der andere sei. Als ihm der Name gesagt wurde, schimpfte er des Höflichen einen Esel und forderte ihn auf, die Mühe abzunehmen.

Warum wie diesen Auftritt, der gewiß manchem als sehr nichtig erscheinen wird, hier zur Sprache bringen? Weil wir der Meinung sind, daß ein Jugendbildner, der mit solchen Mitteln die Erziehung zur Höflichkeit versucht, das genaue Gegenteil erreicht. Es ist wahr, die Schule soll nicht nur unterrichten, sondern auch erziehen, und jeder gute Unterricht soll ja Erziehung sein. Indes, der erziehende Unterricht ist denn doch sehr viel schwerer als der unterrichtende Drill. Unterrichten kann ein Lehrer aus Büchern, erziehen aber muß er durch seine Persönlichkeit. Kann aber ein Lehrer zur Höflichkeit erziehen, indem er schimpft? Kann überhaupt ein Lehrer, der schimpft, erziehlisch wirken? Die Eltern des Jungen, an dem der Herr Rektor den geschicktesten Erziehungsvorversuch unternommen hat, sind einigermaßen erkrankt über seine Methode. Doch Herr Lieberenz versteht noch ganz anders zu schimpfen.

Wir halten die Manieren dieses Mannes auch aus dem Grunde für bedenklich, weil sie leicht auf die Eltern zurückwirken könnten. Sodas die Beziehungen zwischen Schule und Haus sich noch unfreundlicher gestalten würden, als sie es ohnedies schon sind. Denken wir uns den Fall, daß einmal ein Vater, etwa ein schlichter Arbeiter, den Versuch unternähme, Herrn Lieberenz selber zu etwas mehr Höflichkeit zu erziehen, und sich dabei einer ähnlich kräftigen Ausdrucksweise bediente, wie Herr Lieberenz sie beliebt. Wie rasch würde da der Herr Rektor sich beleidigt fühlen und durch Anzeige dafür sorgen, daß der Beleidiger zur Verantwortung gezogen wird und ins Gefängnis spaziert!

Kinder als Künstlermodelle. Die außerordentliche Anfertigung des Modellzeichens für schwächliche Kinder beweist eine Mitteilung, die ein Berliner Arzt der „Medizinischen Reform“ sendet. Er schreibt:

„Ich wurde nach einem Maleratelier gerufen, weil dort ein Kind in Ohnmacht gefallen sei. Es handelte sich auch um nichts anderes. Zweierlei war aber bemerkenswert: Erstens, daß das Kind beim Modellieren ohnmächtig geworden war, und zweitens, daß es wegen Schwächeheit auf Grund ärztlichen Attestes von dem Schulunterricht dispensiert war. Seit Wochen hatte das Kind vormittags 3-4 Stunden und nachmittags 2 Stunden Modell gezeichnet. Es war dabei schon verschiedentlich ohnmächtig geworden, trotzdem von der Mutter immer weiter zum Modellieren gezwungen worden. Nachmittags fand das Kind die zwei Stunden „M“, unbestimmt, in der dumpfigen, überhitzten Luft eines Schülerateliers. Der Tag brachte an Entlohnung der Mutter vier Mark.“

Hierzu bemerkt ein Künstler folgendes: „Kinder sind für die Kunst nicht zu entbehren. Sie sind als Modelle heute wie ehedem unerlässlich. Aber die Zeitdauer des Modellierens muß beschränkt werden. Der Künstler spannt das keine Gefäß nicht übermäßig an. Zu verurteilen ist lediglich die Gahducht der Mütter, denen der Verdienst der Kinder mühselos in den Schoß fällt. Es gibt Mütter, die sich nicht damit begnügen, wenn das Kind bei einem Künstler zwei Stunden Modell gezeichnet hat. Sie entziehen es dem Schulunterricht und schleppen es zu einem zweiten und dritten Maler, um den leichten Erwerb einzuhemeln. Hier ein Fall aus meiner eigenen Malerlätigkeit: Das fünfjährige Kind hatte zwei Stunden bei mir Modell gezeichnet. So frage die schon ziemlich erschöpfte Kleine: „Reht dich Du doch nach Hause und ruht dich aus?“ — „Ach nein, Mutter hat mir 20 Pfennig für Schlagfahne gegeben! Erst gehe ich in die Konditorei, und dann bin ich noch von einem anderen Maler bestellt.“

Auch wir verurteilen die Ausbeutung der Kinder, auch wenn sie durch die Eltern geschieht. Aber in den meisten Fällen ist die Ursache für den Miterwerb der Kinder die schlechte wirtschaftliche Lage, in der sich die Eltern befinden. Der Verdienst der Eltern ist ein solcher, daß er kaum ausreicht zur Ernährung der Familie. Da werden dann die armen Kinder herangezogen, um mitzuhelfen. Das geschieht in derselben Gesellschaft, deren „Stücken“ nicht genug von der Vernichtung des Familienlebens durch die Sozialdemokratie“ fassen können. Glende Heuchlergesellschaft!

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Nationalökonomie muß Montag, den 2. Dezember nochmals wegen Erkrankung des Genossen Grimwald ausfallen und wird derselbe dann später nachgeholt werden.

Heute abend 7 Uhr im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 7: Vortrag des Herrn Dr. Leo Hirschlaff über: „Nervosität und Kultur“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts erlischt die Konzession zum Betriebe nicht durch die Zwangsversteigerung des Hauses usw., in welchem sich die Räume, für welche die Konzession erteilt ist, befinden. Die Polizei ist aber berechtigt, den Betrieb einer konzessionierten Schankwirtschaft zu verbieten, wenn der Wirt die konzessionierten Räume wesentlich ändert; jedoch kann der Wirt, falls er den früheren Zustand wiederherstellt, innerhalb dreier Jahre den Betrieb wieder aufnehmen.



Ein Baumsturz ereignete sich gestern vormittag auf dem Abrißgrundstück Alexanderstraße 41, auf dem bekanntlich das Lehrereinschulhaus erbaut werden soll. Mehrere Arbeiter waren gestern damit beschäftigt, etwa vier Meter hohe Wände einzuräumen. Dabei stürzte plötzlich ein großer Mauerstein ein und verschüttete den 23-jährigen Arbeiter August Jordan aus der Straßmannstraße 2. Andere Arbeiterkollegen befreiten den Unglücklichen zwar bald, doch hatte er schon derartige Verletzungen erlitten, daß ein herbeigerufener Arzt von der Unfallstation X (Alte Schützenstraße) die Ueberführung des Verunglückten nach dem Krankenhaus im Friedrichshain anordnete.

Eine interessante Probealarmierung fand Freitag auf der Anhalter Eisenbahn statt. Es war angenommen worden, daß bei Tempelhof eine folgenschwere Eisenbahnkatastrophe stattgefunden hätte, bei welcher zahlreiche Personen verletzt worden seien. Auf Veranlassung der Eisenbahndirektion Berlin wurde um 6 Uhr 6 Minuten ein Alarmtelegramm in Tempelhof aufgegeben, das um 9 Uhr 10 Minuten auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin aufgenommen wurde. Mit Rücksicht darauf, daß ein besonders schwerer Unfall angenommen worden war, erfolgte auch gleichzeitig der Alarmruf nach dem Schlesienschen Bahnhof. Die Aufgabe, die den Verwaltungen gestellt wurde, war eine um so schwierigere, als die für den Samariterdienst ausgebildeten Bahnarbeiter und Angestellten zum Teil um 6 Uhr abgelöst waren und sich bereits auf dem Wege nach ihren Wohnungen befanden. Dennoch gelang es der Verwaltung des Anhalter Bahnhofs, innerhalb weniger Minuten das Bedienungspersonal für den Hilfszug sowie zehn bereits fortgegangene im Samariterdienst ausgebildete Bahnarbeiter zur Stelle zu schaffen. Von den beiden Bahnärzten war jedoch nur einer zu erreichen, während der zweite Arzt zu einem Patienten abgerufen war. Sofort wurde telephonisch Hilfe von der Unfallstation I am Tempelhofer Ufer erbeten und 6 Minuten später traf der Chirurgenarzt Dr. Langemann, in einer Automobilkutsche auf dem Bahnhof ein. 21 Minuten nach Aufgabe der Depeschen in Tempelhof konnte der vollständig ausgerüstete Rettungszug den Anhalter Bahnhof verlassen, obwohl er nach den eisenbahnamtlichen Bestimmungen 20 Minuten Vorbereitungsfrist nach Ankunft der Depesche auf dem Anhalter Bahnhof hatte. Befehlschnell erfolgte die Aufbereitung des Rettungszuges auf dem Schlesienschen Bahnhof. Dieser Zug traf vollständig ausgerüstet und mit dem gesamten Rettungspersonal besetzt 3 Minuten nach dem ersten Rettungszug auf der gedachten Unfallstelle ein. Der Zug vom Schlesienschen Bahnhof war über die Ringbahn geleitet worden. Im Anschluß an diese Probealarmierung erfolgte eine Samariter- und Rettungsbildung, die ebenso wie der Probealarm ein durchaus zufriedenstellendes Resultat ergab.

Wenn ein Unglück wirklich eingetreten ist, klappt es nicht immer so.

In dem Schülerelbstmord, über den wir gestern berichteten, erfahren wir noch, daß der Sekundaner M. vor Ausführung des Selbstmordes einen Brief an seine Mutter geschrieben hat, in welchem er die Beweggründe zu der Tat mitteilt. Der Inhalt des Schreibens wird bei der seitens des Provinzialschulkollegiums eingeleiteten Untersuchung eine wesentliche Rolle spielen. Der Schüler behauptet, daß er unrechtmäßiger Weise von dem Lehrer beschuldigt worden sei, während des Unterrichts gesprochen zu haben. Der Lehrer habe ihn dann wiederholt nach dem Korridor hinausgeschickt und wieder zurückgerufen und als er, M., darüber erregt, eine Bemerkung machte, sei ihm der Lehrer auf den Korridor gefolgt und habe ihn dort mehrere Male geohrfeigt. Er, M., habe sich dann in der Erregung ebenfalls dazu hinreichend lassen, dem Lehrer eine Ohrfeige zu versetzen. Der Direktor, bei dem sich Lehrer und Schüler beschwert hätten, habe von ihm, M., gefordert, daß er Abbitte leisten solle und als er sich dessen weigerte, mit Zurücksetzung oder Schulverweisung gedroht. Weil er eine detarierte Schande nicht erliden wollte, habe er beschlossen, zu sterben. Zum Zweck der Aufklärung des Sachverhalts sind am gestrigen Tage eine Anzahl Mitschüler des Verstorbenen protokolllarisch vernommen worden. Der betreffende Oberlehrer ist infolge der Aufregung, in die er durch die Tat des Schülers versetzt worden ist, erkrankt und kann seinen Dienst nicht versehen. Die Beerdigung des Schülers M. findet am heutigen Sonntag vormittag auf dem israelitischen Friedhofe in Belgensee statt.

Selbstmord eines Bankbeamten. Auf dem Trockenboden hat sich gestern nachmittag der 43 Jahre alte Bankbeamte Hermann Schulz, Hufelandstr. 8, erhängt. Er war in einem hiesigen größeren Bankhause tätig gewesen und hatte außerdem die Verwaltung des erwähnten Grundstücks übernommen. Gestern mittag wurde er plötzlich von seinen Angehörigen vermißt. Man suchte nach ihm und fand ihn schließlich auf dem Trockenboden erhängt auf. Der Lebensmüde war bereits tot. Ueber das Motiv zu dem Selbstmord wird erst die Untersuchung Aufklärung geben.

Ein eigenartiger Fund ist in dem königlichen Forst bei Königs-Wusterhausen dieser Tage gemacht worden. Dort wurden unter einem Holzstoh verstreut eine Anzahl uneröffnete Testamente und drei goldene Ringe aufgefunden, welche Gegenstände aus dem Amtsgericht Wendisch-Buchholz stammen. Die Testamente sowohl wie die Ringe waren vor etwa 6 Wochen bei einem Einbruch in das Amtsgerichtsgebäude in Wendisch-Buchholz, über den wir feinerzeit berichteten, gestohlen worden. Die Verbrecher haben die Gegenstände, die sie, ohne sich zu betreten, nicht bewerten konnten, verstreut, vielleicht in der Erwartung, in späterer Zeit daraus Kapital schlagen zu können. Aus dem Funde ist zu entnehmen, daß die Einbrecher von Wendisch-Buchholz sich zu Fuß nach Königs-Wusterhausen begeben haben und von dort vermutlich mit einem Vorortzuge nach Berlin gefahren.

Durch einen brennenden Straßbahnwagen wurde gestern in der Kankestraße eine Panik hervorgerufen. Bei einem Wagon der Linie O war die Sicherung für die elektrische Beleuchtung durchgebrannt und die Folge davon war, daß eine mächtige Strahlflamme emporloderte. Der Fahrgast bemächtigte sich eine Panik und in wildem Durcheinander drängte alles nach dem Ausgang zu. Eine der großen Scheiben wurde dabei zertrümmert. Nur schwer gelang es dem Fahrpersonal, die erschreckten Passagiere zu beruhigen.

Schwerer Unfall eines Militärinvaliden. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend gegen 7 Uhr in der Justizstraße. Der in dem Invalidenhaus in der Schwarzenstraße wohnende 58 Jahre alte Militärinvalid Gustav Awatschowski wollte zur genannten Zeit den Fahrdamm der Justizstraße in der Nähe der Kreuzstraße überschreiten, als eine Droschke herannah. Er versuchte dem Gefährt auszuweichen, lief dabei gegen das Gespann eines Streiwagens und wurde, obwohl der Führer des letzteren sich bemühte, das Gefährt zum Stehen zu bringen, überfahren. Die Räder des schweren Wagens gingen dem Militärinvaliden über den Kopf und die Brust hinweg. Der Verunglückte wurde in brennungslosem Zustande nach der Unfallstation in der Bodstraße gebracht, wo der anwesende Arzt einen schweren Schädelbruch und eine Brustquetschung feststellte. Von dort wurde er nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Das Postleipräsidentium meldet: Am 27. November ist im Zeltow-Schlösschen an der Kaiserbrücke zu Wannschulentweg eine etwa 30 Jahre alte, weißliche Leiche gefunden, 1,68 Meter groß, Haare und Augenbrauen dunkelbraun; Stirn mittelbraun; Augen hervorstehend; Nase und Mund dick; aufgeworfene Lippen; Gesicht rund und kräftig; jüdischer Typus; ohne Kopfbedeckung; schwarzes Samtjackett; schwarzer Rock mit goldenem Gürtel; blaue Bluse; weißes Unterzeug; gelbe hohe Stiefel; weißes Taschentuch geg. O. B. Meldungen an Amt Treptow und die Kriminalpolizei zu 8614. V. W. 94. 07.

Am 29. November sind am Sprechelweg zu Treptow unmittelbar am Ufer ein schwarzer Damenhut mit schwarzem Schleier, mit gleichfarbigem Seidenband und Spitze garniert, ein dunkelblauer Damenschirm mit hellblaugewässerter Kante, ein schwarzer Tuch-

umhang mit Goldbroschen gefunden worden. Anschließend rühren die Gegenstände von einer Selbstmörderin, die dort ins Wasser gesprungen ist, her. Eine Leiche ist jedoch bisher nicht gefunden. Die Gegenstände sind auf dem Amt Treptow in Augenchein zu nehmen.

Für das Kriminalmuseum, das jahrelang in einem ganz unzureichenden einstufigen Zimmer untergebracht werden mußte, ist jetzt ein der Bedeutung dieser Einrichtung entsprechender Raum im Erdgeschoß des Präsidialgebäudes geschaffen worden. Die Sammlungen, welche neu geordnet und geschmackvoll an den Wänden, in Vitrinen und Schränken an- und untergebracht sind, dienen hauptsächlich als Anschauungs- und Unterrichtsmaterial für den jungen Nachwuchs der Berliner Kriminalpolizei.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird Frau Busck-Workmann ihren Vortrag „Erstbestigungen von Gipfeln im Nordwest-Himalaya“ am Sonntag noch einmal wiederholen. Am Mittwoch spricht, wie bereits bekannt gegeben, Herr Dipl.-Ingenieur A. Diebus über „Motorballon und Flugmaschinen“. An allen übrigen Tagen der Woche, also am Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und Sonnabend, gelangt der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandpanoramen ausgestattete Vortrag „Ueber den Brenner nach Benedig“ zur Darstellung und am Sonnabend findet noch einmal eine Wiederholung des Vortrags „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Deimal“ zu kleinen Preisen nachmittags 4 Uhr statt. — Im Hörsaal spricht am Montag Herr Professor Rathgen über „Arsen, Antimon, Bismut, Bor, Sillium“, Freitag Herr Dr. Thebing über „Gegenseitige Dünne in der Entmischung“ und am Sonnabend Herr Professor Donath über „Die modernen elektrischen Lampen“. — Im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstraße spricht am Freitag Herr Privatdozent Dr. Ristenpart über „Himmelsphotographie“.

Der Zoologische Garten hat seine Sammlung interessanter Eien-Mischlinge um ein sehr eigenartiges Paar vermehrt, dessen Vater ein europäischer Pfeif-Expel und dessen Mutter eine nordamerikanische Brautente ist. Die Tiere vereinigen die Eigenschaften beider Stammarten in durchaus bemerkenswerter Weise. So stammt z. B. bei dem männlichen Stücke die blaugrüne Grundfarbe des Kopfes von der mütterlichen Art, während das Braun eines scharf begrenzten Feltes an den Kopfseiten ein Erbstück des Vaters ist. Da Pfeif- und Brautente nicht nur verschiedenen Arten, sondern sogar verschiedenen Unterfamilien angehören, also in den Formen- und Färbungsverhältnissen voneinander sehr abweichend sind, so ist der väterliche und mütterliche Anteil an dieser „Vererbmischung“ gut herauszufinden. Die Tiere tummeln sich auf dem reichbesetzten oberen Teich an der Waldgasse.

Das Berliner Aquarium darf eine ganz außerordentliche Vielfältigkeit der ihm in der jüngsten Zeit gemachten Zufundenungen verzeichnen, denn alle Abteilungen des Tierreiches, von den Affen an bis hinunter zu den Pflanzentieren, sind dabei bedacht worden. Am beachtenswertesten ist zunächst ein durch die Igl. Biologische Anstalt aus Belgeland dem Aquarium überwiesener nordischer Vogel, dessen kurze schmale Flügel und weit hinten eingelenkte Flügel ihn sofort als einen vorzugsweise oder fast ausschließlich schwimmenden und tauchenden Wasserbewohner, dessen Aufenhalt das weite, offene Meer bildet, ausweisen. Deshalb auch hat dieser entropische Taucher nicht im Vogelhaus, sondern in einem der geräumigsten Schwimmbecken, nahe dem unteren Ausgang, bei den bereits dort befindlichen Tummeln Unterkunft gefunden, wo er von Zeit zu Zeit seine ganz ungewöhnlichen Schwimm- und Taucherkünste zeigt und dem Besucher Gelegenheit zu sonst nie angestellenden Beobachtungen bietet. Von Norden her langte auch in mehreren Exemplaren der auf dem Transport leider schwer zu erhaltende und daher in einem binnenländischen Aquarium zu den bemerkenswerten Seltenheiten zählende Seefischling an, der zudem in Körperbau und Bewegungen der zierlichste aller Fische der deutschen Meere ist.

Feuerwehrbericht. Dozwiligerweise wurde gestern nachmittag und gestern abend um 12 Uhr die Feuerwehr nach der Burgdorferstraße (Wedding) und der Jagowstraße (Moabit) alarmiert. In beiden Fällen sind die Täter unerkannt entkommen. Von drei Seiten wurde die Wehr nach der Korsoresstr. 7 gerufen, wo in einem Kolonialwarengeschäft Feuer ausgebrochen war. Bei Ankunft der Feuerwehr brannten dort Regale, Labentische, Papier u. a. Es gelang durch kräftiges Wassergeben die Flammen auf den Boden zu beschränken. Am 11 Uhr nachts kam in der Wilhelmshafenstr. 62 Feuer aus. Dort brannte eine Wohnung. In der Probenstr. 15 wurden Werten ein Raub der Kammern. Wegen eines Kellerbrandes mußte der 16. Zug nach der Bellemannstr. 92 ausrücken. Ferner wurden noch Brände aus der Warschauerstr. 18, Kobalistr. 16 und anderen Stellen gemeldet.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Montag, abends 9 Uhr, 1. Abteilung, Dresdenerstr. 45: Vortrag über Verbrennungen — Erfrierungen — Verätzungen durch Elektrizität; daran anschließend praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Donnerstag: Uebungsstunde der 3. und 4. Abteilung. Am Montag, den 16. Dezember, findet ein einmaliger Vortrag im Lokal Dresdenerstr. 45 über Sauerstoffbehandlung mit Vorführung von verschiedenen Apparaten statt, worauf die Mitglieder aller Abteilungen hiermit hingewiesen werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Bericht über die Armen- und Waisenpflege in Charlottenburg im Rechnungsjahre 1906 ergibt, daß die Armenverwaltung dieser reichen Stadt im Jahre 1906 noch sparsamer mit Armenunterstützungen gewesen ist wie im Rechnungsjahre 1905. Der Monatsdurchschnitt der gezahlten laufenden Unterstützungen betrug 14,21 M., eine Summe, von der die Armenverwaltung in ihrem Berichte selbst sagt, daß, wenn man die Steigerung der Preise nahezu aller Lebensbedürfnisse berücksichtigt, außerordentlich gering erscheint. Ein großer Teil der Unterstützungsbedürftigen mußten sich aber mit einer monatlichen Unterstützung von 9 M. durchschlagen und nur einige erhielten eine Unterstützung von 30 M. oder wenig mehr. Aber zu der Lebensmittelpreissteigerung ist auch für viele eine Steigerung der Wohnungsmiete gekommen. Ist doch der Monatsdurchschnittspreis von 84 gezahlten Armenwohnungen von 21,06 M. im Jahre 1905 auf 21,89 M. im Jahre 1906 und in der ersten Hälfte 1907 sogar auf 22,33 M. gestiegen! Diese hohe Miete zwingt die oft sehr kinderreichen Winderbittelten, durch Aufnahme von Astermieten in ihren eigenen Wohnungen sich noch einen Zuschuß zur Miete zu verschaffen. So hatten von 456 aus Stude und Küche bestehenden Wohnungen Unterstützter 43 mehr als 6,24 von ihnen, mehr als 7,9, davon mehr als 8, eine mehr als neun und zwei sogar mehr als zehn Bewohner. Unter 10 Wohnungen, die überhaupt nur aus einer Küche bestanden, waren 3 von je 4 Personen bewohnt. Von den 6750 unterstützten Armen wurden nur 2073 das ganze Jahr hindurch unterstützt. 2982 waren über 60 Jahre alt, davon 856 über 70 Jahre und 202 über 80 Jahre alt, also in einem Alter, wo von einem Zubehören nicht mehr die Rede sein kann. Im Jahre 1906 mußte auch eine größere Anzahl Waisenfinder aus der Haltpflege in städtische Kostpflege übernommen werden. Dadurch stieg die Zahl der in städtische Kostpflege genommenen Kinder von 822 im Jahre 1905 auf 967 im Jahre 1906. Auch hierzu war wohl die Hauptveranlassung bei dem ungenügenden Pflegegeld und der Verteuerung der Lebensmittel eine ungenügende Verpflegung. Die Säuglingssterblichkeit hat zwar im allgemeinen dank der tüchtigen Sommertemperaturen in den letzten Jahren auch in Charlottenburg etwas abgenommen, sie ist aber vielen außerdeutschen Städten gegenüber immer noch recht hoch, namentlich bei den unehelichen Kindern, bei denen 1906 die Sterblichkeit im ersten Lebensjahre noch

24,5 auf 100 lebend Geborene betrug. Die Tätigkeit der seit dem 1. Oktober 1906 in Charlottenburg eingeführten Generalvormundschaft hat es vermocht, die Wäter unehelicher Kinder wesentlich mehr als bisher zur Alimentenpflege für die Kinder und Mutter heranzuziehen. So hat auch hier diese zweckmäßige Einrichtung, die sich bis Ende 1906 auf 171 Kinder und bis zum 15. November 1907 schon auf 441 Kinder erstreckte, sich als sehr nützlich erwiesen.

Gegen die Wältigkeit der Stadtverordnetenwahl im 5. Bezirk der dritten Abteilung ist Protest eingelegt worden. Es wurden bekanntlich die Genossen Flemming und Schanberg mit 843 bzw. 844 Stimmen gewählt. Die liberalen Kandidaten erhielten 586 bzw. 587 und die unpolitischen Kandidaten 285 bzw. 293 Stimmen. Zersplittert waren 21 Stimmen. Unsere Genossen wurden nur mit einer geringen Majorität gewählt. Von den Protestlegenden wird behauptet, es seien bei der Wahl Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Vielleicht ist der Wunsch, der Sozialdemokratie die Mandate abzuholen, der Vater der Behauptung. Obgleich wir nicht glauben, daß diesem Protest stattgegeben wird, müssen unsere Genossen gerüstet sein.

Ein dreierlei Juwelenraub hat gestern am hellen Tage in dem Hause Kanstraße 18 verübt worden. Im zweiten Stockwerk befindet sich die Wohnung der Frau Rentiere Lindemann. Während sich nun Frau L. und ihr Dienstmädchen in den hinteren Räumllichkeiten aufhielten, wurde von Einbrechern die Korridortür mittels Dietrichs geöffnet und ohne daß die Wohnungsbewohner etwas davon bemerkten, drangen die Diebe in das Schlafzimmer der Frau L. ein und stahlen dort wertvolle Schmuckstücke, die offen auf der Kommode gelegen hatten. Im ganzen erbeuteten die Diebe für 5000 M. Wertgegenstände.

### Vichtenberg.

Stadterordnetenwahl. Die Bezirke, denen das Bild beschieden ist, durch „Privilegierte“ vertreten zu sein, sind erstmalig ausgelost worden. In der III. Wählerabteilung müssen danach die Bezirke 2, 6 bis 11 und 15 einen Hausbesitzer wählen. Die II. Abteilung wählt in ihren 4 Bezirken je zwei Hausbesitzer, während die I. Abteilung in einem Wahlbezirk 8 dieser Vorzugten wählt!

Der „Bürgerverein“ gibt in einem Versammlungsbericht zunächst 82 Namen von Kandidaten der I. und II. Wählerklasse bekannt, die 16 der III. Klasse folgen. 100 Personen, einschließlich der 32 Kandidaten, waren die Väter dieser „Votivliste“. Unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit ist eine alle christlichen und jüdischen Bekenntnisse umfassende Vereinigung entstanden, um die Herrschaft der Besitzenden zu sichern. Ein die zu bekämpfende Sozialdemokratie ehrendes Zeugnis war es, daß der Führer dieses Blochs sich folgenden Ausdruck leistete:

In der bisherigen Landgemeinde kam es zuweilen vor, daß die Sozialdemokraten als Vertreter der III. Klasse (!) gemeinsam mit dem Gemeindevorstande stimmten und so einen Antrag gegen die Stimmen der Vertreter der I. und II. Abteilung durchbrachten.

Das ist in Zukunft unmöglich. Da ist die Sozialdemokratie auf die III. Klasse beschränkt!

Wer hören will, der höre! Mögen die Wähler auch der II. Klasse, die ja hier schon mit einem Steuerfuß von 72 M. zum Teil dem nichtbesitzenden Stande angehören, daran denken, daß es ohne Sozialdemokratie keinen Fortschritt gibt, sondern nur traffe Klassenwirtschaft.

### Boghen-Rummelsburg.

Jungen gesucht! Personen, welche am 21. November, abends zwischen 7—8 Uhr gesehen haben, wie im Hause Wühlstr. 37 ein Mädel des Hauses die steinerne Treppe heruntergeworfen und mißhandelt wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Rich. Hamm, Wühlstr. 32, 2 Tr., abzugeben.

### Adlershof.

Eine reichhaltige Tagesordnung, welche wegen der Wichtigkeit der einzelnen Punkte trotz der Tagung bis nach 11 Uhr abends nur zur Hälfte ihre Erledigung fand, beschäftigte am letzten Donnerstag die Gemeindevorstellung. 271 Anträge von Eigentümern auf Stundung von Beiträgen zu den Kosten der Herstellung der Ortssanitalisation wurde entsprechend dem Antrage der hierfür eingesetzten Kommission dahingehend berücksichtigt, daß sechs Zahlungstermine, auf zwei Jahre verteilt, festgesetzt wurden. In Verlechte der Debatte wurde seitens des Gemeindevorstandes Luze gegenüber dem Gemeindevorstande der Vorwurf erhoben, daß derselbe bei Eingehung von Verträgen betreffend Zahlung von Pflastergeld resp. Regenwasserentwässerung von Grundstücken nicht gerecht vorgegangen sei, sondern bei einigen Gemeindevorstellern und nur in Rücksicht auf diese Qualifikation vorteilhaftere Verträge resp. Stundungen zugestanden habe, als bei den zur Beratung stehenden Stundungsgründen gefügt werden sollte. Dem Gemeindevorstande wurde dieser Vorwurf zurückgewiesen und beschlossen, daß die nächste Gemeindevorstellung das Material des Herrn Luze entgegenzunehmen wird. — Der Entwurf eines Vertrages zwischen dem Kreise und der Gemeinde betreffend Herstellung einer elektrischen Straßenbahn vom Bahnhof Adlershof nach Köpenick (Spreckbrücke) führte zu ausgedehnten Debatten. In dem vom Kreise vorgelegten Entwurf hatte sich derselbe alle Rechte und Vorteile vorbehalten, während die Gemeinde sämtliche Nachteile tragen sollte. Der Kreis war bereit, das Anlagekapital zu beschaffen und den Bau der Bahn vorzunehmen. Da aber die Bahn voraussichtlich in den ersten Jahren bedeutende Zuschüsse erfordern würde, sollte die Gemeinde dieselben voll tragen. Die Kommission, welche zur Vorberatung des Entwurfs eingesetzt war, hatte sich bemüht, Licht und Schatten zwischen der Gemeinde und dem Kreise gleichmäßig zu verteilen. Die Voraussetzung der Durchführung des Projekts war 1. die Betriebsgemeinschaft einer elektrischen Straßenbahn von Alt-Glienide über Adlershof bis Köpenick; 2. daß Alt-Glienide und Adlershof die Zuschüsse gleichmäßig zu tragen haben und zwar jährlich höchstens 4—5000 M. für jede Gemeinde; 3. daß größere Zuschüsse erforderlich sein, so soll der Rest auf das Anlagekapital übernommen werden; 4. daß der Kreis einen Teil der Kosten für die Herstellung und Verbreiterung der Widmarstraße auf das Anlagekapital übernimmt; 5. daß von den eventuellen Ueberschüssen die Gemeinden  $\frac{1}{2}$  der Kreis  $\frac{1}{2}$  solange erhalten, bis die Zuschüsse der Gemeinden  $\frac{2}{3}$  betragen sind. Sobald die Zuschüsse gedeckt sind, erhalten die Gemeinde und der Kreis je die Hälfte der Ueberschüsse; 6. sollte eine stärkere Beleuchtung der von der Straßenbahn benutzten Straßen notwendig werden, so muß der Kreis die Anlagen und Unterhaltung übernehmen; 7. daß ein Verwaltungsrat geschaffen wird, in welchem der Kreis und die Gemeinden zu gleichen Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind. Der seitens der Kommission abgeänderte Entwurf wurde zum Beschluß erhoben und soll nach der Verifikation des Landrats Ausschick vorhanden sein, daß auf dieser Grundlag Adlershof zu einer elektrischen Straßenbahnverbindung mit Alt-Glienide und Köpenick gelangt. Mit dem Beschluß wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß der Kreis betreffend dieser Bahn eine Betriebsgemeinschaft mit Köpenick herbeiführt. — Weiter wurde ein Erweiterungsbau der 2. Gemeindevorstellung beschlossen. Für die Schulfinder sollen 2000 Werkblätter über die Lüne und ihre Pflege beschafft werden. Die Kosten, 80 M., wurden bewilligt. Der vorgeschlagenen Zeit wegen mußten sämtliche anderen Punkte vertagt werden.

### Teltow.

Der Ausfall der Stadtverordnetenwahlen hat's dem hiesigen Amtsblättern angetan. Schon vor Wochen orafelte das von ein paar hundert Personen geleseene Blättchen, die Zusammenfassung des Stadtparlamentes wird eine andere werden. Daß dies nicht geschehen, insbesondere daß unsere Genossen mit allgemeiner Schlagfertigkeit ihre Siege behauptet haben, bringt den Schreiber in dem Platte ganz aus dem Häuschen. Soweit das Geschreibsel über die Tätigkeit unserer Genossen im Stadtparlament berichtet, daß die Sozialdemokratie die Staatspolitik auf die Stadtpolitik ausdehnt, ist es nur eine Anerkennung der Mäßigkeit unserer Ver-







